

JETZT IST **ALLES** DRIN!

WIR BRINGEN BAYERN INS GLEICHGEWICHT.

Beschlussbuch

65. ORDENTLICHER
LANDESPARTEITAG
DER BAYERNSPD

AUGSBURG, KONGRESSHALLE

GENAU!
UDE.

Beschlussbuch

Landesverband Bayern

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Angenommene und überwiesene Anträge	5
P 1 Regierungsprogramm Landtagswahl.....	5
Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!	5
Soziales	147
S 1 Für den Ausbau von Alten-Service-Zentren bundesweit!	147
S 2 Jugendsozialarbeit in Bayern	148
S 4 Antrag an den SPD-Landesparteitag (Frauenaltersrente)	151
S 5 Vorzeitige Inanspruchnahme von Rentenleistungen	151
S 6 Rentenversicherung für Selbständige	152
S 7 Krankenversicherung für Selbständige	154
S 8 Bausteine für eine sozialdemokratische Gestaltung des Pflegegeldgesetzes	155
S 9 Flächendeckende Prävention von sexualisierter Gewalt	156
S 10 Gleichstellung der Mitglieder der Rettungsdienste mit den Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren.....	157
Arbeit.....	157
A 1 Leiharbeit überwinden.....	158
Wirtschaft, Steuern und Finanzen	158
Resolution: Bayerische Politik mit Anstand und Transparenz	159
W 1 Erbschafts- und Vermögenssteuer korrigieren	161
W 2 Einnahmehbasis der Kommunen verbreitern/“Katalogberufe“ zur Gewerbesteuer heranziehen	161
W 3 Erhöhung der Unterstützung für Kommunen - Neuordnung der Winterdienstzuschüsse durch den Freistaat Bayern	162
W 4 Die Probleme der Währungsunion und mögliche Lösungsansätze	163
W 5 Tonnagesteuer abschaffen	176
W 6 Keine Zahlung von Bischofsgehältern durch den Staat	176
W 7 Zurücksetzen der Kleinbetriebsklausel.....	178
W 8 Fremdkapital	179

Bildung	180
Initiativ Für eine Beteiligung der BayernSPD am Volksbegehren G8/G9	180
B 1 Kein Lobbyismus an Schulen	180
B 2 Bundeswehr an Schulen.....	180
B 3 Mobilität für junge Menschen in Ausbildung ermöglichen!	181
B 4 Vollständige Finanzierung der Schulwegbeförderung	183
B 5 Schulsozialarbeit und Offene Jugendarbeit: Kooperation statt Konkurrenz	184
B 6 Reformierung der zweigleisigen beruflichen Ausbildung.....	185
B 7 Wiedereinführung des „AStA“ an bayerischen Hochschulen.....	186
B 8 Weiterbildung	187
Gleichstellung	188
G 1 Die SPD besteht zur Hälfte aus Frauen.....	188
G 2 Aufstellungsverfahren	189
G 3 Frauen und Mädchen mit Behinderungen vor Missbrauch schützen.....	189
G 4 Elternassistenz für Eltern mit Behinderungen.....	190
Innen- und Rechtspolitik	190
R 1 20 Jahre Asylkompromiss - 20 Jahre Abschaffung des Asylrechts.....	190
R 2 Menschenwürdiges Asylrecht.....	193
R 4 Menschenwürdiger Umgang mit Flüchtlingen in den bay. Gemeinschaftsunterkünften	194
R 9 Zeit für einen klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen	196
R 11 Weil nicht sein kann, was nicht sein darf-Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus in Deutschland.....	203
R 14 Kein Ende von Stasi-Aufarbeitung.....	210
Verkehr und Infrastruktur	211
V 3 Bitte wenden! Für eine moderne Verkehrsinfrastruktur.....	211
V 4 Abschaffung der 1.Klasse /des Mehrklassensystems im Nahverkehr	221
Partei	222
Initiativ Sozialistische Internationale verändern, nicht verlassen!	222
P 1 SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen.....	223
P 2 Arbeitsgemeinschaften in den Parteivorstand.....	223
P 3 Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen arbeitsfähig halten	224
P 4 Resolution (Arbeitsgemeinschaften)	224
P 5 Gesicht zeigen für die SPD auch im Wahlkampf!	226
P 6 Keine Bündnisse mit demokratischen Parteien vor der Wahl ausschließen!.....	227
P 7 Unvereinbarkeit mit den Grauen Wölfen	227
P 8 Kleiner Landesparteitag!.....	227

P 9 Reduzierung des innerparteilichen Papierverbrauchs und Modifizierung des Antragsverfahrens	228
Sonstiges	228
Y 2 Kein Einsatz militärischer Drohnen	228
Y 3 Selbstdarstellung der Bundeswehr	229
Y 4 Öffentlich-Rechtliche Audio-, Video-, und Multimediainhalte zeitlich unbegrenzt im Internet zur Verfügung stellen	232
Y 5 Bessere Kennung von „Scripted Reality“	233
Y 6 Power-Off für Stand-by Geräte - Öko-Design Anforderungen verschärfen!	233
Y 7 Für ein Verbot erdölbasierter und biologisch nicht abbaubarer Plastiktüten und -beutel	233
Y 8 Abschaffung der Zeitumstellung.....	234
II. Weitere Anträge.....	234

Angenommene und überwiesene Anträge

Regierungsprogramm Landtagswahl

Antragsbereich P/ Antrag 1

Landesvorstand BayernSPD

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

(Angenommen)		
	Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!	6
	Solide Finanzen	
5	Finanz- und Haushaltspolitik: Grundlage für soziale Gerechtigkeit	9
	Wirtschaft und Land	
	Wirtschaftspolitik: Starke Wirtschaft – gute Arbeit – nachhaltige Entwicklung	18
	Infrastrukturpolitik: Für unsere Heimat, für unseren Wohlstand, für unsere Wirtschaft	26
10	Ländlicher Raum: Aktive Politik für ein starkes Bayern	32
	Kommunalpolitik: Starke Kommunen für ein starkes Bayern	37
	Europapolitik: Denn Bayern ist mittendrin	44
	Arbeit	
15	Arbeitsmarkt und ArbeitnehmerInnenfragen: Einsatz für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne	50
	Soziales	
	Sozialpolitik: So geht soziale Gerechtigkeit	59
	Gesundheitspolitik und Pflege: Gute Versorgung flächendeckend	64
	Religionsgemeinschaften und Freie Wohlfahrtspflege: Säulen der Gesellschaft	59
20	Bildung	
	Bildungspolitik: Das ist gerecht!	71
	Hochschulen, Wissenschaft und Forschung: Hohe Qualität erhalten, sozial gestalten	78
	Gleichstellung	
25	Gleichstellungspolitik geht alle an	85
	Queere Lebensweisen: Bayern ist vielfältig und bunt	90
	Jugendpolitik: Besser fördern, aktiv gestalten	92
	Integrationspolitik: Mittendrin statt parallel	99
	Inklusion: „Nichts über uns ohne uns“	104
30	Mensch und Gesellschaft	
	Innen- und Rechtspolitik, Rechtsextremismus: Auf eine starke Verfassung aufbauen	110
	Digitale Gesellschaftspolitik: Gesellschaft im Wandel	116
	Kultur und Medien: Tradition und Innovation gehen Hand in Hand	121
	Vertriebenenpolitik: Erbe bewahren, Brücken bauen	126
35	Sportpolitik: Politik für das Sportland Bayern	127
	Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	
	Umwelt- und Energiepolitik der Zukunft: Ökologisch und wirtschaftlich	132
	Landwirtschaft, Ernährung und Wald: Ohne Bäuerinnen und Bauern stirbt das Land	138
40	VerbraucherInnenschutz in Bayern: Aufklären und ausweiten	145

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

45 „Mir san die bayerischen Sozis – und da san mir dahoam“ – dieser Satz unseres Spitzenkandidaten Christian Ude fasst unser Selbstverständnis und die Aussage dieses Regierungsprogramms zusammen. Bayern – dieses in anderen Teilen Deutschlands mit viel Bewunderung aber manchmal auch Unverständnis betrachtete Land – ist unsere Heimat. Und der Freistaat ist sogar eine Erfindung unseres politischen Vorfahren Kurt Eisner, der ihn vor 94 Jahren ausrief. Der große bayerische Sozialdemokrat Wilhelm

50 Hoegner hat Bayerns fortschrittliche Verfassung entworfen. Seit über 120 Jahren begleiten und prägen wir unsere Heimat politisch, sozial und gesellschaftlich. Und ab September dieses Jahres werden wir auch Regierungsverantwortung im Freistaat übernehmen.

55 Unser Leitmotiv dafür ist Gerechtigkeit. Bayern ist wirtschaftlich das erfolgreichste deutsche Bundesland. Die vielen Neubayerinnen und Neubayern, die aus allen Regionen Deutschlands und Europas zu uns kommen, um hier zu leben und zu arbeiten, bezeugen die große Attraktivität unserer Heimat. Darauf können wir alle stolz sein. Doch es ist unübersehbar, dass unser Land nicht im Gleichgewicht ist. Wir treten mit Christian Ude

60 an der Spitze an, dies zu ändern.

Gut leben in Stadt und Land

65 Die Unterschiede der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land, zwischen den boomenden Metropolen und dem für die bayerische Identität so wichtigen ländlichen Raum sind zwar zu einem Teil ganz natürlich, sie sind jedoch in den letzten Jahren zu groß geworden. Die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen müssen überall in Bayern befriedigt werden: gerecht entlohnte Arbeit, bezahlbarer Wohnraum, wohnortnahe Bildungseinrichtungen, Unterstützung für Familien, hochwertige medizinische

70 Versorgung, eine moderne Verkehrsinfrastruktur, schneller Zugang zum Internet. Unser Regierungsprogramm gibt Antworten auf all diese Herausforderungen. Unser Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger lautet: Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Soziale Gerechtigkeit als Leitmotiv

75 Soziale Gerechtigkeit steht bei unserer Politik für Bayern an erster Stelle. Zentrales Ziel ist dabei die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Wer Vollzeit arbeitet, muss damit mindestens so viel verdienen, dass er ohne staatliche Beihilfen gut leben kann. Das ist nicht zuletzt auch ein Gebot unserer Bayerischen Verfassung, die nicht nur an dieser

80 Stelle von den schwarz-gelben Regierungsparteien missachtet wird.

Eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung wird sich auf die Seite der Vernunft und der Gerechtigkeit stellen. Wir tragen das Wort sozial nicht wie andere nur im Namen, wir leben es. Denn ohne soziale Gerechtigkeit kann eine Gesellschaft nicht funktionieren.

85

Bildungsgerechtigkeit für Bayern

Ein besonders deutliches Ungleichgewicht besteht in Bayern im Bereich der Bildung. In keinem anderen deutschen Bundesland hängen die Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen so stark vom Geldbeutel und der Ausbildung der Eltern ab.

90

Darüber hinaus sind die Bildungschancen auch regional extrem ungleich verteilt.

Jahrzehntelange Fehlentwicklungen und das Festhalten an überholten Ideologien in der Bildungspolitik haben hunderttausende Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen
95 Entwicklung gebremst und sie daran gehindert, ihr Potenzial auszuschöpfen. Das ist eine Schande für unser reiches, wirtschaftlich erfolgreiches Land. Nicht in der teuren Nachhilfestunde sollen die Kinder den Schulstoff lernen, sondern im Unterricht. Dafür benötigen wir eine höhere Zahl an Lehrkräften, die mehr Zeit bekommen für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.

100 Eine soziale, durchlässige und auf Chancengleichheit basierende Bildungspolitik, bei der Sitzenbleiben überflüssig wird, ist eines unserer wichtigsten Ziele. Bei den Studiengebühren haben wir das bereits geschafft: In dem von der BayernSPD maßgeblich unterstützten Volksbegehren hat das Volk deutlich gemacht, dass es eine gerechte
105 Verteilung der Bildungschancen es will.

Politik mit klaren Werten

Die Landtagswahl 2013 bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit, für einen
110 Regierungswechsel im Freistaat zu stimmen. Das heißt nicht, dass in Bayern alles anders werden soll. Aber wir werden mit aller Kraft daran arbeiten, das Land ins Gleichgewicht zu bringen. Wir stützen uns dabei auf Werte, auf feste Überzeugungen und rennen nicht Trends und Moden hinterher, nur um dann eine Kehrtwende nach der anderen drehen zu müssen. Der Regierungswechsel in Bayern wird daher vor allem auch ein Stilwechsel sein.

115 Wir stehen für eine solide Politik. Das gilt vor allem in der Finanz- und Haushaltspolitik. Wir setzen dabei auf einen Dreiklang: Zukunft und Gerechtigkeit im Blick, Einnahmen im Lot, Ausgaben im Griff. Die BayernSPD sagt offen und ehrlich schon vor der Wahl, welche Einnahmen der Staat zusätzlich erzielen muss, um das Bildungsangebot und die
120 Infrastruktur zu verbessern und die Kommunen finanziell zu entlasten. Wir machen keine haltlosen Versprechungen, gleichzeitig die Steuer zu senken, die staatlichen Leistungen zu verbessern und die Schulden zu beseitigen.

Nicht alles, was wünschenswert wäre, ist auch finanzierbar. Großmannssucht und
125 Prestigeprojekte sind Ausdruck von Kleingeistigkeit und Verantwortungslosigkeit. Wir konzentrieren uns deshalb auf Investitionen in Bildung, in bessere Rahmenbedingungen für Familien, in Forschung, Infrastruktur und in die Umsetzung der Energiewende. Und wir werden mit mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfern dafür sorgen, dass Großverdienerinnen und Großverdiener ihre Steuern auch tatsächlich zahlen. Die
130 ehrlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht die Dummen sein.

Familien fördern und Frauen stärken

Gesellschaftspolitisch ist unser wichtigstes Projekt die Gleichstellung. Frauen werden
135 gegenüber Männern noch immer benachteiligt. Führungspositionen in Unternehmen und Behörden sind derzeit noch in der Mehrzahl von Männern besetzt. Wir treten deshalb für eine Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten ein. Das gilt wegen der Vorbildfunktion ganz besonders für den öffentlichen Dienst im Freistaat.

140

Die Gleichstellung der Frauen werden wir aber auch durch eine umfassende Familienpolitik voranbringen. Und mit Politik für Familien meinen wir Familien in all ihren Ausprägungen. Es muss vor allem gelingen, den vielen hochqualifizierten Frauen, die
145 Kinder wollen, die Ausübung ihres Berufs zu ermöglichen. Dazu gehören ein flächendeckend bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen, sowie Ganztagsschulangebote. Dafür wollen wir Geld ausgeben und nicht für das Betreuungsgeld, das Frauen vom Berufsleben fernhalten soll.

150 Außerdem werden wir das Schulsterben auf dem Land beenden. Wenn Kinder täglich eine Stunde mit dem Bus bis in die nächste Stadt zur Schule fahren müssen, sorgt das nur dafür, dass sie den Bezug zur Heimat verlieren. Bei Pflege- und Seniorenheimen ist die Situation genauso drängend.

155 Unser Einsatz für Gleichstellung endet nicht bei der Überwindung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Wir stehen für ein weltoffenes Bayern, in dem niemand wegen Herkunft, Aussehen, Behinderung oder sexueller Orientierung benachteiligt wird und in dem die unterschiedlichsten Lebensentwürfe möglich sind.

160 Heimat ist das ganze Land

Wir werden es nicht tatenlos hinnehmen, dass ländliche Gebiete entvölkert werden. Wir wollen, dass die Menschen in ihrer Heimat bleiben können. Wir wollen nicht, dass wachsende Ballungsräume aus allen Nähten platzen und gleichzeitig ganze Regionen
165 unter Bevölkerungsschwund leiden. Auch in den Städten gilt, dass niemand aus seiner angestammten Umgebung verdrängt werden darf. Wir werden mit einer konsequenten Politik für bezahlbaren Wohnraum und gegen jede Form der MieterInnenvertreibung dafür sorgen, dass die Stadtgesellschaften nicht gespalten werden.

170 Schon als Mieteranwalt in München und dann als Oberbürgermeister und Städtetagspräsident hat Christian Ude für eine solidarische Gesellschaft gekämpft. Als bayerischer Ministerpräsident wird er dafür sorgen, dass der ganze Freistaat Heimat für die Menschen bleibt, die hier leben. In 20 Jahren als Oberbürgermeister hat er gezeigt, wie man wirtschaftlichen Erfolg mit sozialem Engagement und kultureller Vielfalt verbindet.

175 Ab September wird er diese Fähigkeiten als Ministerpräsident zum Wohle aller Bayerinnen und Bayern einsetzen.

180

185

190

Solide Finanzen

Finanz- und Haushaltspolitik: Grundlage für soziale Gerechtigkeit

195

Der sozialdemokratische Beitrag zur Wirtschafts- und Finanzsituation in Bayern

Bayern steht bei den finanzpolitischen Eckdaten im bundesweiten Vergleich gut da. Die aktuellen Steuereinnahmen, die Pro-Kopf-Verschuldung und der Anteil für Zinszahlungen im Staatshaushalt sind ein Spiegelbild positiver wirtschaftlicher Entwicklungen in Bayern.

Das ist zunächst das Verdienst der ArbeiterInnen- und der UnternehmerInnenschaft in Bayern, aber auch von Gewerkschaften und BetriebsrätInnen, die beim wirtschaftlichen Einbruch von 2008 bis 2010 für sinnvolle betriebliche Übergangslösungen gesorgt haben.

205 Wir sagen klar und selbstbewusst: Die gute Entwicklung der Wirtschaft und der staatlichen Einnahmen in Bayern ist nicht vorrangig der Verdienst der bisherigen Staatsregierung, sondern in gleichem Maße auch Ergebnis starker sozialdemokratischer Politik. Und das können wir auch belegen.

210 Erfolgreiche sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in den Kommunen

Es ist auch und vor allem das Ergebnis erfolgreicher kommunaler Wirtschaftspolitik unter langjähriger politischer Verantwortung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Bestes Beispiel ist das seit Jahrzehnten sozialdemokratisch regierte Kraftzentrum

215 München mit seiner hohen Wirtschafts- und Steuerkraft, das einen Beitrag von 43 Prozent der gesamten Steuereinnahmen in Bayern leistet.

Weg aus der Finanzkrise war sozialdemokratisch

220 Es ist auch das Ergebnis sozialdemokratischer Politik, die dafür gesorgt hat, dass Bayern nach 2008/2009 aus dem durch die Finanzmarktkrise verursachten tiefsten wirtschaftlichen Einbruch der Nachkriegszeit so schnell und stark wieder herausgekommen ist. Verbunden ist dies mit den Sozialdemokraten Peer Steinbrück, der mit solider Finanzpolitik für Vertrauen in die Sicherheit der Sparereinlagen sorgte, mit

225 Frank-Walter Steinmeier, der ein erfolgreiches Konjunkturprogramm initiierte und mit Olaf Scholz, der mit seiner Kurzarbeiterregelung erfolgreich in den Arbeitsplatzertand und nicht in Arbeitslosigkeit investiert hat.

SPD Garant für europafreundliche Politik, die unserer Wirtschaft nutzt

230

Und schließlich hat Bayern diese Entwicklung auch dem Euro zu verdanken. Mit einem Exportanteil des verarbeitenden Gewerbes von 51 Prozent wird hier mehr als jeder zweite Euro im Export erwirtschaftet. Deshalb gefährdet der über lange Zeit widersprüchliche und unklare Kurs der CSU, die auf der einen Seite in Berlin und Brüssel die Euro-Rettungsmaßnahmen beschließt, aber in Bayern die eigene Regierungspolitik permanent

235 in Frage stellt, die wirtschaftlichen Interessen Bayerns, der bayerischen Unternehmen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern. Wir SozialdemokratInnen sagen klar: Bayern hat das größte wirtschaftliche Eigeninteresse, die Turbulenzen in der Euro-Zone zu lösen statt sie verantwortungslos anzufachen.

240

Unsere Aufgabe: Die Schere zwischen Arm und Reich in Bayern schließen

Die Gesamtentwicklung der bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Steuerkraft darf
245 aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Kehrseiten der vermeintlich so glänzenden
Medaillen in Bayern gibt: Denn die wirtschaftliche Schere zwischen Arm und Reich geht
auch und gerade in Bayern immer stärker auseinander.

Die wirtschaftliche Schere zwischen den Regionen in Bayern

250 Die Ungleichheit der wirtschaftlichen Leistungsstärke zwischen den bayerischen
Regionen wächst ständig. Die CSU hat es in ihrer jahrzehntelangen Regierungszeit
zugelassen, dass die wirtschaftliche Schere zwischen den bayerischen Regierungsbezirken
viel stärker auseinander geht als etwa zwischen Bayern und Berlin. Das
255 Bruttoinlandsprodukt von Oberfranken liegt mit 83,9 Prozent unter dem
Bayerndurchschnitt, Oberbayern mit 119,7 Prozent darüber (2009).

Die Schere zwischen Arm und Reich

260 Die soziale Kluft, vor allem die Schere zwischen Arm und Reich sowohl beim Einkommen
wie auch beim Vermögen, vergrößert sich auch in Bayern. Der vierte Armuts- und
Reichtumsbericht der Bundesregierung muss ein Warnsignal sein. Das private
Nettovermögen hat sich nach den Regierungsangaben allein zwischen 2007 und 2012 um
1,4 Billionen Euro auf zehn Billionen Euro erhöht, davon liegen 50 Prozent bei den
265 reichsten zehn Prozent. Im Gegensatz dazu: 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten mussten
in der gleichen Zeit Verluste beim Einkommen hinnehmen.

Die Schere bei den Arbeitsverhältnissen

270 Unsichere und schlecht bezahlte Arbeit hat auch in Bayern zugenommen. Ein Fünftel aller
in Vollzeit Tätigen arbeitet inzwischen im Niedriglohnbereich. Die Zahl der Minijobs,
Leiharbeitsverhältnisse, Werksverträge und befristeter Beschäftigung steigt. CSU und FDP
verweigern sich einem flächendeckenden Mindestlohn und einem bayerischen
Vergabegesetz. Sie subventionieren unsoziale Arbeit zulasten der soliden Unternehmen,
275 der Sozialversicherungssysteme und der öffentlichen Haushalte.

Die Schere bei der Altersarmut

Im wohlhabenden Bayern gibt es vergleichsweise mehr arme alte Menschen als
280 anderswo. Jeder Fünfte über 65 Jahren ist durch Altersarmut gefährdet, der Anteil der
armutsgefährdeten alleinstehenden Frauen liegt sogar bei 28,3 Prozent. Stark
armutsgefährdet sind alleinerziehende Frauen sowie Migrantinnen und Migranten.
Rasches politisches Handeln ist gefordert. Aber seit über einem Jahr ignoriert die
Staatsregierung die Vorschläge der von ihr selbst eingesetzten Kommission zur
285 Bekämpfung von Armut.

Die Schere der Bildungsungerechtigkeit

In Bayern ist die soziale und regionale Herkunft maßgeblich für den schulischen und
290 beruflichen Erfolg – mehr als in jedem anderen Bundesland. Das ist ein Skandal. Die

bayerische Bildungspolitik zementiert soziale Ungleichheiten, anstatt sie zu beheben. Die von der CSU eingeführten und inzwischen abgeschafften Studiengebühren waren unsozial und ungerecht. Wir werden uns weiter gegen Bildungsgebühren jeder Art einsetzen.

295

Nur soziale Stabilität sorgt für wirtschaftlichen Erfolg

Deshalb sieht eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung ihre zentrale finanzpolitische Aufgabe darin, diese Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen.

300 Denn uns ist klar: Wohlstand, positive wirtschaftliche Entwicklung und letztlich auch nachhaltige Staatseinnahmen in Bayern können wir nur dann erreichen, wenn wir nicht nur in die Zukunftsherausforderungen Bildung, Forschung, Infrastruktur und Energiewende investieren, sondern zugleich für mehr soziale Stabilität in Bayern sorgen. Dies geschieht durch

305

... Wiederherstellung einer gerechten Vermögens- und Einkommensentwicklung.

... mehr Bildungsgerechtigkeit in ganz Bayern.

310 ... die Korrektur von Fehlentwicklungen im Arbeitsrecht

... und durch die konsequente Bekämpfung von Armut.

Kluft zwischen armen und reichen Regionen schließen

315

Wir wollen und müssen die Kluft zwischen armen und reichen Regionen und Kommunen in Bayern wieder schließen, insbesondere bei der Regional- und Strukturpolitik und bei der Finanzausstattung der Kommunen. Wenn hier notwendige Investitionen versäumt werden, wird die Reparatur später umso teurer. Deswegen ist eine Politik des sozialen

320 Ausgleiches auch finanzpolitisch sinnvoll. Was wir jetzt in die soziale Vorsorge investieren, kommt als Rendite für die Menschen in Bayern, aber auch für den öffentlichen Haushalt doppelt zurück.

Von Landesbank bis Digitalfunk: Finanzpolitische Erblasten der CSU bewältigen

325

Zur finanzpolitischen Bilanz der bisherigen Staatsregierung gehören gravierende politische Fehlentscheidungen, Versäumnisse und Entwicklungen, die den Staatshaushalt des Freistaates auf Jahre belasten und finanzielle Spielräume einengen.

330 **Regierung hat bayerische Schulden verdoppelt**

Die CSU-geführte Staatsregierung hat die Schulden des Freistaates in den letzten 15 Jahren verdoppelt: 1996 waren es 16,3 Milliarden, 2011 bereits 32,6 Milliarden Euro. In die Amtszeit von Horst Seehofer fallen alleine zehn Milliarden neuer Schulden. Trotz

335 Steuermehreinnahmen von 6,3 Milliarden Euro in den Jahren 2010 bis 2012 wurde die Verschuldung nicht nennenswert gesenkt. Auch die 49 Privatisierungen von bayerischem Volksvermögen in Höhe von 7,3 Milliarden Euro seit 1993 haben den Anstieg der Schulden nicht gestoppt. Die CSU hat bayerisches Tafelsilber verscherbelt – und trotzdem Schulden gemacht wie nie zuvor.

340

CSU-Landesbankdebakel größtes Haushaltsrisiko

Das von der CSU zu verantwortende Landesbank-Debakel ist das größte bayerische
345 Haushaltsrisiko. Allein die jährlichen Zinsbelastungen für die Zehn-Milliarden-Euro-Stütze
belaufen sich auf über 350 Millionen Euro. Davon könnten beispielsweise 7.000
zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Leider sind die Fehler nicht
ausgestanden. Weitere Risiken wie die Garantie für US-Immobilienpapiere, die
Rückzahlung von Krediten an die Hypo Group Alpe Adria und ausländische
350 Bankbeteiligungen belaufen sich auf mehrere Milliarden Euro. Die SPD kämpft für
lückenlose Aufklärung, Heranziehung der politisch Verantwortlichen und
Wiedergutmachung des Schadens.

150 Millionen Euro teure CSU-Fehler bei der Landesstiftung

355 Bei der Bayerischen Landesstiftung haben nach Einschätzung des Obersten
Rechnungshofes Fehleinschätzungen, Kompetenzgerangel und zögerliche
Entscheidungen zu einem dreistelligen Millionen-Verlust von etwa 150 Millionen Euro
geführt.

360 Kostenexplosion beim Digitalfunk

Eine dramatische Kostenexplosion gibt es bei der Einführung des Digitalfunks in Bayern.
Die erwarteten Kosten sind innerhalb kürzester Zeit um 150 Millionen Euro auf 1,07
365 Milliarden Euro (also um 16,6 Prozent) gestiegen. Bei den polizeilichen Leitstellen steigen
die Kosten um 115 Prozent, bei den Betriebsstellen geht es um 241 Prozent nach oben, bei
den sonstigen Betriebskosten um 128 Prozent. Mittlerweile untersucht der Rechnungshof
die Fehleinschätzungen und Planungsmängel, die einzig die Staatsregierung zu
verantworten hat.

370 Für geordnete Verhältnisse sorgen und Schattenhaushalte abschaffen

Deswegen wird eine zentrale Aufgabe einer sozialdemokratisch geführten
Landesregierung sein, diese finanziellen Erblasten zu bewältigen und für geordnete
375 Verhältnisse zu sorgen. Wir werden Schattenhaushalte abschaffen, Wahrheit und Klarheit
in den bayerischen Staatshaushalt bringen und die Schiefelage der Projekte beseitigen.
Insbesondere brauchen wir einen Erblasten-Tilgungsfond für die Folgen des
Landesbankdebakels, damit die Verantwortlichkeit klar wird.

380 Solide Finanzen mit sozialdemokratischer Handschrift

Wir bekennen uns klar zur Notwendigkeit solider öffentlicher Haushalte in Bayern. Damit
der Staat handlungsfähig bleibt, muss Finanzpolitik die Einnahmen im Lot und die
Ausgaben im Griff haben. Wenn wir dies nicht tun, wird die staatliche Leistungsfähigkeit
385 deutlich abnehmen oder aber wir laufen in eine immer größere werdenden Verschuldung
hinein – ob nun offen oder versteckt. Beides wollen wir nicht und werden daher unsere
Finanzpolitik, aber auch alle politischen Projekte und Forderungen, stets darauf hin
überprüfen, was finanzierbar ist und was nicht.

390 Mehr Gerechtigkeit und soziale Ausgewogenheit

Haushaltskonsolidierung muss aber immer die soziale Gerechtigkeit im Blick haben. Deshalb wird eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung sowohl bei den Einnahmen als auch auf der Ausgabenseite für mehr Gerechtigkeit und soziale
395 Ausgewogenheit sorgen.

Die Vorgabe ausgeglichener Haushalte, wie sie das Grundgesetz vorschreibt und wie wir sie in der bayerischen Landespolitik seit langem vertreten, ist keine Rechtfertigung für unsoziale Politik. Wir lehnen eine Politik, die unter dem Vorwand von
400 Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau eine unsoziale Verteilungs- und Steuersenkungspolitik oder Sozial- und Bildungsabbau betreibt, entschieden ab. Deshalb wollen wir eine Schuldenregel in die Bayerische Verfassung aufnehmen, die auch die Einnahmeseite, die Sicherung des öffentlichen Investitionsbedarfs und der Sozialaufgaben bei der Haushaltsgestaltung zwingend in den Blick nimmt.

405

Finanzpolitische Ehrlichkeit statt Täuschung, Tricks und Hütchenspiele

Wir stehen für finanzpolitische Ehrlichkeit, während die CSU-Staatsregierung auf Finanztricks und Täuschungsmanöver setzt. Das gilt insbesondere für die substanzlose
410 und aus der Luft gegriffene Behauptung, die Schulden des Freistaates in den nächsten 18 (!) Jahren abzubauen.

Die Wahrheit über den Schuldenabbau à la CSU

415 Wahr ist: Die Staatsregierung hat erst 2010 die Verschuldung des Freistaates um zehn Milliarden Euro und damit um 44 Prozent erhöht, um das Finanzdebakel bei der Landesbank auszugleichen.

Wahr ist: Die von der gegenwärtigen Regierungskoalition vorgenommene
420 Schuldentilgung für 2012 und 2013 ist ein finanzielles Hütchenspiel. Sie wird ausschließlich finanziert aus der Zerschlagung des bewährten Vorsorgesystems für die Pensionsverpflichtung des Freistaates Bayern. Etwa drei Milliarden Euro finanzielle Verpflichtungen werden damit einfach in die Zukunft verschoben. Im Ergebnis: Alte Schulden werden mit neuen Schulden bezahlt.

425

Die Schulden von morgen und übermorgen

Und wahr ist auch: Durch den Verzicht auf den notwendigen Gebäude- und Straßenunterhalt, auf Erhaltungsinvestitionen und die längst überfälligen Sanierungen
430 von Universitäten, Polizeiinspektionen und Schulen steigen die versteckten Schulden des Freistaates an. Diese Art von Finanztricksereien werden wir beenden. Wir werden beim Abbau von bayerischen Staatsschulden dafür sorgen, dass auch die versteckte Verschuldung abgebaut wird. Dabei ist uns ein Anliegen, auch die kommunale Verschuldung abzubauen und nicht nur einseitig wie bisher auf den Staatshaushalt zu
435 schauen. Wenn notwendige Investitionen, Instandhaltungen und Zukunftsvorsorge versäumt werden, wird die Reparatur später umso teurer. Deshalb wollen wir eine Politik, die rechtzeitig investiert und Vorsorge trifft. Wir werden deshalb für einen rechtzeitigen Unterhalt bei Gebäuden und Straßen sorgen, damit der Freistaat keine Kostenlawine zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger vor sich herschiebt. Diese von CSU und zuletzt auch
440 FDP zu verantwortende Lawine ist jetzt bereits groß genug, wir werden sie abbauen statt

weiter anschwellen zu lassen.

Unser finanzpolitischer Dreiklang: Zukunft und Gerechtigkeit im Blick, Ausgaben im Griff, 445 Einnahmen im Lot

Wir stellen die Finanzpolitik in Bayern auf gerechte und transparente Beine und werden Fehlentscheidungen und Versäumnisse korrigieren. Unsere Politik der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte setzt auf die Kombination von Zukunftsinvestitionen, auf
450 sparsamen Umgang mit Haushaltsmitteln und auf Einnahmeverbesserungen. Deshalb bauen wir auf einen Dreiklang in der Finanzpolitik: Zukunft und Gerechtigkeit im Blick, die Ausgaben im Griff und die Einnahmen im Lot.

Zukunft und Gerechtigkeit im Blick 455

Wir sagen offen und ehrlich: Nicht alles was wünschenswert ist, ist auch finanzierbar. Deshalb werden wir bei unseren finanzpolitischen Schwerpunkten vor allem erst einmal Zukunft und Gerechtigkeit im Blick haben. Diese Schwerpunkte sind für uns

460 ... Investitionen in Bildungsgerechtigkeit, Ganztagschulen und Kinderbetreuung.

... Investitionen in Forschung, Infrastruktur und die Energiewende.
465 ... die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Regionen Bayerns.

... die Stärkung der Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden.
470

... das Gewährleisten von gerechten Lohn- und Einkommensverhältnissen.
... die Bekämpfung von Erwerbs- und Altersarmut.

475 Die Ausgaben im Griff

Bei der Konsolidierung auf der Ausgabenseite legen wir besonderes Augenmerk auf
480 ... ehrliche Aufgabenüberprüfung:

Eine SPD-geführte Staatsregierung wird sich der Verpflichtung stellen, ständig zu überprüfen, wie die staatlichen Aufgaben effektiver und effizienter erledigt werden können. Anders als die Staatsregierung bisher werden wir dabei auch die Staatskanzlei
485 und die Ministerien im Blick haben.

... die konsequente Bekämpfung von Verschwendung:

Bei der Ausstattung der Ministerien und der Staatskanzlei, der Ausstattung für ehemalige
490 Ministerpräsidenten sowie den Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit werden wir

gegenüber der jetzigen Staatsregierung wieder mehr Kostenbewusstsein und Sparsamkeit in den Vordergrund stellen.

... den Verzicht auf unnötige Projekte und besseres Controlling staatlicher Projekte:

495

Ein großes Potential für Einsparungen liegt in der besseren Planung und effizienteren Kostenkontrolle staatlicher Projekte, wie beim Digitalfunk. Das zeigen auch die jährlichen Rechnungshofberichte. Wir werden auch Projekte auf den Prüfstand stellen, die bei hohen Kosten einen niedrigen volkswirtschaftlichen Nutzen und negative ökologische
500 Auswirkungen haben, wie die Fortsetzung des Donauausbaus.

... die Verlagerung von Verantwortung auf die mittlere und untere staatliche Ebene:

Dem CSU-Verständnis von staatlichem Zentralismus bis in jedes Detail setzen wir mehr
505 Eigenständigkeit für die mittlere und untere staatliche Ebene und für die Kommunen entgegen. Wir sind uns sicher: Mehr dezentrale Haushaltsverantwortung für Behörden und Einrichtungen des Freistaates schafft Kostenbewusstsein und Effizienz.

...Subventionen auf dem Prüfstand:

510

Einsparungen sind durch den Verzicht und die Rücknahme von unsozialen Klientel-Geschenken und unberechtigten Privilegien zu realisieren. Überholte Subventionen stellen wir auf den Prüfstand, wenn damit falsche soziale, ökonomische und insbesondere ökologische Anreize gesetzt werden, wie beim Hotelsteuerprivileg, beim Flugbenzin oder
515 bei Immobilien-Aktiengesellschaften.

... die Bekämpfung der Methode „Gewinne privatisieren, Lasten sozialisieren“:

Die Verweigerung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns durch Schwarz-
520 Gelb führt zum Beispiel zur staatlichen Subvention von Dumpinglöhnen. Durch den Mindestlohn wären hier jährlich sieben Milliarden Euro bei Gesamtstaat und Sozialversicherungen für eine soziale und ökonomisch unsinnige Subvention einzusparen. Wir werden die Kosten von Kommunen reduzieren und die Einnahmen auch des Freistaates verbessern, in dem wir Lohndumping bei öffentlicher Auftragsvergabe durch
525 ein Vergabegesetz unterbinden.

Einnahmen

im

Lot

Für zukunftsfähige Haushalte und für die Konsolidierung auf der Einnahmeseite ist die
530 Sicherung einer soliden staatlichen Einnahmebasis unverzichtbar. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar, dass

... starke Schultern mehr tragen müssen als schwache:

535 Deshalb setzen wir uns insbesondere für eine Vermögenssteuer, die Einführung der Finanztransaktionssteuer, die Anpassung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent, des Abgeltungssteuersatzes auf 32 Prozent und die Reform der Erbschaftssteuer ein. Die Mehreinnahmen werden wir zielgerichtet dafür verwenden, die Bildungsgerechtigkeit in Bayern zu verbessern, mehr Ganztagschulen einzurichten und Betreuungsangebote für
540 Kinder zu verbessern.

... wir gerade in Bayern mehr Steuergerechtigkeit brauchen als bisher:

Wir können und müssen in Bayern selbst mehr tun für die Herstellung von
545 Steuergerechtigkeit. Wir werden sofort für eine bessere Ausstattung der Bayerischen
Steuerverwaltung sorgen. Wir werden hierzu mindestens 1.000 zusätzliche Betriebs-,
Steuer- und Umsatzsteuersonderprüferinnen und -prüfer einstellen, damit wir endlich
einen gerechten Steuervollzug in Bayern bekommen und der Ehrliche nicht länger der
Dumme ist. Hinzu kommt ein konsequenter Kampf gegen Steuerhinterziehung –auch
550 durch den Ankauf von Daten über Steuerhinterziehung, die Verbesserung der
Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Schwarzarbeit durch personelle
Aufstockungen und Schwerpunktstaatsanwaltschaften sowie die Verbesserung der
Kooperation zwischen den Behörden sowie Bund und Land.

555 Finanzpolitik für starke und leistungsfähige Kommunen

Die BayernSPD steht für starke und leistungsfähige Kommunen. Neben der Verbreiterung
der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer setzen wir auf mehr finanzielle Autonomie
der Städte und Gemeinden in Bayern. Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich
560 verbessern, insbesondere um die dramatische Finanzlage vieler Kommunen in
strukturschwachen Gebieten abzumildern und ländliche Räume besser zu
berücksichtigen. Wir werden die Kürzung der bayerischen Mittel bei der
Städtebauförderung zurücknehmen.

565 Auch Bayerns Kommunen müssen beim Schuldenabbau mit einbezogen werden, weshalb
die kommunalen Schulden mit in eine umfassende Bestandsaufnahme der Schulden des
Freistaats einfließen sollen. Wenn nur Staatsschulden getilgt werden, besteht die Gefahr,
dass die Schulden in die kommunalen Haushalte verlagert werden. Deshalb werden wir
beim Schuldenabbau des Staates gewährleisten, dass über einen kommunalen
570 Entschuldungsfonds auch die Kommunen ihre Verschuldung reduzieren können.

Länderfinanzausgleich und Finanzföderalismus

Eine SPD-geführte Staatsregierung wird, anders als die CSU geradlinig bayerische
575 Interessen vertreten, ohne jemals zu vergessen, dass der Erfolg unseres Gemeinwesens
auf sozialem Ausgleich beruht. Wir bekennen uns deshalb ausdrücklich zum
Länderfinanzausgleich mit dem Ziel, möglichst gleiche Lebensbedingungen überall in der
Bundesrepublik zu schaffen. Wirtschaftlich starke Länder wie Bayern müssen ihren
solidarischen Beitrag zur Stärkung der derzeit wirtschaftlich schwächeren Länder leisten.

580

Finanzausgleich auch innerhalb Bayerns nicht vergessen

Eine SPD-geführte Staatsregierung wird, anders als die CSU, geradlinig für einen sozialen
und finanziellen Ausgleich innerhalb Bayerns und im Bund eintreten, ohne jemals zu
585 vergessen, dass Solidarität und Selbsthilfe zwei Kehrseiten ein und derselben Medaille
sind und dass ein angemessener Ausgleich zwischen Geben und Nehmen erfolgen muss.

CSU-Klage gegen Finanzausgleich ist Klage gegen sich selbst

590 Die Zahlungen Bayerns im aktuellen bis 2019 festgelegten Länderfinanzausgleich sind zu

hoch, der Beitrag muss reduziert werden und die Anreize für Geber- wie Nehmerländer, die Einnahmen zu verbessern, muss größer werden. Das war und ist die Position der SPD-Landtagsfraktion. In Bayern verantwortlich für den heutigen Finanzausgleich ist der ehemalige CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der ihn
595 am 26. Juni 2001 vor dem Landtag als großen Durchbruch für Bayern gefeiert hat. Horst Seehofer, Ilse Aigner, Peter Ramsauer und alle anderen CSU-Bundestagsabgeordneten stimmten am 5. Juli 2001 im Bundestag zu. Deswegen ist die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eine Selbstbeziehung der CSU und soll von der eigenen Verantwortung ablenken.

600 Eine SPD-geführte Staatsregierung wird unmittelbar nach der Landtagswahl Verhandlungen mit den anderen Bundesländern aufnehmen, mit dem Ziel, den Länderfinanzausgleich zu modernisieren und die Belastungen Bayerns zu reduzieren, ohne die Solidarität aufzukündigen.

605 Wir werden uns dabei auch auf eine Föderalismusreform III drängen, die die Bund-Länder-Beziehungen und hier insbesondere den Solidarpakt, die Gemeindeverkehrs- und Hochschulfinanzierung sowie die Aufteilung der Mehrwertsteuereinnahmen zwischen Bund und Ländern auf neue und stabile Füße stellt, das Kooperationsverbot bei der
610 Bildung aufhebt und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei der Steuerverwaltung grundlegend verbessert.

615

620

625

630

635

640

Wirtschaft und Land

Wirtschaftspolitik: Starke Wirtschaft – gute Arbeit – nachhaltige Entwicklung

645

Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind Vollbeschäftigung, sichere Beschäftigung zu guten und fairen Bedingungen, gerechte Teilhabe und Teilnahme an den Entscheidungen in Unternehmen und an der Verteilung der wirtschaftlichen Ergebnisse. Hierzu gehören für uns insbesondere Mitbestimmung und Tarifautonomie.

650

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik folgt dem Grundsatz der Nachhaltigkeit, um die Entwicklungsgrundlagen der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen zu sichern, Wachstum muss vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden.

655

Innovation und Gute Arbeit bilden wesentliche Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung und eine starke Wirtschaft. Eine starke Wirtschaft mit hoher Innovationskraft wird sich nur nachhaltig entwickeln, wenn motivierte und gute ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter qualitativ hochwertigen Arbeitsbedingungen hierzu ihren Beitrag leisten können. Wir wollen diese Handlungsfelder unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Betriebsratsgremien, kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften, Umweltverbänden sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbänden ausgestalten und uns nicht allein auf die Kooperation mit Unternehmen, Kammern und Wirtschaftsverbänden beschränken. Zukunftsorientierung und Beteiligungsorientierung gehören für uns in der Wirtschaftspolitik zusammen.

665

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... ein Vergabe- und Tariftreuegesetz verabschieden, das alle Auftragsvergaben des Freistaates Bayern an die Einhaltung von Tarifverträgen bindet.

670

... einen gesetzlichen Mindestlohn unterstützen und sich für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zwischen Männern und Frauen sowie in der Leiharbeit einsetzen.

... die Energiewende nachhaltig gestalten, statt unkoordiniertes Stückwerk zu produzieren wie dies aktuell geschieht.

675

... Handwerk, Mittelstand und traditionelle Branchen stärken und nicht auf einseitige Konzentration und exportorientierte „Leuchtturmprojekte“ setzen.

680

... die Infrastruktur für Forschung und Bildung stärken und hier insbesondere die Zukunftsfelder wie beispielsweise Klimawandel und demografische Entwicklung fördern, anstatt an alten Strukturen festzuhalten.

... mit Blick auf die Automobilindustrie eine Landesinitiative für Mobilität starten, die sich mit künftigen Anforderungen an Mobilität befasst.

685

... die Regionen stärken, damit überall gleichwertige Lebensverhältnisse möglich sind.

Nachhaltigkeit ist keine leere Floskel

690

Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind Vollbeschäftigung, sichere

Beschäftigung zu guten und fairen Bedingungen, gerechte Teilhabe und Teilnahme an den Entscheidungen in Unternehmen und an der Verteilung der wirtschaftlichen Ergebnisse. Diese Ziele sind für uns Leitmotiv unseres wirtschaftspolitischen Handelns zur Sicherstellung gesellschaftlichen Wohlstandes und einer bedürfnisgerechten Versorgung
695 mit Gütern und Dienstleistungen. Zentral sind für uns auch Mitbestimmung und Tarifautonomie. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik folgt dem Grundsatz der Nachhaltigkeit, um die Entwicklungsgrundlagen der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen zu sichern.

700 Wir wollen gleichermaßen die Entwicklungsgrundlagen der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen erhalten und verbessern. Dies ist nur auf der Basis eines qualitativ orientierten Wachstums möglich, das durch Innovation, Ressourcenschonung und -effizienz, soziale Verantwortung und Gerechtigkeit sowie Gute Arbeit geprägt ist. Wir setzen hierbei auf die Effizienzpotenziale von Märkten, halten aber staatliche
705 Regulierung zur Setzung von Rahmenbedingungen und Förderung von spezifischen Wachstumszielen für unverzichtbar. Zu diesen erforderlichen Rahmenbedingungen zählen für uns auch die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Mitbestimmung und die Tarifautonomie.

710 Exzesse bei Gehältern, Bonifikationen und Abfindungen widersprechen dem Grundsatz einer nachhaltigen Wirtschaft. Wir begrenzen sie durch wirksame Regelungen.

Wirtschaftspolitik ist überall

715 Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik versteht sich bewusst nicht als verengte Ressortaufgabe. Zur Erreichung unserer grundsätzlichen Ziele verfolgen wir einen übergreifenden Ansatz der Verknüpfung von Bildungs-, Hochschul-, Forschungs-, Sozial-, Arbeitsmarkt-, Umwelt- sowie Steuerpolitik. Dieser übergreifende Ansatz beinhaltet auch eine Verbindung von Zielen und Handeln zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Die
720 Anforderungen der Energiewende veranschaulichen diese Notwendigkeit deutlich.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist demokratisch

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist eingebunden in einen Prozess demokratischer
725 Teilhabe, den wir auch institutionalisieren wollen. Dies schließt ausdrücklich Gewerkschaften, Betriebsräte, Organisationen der Zivilgesellschaft wie beispielsweise Umweltverbände, Wohlfahrts- und Sozialverbände, sowie regionale Gebietskörperschaften mit ein. Wir suchen den konstruktiven Dialog mit Betrieben, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Kammern und setzen auf eine Kooperation im
730 Sinne nachhaltiger Entwicklung, die dem hohen Stellenwert unternehmerischer Leistung als Teil einer nachhaltigen Entwicklung gerecht wird.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in Bayern steht für

735 ... Beteiligungsorientierung durch die Einbeziehung von Gewerkschaften, Betriebsräten, kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie Umweltorganisationen und Sozial- und Wohlfahrtsverbänden. Wir gehen damit über die Kooperation mit Wirtschaftsverbänden, Kammern und Unternehmen hinaus.

740 ... Arbeitsorientierung zur Gestaltung Guter Arbeit bei der Bewältigung des strukturellen

Wandels.

... Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftsorientierung zur Gestaltung der Innovation und hierfür erforderlicher Kompetenzen.

745

... Regionalorientierung zur Gestaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern.

... Mittelstandsorientierung zur Sicherung und Stärkung wesentlicher Grundlagen für innovative Wertschöpfung und Beschäftigung .

750

Die Grundlagen: Gute Arbeit und Innovation

Innovationen und Gute Arbeit bilden wesentliche Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung und eine starke Wirtschaft. Hierfür sind eine qualitative hochwertige Bildung und Ausbildung sowie eine leistungsfähige Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur entscheidende Faktoren, um hochwertige Innovationen zu sichern. Bayern kann hier auf große Stärken aufbauen. Dies gilt vor allem für die Kreativität und das Engagement von Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

755

760 Innovations- und Forschungsförderung nicht nur für Leuchttürme

Die Innovations- und Forschungsförderung darf allerdings in der Zukunft nicht auf exportorientierte Leuchttürme konzentriert bleiben. Es gilt auch „alte Branchen“ einzubeziehen wie beispielsweise die Glasindustrie, Porzellanindustrie oder auch Gießereien, die für Wertschöpfungsketten und nachhaltige Innovationen unverzichtbar sind.

765

Die Ausrichtung und Organisation der Forschung an den Hochschulen muss deshalb die Innovationserfordernisse dieser Branchen mit berücksichtigen und Zugangsbarrieren für mittelständische Unternehmen beseitigen. Zusätzlich müssen übergreifende Herausforderungen stärker in den Fokus von Hochschulforschung rücken. Dies betrifft vor allem den Klimawandel, die Energiewende, die Gestaltung von Arbeitsorganisation und -bedingungen, den demografischen Wandel sowie die Gleichstellung der Geschlechter.

770

775 Bayern fällt zurück

Innovation und Forschung bleiben eine zentrale Zukunftsaufgabe. Dies gilt umso mehr, als der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttoinlandprodukt in Bayern mit knapp drei Prozent deutlich hinter andere Bundesländer zurückgefallen ist. In Bayern stagniert dieser Anteil seit den 90er Jahren. Das gefährdet Zukunftschancen. Wir wollen hier durch eine effektivere Forschungs- und Technologieförderung umsteuern.

780

Ohne gute Arbeit keine Entwicklung

Gute Arbeit sehen wir als Voraussetzung und Ziel für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Wir brauchen neue Ansätze – auch bei der Gestaltung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Besonderes Augenmerk richten wir auf die Auseinanderentwicklung der sozialen Qualität von Arbeit. Die Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse sowie ein wachsender Niedriglohnsektor stehen unserem Leitbild von Guter Arbeit entgegen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik steht für die

790

Wertschätzung von Arbeit als Grundlage für gesellschaftlichen Wohlstand und soziale Teilhabe. Wir wissen: Eine starke Wirtschaft mit hoher Innovationskraft wird sich nur nachhaltig entwickeln, wenn motivierte und gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter qualitativ hochwertigen Arbeitsbedingungen hierzu ihren Beitrag leisten können.

Ja zum Mindestlohn, Ja zur Mitbestimmung, Ja zur Gleichstellung

Deshalb befürworten wir einen gesetzlichen Mindestlohn, das Prinzip des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer ebenso wie in der Leiharbeit, sowie die Mitbestimmung und die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir treten für die tarifliche Bindung von Arbeitsverhältnissen ein, die eine materielle Teilhabe an der Entwicklung von Produktivität und Wachstum gewährleistet. Ein wesentlicher Schritt hierzu wird ein Bayerisches Vergabe- und Tariftreuegesetz sein, mit dem wir die Vergabe öffentlicher Aufträge des Freistaates Bayern an die Einhaltung tariflicher Normen binden werden. Damit wollen wir gleichzeitig wesentliche Voraussetzungen dafür schaffen, die zweifellos vorhandene Geschlechterdiskriminierung von Frauen zu beseitigen. Unser Leitbild von Arbeit umfasst eine gerechte Teilung von Entwicklungschancen und Verantwortung im Beruf und in der Familie für Frauen und Männer. Dies ist die Voraussetzung für eine wirkliche Wahlfreiheit.

Familienfreundliche Arbeitswelt

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und dem kaum vorhandenen, aber gerade von der Wirtschaft beschworenen, sogenannten Fachkräftemangel liegt es in deren Eigennutzen, eine familienfreundliche Arbeitswelt zu schaffen und damit die Attraktivität des eigenen Unternehmens zu steigern. Eine familienfreundliche Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort sowie familienunterstützende Dienstleistungen verschaffen den Unternehmen letztlich einen ökonomischen Nutzen.

Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nimmt neben Gehaltsfragen inzwischen eine zentrale Stellung bei der Wahl des Arbeitgebers ein. Zudem ergeben sich für die Unternehmen vielfältige Wettbewerbsvorteile: Sie sparen Kosten durch eine geringere Mitarbeiterfluktuation und profitieren durch eine höhere Mitarbeiterbindung länger vom Know-How der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Pflegefreundliche Arbeitswelt

Wir fordern die bayerische Wirtschaft auf, sich bei personalpolitischen Entscheidungen an den unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern zu orientieren. Ebenso müssen familiäre Verpflichtungen ihrer Beschäftigten stärker berücksichtigt werden. Ein partnerschaftliches Miteinander bei der Übernahme familiärer Aufgaben betrifft auch Angebote für Pflegebedürftige und für pflegende Angehörige. Wie bei der Kinderbetreuung kommt es auch dabei maßgeblich auf familienfreundliche Arbeitsverhältnisse an. Den Unternehmen kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Es liegt in ihrer Verantwortung, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die ein ausgewogenes Miteinander von Beruf und Familie ermöglichen und Aufstiegschancen, insbesondere von Frauen, gewährleisten.

Die 15 konkreten Schritte des sozialdemokratischen Wegs – unsere Projekte

Wir wissen um die verschiedenen wirtschaftlichen Qualitäten Bayerns, etwa in den Bereichen der Chemie, der Elektronik und Elektrik, des Maschinenbaus, der Textilindustrie und Automatisierungstechnik und vieler mehr. In der vielfältigen bayerischen
845 Wirtschaftslandschaft ist es wichtig, konkrete Antworten zu haben, die auf die jeweiligen Felder zugeschnitten sind:

1: Energiewende nachhaltig gestalten und vorantreiben

850 Die Energiewende benötigt eine klare Zielsetzung und Beschleunigung. Hierbei gilt der Grundsatz: So viel Dezentralität wie möglich und so viel Zentralität wie nötig. Der Energiewende fehlen im Bund wie im Freistaat Bayern eine geordnete strukturierte Koordination und ein planerischer Rahmen. Wir werden einen abgestimmten Masterplan entwickeln, der die notwendigen Verknüpfungen zwischen den Kommunen, dem Land
855 und dem Bund beinhaltet.

Hierbei werden wir die hohen Potenziale von dezentralen Versorgungsstrukturen nutzen und gleichzeitig eine ausreichende Breitstellung von Kapazitäten für die Grundlastversorgung sichern. Darüber hinaus bleiben die Erhöhung der Energieeffizienz,
860 die energetische Gebäudesanierung sowie die Einsparung von Energie zentrale Bestandteile der Energiewende.

Hierzu werden wir spezifische Förderprogramme mit Hilfe der staatlichen Banken initiieren. Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sind unsere
865 Zielgrößen für die Energiewende. Eine sozial gerechte Verteilung der finanziellen Belastungen ist für uns eine unverzichtbare Anforderung der Energiewende.

Wir werden die Energiewende ebenfalls als Katalysator für innovative Wertschöpfung in Industrie, Handwerk und Dienstleistungen nutzen. Wir sind davon überzeugt: Die mit der
870 Energiewende verbundenen Technologien und Innovationen schaffen eine nachhaltige Basis für Wertschöpfung und Beschäftigung mit hohem Wachstumspotenzial.

2: Forschung stärken

875 Wir werden die Forschungspolitik im Dialog von Wissenschaft, Staat und Wirtschaft durch die klare Benennung künftiger Förderschwerpunkte weiter entwickeln. Unser Ziel ist es, die Vernetzung von Wissenschaft und Unternehmen – insbesondere für den Mittelstand – zu verbessern und hierfür die Hochschulinfrastruktur in den Regionen zu ergänzen. Dabei wollen wir das Ungleichgewicht der Verteilung von Forschungs- und
880 Entwicklungskapazitäten in den Regionen abbauen. Ein weiterer Bestandteil der Weiterentwicklung ist die Verankerung übergreifender Schwerpunkte der Forschung zum Klimawandel, zum demografischen Wandel, zur Energiewende, zur Gleichstellung und zur Zukunft der Arbeit.

885 3: Fachkräftebedarf decken, Potenziale entwickeln, Lebenschancen sichern

Die Alterung der Gesellschaft stellt uns vor die Herausforderung, auch in der Zukunft den Bedarf an Fachkräften zu sichern. Deshalb steht fest: Wir können und dürfen uns nicht mehr länger leisten, junge Menschen im Bildungssystem scheitern oder unter ihren
890 tatsächlichen Möglichkeiten zu lassen. Das System der dualen Berufsausbildung ist

hierfür ein wesentlicher Baustein, der Jugendlichen einen zukunftsorientierten Einstieg in das Erwerbsleben bietet und gleichzeitig die erforderlichen Fachqualifikationen und Kompetenzen für die Unternehmen sichert. Deshalb halten wir am Berufskonzept des dualen Systems fest.

895

Durch eine neue Bildungspolitik, zum Beispiel durch die Einführung der Gemeinschaftsschule und die Stärkung der individuellen Förderung der Kinder, wollen wir die Zahl der Schulabbrüche deutlich reduzieren. Wir werden akademische und berufliche Ausbildung nicht gegeneinander ausspielen, sondern nicht nur die abgeschafften
900 Studiengebühren gegenfinanzieren, sondern auch für eine Entlastung im Sektor der beruflichen Aus- und Weiterbildung, insbesondere bei der Meisterprüfung, sorgen. Unser Ziel: Soziale und wirtschaftliche Barrieren für bessere Bildungsabschlüsse überall dort abbauen, wo sie Durchlässigkeit und Aufstieg entgegenstehen. Durch eine Verbesserung der Studienbedingungen wollen wir eine Reduzierung der Studienabbrüche erreichen.

905

Ein Umdenken ist aber auch im Umgang mit älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefordert. Die Entwicklung von alterns- und altersgerechten Arbeitsbedingungen und Berufsverläufen ist als Antwort auf den demografischen Wandel dringend erforderlich. Hierzu gehört die kontinuierliche Weiterqualifikation während des
910 gesamten Arbeitslebens. In einem Weiterbildungsgesetz wollen wir mit Transparenz, Qualitätsstandards, Freistellungs- und Finanzierungsregelungen die Grundlagen dafür schaffen. Wir werden die Infrastruktur für berufsbegleitendes Lernen ausbauen und auch den Weiterbildungsauftrag der Hochschulen hierfür nutzen.

915 4: Gleichstellung vorantreiben – Frauen in Führungspositionen

Die Gleichstellung von Frauen im Beruf hängt von vielen Bedingungen ab. Sie wird wirksam durch die Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen gefördert. Deshalb befürworten wir eine Quote von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten von 50
920 Prozent. Sowohl im öffentlichen Dienst als auch bei den Gesellschaften, an denen der Freistaat beteiligt ist, wirken wir auf die Erfüllung der 50-Prozent-Quote hin. Der Freistaat Bayern muss seiner Vorbildfunktion gerecht werden und im öffentlichen Dienst endlich mehr Frauen in Führungsverantwortung bringen.

925 5: Stärkung von Handwerk und Mittelstand

Handwerk und Mittelstand sind tragende Säulen der bayerischen Wirtschaft, die für ein dichtes Netz von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sorgen und für wirtschaftliche Entwicklungschancen in den Regionen stehen. Wir werden die einzelbetriebliche
930 Beratung mittelständischer Unternehmen ausbauen und Kooperationen sowie Netzwerke fördern. Gemeinsam und ergänzend zu den Angeboten der Kammern werden wir Unternehmen bei der Verbesserung der Organisation, dem Zugang zur Finanzierung, der Anpassung von Unternehmensstrategien und Geschäftsmodellen an veränderte Märkte sowie Qualifizierung der Arbeitnehmer und dem Zugang zu
935 Forschungseinrichtungen unterstützen. Wir treten außerdem ein für mittelstandsfreundliche Basel III-Regeln.

6: Existenzgründungen fördern

940 Wir werden Existenzgründungen gezielt fördern und die Bereitstellung von

Wagniskapital für junge Unternehmen verbessern. Hierzu werden wir eine einmalige Anschubfinanzierung für einen neu zu errichtenden Wagniskapitalfonds bereitstellen, der von öffentliche-rechtlichen und genossenschaftlichen Banken getragen wird. Zusätzlich werden die Fördermöglichkeiten der LfA-Förderbank Bayern und der KfW Mittelstandbank gebündelt und potenziellen Kreditnehmern gemeinsam angeboten. Besonders unterstützen wollen wir die Existenzgründung von Frauen.

7: Umbau der Landesbank zur Landesentwicklungs- und Mittelstandsbank

Wir wollen die Bayerische Landesbank (BayernLB) nach dem Vorbild der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu einer Bank für die Landesentwicklung und dem Mittelstand umbauen. In Zusammenarbeit mit den Sparkassen wollen wir insbesondere für den Mittelstand den Zugang zu Finanzierungen für Investitionen erleichtern. Die Bayerische Landesbank braucht wieder einen klaren Auftrag als Finanzdienstleister für mittelständische Unternehmen und Kommunen. Eine Privatisierung der BayernLB lehnen wir deshalb ab.

8: Die Automobilindustrie der Zukunft gestalten

Die Automobilindustrie in Bayern ist stark, steht aber auch vor schwer wiegenden Herausforderungen. Deshalb werden wir eine Landesagentur für Elektromobilität einrichten und in eine Landesinitiative für Mobilität folgende Handlungsfelder einbeziehen: Anforderungen an nachhaltige Mobilität, Auswirkungen technologischer Veränderungen auf die Arbeit und die Arbeitsbedingungen in der Automobil- und der Zulieferindustrie, Veränderungen von Wertschöpfungsketten, Infrastruktur sowie die erforderliche Vernetzung der Verkehrsträger.

9: Neue Chancen für traditionelle Industrien

Traditionelle Industrien wie zum Beispiel Glas, Porzellan, Textil und Gießereien sind wesentliche Innovations- und Beschäftigungsträger für die bayerischen Regionen. Deshalb werden wir diese Branchen verstärkt in die Industrie- und Strukturpolitik einbeziehen, um deren Entwicklungspotenzial zu stärken. Wir setzen uns hiermit bewusst von einer Konzentration auf vermeintliche Leuchttürme ab, für die die Politik der gegenwärtigen Staatsregierung steht.

975

10: Wachstumschancen der Sozialwirtschaft fördern und nutzen

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft gehört zu den am stärksten wachsenden Branchen in Bayern. Wir werden durch einen bedarfsgerechten Ausbau von Betreuung, Pflege und Gesundheitsversorgung die Innovations- und Beschäftigungschancen dieser Branche nutzen und gleichzeitig die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Blick haben. Zusätzlich sehen wir auch Entwicklungspotenzial für technische und organisatorische Innovationen – zum Beispiel eine verbesserte Zusammenarbeit von ambulanten und stationären Versorgungseinrichtungen oder technische Hilfsmittel zur Unterstützung in der Pflege. Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft wird somit zu einem Handlungsfeld der bayerischen Wirtschaftspolitik mit wachsender Bedeutung, das auch zur Verbesserung der Lebensqualität beiträgt.

985

11: Die Kultur- und Kreativwirtschaft ausbauen

990

Die Kultur- und Kreativwirtschaft bietet in Bayern hohe Wachstumspotenziale. Sie hat einen besonderen Stellenwert für die Lebensqualität, bietet attraktive Arbeitsbedingungen und ist damit Innovations- und Wachstumsträgerin, die zu Unrecht
995 vernachlässigt und unterschätzt wird. Deshalb werden wir die öffentlich-kulturelle Infrastruktur in allen Regionen Bayerns kontinuierlich und verlässlich fördern, sowie die Ausbildungs- und Wissenschafts- und Forschungsstruktur für die Kultur- und Kreativwirtschaft stärken.

1000 12: Regionen stärken und gleichwertige Lebensverhältnisse entwickeln

Das Ungleichgewicht zwischen den bayerischen Regionen muss in das Zentrum der Landesentwicklungsplanung gerückt werden. Wir werden die Landesplanung als Staatsaufgabe gesetzlich festschreiben und ein neues Landesentwicklungsprogramm
1005 vorlegen. Dieses neue Landesentwicklungsprogramm wird den nicht wie der Entwurf der Staatsregierung der alleinigen Prämisse der Deregulierung folgen, sondern der optimalen Zweckerfüllung zur geregelten Entwicklung Bayerns. Es wird in einem umfassenden Beteiligungsprozess der Öffentlichkeit und der Träger der betroffenen Belange erstellt werden und den Herausforderungen Bayerns durch demographischen
1010 Wandel, Metropolisierungstendenzen, Bevölkerungsverschiebungen, Energiewende und Klimawandel gerecht werden. Gerechtigkeit hat auch eine räumliche Dimension. Deshalb lehnen wir die von der gegenwärtigen Staatsregierung zu verantwortende Konzentration auf die Metropolen ab. Wir werden die Verlagerung von Gestaltungsmöglichkeiten auf die Regionen vornehmen und Regionalbudgets zur unbürokratischen und
1015 maßgeschneiderten Wirtschaftsförderung schaffen.

13: Nah- und Regionalverkehr ausbauen

Der Nah- und Regionalverkehr in Bayern benötigt dringend einen Ausbau. Hierzu zählen
1020 zum einen viel zu lange aufgeschobene Großprojekte wie beispielsweise die Erschließung des „Chemiedreiecks“, als auch leistungsfähigere und zuverlässigere Verbindungen. Hierzu werden wir offensiv an die Deutsche Bahn AG sowie die weiteren Anbieter herantreten, um diese zu einer Verbesserung dieser Verbindungen zu bewegen

1025 14: Standorte und Lebensqualität durch soziale Infrastruktur sichern – Kommunale Unternehmen stärken

Eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur ist ein notwendiger Bestandteil nachhaltiger Entwicklung. Sie fördert wirtschaftliche Wachstumschancen und soziale
1030 Teilhabemöglichkeiten. Einen besonderen Stellenwert haben hierbei Kinderbetreuung, Pflege, Bildung und Schule, Gesundheitsversorgung, Kultur, Sport und verfügbarer, bezahlbarer Wohnraum. Kommunale Unternehmen haben in diesem Zusammenhang mit ihrem Auftrag zur Daseinsvorsorge einen hohen Stellenwert. Deshalb wollen wir sie stärken und wo es möglich ist bestehende Einschränkungen bei Vergabeverfahren und
1035 zugelassenen Tätigkeitsfeldern sowie Unternehmensstrukturen beseitigen.

15: Tourismus

Der Tourismus in Bayern stellt mit seinem Potenzial einen bedeutenden Faktor der
1040 wirtschaftlichen Entwicklung, der auf positive Wachstumschancen blicken kann. Dies ist

vor allem auf steigende Trends zum „Urlaub in Deutschland“ sowie zum Gesundheitstourismus zurückzuführen, die beide durch den demografischen Wandel gefördert werden. Dieser Wandel erfordert eine zukunftsorientierte Tourismusstrategie für Bayern, die Schwerpunkte räumlich und inhaltlich koordiniert, um auf veränderte
1045 Bedürfnisse eingehen und die touristischen Angebote anpassen zu können. Darüber hinaus müssen touristische Infrastruktur und Angebote umweltverträglich gestaltet werden. Naturräume dürfen nicht rücksichtslos der touristischen Nutzung zugänglich gemacht werden. Auch hier ist Nachhaltigkeit oberstes Gebot. Eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung wird deshalb endlich eine nachhaltige Tourismusstrategie
1050 entwickeln, die Wachstumschancen nutzt und ökologischen Erfordernissen Rechnung trägt.

1055

Infrastrukturpolitik: Für unsere Heimat, für unseren Wohlstand, für unsere Wirtschaft

Bayern ist ein modernes Industrie- und Dienstleistungsland sowie Drehkreuz des
1060 europäischen Personen- und Güterverkehrs. Gut ausgebaute Verkehrswege erschließen Räume, eröffnen Märkte und gewähren Mobilität. Gute Versorgungs- und Mobilitätsinfrastruktur ist wesentliche Bedingungen dafür, dass alle Regionen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungschancen haben. Deshalb brauchen wir in Bayern eine leistungsfähige Infrastruktur, um unseren Lebensstandard zu sichern und
1065 auch künftig wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Wir werden daher insbesondere den ländlichen Raum besser vernetzen und an die Ballungszentren anschließen. Dafür brauchen wir neben einem attraktiven, umweltschonenden öffentlichen Nahverkehr auch eine gute Breitbandinfrastruktur.
1070 Unser Ziel sind mindestens 50 MBit in jedem Betrieb und Haushalt bis 2020 und 100 MBit flächendeckend bis 2030.

Wir nehmen die Menschen und ihre Befürchtungen ernst und planen nicht gegen sie, sondern mit ihnen. Unsere Planungen stellen wir von Anfang an ökologisch und
1075 ökonomisch auf den Prüfstand. Zusammen mit den Partnern vor Ort setzen wir nur wirklich sinnvolle Projekte um. Das alles setzt ein neues Denken bei allen Akteuren voraus. Daran wollen wir arbeiten.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung
1080

... nur nach objektiven Kriterien entscheiden, welche Projekte wir zuerst realisieren.

... die Donau sanft schiffbar machen, aber den staustufengestützten Ausbau ablehnen.

1085 ... gerade bei Großprojekten die Bürgerinnen und Bürger, die kommunalen Unternehmen, Kammern sowie Umweltverbände rechtzeitig und umfassend an der Planung beteiligen. Das erhöht die Akzeptanz der Vorhaben, die so schneller und günstiger realisiert werden können.

1090 ... für die Schiene eine „Ausbauoffensive Nah- und Regionalverkehr 2020“ starten.

... bei Verkehrsprojekten dem Lärmschutz und der Barrierefreiheit oberste Priorität einräumen.

1095 ... mit dem Sonderprogramm „Barrierefreies Bayern“ bis 2023 mindestens 200 Millionen Euro bereitstellen.

... den Grundsatz Erhalt und Ausbau vor Neubau beherzigen sowie dem Schutz der Menschen und der Umwelt vor jeglichen Emissionen Vorrang geben.

1100

... eine LKW-Maut auf allen Bundes-, Staats- und Kommunalstraßen anstoßen.

... die PKW-Maut ablehnen, da sie vor allem die Pendlerinnen und Pendler im ländlichen Raum trifft und nachweislich keine ökologische Lenkungswirkung besitzt.

1105

Bürgerbeteiligung stärken

Gerade bei Großprojekten werden wir die betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, die kommunalen Entscheidungsträger, die beteiligten Unternehmen, die Kammern sowie die Naturschutz- und Umweltverbänden frühzeitig an den Planungen beteiligen. Fachgespräche, Bürgerkonferenzen, Planungsdialoge oder Bürgergutachten werden dabei helfen. Wir sind uns sicher: Dies erhöht die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten und ermöglicht eine schnellere Realisierung. Darüber hinaus kann es zu wirtschaftlich günstigeren Lösungen kommen, weil Alternativen frühzeitig diskutiert, Streitigkeiten schon im Vorfeld aus dem Weg geräumt und kostspielige Mehrplanungen vermieden werden. Dazu brauchen wir aber auch auf Kommunal- und Landesebene Bürger- und Volksentscheide.

Darüber hinaus werden wir Bürgerbeteiligung auch dann zulassen, wenn sie bayernweit relevante Infrastrukturprojekte betreffen. Die Kosten der Bürgerbeteiligung sind dabei fester Bestandteil der Planung.

Wir streben an, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürgern von Bürgeranwälten moderiert werden. Denn wir planen mit den Menschen, nicht gegen sie.

1125

Infrastruktur ist Grundlage von Stadt- und regionaler Entwicklung

Für uns ist Infrastrukturpolitik staatliche Daseinsvorsorge. Dabei muss Infrastruktur neu gebaut, ausgebaut und erhalten, sowie ihr Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger sinnvoll gestaltet werden.

Wir treffen infrastrukturpolitische Entscheidungen nach dem verfassungsgemäßen Grundsatz, gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern herzustellen – auf dem Land und in der Stadt, im Norden und Süden, Osten und Westen. Der Wohnort darf keinen Nachteil für Arbeit, Alltag und Freizeit darstellen. Mindeststandards der Erreichbarkeit müssen wir überall, auch im ländlichen Raum, gewährleisten.

Erhalt vor Neubau

1140 Wir entscheiden nach transparenten und objektiven Kriterien, welche Projekte zuerst

angegangen werden. Ausschlaggebend sind Faktoren wie Bedarf, Verkehrsaufkommen, Nutzen und Umweltverträglichkeit. Die finanziellen Mittel, die uns für Infrastruktur zur Verfügung stehen, sind begrenzt und daher effektiv einzusetzen. Es gilt der Grundsatz: Erhalt vor Neubau.

1145

Planung aus einem Guss

1150 Wir fordern zusammen mit der BundesSPD eine neue Bundesverkehrswegeplanung, die sich nicht an einem Länderschlüssel orientiert, sondern an Bedarf und Wichtigkeit: 80 Prozent des Budgets werden für überregional wichtige Projekte, 20 Prozent regional gebunden.

1155 Wir werden eine Verkehrspolitik „aus einem Guss“ erarbeiten. Wir müssen die Kompetenzen in den Ministerien bündeln und eindeutige Zuständigkeiten schaffen, die eine zielgerichtete Infrastrukturpolitik ermöglichen.

Für barrierefreie und nachhaltige Mobilität

1160

Wir wollen eine barrierefreie Beförderung für alle gewährleisten – und zwar über die gesamte Reisekette. Die Erneuerung der Infrastruktur spielt dabei eine wichtige Rolle. Doch auch bei Fahrzeugneubeschaffungen muss ausnahmslos für Barrierefreiheit gesorgt werden. Die Kürzung der Landesfördersätze bis zu 50 Prozent für Busneubeschaffungen

1165 korrigieren wir und bringen sie auf den alten Stand. Mit einem Sonderprogramm „Barrierefreies Bayern“ werden wir in den kommenden zehn Jahren mindestens 200 Millionen Euro für die rund 1.000 bayerischen Bahnhöfe bereitstellen.

Alternative Antriebstechniken machen mobil

1170

Damit wir Mobilität langfristig sichern, brauchen wir hoch effiziente Fahrzeuge, die mit alternativen Energien betrieben werden. Deshalb werden wir Modellprojekte für Elektro- und Hybridautos in Bayern stärken und so die Abhängigkeit von Erdöl sowie den CO₂-Ausstoß, lokale Schadstoffemissionen und Lärm reduzieren.

1175

Verkehrsinfrastruktur in Bayern voranbringen

Wir müssen mehr Menschen und mehr Güter auf die umweltfreundliche Schiene bringen. Um einen attraktiven und umweltschonenden Personennah- und Fernverkehr zu bieten, sowie das prognostizierte steigende Güterverkehrsaufkommen zu bewältigen, braucht es gut ausgebaute, zuverlässige und leistungsfähige Schienennetze. Deshalb werden wir eine „Ausbauoffensive Nah- und Regionalverkehr 2020“ initiieren. Dabei hat der Lärmschutz oberste Priorität.

1180

1185 Wir wollen den Ausbau für den notwendigen Zulauf zum von Österreich und Italien geplanten Brennerbasistunnel zwischen München und Rosenheim sowie insbesondere zwischen Rosenheim und Kiefersfelden weiter vorantreiben. Dabei setzen wir uns für den bestmöglichen Lärmschutz für die Anwohner ein.

1190 Wir setzen uns für den Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke München – Mühldorf –

Freilassing ein, denn aufgrund der prognostizierten erheblichen Steigerung des Güterverkehrs im bayerischen Chemiedreieck ist dessen Anbindung an das nationale und internationale Schienennetz von wesentlicher Bedeutung.

1195 Die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale ist für die Metropolregion Nürnberg wichtig und dringend notwendig. Außerdem brauchen wir eine Verbesserung der Schienenverbindung Nürnberg – Prag / Dresden. Die Elektrifizierung zwischen Hof und Regensburg ist unerlässlich, um die bestehenden Kapazitätsengpässe zu bewältigen.

1200 Der weitere Aus- und Neubau des Verkehrsprojekts 8.1 Deutsche Einheit Schiene hat in allen Abschnitten höchste Priorität. Wir brauchen eine leistungsstarke und schnelle Verbindung zwischen der Landeshauptstadt München und der Bundeshauptstadt Berlin. Dabei spielt auch der Güterzugtunnel Fürth eine wichtige Rolle.

1205 Die 2. Stammstrecke in München ist das Herzstück eines zukunftsfähigen Nahverkehrs in München und ganz Südbayern. Sie ermöglicht einen dringend notwendigen Netzausbau, gerade auch der S-Bahn-Außenäste, Taktverdichtungen und verbesserte Pünktlichkeit. Der Erdinger Ringschluss mit Walpertskirchner Spange und Neufahrner Kurve ist notwendig, um den steigenden Verkehr im Flughafenumland aufzufangen. Wir treten für
1210 eine umsteigefreie Anbindung des Flughafens München an den Schienenfernverkehr sowie für eine Flughafenanbindung Mühldorf – Salzburg ein.

Für die Großräume Nürnberg-Fürth-Erlangen und Augsburg wollen wir eine Stadt-Umland-Bahn bzw. einen S-Bahn-ähnlichen Verkehr umsetzen.

1215

Auf der Aus- und Neubaustrecke Stuttgart – Ulm – Augsburg erhöhen wir die Geschwindigkeit und bauen ein drittes Gleis zwischen Neu-Ulm und Neuoffingen.

Viele bayerische Eisenbahnbrücken sind in einem maroden Zustand. Ihre Finanzierung
1220 wollen wir im Bundeshaushalt sicherstellen.

Bis 2015 werden etwa die Hälfte aller Zugkilometer im bayerischen Schienennetz öffentlich ausgeschrieben und dann im Wettbewerb gefahren. Bis 2023 sollen alle Leistungen im Wettbewerb vergeben sein. Der ausgehandelte Branchentarifvertrag in der
1225 Bahnbranche wird von uns als repräsentativer Tarifvertrag für die Ausschreibungen im SPNV in Bayern zu Grunde gelegt.

Straßen: Erhalt und Ausbau vor Neubau

1230 Autobahnen sind wichtige Verkehrsadern für den Verkehr in Bayern. Für uns gilt auch hier: Erhalt und Ausbau vor Neubau sowie der Schutz der Menschen und der Umwelt vor Emissionen jeglicher Art haben Priorität.

Den 173 Kilometer langen Abschnitt der A3 zwischen Aschaffenburg und Nürnberg, einen
1235 der wichtigsten Verkehrswege Nordbayerns, wollen wir sechsstreifig ausbauen.

Die A 6 Heilbronn-Nürnberg ist für den grenzüberschreitenden Verkehr nach Osteuropa sehr wichtig. Deshalb sind wir für den sechsstreifigen Ausbau des 88 Kilometer langen Abschnitts zwischen der Landesgrenze Baden-Württemberg/Bayern und Nürnberg.
1240

Ein sechsspuriger (+2) Ausbau der A 8 auf der überlasteten Achse Ulm – Augsburg (– München) muss zügig umgesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir einen moderaten, der Umwelt angepassten Ausbau bis zur Grenze nach Österreich.

1245

Wir bekennen uns zum geplanten Bau der A94. Sie gewährleistet die Anbindung des Chemiedreiecks an den Flughafen München sowie an das überregionale Autobahnnetz. Wir sehen sowohl die Mobilitätsvorteile für die Region als auch die Bedenken vieler Anwohner und wollen uns im Rahmen des rechtlich Möglichen für eine weitgehende

1250 Entlastung der Betroffenen einsetzen.

Auf den Bundesstraßen besteht insbesondere bei den Strecken nach Ostdeutschland und Osteuropa dringender Handlungsbedarf.

1255 Die bayerischen Staatsstraßen sind zum Sanierungsfall verkommen. Wir treten für eine verstetigte Mittelausstattung im Staatshaushalt ein. Auch hier folgen wir dem Grundsatz: Erhalt vor Neubau.

Für die bayerischen Ortsumfahrungen plädieren wir für ein Sonderprogramm auf
1260 Bundesebene mit einer Aufstellung der Dringlichkeit nach objektiven Kriterien.

Wir lehnen Gigaliner, also bis zu 25 Meter lange und 40 Tonnen schwere LKW, auf Bayerns Straßen ab. Diese widersprechen unserer Überzeugung, den Güterverkehr von der Straße soweit möglich auf die Schiene zu verlagern.

1265

Starker Öffentlicher Personennahverkehr

Wir wollen die bayerischen Dörfer, Märkte und kleineren Städte an die Ballungszentren anschließen und den ländlichen Raum besser vernetzen. Dafür brauchen wir einen stark
1270 ausgebauten, attraktiven, umweltschonenden öffentlichen Nahverkehr zu erschwinglichen Preisen.

Unser Ziel ist die Stadt der kurzen Wege: Jeder muss sich schnell und unkompliziert bewegen können – egal ob Berufstätige, Familien, Kinder und Jugendliche oder Senioren.
1275 Dafür wollen wir neben Bus und Bahn auch mehr öffentliche Fahrräder, elektrische PKW, Carsharing, und Mitfahrgelegenheiten bereitstellen.

Wir wollen die Wiedereinführung der eigenständigen Busförderung, wie 2006, als effiziente Maßnahme des Klimaschutzes, wie auch als regionalpolitische Maßnahme.

1280

Wir bekennen uns zu den Flughäfen Nürnberg und München. Das Ergebnis des Bürgerentscheids zur 3. Start- und Landebahn erkennen wir ausdrücklich an. Die Subventionen für Regionalflughäfen müssen wir grundsätzlich überdenken.

1285 Die Zahl der Güter- und Personenschiffe auf dem Main-Donau-Kanal wächst stetig. Wir wollen die Donau sanft schiffbar machen, lehnen ihren staustufengestützten Ausbau aber ab.

Aus Umwelt-, Gesundheits-, Tourismus-, und Lärmschutzgründen wollen wir das
1290 Fahrradfahren weiter fördern. Wir werden die Kilometerzahl der ausgebauten

Fahrradwege in der Stadt und auf dem Land spürbar erhöhen. Von einer fahrradfreundlichen Gestaltung der Straßen, beispielsweise durch Radspuren an großen Straßen oder reduzierter Geschwindigkeit in Ortschaften, profitieren letztlich alle Verkehrsteilnehmenden. Für das Radwegenetz an Staatsstraßen schaffen wir einen
1295 eigenen Haushaltstitel. Die Schnittstellen zum Öffentlichen Verkehr haben wir im Blick.

Die Kommunikationsinfrastruktur voranbringen

Funktionierende Breitbandinfrastruktur, mobil und stationär, bedeutet Teilhabe an
1300 Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur und ist damit längst sowohl Teil der Daseinsvorsorge als auch ein wichtiger Standortfaktor – gerade im ländlichen Raum. Eine für alle Haushalte und Betriebe verfügbare Breitbandinfrastruktur ist zentrale Voraussetzung für eine moderne Wirtschaft, Bildungslandschaft, Gesundheitsversorgung und für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern.

1305

Breitbandausbau auf internationales Niveau bringen

Wir werden den Breitbandausbau bayernweit auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau bringen und die Digitale Agenda der EU erfüllen. Unser Ziel sind mindestens 50
1310 MBit in jedem Gewerbebetrieb und Haushalt bis 2020 und 100 MBit flächendeckend bis 2030. Wir unterstützen die BundesSPD, die eine flächendeckende und technologieneutrale Versorgung als Universaldienst gesetzlich verankern will.

Der Zugang zum Internet ist aus unserer Sicht ein BürgerInnenrecht und somit Teil
1315 staatlicher Daseinsvorsorge. Auch die Bereitstellung öffentlicher WLAN Hotspots an zentralen öffentlichen Plätzen (z.B. Stadtbibliothek) zählt hierzu. Die SPD setzt sich gleichzeitig auf Bundesebene gegen die sogenannte Störerhaftung (WLAN-Betreiber müssen aktuell für entstehende Schäden haften) ein und ermöglicht damit innovative Konzepte der mobilen Internetanbindung.

1320

Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur in staatlicher Verantwortung

Wir werden mit Hilfe einer Entwicklungsgesellschaft, an der neben dem Staat auch Kommunen, Anbieter und Netzbetreiber beteiligt sind, den Ausbau der
1325 Kommunikationsinfrastruktur in staatliche Verantwortung übernehmen und so die Kommunen unterstützen. Wir setzen uns für eine Versorgungsstudie ein, so dass eine störungstolerante Abdeckung mit einem hohen Durchsatz bayernweit ermöglicht wird. Auch werden wir die Einsatzhemmnisse beim Mobilfunkstandard LTE im grenznahen Raum beseitigen.

1330

Finanzierung

Der Wirtschaftsstandort Bayerns, vernünftiges Wachstum und gut bezahlte Arbeitsplätze hängen an den richtigen Investitionsentscheidungen. Dabei geht es nicht nur um
1335 Investitionen in Forschung und Bildung. Ebenso wichtig sind die Investitionen in die Infrastruktur. Insbesondere die Verkehrsinfrastruktur wird aber seit Jahren auf Verschleiß gefahren.

Wir bayerischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen den Beschluss
1340 „Fortschritt und Gerechtigkeit“ der BundesSPD. Nur durch mehr Steuereinnahmen

werden solche Zukunftsinvestitionsprogramme seriös und dauerhaft finanziert. Für Bayern würden – durch die Umsetzung des SPD-Bundesprogramms – allein aus der Wiedereinführung der Vermögensteuer und der Reform der Erbschaftsteuer mehr als 1,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen pro Jahr resultieren. Geld, das dringend für die kommunale und staatliche Infrastruktur gebraucht wird.

LKW- statt PKW-Maut

Die Verkehrsinfrastruktur erfordert aber mehr: Es müssen diejenigen an den Kosten angemessen beteiligt werden, die die Infrastruktur am meisten abnutzen. Ein LKW nutzt eine Straße bis zu 60.000 Mal stärker ab als ein PKW. Wir treten deshalb für eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen und mittelfristig auch auf Staats- und Kommunalstraßen ein. Daraus können mehrere Milliarden Euro jährlich für Bund, Länder und Gemeinden für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur gewonnen werden.

Gleichzeitig ist dies das wirkungsvollste Mittel, um Mautausweichverkehr zu bekämpfen und die Hauptverursacher von Straßen- und Brückenschäden zur Kasse zu bitten. Die Einnahmen (max. 16 Cent/km) kommen der Infrastruktur in Form von Investitionen zugute. Außerdem sind 15 Prozent der Einnahmen zweckgebunden in den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze zu investieren.

Wir lehnen die Einführung einer PKW-Maut ab. Sie trifft insbesondere die Pendlerinnen und Pendler im ländlichen Raum und hat zudem keine ökologische Lenkungswirkung. Ebenso lehnt die BayernSPD Pläne aus dem schwarz-gelben Lager ab, Infrastrukturfinanzierung über Privatisierungen und PPP-Projekte (öffentlich-private Partnerschaften) zu organisieren. Denn das ist für uns versteckte Staatsverschuldung.

1370

Ländlicher Raum: Aktive Politik für ein starkes Bayern

Der ländliche Raum in Bayern erstreckt sich über 85 Prozent der Landesfläche und ist für 60 Prozent der bayerischen Bevölkerung erlebte Heimat. Die Stärke des ländlichen Raumes sind seine Menschen und ihr sozialer Zusammenhalt. Das ehrenamtliche Engagement für die Mitbürgerinnen und Mitbürger und die Umwelt, sei es in Vereinen und Verbänden, in der Feuerwehr, beim Roten Kreuz, bei Elterninitiativen, in Kirchen oder bei der Brauchtums-Pflege, ist hoch.

Diese hohe Lebensqualität möchten wir erhalten und steigern, damit wir den Verfassungsauftrag nach Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern endlich umsetzen können – besonders und gerade unter den Herausforderungen des demografischen Wandels und der Globalisierung.

Uns ist bewusst: Den „einen ländlichen Raum“ gibt es nicht. Vielmehr existiert ein breites Spektrum an vielfältigen ländlichen Regionen, die sehr unterschiedliche Lebens- und Wirtschaftsbedingungen repräsentieren. So entwickeln sich Stadtumlandregionen immer

mehr zu dichtbesiedelten Gebieten mit raschem Bevölkerungszuwachs und wirtschaftlichem Aufschwung, Dabei werden meist enorme Flächen verbraucht und das ursprüngliche Landschaftsbild zerstört.

1395 Im Unterschied dazu sehen sich vor allem die Regionen Nordost- und Südostbayerns, die nicht selten landschaftlich äußerst reizvoll sind, mit Herausforderungen wie Abwanderung und wirtschaftlicher Strukturschwäche konfrontiert.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

1400

... individuelle Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen erarbeiten, um somit mehr Möglichkeiten zur Eigenverantwortung für die Regionen zu ermöglichen.

1405 ... eine regionale Strukturpolitik anstoßen, die statt Leuchtturmpolitik die Stärkung regionaler Entwicklungskerne vorantreibt.

... für schnelle Netze für den ländlichen Raum sorgen: Schnelles Internet für alle Haushalte.

1410 ... die Energiewende als Chance für die ländlichen Regionen nutzen und so die regionale Wertschöpfung optimieren.

... die Grundversorgung im ländlichen Raum mit wohnortnaher Bildung, Sozialeinrichtungen, Gesundheitsversorgung und Einkaufsmöglichkeiten sicherstellen.

1415

... einen Entschuldungspakt für die Kommunen im ländlichen Raum auf den Weg bringen.

Individuelle Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen

1420 Zwischen den städtischen Regionen und den strukturschwachen Gebieten, insbesondere in Nordostbayern, bleibt die Schere bei den wichtigen Wirtschaftskennzahlen weiterhin weit geöffnet. In keinem anderen Bundesland ist der Unterschied zwischen starken und schwachen Regionen so groß. Die Politik für den ländlichen Raum erstreckt sich aktuell unkoordiniert über diverse Ministerien wie Landwirtschafts-, Wirtschafts-, Kultus-, Sozial- und Umweltministerium, mit der Folge, dass in der CSU/FDP-Staatsregierung meistens jede/r und im Zweifelsfall niemand zuständig ist.

1425

Bündelung der Zuständigkeiten

1430 Wir werden mit einer Bündelung der Zuständigkeiten in einer Hand koordiniertes und effektives Handeln sicherstellen. Wir stehen zur Subsidiarität und werden die regionale Wertschöpfung steigern helfen, damit das erwirtschaftete Geld auch in der Region verbleibt und dort wieder investiert wird.

1435 Stärkung der Eigenverantwortlichkeit

Wir werden den Regionen mehr Möglichkeiten zur Eigenverantwortung auch im finanziellen Bereich geben. Ein erster Schritt kann dabei die Schaffung von Regionalbudgets auf der Ebene der regionalen Planungsverbände sein. Mit diesen Geldern
1440 können dann Regionalmanagement und Regionalmarketing verwirklicht werden.

Land im Gleichgewicht als Ziel

Dem Abwanderungsproblem der peripheren Regionen Bayerns steht der
1445 Zuwanderungsdruck in die Metropolen gegenüber. Während in Nordostbayern
Kindergarten und Schulen geschlossen werden, stehen Kommunen in den Speckgürteln
der großen Städte sowie in den Metropolen selbst vor großen Herausforderungen beim
Bau neuer Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur.

1450 Dies führt auf beiden Seiten zu langen Wegen für kurze Kinderbeine und Einschränkung
von Lebensqualität, insbesondere für junge Familien und ältere Menschen, die in der
Mobilität eingeschränkt sind. Die Staatsregierung lässt die Kommunen mit dieser
Problematik seit Jahrzehnten alleine, schaut der Entwicklung tatenlos zu und hat nichts
zu bieten außer Sonntagsreden und Worthülsen in Landesentwicklungsprogrammen.

1455

Wir bekennen uns zu einer Politik für ein Land Bayern im Gleichgewicht. Stadt und Land
stehen in einer Verantwortungspartnerschaft. Wir setzen auf eine Wirtschaftspolitik, die
die strukturschwachen Räume nachhaltig stärkt und mit einer vor Ort individuell
abgestimmten Entwicklungsstrategie Stadt und Land gemeinsam stark macht für die
1460 Zukunft.

Regionale Strukturpolitik

Regionale Strukturpolitik bewegt sich im Spannungsfeld der Bereiche Industrie-,
1465 Technologie-, Innovationspolitik sowie Regional- und Infrastrukturpolitik und
Regionalplanung und ist eng mit der Wirtschaftspolitik verknüpft. Sie dient den Zielen

... Wachstum, mit gleichen Chancen in allen Landesteilen,

1470 ... Stabilität, also der gleichmäßigen Entwicklung eines Wirtschaftsraums,

... Ausgleich, also der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten
Staatsraum, und

1475 ... Nachhaltigkeit, also der Befriedigung der heutigen Bedürfnisse in einer Weise, die
zukünftige Lebensgrundlagen nicht beeinträchtigt.

Die Staatsregierung hat mit ihrem ausschließlichen Fokus auf Wachstum, Cluster,
Metropolen, Leuchtturmprojekten und mit dem Prinzip des „Starken stärken“ sowie der
1480 Vernachlässigung von Ausgleich und aktiver Industriepolitik die Ungleichentwicklung der
Regionen noch verstärkt.

Arbeitsplätze kommen zu den Menschen und nicht umgekehrt

1485 Oberstes Ziel einer SPD-geführten Staatsregierung ist die Schaffung gleichwertiger
Lebensbedingungen in ganz Bayern. Sie setzt auf die gut ausgebildeten Bürgerinnen und
Bürger in ganz Bayern. Sie schafft die Grundlagen, dass Arbeitsplätze zu den Menschen
kommen und nicht umgekehrt. Im ländlichen Raum ist es die Innovationskraft gerade der
kleinen und mittleren Unternehmen, die wir mit gezielten Maßnahmen unterstützen
1490 werden. Denn wir haben erkannt: sie sind der Motor der Entwicklung vor Ort, hier muss

staatliche Förderung ansetzen.

Risikokapital für Firmengründungen erleichtern

1495 Wir werden die Bedingungen zur Erlangung von Risikokapital für Firmengründungen erleichtern, die bürokratischen Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen verringern, die LfA Bayern als staatliche Förderbank stärken, die Bagatellgrenzen bei Förderprogrammen zur Unterstützung von Mittelstandsunternehmen und Handwerksbetrieben im ländlichen Raum von 500.000 Euro auf 40.000 Euro senken, 1500 sowie Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen von kleinen und mittleren Unternehmen steuerlich fördern. Wir werden die CSU-Politik der einzelnen Leuchttürme beenden und eine Politik mit vielen über ganz Bayern verteilten Lichterketten auf den Weg bringen.

1505 Tourismus als Wirtschaftsmotor

Der Tourismus hat eine besondere wirtschaftliche Bedeutung im ländlichen Raum. Gerade in strukturschwachen Gebieten übernimmt er mangels Alternativen die Funktion der Leitbranche. Tourismusförderung ist damit regionale Wirtschaftsförderung im Sinne 1510 der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Deshalb werden wir diesem Bereich besonderes Augenmerk schenken und vor allem die Qualitätsinitiativen der Branche tatkräftig unterstützen.

Schnelle Netze für den ländlichen Raum

1515

Der Anschluss an schnelles Internet ist heute wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und entscheidender Bestandteil gleichwertiger Lebensbedingungen. Ein guter Breitbandanschluss bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, barrierefreien Zugang zu Informationen, neue Möglichkeiten der Kommunikation und ist damit Teil der

1520 Daseinsvorsorge.

Ohne schnelles Internet werden ganze Regionen und die dort wohnenden Menschen abgehängt.

1525 Gerade im ländlichen Raum wird schnelles Internet immer wichtiger, um die Herausforderungen des demografischen Wandels und damit die Folgen der vielerorts sinkenden Einwohnerzahlen zu bewältigen. b

Energiewende als Chance für die ländlichen Regionen

1530

Eine dezentral gestaltete Energiewende bringt nicht nur den Klimaschutz voran, sondern auch die regionale Wertschöpfung – gerade in den ländlichen Regionen. Der wirtschaftliche Impuls wäre enorm und könnte gerade für strukturschwache Gebiete einen Aufschwung durch die Energiewende initiieren. Laut einer aktuellen Studie beträgt 1535 die mögliche Wertschöpfung durch erneuerbare Energie allein in den beiden Planungsregionen Oberfranken-Ost und Oberpfalz-Nord 300 bis 500 Millionen Euro jährlich. Wer also die Energiewende torpediert, der torpediert auch die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Land.

1540 Kommunen bei der Energiewende unterstützen

Für die Kommunen gilt es, die Energiewende selbst aktiv zu gestalten und die Energieversorgung wieder als Teil der Daseinsvorsorge und damit als eigene Aufgabe zu begreifen. Zur Optimierung der Wertschöpfung ist es außerdem wichtig, dass nicht nur
1545 Anlagen in der Region errichtet, sondern auch mit Kapital aus der Region betrieben werden. Anlagen in Bürgerhand stellen im Zusammenspiel mit kommunalen Erzeugungsanlagen die beste Lösung dar. Dies steigert auch die Akzeptanz für den Ausbau erneuerbarer Energie ganz allgemein. Schließlich kommt es darauf an, die in der Region erzeugte Energie auch direkt an Abnehmer aus der Region zu verkaufen und so
1550 regionale Wirtschaftskreisläufe zu schaffen. Ziel muss es sein, den Umstieg auf erneuerbare Energie so zu gestalten, dass die Region davon optimal profitiert.

Grundversorgung im ländlichen Raum sicherstellen

1555 Wir werden sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Regionen weiterhin kostengünstig mit dem Bus zum Arzt, zur Schule und zum Einkaufen fahren können. Wir werden einen Demografie-Faktor (höhere Pro-Kopf-Zuweisungen bei stark sinkenden Einwohnerzahlen) bei den ÖPNV-Zuweisungen einführen, weil die Durchführung eines gut funktionierenden ÖPNVs bei sinkenden Einwohnerzahlen und sinkenden
1560 Schülerzahlen bislang nur sehr schwer zu gewährleisten ist. Ein eingeschränkter ÖPNV verschärft aber den Abwanderungsdruck in den ländlichen Regionen. Hier sind innovative Lösungen gefragt sowie ehrenamtliches Engagement. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen individuelle Lösungen entwickeln.

1565 Die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung und der Pflege im ländlichen Raum bedarf angesichts der Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungstendenzen besonderer Anstrengungen. Wir schauen hier nicht weg sondern stellen uns dieser Aufgabe.

1570 Erhalt wohnortnaher Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen

Junge Familien entscheiden ihre Wohnortwahl nach dem Vorhandensein von Arbeitsplätzen, Schulen, Kultur, Ärzten und Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Eine gute Kinderbetreuung kann darüber entscheiden, ob eine Gemeinde ihre jungen Menschen
1575 hält oder nicht. Wir werden daher die Landkindergartenregelung so verbessern, dass auch kleine, hochqualitative Betreuungseinrichtungen unterhalten werden können und die Kommunen dabei finanziell ausreichend unterstützt werden. Wir werden den Erhalt wohnortnaher Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen als Selbstverpflichtung im Landesentwicklungsprogramm belassen und nicht, wie von der Staatsregierung geplant,
1580 streichen.

Schulen als Standortfaktor

Gute Bildung, wohnortnahe Schulen, Ärzte und Sozialeinrichtungen in jeder Kommune
1585 sind ein wichtiger Standortfaktor. Das dreigliedrige Schulsystem in Bayern hat jedoch zur Auflösung von hunderten Schulstandorten insbesondere in strukturschwachen, dünnbesiedelten Gebieten geführt. Wo keine Schule mehr ist, da entleeren sich früher oder später Ortskerne, Wirtshäuser schließen, Pfarreien werden zusammengelegt.

1590 Neue Unternehmen werden sich nur dort ansiedeln, wo es gut ausgebildete Arbeitskräfte

gibt und wo Beschäftigte ein gutes Bildungsangebot für ihre Kinder erwarten können. Das Bildungsangebot gerade im ländlichen Raum wird durch unser Konzept der regionalen Gemeinschaftsschulen, in denen alle Schulabschlüsse angeboten werden, deutlich verbessert.

1595

Wir werden das Angebot von guten Ganztagschulen bedarfsgerecht ausbauen, um durch mehr Fördermöglichkeit die Bildungschancen der einzelnen SchülerInnen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

1600 Wir werden die kommunalen Gebietskörperschaften mit mehr Zuständigkeiten bei der Erstellung einer verbindlichen und passgenauen Bildungs- und Schulplanung ausstatten. Dazu wird in jeder Region ein Bildungsplan erstellt, der laufend fortgeschrieben wird.

Hochschulnetz enger knüpfen

1605

Wir werden das Netz der Hochschulen für angewandte Wissenschaften im ländlichen Raum als Kristallisationspunkte für Nachwuchsgewinnung von qualifizierten Arbeitskräften und für

1610 regionale Innovationsimpulse stärken. Die Anzahl der Studienplätze werden wir ausbauen und den Technologietransfer von Hochschulen und kleinen und mittelständischen Betrieben fördern.

Entschuldungspakt für die Kommunen im ländlichen Raum

1615

Defizite in der Regional- und Strukturpolitik haben in Bayern dazu geführt, dass gerade im ländlichen Raum viele finanzschwache und ohne eigenes Fehlverhalten hoch verschuldete Gemeinden aus eigener Kraft weder die erforderlichen Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge, noch die Sicherung und Stabilisierung ihrer Haushalte

1620 leisten können. Nicht nur der Freistaat muss sich entschulden, sondern auch die Kommunen. Wir werden einen Entschuldungspakt mit den Kommunen schließen und sie nicht im Regen stehen lassen wie die bisherige Staatsregierung.

1625

1630 Kommunalpolitik: Starke Kommunen für ein starkes Bayern

Städte, Gemeinden und Kreise sind die Heimat der Menschen. Sie sind der Ort, an dem Politik hautnah erlebt wird. Viele bayrische Kommunen werden von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regiert. Wir kennen die Probleme vor Ort und zeigen dort täglich,

1635 dass wir regieren können.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit sind die Leitlinien unserer Politik für die Kommunen und mit den Kommunen. Wir wollen soziale Ungleichheiten abbauen und soziale Integration ermöglichen. Nur eine solidarische Kommune, in der

1640 Jung und Alt, Alteingesessene und Neubürgerinnen und -bürger, Familien,

Alleinerziehende, Alleinstehende oder Menschen mit Behinderung die gleichen Chancen haben, ist eine lebenswerte Kommune.

Wir wissen: Die Stärkung der finanziellen Basis der Kommunen ist die Grundlage für die
1645 Sicherung der Lebensqualität und die Teilhabe von allen Bevölkerungsschichten. Wir werden durch eine Ergänzung der Bayrischen Verfassung eine angemessene Finanzausstattung für unsere Kommunen gewährleisten und gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen Bayerns schaffen. Hierbei lassen wir die Städte und Gemeinden nicht alleine.

1650

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... die kommunale Selbstverwaltung stärken, das Subsidiaritätsprinzip achten und das
1655 Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ konsequent umsetzen.

1655

... die Gewerbesteuer als zentrale Einnahmebasis der Kommunen stabilisieren und ihre
Bemessungsgrundlage verbreitern sowie einen kommunalen Entschuldungsfonds auflegen.

1660 ... die bewährte, zuverlässige und bezahlbare Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit kommunalen Dienstleistungen gegen schwarz-gelbe Privatisierungsbestrebungen verteidigen.

... ein wohnortnahes Angebot an sozialer Infrastruktur sicherstellen und die finanzielle
1665 Ausstattung des bewährten Programms „Soziale Stadt“ wieder anheben.

... den Wohnungsbau durch eine deutliche Erhöhung der Landesmittel ankurbeln, das
Genossenschaftswesen stärken und den Mietanstieg bremsen.

1670 ... zur Sicherung einer nachhaltigen Mobilität dem Öffentlichen Personennahverkehr, der Bahn und dem Radverkehr den Vorrang vor dem Individualverkehr einräumen.

... einen Dialog zur Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit einleiten.

1675 ... die Arbeit der Bezirke und Bezirkstage als dritte kommunale Ebene stärken.

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Kommunen sind von den Gesetzgebungen auf Europäischer, Bundes- und Landesebene
1680 unmittelbar betroffen, ohne in die Gesetzgebungsprozesse ausreichend mit eingebunden zu sein. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird den Städten und Gemeinden ein echter Partner sein und sie frühzeitig in für sie bedeutsame Gesetzgebungsvorhaben einbeziehen.

1685 Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung und achten das Subsidiaritätsprinzip, wonach Kommunen eigenverantwortlich die sie betreffenden Aufgaben wahrnehmen. Denn unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker kennen die Probleme vor Ort am Besten.

1690 Prinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ konsequent umsetzen

Wir werden auch dafür sorgen, dass viele unnötige gesetzliche und administrative Gängelungen der Kommunen durch den Freistaat beendet werden und die Kommunen mehr Freiheiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der Umsetzung staatlicher Förderprogramme bekommen. Das Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ werden wir konsequent umsetzen.

Finanzpolitik für starke und leistungsfähige Kommunen

1700 Die BayernSPD steht für starke und leistungsfähige Kommunen. Voraussetzung hierfür ist eine Finanzausstattung, die allen Kommunen einen angemessenen Standard an kommunaler Daseinsvorsorge ermöglicht. Hier steht der Freistaat besonders in der Pflicht, denn er ist an allen wichtigen Steuergesetzen über den Bundesrat beteiligt und er ist verantwortlich für einen gerechten kommunalen Finanzausgleich in Bayern. Beim kommunalen Finanzausgleich gibt es noch sehr viel zu tun, um den berechtigten Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände in Bayern zu entsprechen.

Kommunalen Anteil am Steueraufkommen erhöhen

1710 Die wichtigsten Forderungen der Kommunen in Bayern dokumentieren, dass in den Regierungsjahren der CSU viele finanzpolitischen Hausaufgaben unerledigt geblieben sind: Der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund muss schrittweise von bisher 12,75 Prozent auf 15 Prozent erhöht werden. Bayern ist hier bei den großen Flächenländern im alten Bundesgebiet bisher das unrühmliche Schlusslicht.

1715

Der kommunale Anteil am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund beträgt nur 51 Prozent, obwohl er früher schon bei 65 Prozent lag. Auch hier werden wir den Ansatz schrittweise erhöhen, vor allem die Ausgaben für den Bauunterhalt und den ÖPNV.

1720 Struktur- und finanzschwachen Gemeinden helfen

Den Ansatz für Bedarfszuweisungen an die Kommunen werden wir über die bisher 100 Millionen Euro hinaus auf 150 Millionen Euro erhöhen, um struktur- und damit oft auch finanzschwachen Gemeinden wirksamer helfen zu können. Zudem werden wir für diese Gemeinden Sonderstrukturhilfen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs einführen.

Die Erstattungen des Landes für Ausgaben, die bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben durch die Kommunen entstehen, müssen die Ausgaben der Gemeinden vollständig abdecken. Das klingt selbstverständlich, ist es aber leider nicht. Wir werden daher eine komplette Übernahme der Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund anstreben. Wir werden ebenso sicherstellen, dass die Mittel des Bundes vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden.

1735 Investitionen auf hohem Niveau halten

Wir unterstützen die Neuordnung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen durch ein Bundesleistungsgesetz mit einer vollständigen Kostenübernahme durch den Bund.

1740

Die investiven staatlichen Zuwendungen für Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten, Straßenbau und Bauunterhalt müssen auch in konjunkturellen Abschwungphasen auf hohem Niveau gehalten werden.

1745

Entlastung des Freistaats auf Kosten der Kommunen beenden

Auch eine SPD-geführte Staatsregierung wird diesen über lange Jahre aufgebauten Reformbedarf nicht auf einmal erfüllen können, sondern Schritt für Schritt. Diesen Weg wollen wir aber konsequent beschreiten: Wir werden die bisherige Politik beenden, bei der sich der Freistaat Bayern allzu häufig auf Kosten seiner Kommunen finanziell entlastet hat. Wir werden endlich für ein faires Verhältnis zwischen Staat und Kommunen sorgen. Dazu gehört für uns auch die klare Zusage, dass mit der Übertragung neuer Aufgaben auf die Kommunen die erforderlichen finanziellen Mittel bereit gestellt werden müssen.

1755

Schuldenabbau für Kommunen, Gewerbesteuer ausbauen

Bayerns Kommunen müssen beim Schuldenabbau mit einbezogen werden, weshalb die kommunalen Schulden mit in eine umfassende Bestandsaufnahme der Schulden des Freistaats einfließen müssen. Wenn nur Staatsschulden getilgt werden, besteht die Gefahr, dass die Schulden in die kommunalen Haushalte verlagert werden. Deshalb werden wir beim Schuldenabbau des Staates gewährleisten, dass über einen kommunalen Entschuldungsfonds auch die Kommunen ihre Verschuldung reduzieren können. Die zentrale Einnahmebasis vieler Kommunen, die Gewerbesteuer, muss durch die Einbeziehung der Freiberufler ergänzt, verbreitert und stabilisiert werden.

1765

Kommunalen Finanzausgleich fair gestalten

Die Auswirkungen des Fiskalpakts und der Schuldenobergrenze dürfen nicht dazu führen, dass der Freistaat sich in konjunkturell schlechten Zeiten an den Kommunen „schadlos“ hält, zum Beispiel durch eine Verschlechterung beim Kommunalen Finanzausgleich. Die SPD in Bayern wird die ausreichende Finanzkraft der bayerischen Gemeinden gemäß dieser Positionen stets im Auge behalten und dafür kämpfen.

1775

Preiswerte Versorgung mit kommunalen Dienstleistungen

Mit der kommunalen Daseinsvorsorge stellen Städte und Gemeinden die wirtschaftliche Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger sicher. Dazu zählt die Versorgung mit Energie und Wasser, dazu gehört die Infrastruktur für Nahverkehr und Wohnen sowie das Gesundheits- und Rettungswesen. Und dazu gehört auch die Entsorgung von Abwasser und Abfall. In vielen Kommunen erledigen kommunale Stadt- und Gemeindewerke die Aufgaben der Ver- und Entsorgung. Sie tun dies zuverlässig, preiswert und bürgernah. Die Bürgerinnen und Bürger wissen das zu schätzen: Nach einer Erhebung des Verbands kommunaler Unternehmen aus dem Jahr 2009 genießen Stadtwerke mit 81 Prozent das höchste Vertrauen in der Bevölkerung. Das hängt nicht nur mit der Qualität der Leistung zusammen, sondern auch damit, dass Bürgerinnen und Bürger in kommunalen Unternehmen Einfluss ausüben können. Von Bedeutung ist auch, dass kommunale Unternehmen nicht dem Prinzip des Shareholder-Value verpflichtet sind sondern statt Gewinnmaximierung das Gemeinwohl im Auge haben. Wir wissen: Die

1790

kommunalpolitische Verantwortung ist ein Garant für eine sichere, preiswerte und bürgernahe Daseinsvorsorge.

Kommunale Daseinsvorsorge gefährdet

1795

Diese Daseinsvorsorge in kommunalpolitischer Verantwortung ist gefährdet. Neoliberale Kräfte wollen die Aufgaben der Daseinsvorsorge dem Markt und einem unbeschränkten Wettbewerb überlassen. Die preiswerte und sichere Ver- und Entsorgung wird damit bedroht. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird sich diesen Kräften heftig widersetzen.

1800 Die Daseinsvorsorge muss Teil der kommunalen Selbstverwaltung bleiben, die Rahmenbedingungen zum Schutz der kommunalen Selbstverwaltung werden daher von uns ausgebaut und verbessert.

Eine SPD-geführte Staatsregierung wird

1805

... dafür einstehen, dass die einzelnen Länder in der EU über die Daseinsvorsorge weiterhin selbst entscheiden können, um die Verantwortlichkeit der Kommunen zu erhalten.

1810 ... darauf drängen, dass die EU den im Vertrag von Lissabon begonnenen Prozess der Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung fortsetzt und den Handlungsspielraum der Kommunen vergrößert.

... sich dafür einsetzen, dass die EU das Beihilfeverbot im Bereich der Daseinsvorsorge weiter lockert.

1815

... das kommunale Wirtschaftsrecht ändern, um die Zusammenarbeit mehrerer Kommunen zur Förderung der Energiewende zu ermöglichen. Denn in Zeiten der dezentralen und regenerativen Energieversorgung ist die Beschränkung der Zuständigkeit der Kommunen auf das jeweilige Gemeindegebiet überholt.

1820

... eine Privatisierung des Trinkwassers entschieden ablehnen.

Nur eine solidarische Kommune ist eine lebenswerte Kommune

1825 Wir werden die bewährte soziale Infrastruktur vor Ort aufrecht erhalten und weiterhin für ein breites Angebot an wohnortnahen Einrichtungen sorgen, dass der Vielfalt der unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten entspricht. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft ist die Sicherung eines qualitativ hochwertigen Netzes an sozialen Angeboten sowie Einrichtungen der Gesundheitsversorgung unverzichtbar. Neue Formen des Miteinanders

1830 werden wir fördern, da sie einen wertvollen Beitrag zur solidarischen Kommune leisten. Hierzu gehören Mehrgenerationenprojekte und Formen des betreuten Wohnens genauso wie Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement.

Wohnen muss für alle bezahlbar bleiben

1835

Das Recht auf eine angemessene Wohnung hat in Bayern Verfassungsrang. Wir wollen diesen Anspruch ernst nehmen und dafür sorgen, dass alle Bevölkerungsschichten in Bayern Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. Gerade in den Wachstumsregionen, aber auch in den Tourismusgebieten, verschärft sich der Wohnraumangel zusehends.

1840 Immer mehr Durchschnittsverdiener, vor allem aber junge Familien, finden nur noch

schwer bezahlbaren Wohnraum. Wir werden hier gegensteuern und nicht zulassen, dass die Mieten in den Ballungsräumen zum Armutsrisiko werden.

Sozialen Wohnungsbau steigern

1845

Durch die Förderalismusreform I wurde die soziale Wohnraumförderung ausschließlich den Ländern überlassen. Wir werden im Freistaat die Zukunft der sozialen Wohnraumversorgung sicher stellen. Wir werden die Mittel für den sozialen Wohnungsbau verstetigen und auf Regionen mit Wohnraummangel konzentrieren.

1850 Deshalb werden wir die Landesmittel zur Wohnraumförderung in Ballungsräumen massiv erhöhen und uns dafür einsetzen, dass die Abschreibungsmöglichkeiten beim Bauen verbessert werden. Jungen Familien soll die Bildung von Wohneigentum erleichtert werden.

1855 Wohnungsbaugenossenschaften stärken

Als Partner für unsere Wohnungspolitik werden wir verstärkt öffentliche Wohnungsbaunternehmen und Genossenschaften unterstützen. Wir werden hierzu das Genossenschaftswesen wiederbeleben und stärken. Denn Genossenschaften verbinden demokratische Selbstverwaltung mit unternehmerischer Initiative, Selbsthilfe und sozialer Orientierung. Gerade im Wohnungsbau leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Der Auf- und Ausbau von Wohnungsgenossenschaften wird von uns durch die Aufnahme in das bayerische Wohnraumförderungsgesetz künftig verstärkt gefördert. Mit Baugrund und günstigen Darlehen wollen wir Genossenschaften und kommunale Wohnungsbaugesellschaften unterstützen.

Mietanstieg bremsen und Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern

1870 Seit Jahren verweigert die schwarz-gelbe Staatsregierung die Schaffung der nötigen Rechtsgrundlage für Kommunen zum Erlass eines generellen Umwandlungsverbots von Miet- in Eigentumswohnungen in Erhaltungssatzungsgebieten. Damit geht Jahr für Jahr bezahlbarer Wohnraum verloren. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird unverzüglich diese Rechtsgrundlage schaffen, damit in Kommunen mit Wohnraummangel Luxussanierungen verhindert werden und die angestammten Mieterinnen und Mieter in ihren Wohnungen bleiben können.

Mietanstieg begrenzen

1880 Für diese Kommunen werden wir ebenso sicher stellen, dass die bewährte Politik des Zweckentfremdungsverbots – der Umwandlung von Wohnraum in Büros – weitergeführt wird. Die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossene Absenkung der Kappungsgrenze für zulässige Mieterhöhungen bei bestehenden Mietverträgen auf 15 Prozent reicht nicht aus. Wir setzen uns für eine Begrenzung der Neuvermietungsmieten auf zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete ein, für eine Neuberechnung des Mietspiegels mit stärkerer Berücksichtigung der Bestandsmieten und vor allem für eine Absenkung der umlagefähigen Kosten bei Modernisierungsmaßnahmen. Die Kappungsgrenze ist auch auf Erhöhungen nach §559 BGB zu verwenden (Modernisierungserhöhungen).

1890

Soziale und nachhaltige Stadtentwicklung

Siedlungsdruck, Gewerbeflächenentwicklung und Verkehrswegebau nehmen immer
1895 mehr Flächen in Anspruch. Wir hingegen werden eine ressourcenschonende und umweltgerechte Stadtentwicklung durch flächensparende Baulandausweisung, kompakte Bauweise und eine Stadt der kurzen Wege auf den Weg bringen. Eine ideale Stadtentwicklung orientiert sich entlang der Strecken des Öffentlichen Personennahverkehrs. Somit verbinden wir mehr Lebensqualität mit einer sicheren
1900 Mobilität für alle und der Erreichbarkeit von allen notwendigen Einrichtungen der Grundversorgung.

Städtebauförderung erhöhen statt kürzen

1905 Wir unterstützen nachdrücklich die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion an die schwarz-gelbe Bundesregierung, die Kürzung der Mittel für die Städtebauförderung zurückzunehmen. Stattdessen werden wir auf Bundesebene die Mittel auf 700 Millionen Euro jährlich anheben und insbesondere auch die Mittel für das Programm Soziale Stadt wieder erhöhen. Gerade das Programm Soziale Stadt leistet einen wertvollen Beitrag zur
1910 Stabilisierung von Stadtteilen, die besonderer Unterstützung bedürfen.

Mobilität für alle

Wir begrüßen die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zu einem Investitionspakt für die
1915 kommunale Verkehrsinfrastruktur. Wir setzen uns für die Verlängerung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes ein und werden dafür sorgen, dass die Finanzierung dringend notwendiger Verkehrsinfrastruktur weiterhin gesichert ist. Dabei gilt für uns der Vorrang der Schiene vor der Straße. Neben dem Neu- und Ausbau von Verkehrswegen werden wir auch Investitionen in den Erhalt und die Sanierung von
1920 Schienen- und Straßennetz unterstützen. Für eine umweltgerechte und nachhaltige Mobilität hat für uns der Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes in den Städten und Gemeinden eine besondere Bedeutung.

Stärkung der regionalen Zusammenarbeit

1925 Bayern steht vor großen Herausforderungen in der Regionalentwicklung. Demographischer Wandel, Energiewende, die Bewältigung von Siedlungsdruck und zunehmende Verkehrsströme in Wachstumsregionen erfordern differenzierte regionale Strategien und übergeordnete Steuerungsmöglichkeiten. Dem stehen
1930 Abwanderungstendenzen aus ländlichen Räumen gegenüber, die nicht minder Probleme aufwerfen.

Die heutigen regionalen Planungsverbände können diese Aufgaben ohne grundlegende Reform nicht mehr bewältigen. Wir werden daher einen Dialog beginnen und gemeinsam
1935 mit den Verantwortlichen auf kommunaler und regionaler Ebene Überlegungen zu einer Stärkung der regionalen Zusammenarbeit entwickeln. Hierzu gehören eine Überprüfung des räumlichen Zuschnitts der Planungsregionen, eine Erweiterung von Kompetenzen und Planungsinstrumentarium sowie eine Stärkung der Organisationskraft.

1940 Bezirke als dritte kommunale Ebene stärken

Die Wiedereinrichtung demokratisch verfasster Bezirke als dritte Ebene der kommunalen Selbstverwaltung war eine Forderung der BayernSPD nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir stehen auch weiterhin zu den Bezirken und zur Tätigkeit unserer Bezirkstage als 1945 Bindeglied zwischen Verwaltung und Bürger.

Wir fordern weiterhin ein Bezirkswahlrecht für EU-Bürgerinnen und Bürger. Bisher können sich Bürger aus EU-Staaten zwar an Kommunalwahlen beteiligen. Ein Bezirkswahlrecht ist ihnen aber verwehrt. Wir wollen die Bezirke als dritte kommunale 1950 Ebene wahlrechtlich der kommunalen Familien gleichstellen.

Die Bezirke leisten gute Arbeit für eine moderne, humane und dezentrale psychiatrische Versorgung im Freistaat. Diese gilt es auszubauen. Die Bezirke sind als Träger der überörtlichen Sozialhilfe zuständig für die Hilfe bei Pflegebedürftigkeit und die 1955 Eingliederung für Menschen mit Behinderungen. Wir unterstützen die Zusammenführung der Hilfen für Menschen mit Behinderungen in einer Hand und die Übernahme der Kosten durch den Bund in einem neuen Bundesleistungsgesetz. Dies darf jedoch nicht zur Absenkung von bestehenden Leistungsstandards führen. Bestrebungen zur Privatisierung von Einrichtungen des Bezirks lehnen wir entschieden ab.

1960

1965

Europapolitik: Denn Bayern ist mittendrin

Bayern ist die größte Region im Herzen Europas. Wir Sozialdemokratinnen und 1970 Sozialdemokraten wissen: Bayern kann nur mit Europa und nicht gegen Europa erfolgreich sein, denn Bayern ist ein großer Profiteur des europäischen Binnenmarkts und des Euro. Der Export – gerade in unsere Nachbarländer – nimmt in Bayern eine zentrale Stellung ein. Mit einer Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes von 51 Prozent wird mehr als jeder zweite Euro im Export erwirtschaftet. Ganz klar: Ein starkes Europa ist 1975 wichtig für ein starkes Bayern. Wir setzen uns daher für Solidarität in Europa ein, weil diese auch den Menschen in Bayern hilft.

Doch zum ersten Mal droht die europäische Einigung zerstört zu werden. Die Gründungsidee der EU war, dass die Menschen in Frieden zusammen leben und 1980 gemeinsam über die Nationalgrenzen hinweg wirtschaften können. Die Situation in vielen Mitgliedstaaten mit hoher (Jugend)Arbeitslosigkeit, sinkenden sozialen Sicherungen und dem Schrumpfen der Wirtschaft lässt viele Menschen an der EU zweifeln.

1985 Wir nehmen diese Ängste und Befürchtungen der Menschen ernst und werden daher vehement dafür kämpfen, die Soziale Marktwirtschaft zu erhalten und die von vielen konservativen und marktliberalen Kräften angestrebte radikale Marktwirtschaft zu verhindern. Was wir wollen ist ein stärkeres Europa – und das geht nur mit einem sozialeren Europa.

1990

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung ihren Einfluss geltend machen, um Folgendes auf den Weg zu bringen:

1995 ... europäische Richtlinien für Arbeitszeit, Schutz der LeiharbeiterInnen und Regulierung bei Werksverträgen

... eine einheitliche europäische Bankenaufsicht, die sich jedoch allein auf die systemrelevanten Institute bezieht und keine neuen Hürden und Belastungen für 2000 Sparkassen, Genossenschaftsbanken und kleine Privatbanken mit sich bringt.

... kleine und mittlere Unternehmen durch Nutzung der Struktur- und Sozialfonds stärken und ihnen schnelle und unbürokratische Zugänge zu Fördermitteln ermöglichen.

2005 ... dafür sorgen, dass auch weiterhin Gelder aus den Sozial- und Strukturfonds der Europäischen Union nach Bayern fließen und hier sinnvoll verwendet werden.

... Förderung transparenter und einfacher gestalten.

2010 Für ein demokratisches Europa

Mit dem Lissaboner Vertrag, der seit Dezember 2009 in Kraft ist, wurde die demokratische Teilhabe und Mitbestimmung gestärkt. Zum einen hat das Europäische Parlament wesentlich mehr Mitbestimmungsrechte bekommen und zum anderen 2015 wurden die Beteiligungsrechte der Länder an den Entscheidungen der Europäischen Union verbessert. Wir werden auf Grundlage dieser Subsidiarität die Interessen Bayerns in Europa vertreten und unser gemeinsames Europa sozialer gestalten. Wir tun dies in dem Bewusstsein, dass die europäische Einigung in unser aller Interesse liegt.

2020 Gemeinsames Wirtschaften

Die Politik der EU-Kommission unter der Führung konservativer und neoliberaler Kräfte führte dazu, dass soziale Rechte und Standards immer mehr beschnitten wurden. Für die Mehrheit der Menschen wurde daraus eine soziale Abwärtsspirale. Gemeinsam über alle 2025 politischen Ebenen hinweg wollen wir diesen falschen politischen Kurs beenden.

Bankenregulierung und Schutz von guter Arbeit

Wir brauchen europäische Richtlinien für Arbeitszeit, Schutz der Leiharbeiterinnen 2030 und Leiharbeiter und Regulierung bei Werksverträgen. Wir fordern einen einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus von Banken, der sich jedoch allein auf die systemrelevanten Institute bezieht und keine neuen Hürden und Belastungen für Sparkassen, Genossenschaftsbanken und kleine Privatbanken mit sich bringt. Der angestrebte Bankenfond soll für die großen, sogenannten systemrelevanten Institute mit 2035 europäischer Bedeutung die Einlagensicherung für private Anleger übernehmen. Für Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben sich deren Haftungsverbände bewährt.

Betriebsverlagerungen strenger kontrollieren

2040 Ebenso fordern wir stärkere Kontrollen bei Betriebsverlagerungen, damit diese nicht auch

noch subventioniert werden. Wir brauchen Richtlinien und Verordnungen für die Gleichstellung der Geschlechter, damit endlich gleicher Lohn gezahlt wird und die gleichen Aufstiegschancen für alle gelten.

2045 Energiewende vor Ort stärken

Eine besondere Bedeutung hat die Energiewende. Dabei kommt den kommunalen Stadtwerken eine entscheidende Rolle zu. Wir werden die Kommunen bei der Re-Kommunalisierung unterstützen und europäische Programme zur Steigerung der Energieeffizienz mit den Kommunen gemeinsam nutzen.

Mittelstand stärken, Fördergelder nutzen

Die Stärke der bayerischen Wirtschaft beruht vor allem auf einem starken Mittelstand. Viele kleine und mittlere Unternehmen sind in ihrer Branche Weltmarktführer. Wir werden diese Unternehmen weiterhin unterstützen. Dazu werden wir die europäischen Mittel aus den Struktur- und Sozialfonds nutzen und die LfA Bayern stärken. Wir werden für diese Unternehmen schnelle und unbürokratische Zugänge zu Fördermitteln ermöglichen.

2060

Regional- und Strukturpolitik in Europa

2013 endet die laufende Förderperiode der Europäischen Union. Wir werden in Europa dafür sorgen, dass auch künftig Fördermittel in angemessener Höhe aus dem Fonds für Regionale Entwicklung in bedürftige Regionen und aus dem Sozialfonds an sozial nachhaltige Projekte in Bayern fließen. Die Strukturpolitik ist für die EU von zentraler Bedeutung. Sie steht für eine ausgewogene, nachhaltige und gerechte Entwicklung in ganz Europa. Die geförderten Projekte sorgen für mehr BürgerInnennähe und gewährleisten auf lange Sicht Entwicklung und Stabilität. Gleichzeitig ist die Strukturpolitik in der Lage, angemessen und langfristig auf lokale, regionale oder globale Herausforderungen zu reagieren. Sogenannte „Ziel-2-Gebiete“ müssen auch künftig förderfähig bleiben, also Regionen, die sich durch Strukturwandel oder die Globalisierung grundlegend ändern und bei diesem Wandel Hilfe benötigen.

2075 Fördergelder sparsam und verantwortungsbewusst einsetzen

Es gilt allerdings nicht nur darauf zu achten, dass Finanzmittel in angemessener Höhe bereitstehen, sondern dass diese auch sparsam und verantwortungsbewusst verwendet werden. Verteilung nach dem Gießkannenprinzip darf es nicht geben. Vielmehr muss man sich auf die Hauptziele Bildung, Forschung, Innovation, Technologie und Energieeffizienz konzentrieren. Wir setzen uns dafür ein, die Verwendung der Strukturmittel möglichst effektiv und einfach zu gestalten. Gleichzeitig muss die Förderung transparenter und einfacher werden. Der europäische Rechnungshof kritisiert zu Recht die hohe Fehlerquote. Dabei müssen wir jedoch zwingend zwischen Fehlern, die aufgrund der hohen Komplexität entstehen, Betrug und mangelnder Kontrolle in den Regionen unterscheiden.

Eine sozialdemokratische geführte Staatsregierung wird sich für eine einfachere, transparentere und koordinierte Förderung im Rahmen der europäischen Regionalpolitik einsetzen. In der aktuellen Förderperiode (2007-2013) fließen aus der europäischen

Regionalpolitik knapp 900 Millionen Euro nach Bayern. Wir werden dafür sorgen, dass auch weiterhin alle Regionen förderfähig bleiben, nicht nur die ärmsten. Die Ergebnisse und Erfahrungen aus den vielzähligen und vielfältigen aktuellen Projekten und Programmen sind deutliche Belege für die Erfolge europäischer Regionalpolitik. Aber 2095 diese Erfolgsbilanz kann und muss noch deutlich ausgebaut werden.

Wir streben einen Europäischen Investitions- und Aufbaufonds an, der die Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von 2100 gerecht entlohnter Beschäftigung verbindlich macht.

Kooperationen mit den Fachleuten vor Ort

Wir setzen uns deshalb für die Partnerschaftsverträge ein. Die Akteure der kommunalen 2105 und regionalen Ebene kennen die Bedürfnisse vor Ort. Daher muss die Staatsregierung diese regionalen Stellen frühzeitig in die Ausgestaltung der Programme einbinden.

Bayern in den europäischen Netzen

2110 Bayern ist eine starke Region im Herzen Europas. Vor allem der Industriestandort Bayern ist von Exporten nach ganz Europa und in den Rest der Welt abhängig. Hierfür ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur mit nahtlosen Grenzübergängen in die Nachbarländer immens wichtig. Ohne gut ausgebaute Schienen-, Binnenschiffahrts- und Straßennetze ist der effiziente Transport zu den Hochseehäfen Europas und somit in den Rest der Welt 2115 nicht möglich. Wir setzen uns daher für die termingerechte Umsetzung der transeuropäischen Verkehrsnetze ein. Die zehn Verkehrskorridore des Kernnetzes müssen endlich 2030 in Betrieb genommen werden. Zwei dieser Korridore führen durch Bayern und werden den Freistaat direkt mit Frankreich, der Ostsee, dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer verbinden. Mehr hierzu auch im Kapitel „Infrastruktur“.

2120

Gemeinsame Agrarpolitik in Europa

Die EU-Agrarpolitik steht auf dem Prüfstand. Das jährliche Budget für Agrarausgaben und Direktbeihilfen beträgt derzeit rund 60 Milliarden Euro und ist mit einem Anteil von 43 2125 Prozent am Gesamthaushalt der größte Einzelposten. Bayerns Bauern erhalten aus diesem Topf rund 1,5 Milliarden Euro. Es geht aber nicht nur ums Geld in der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020, sondern auch um die Richtung. Wir wollen, dass nicht nur die großen industriellen Hochleistungsbetriebe den Wettbewerb bestehen, sondern auch unsere bäuerliche Landwirtschaft.

2130

Zukunftssicherung der Landwirtschaft geht alle an

Unser Ziel ist es, eine flächendeckende, multifunktionale Landwirtschaft zu erhalten, den Bäuerinnen und Bauern mit fairen Preisen ein leistungsgerechtes Einkommen zu sichern 2135 und sie in die Lage zu versetzen, die natürlichen Ressourcen zu schonen, den ländlichen Raum zu erhalten und zu entwickeln und nicht nur quantitativ die Verbraucher zu versorgen, sondern auch qualitativ mit gesunden Lebensmitteln. Deshalb geht die Zukunftssicherung unserer landwirtschaftlichen Betriebe alle an. Sie betrifft die gesamte Gesellschaft.

2140

Krise der Währungsunion überwinden

Enger noch als in der EU sind die wirtschaftlichen Verbindungen und gegenseitigen
2145 Abhängigkeiten in der Europäischen Währungsunion. Wird nicht bald umgesteuert und
die Krise gelöst, wird es auch in Deutschland und Bayern wirtschaftlich zu Problemen
kommen. Die Käufe unserer Partner sind unsere Exporte. In drei Jahren viel zu zaghafter,
verschleppter „Antikrisenpolitik“ – maßgeblich gesteuert von der Bundeskanzlerin – ist
nichts besser, sondern vieles schlechter geworden. Die südeuropäischen Länder steuern
2150 immer tiefer in die Rezession – nicht weil sie zu wenig sparen, sondern weil die ihnen
aufgezwungenen drastischen Einschnitte bei Löhnen und Staatsausgaben ihre
Ökonomien abwürgen. „Es wird immer klarer, dass die alleinige Konzentration auf
Haushaltskennzahlen die Krise nicht beenden wird“, sagte hierzu bereits Peer Steinbrück.
Die Südeuropäer können sich immer weniger leisten. Kein Wunder, dass jetzt auch in
2155 Deutschland die Wachstumszahlen drastisch zurückgehen. Erfolgreiche
Haushaltskonsolidierung geht nur, wenn die Wirtschaft wächst. Deswegen brauchen wir
ein Umdenken: weg von drakonischen Spardiktaten hin zu einem Wachstums- und
Aufbauprogramm.

2160 Falsches Krisenmanagement bedroht sozialen Frieden

Nicht die Politik, sondern einzig die Europäische Zentralbank hat einen richtigen Schritt
getan: Die Ankündigung, wenn nötig Staatsanleihen unbegrenzt aufzukaufen, hat die
Anleihemärkte etwas beruhigt. Diese Garantieraufgabe muss die Zentralbank, wie in
2165 anderen Ländern auch, übernehmen und nicht der Steuerzahler mit immer neuen
Rettungsschirmen. Nur so werden die Krisenländer aus dem Würgegriff spekulativer
Attacken der Finanzmärkte befreit.

Das bisher falsche Krisenmanagement bedroht die europäische Demokratie und den
2170 sozialen Frieden. An demokratischen Wahlen und an Parlamenten vorbei werden den
Völkern Europas „Reformprogramme“ verordnet, die jeden Rest an sozialer Sicherheit und
Perspektive zerstören. Wer soll sich da wundern, wenn sich die Menschen von Europa
abwenden.

2175 Das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen

Es kann nicht darum gehen, das „Vertrauen der Märkte“ zu gewinnen, sondern es muss
um das Vertrauen der Menschen gehen. Bisher zahlen nur die Steuerzahlerinnen und
Steuerzahler für eine Krise, die sie nicht verursacht haben. Deswegen wird es höchste Zeit,
2180 die Lasten anders zu verteilen. Deswegen hat die SPD die ersten Schritte zur
Finanztransaktionssteuer durchgesetzt. Deswegen brauchen wir den Beitrag der
Vermögenden zur Finanzierung der Krisenfolgen.

Wenn wir wollen, dass die Währungsunion aus der Krise kommt, dann muss auch
2185 Deutschland selbst etwas tun, um die entstandenen Handelsungleichgewichte
abzubauen. „Wir sollten nicht vergessen, dass die Defizite der Südeuropäer spiegelbildlich
zu unseren Überschüssen sind“, sagte hierzu Helmut Schmidt. Recht hat er. Jahrelang ist
die Lohnentwicklung in Deutschland hinter den Gewinnen und der Produktivität
zurückgeblieben. Deswegen müssen wir mehr für die Binnennachfrage tun, damit wir
2190 nicht nur auf dem „Exportbein“ stehen, während das andere lahmt. Deutschland muss –

und Bayern auch – die öffentlichen Investitionen ausweiten, wir brauchen wieder gute Löhne, den gesetzlichen Mindestlohn und prekäre Arbeit muss zurückgedrängt werden. Dafür steht die BayernSPD.

2195

2200

2205

2210

2215

2220

2225

2230

2235

2240

Arbeit

Arbeitsmarkt und ArbeitnehmerInnenfragen: Einsatz für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne

2245 Eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist die entscheidende Grundlage für ein Land, das nur mit guten Produkten und Produktionsverfahren sowie hoch qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Wettbewerb erfolgreich ist. Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis, sondern gute Arbeitsbedingungen und Arbeit, die gerecht entlohnt wird.

2255 Auch in Bayern arbeiten viele Menschen im Niedriglohnbereich. Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit und mit Schein-Werkverträgen, in befristeten und geringfügigen Arbeitsverhältnissen steigt zu Lasten unbefristeter und sozial abgesicherter Normalarbeit. Scheinpraktikanten wird ihre gerechte Vergütung vorenthalten.

2260 Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion unterstützen und eigene Bundesratsinitiativen einbringen, um bundesweite Regelungen für gute Arbeit durchzusetzen. Bayern wird dann nicht mehr Bremser auf diesem politischen Feld sein, sondern Antreiber.

2265 ... ein Bayerisches Mindestlohngesetz einführen, um den Beschäftigten des Landes, der Kommunen und der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts gerechte Löhne zu zahlen.

2270 ... die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausbauen.

... den Datenschutz am Arbeitsplatz sicherstellen.

... junge arbeitslose Eltern besonders unterstützen.

2275 ... einen Sozialen Arbeitsmarkt aufbauen, um Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen.

2280 ... auch Menschen mit Behinderungen eine Perspektive auf dem regulären Arbeitsmarkt geben.

... dem Fachkräftebedarf in Bayern vor allem durch bessere Bildung und Ausbildung sowie die Nutzung der Potentiale der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entgegenzutreten.

2285 ... einen Weiterbildungspakt für Bayern anstoßen und das lebenslange Lernen stärker fördern.

2290 ... die Berufsorientierung bereits in der Schule verstärken und dann auch dafür sorgen, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen.

... eine Fachkräfteoffensive für den Pflege- und Erziehungsbereich starten.

... die UN-Behindertenrechtskonvention auch und gerade in der Arbeitswelt umsetzen.

2295

Bundesratsinitiativen für „Gute Arbeit“

Bayern sitzt im Bremserhäuschen, wenn es um bundesweite Regelungen für „Gute Arbeit“ geht. Das werden wir ändern, indem wir Bundesratsinitiativen einbringen

2300

... für einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von am Anfang mindestens 8,50 Euro einzuführen, der auf Vorschlag einer paritätischen Kommission vom Bundesarbeitsministerium jährlich an die allgemeine Preis- und Einkommensentwicklung anzupassen ist, die Reichweite von Tarifverträgen durch die

2305 Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit zu vergrößern

... zur Stärkung des Tarifvertragssystems und der Tarifbindung.

... um die Beschäftigten im kirchlichen Bereich allen anderen Arbeitnehmerinnen und
2310 Arbeitnehmern umfassend rechtlich gleichzustellen.

... für gleichen Lohn für gleiche Arbeit – zwischen Mann und Frau genauso wie zwischen LeiharbeiterInnen und Stammebelegschaft.

2315 ... zur Abschaffung der Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen und von Kettenbefristungen.

... mit der Zielsetzung der Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen. Wir fordern dass die Werkverträge der Mitbestimmung unterliegen.

2320

... zum Schutz von Praktikantinnen und Praktikanten. Sie sollen etwas lernen und dürfen nicht als billige Arbeitnehmer zweiter Klasse behandelt werden. Deshalb müssen Praktika befristet sein und bezahlt werden.

2325 ... für eine Neugestaltung der geringfügigen Beschäftigung. Außerdem müssen bestehende Rechte für Minijobs bekannter und besser durchgesetzt werden, damit zum Beispiel Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Recht auf Aufstockung der Arbeitszeit etc. wirklich gewährt und Minijobs nicht zur Armutsfalle werden.

2330 ... für ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen beendet.

... für eine Quote von 50 Prozent für jedes Geschlecht bei der Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten.

2335

Freistaat muss guter Arbeitgeber werden

Bei guter Arbeit muss der Freistaat aber auch mit gutem Beispiel voran gehen. Daher müssen im staatlichen Bereich Niedriglöhne sofort beseitigt werden. Nach dem Vorbild
2340 Bremens wollen wir ein Bayerisches Mindestlohngesetz einführen für die Beschäftigten

des Landes, der Kommunen und der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Das Gesetz soll auch Anwendung in Bereichen finden, in denen das Land als Auftraggeber handelt oder in denen Fördermittel und Zuwendungen vergeben werden. Eine Landesmindestlohnkommission, in der die Spitzenorganisationen der Tarifparteien
2345 vertreten sein sollen, soll den Mindestlohn jährlich überprüfen und wenn nötig anpassen. Mit einem Vergabegesetz werden wir sicherstellen, dass öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen.

2350 Wir werden dafür sorgen, dass im Zuständigkeitsbereich des Freistaats Bayern Frauen bei Beförderungen gleichziehen und die Lohndiskriminierung beendet wird.

Mit uns wird es keine Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes geben. Wir wollen gute Arbeit und faire Bezahlung für die Beschäftigten des Freistaats.
2355 Eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme von Tarifabschlüssen auf die Bediensteten ist für uns selbstverständlich. Wir werden wieder umfassende Vorsorge für künftige Versorgungsleistungen treffen und die Pensionsvorsorge wieder solide aufstellen. Wir werden keine Lasten in die Zukunft schieben, wir werden kein 3-Milliarden-Euro-Loch bis 2017 entstehen lassen.

2360

Wir begreifen den öffentlichen Dienst in Bayern mit den Tarifbeschäftigten und den Beamtinnen und Beamten als einen entscheidenden Standortfaktor in Bayern. Kein zentraler Bereich der Politik kann ohne einen dauerhaft leistungsfähigen öffentlichen Dienst funktionieren – das gilt für die innere Sicherheit, den Ausbau der Kinderbetreuung,
2365 kleinere Klassen und individuelle Förderung an Schulen, die Ausbildung an den Hochschulen, den Erhalt und Ausbau der staatlichen Infrastruktur, die Energiewende und einen umfassenden und gerechten Steuervollzug.

Der Freistaat Bayern braucht eine „Fachkräfte und Nachwuchsinitiative 2030“ für seinen
2370 öffentlichen Dienst. Wir sind uns bewusst, dass sich der Freistaat bei seinen Beschäftigten in zunehmender Konkurrenz mit der freien Wirtschaft um Fach- und Nachwuchskräfte befindet bei stagnierender und alternder Bevölkerung. Wir brauchen belastbare Bedarfsprognosen, welche Nachwuchskräfte in den Verwaltungen des Freistaats erforderlich sein werden, und vor allem tragfähige Konzeptionen, wo diese Kräfte
2375 herkommen sollen und wie ihr Interesse für den öffentlichen Dienst geweckt werden kann. Das Versprechen eines sicheren Arbeitsplatzes reicht nicht aus. Der Freistaat muss attraktive Einkommens- und Karriereperspektiven, moderne Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten.

2380 Sparen auf Kosten der Beamtinnen und Beamten hat im von der CSU regierten Freistaat Tradition. Die CSU ließ die Bediensteten 19 Monate lang bis zum 1. November 2012 auf die Erhöhung der Bezüge um 1,5 Prozent warten. Nach der Landtagswahl 2003 kam mit dem berichtigten Nachtragshaushalt die 42-Stunden-Woche für die Beamtinnen und Beamten und nach der Landtagswahl 2008 die Absenkung der Eingangsbesoldung, die 12-
2385 monatige Wiederbesetzungssperre und das Aussetzen der Leistungsbezüge. Jetzt sind diese massiven Einschnitte im Jahr 2013 als vermeintliches Wahlkampfgeschenk zurückgenommen worden.

Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds als Vorsorgesysteme für kommende
2390 Pensionsleistungen sind abgeschafft. Anstelle dieser Vorsorgesysteme sollen jährlich nur

noch 100 Mio. Euro in einen neuen Bayerischen Pensionsfonds fließen. Dadurch werden bis 2017 über 3 Mrd. Euro weniger an Vorsorge für künftige Versorgungsleistungen getroffen, als es ursprünglich in der gesetzlichen Grundlage vorgesehen war. Vor diesem Hintergrund macht auch die Tilgung von insgesamt 2 Mrd. Euro Staatsschulden in 2395 2012/2013/2014 wenig Sinn, wenn an anderer Stelle Milliardenlöcher wieder aufgerissen werden.

Befristungen und Leiharbeit nur als Ausnahme

2400 Befristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im öffentlichen Dienst nur die Ausnahme sein. Die Umwidmung regulärer Stellen in solche für – formal freiberuflich tätige – Honorarkräfte ist ebenso zu beenden. In landeseigenen Unternehmen sowie in den Behörden des Freistaats muss in der Regel auf den Einsatz von Leiharbeit verzichtet werden.

2405

Echte Mitbestimmung auch im Öffentlichen Dienst in Bayern

Viele Regelungen des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes sind veraltet und entsprechen dem immer noch vorherrschenden Hierarchiedanken. Sie sind nicht mehr 2410 passend, den gesellschaftlichen Problemen unserer Zeit und den Aufgaben einer wirklichen Personalvertretung gerecht zu werden.

Wir bringen deshalb eine Novellierung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes, angelehnt an das Betriebsverfassungsgesetz, auf den Weg mit dem Ziel:

2415

- mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte sowie
- bessere Freistellungsmöglichkeiten und Weiterbildungsansprüche

2420 sicher zu stellen. Wir streben außerdem die Rückkehr der Tarifgemeinschaft der Länder in die öffentliche Tarifgemeinschaft an.

Datenschutz am Arbeitsplatz sicherstellen

2425 Zahlreiche Datenschutzskandale in der Wirtschaft zeigen, dass uns die moderne Informations- und Kommunikationsgesellschaft auch im Arbeitsleben vor neue Herausforderungen stellt. Der verantwortungsbewusste Umgang mit sensiblen Daten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss in der betrieblichen Praxis immer sichergestellt sein. Wir werden dafür sorgen, dass das Bayerische Landesamt für 2430 Datenschutzaufsicht ein effektiver Ansprechpartner der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist.

Sogenannte Whistleblower, also Beschäftigte, die auf Missstände in ihrem Betrieb hinweisen, müssen vor Sanktionen geschützt sein. Für Beschäftigte des Freistaats werden 2435 wir deswegen ein effektives Beschwerdemanagement einführen.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit

Die Arbeitsmarktzahlen im Bund und auch in Bayern sind günstig. Es muss dennoch unser 2440 Ziel bleiben, die noch vorhandene Arbeitslosigkeit abzubauen. Gerade

Langzeitarbeitslosen fällt der Wiedereinstieg schwer. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die aktive Arbeitsmarktpolitik in Milliardenhöhe gekürzt. Diese Kürzungen sind ein großer Fehler, können durch den Freistaat finanziell aber nicht ausgeglichen werden.

2445 Wir wollen aber trotzdem im Rahmen der Möglichkeiten eines Bundeslandes Schwerpunkte – unter Einsatz von Mittel des Europäischen Sozialfonds und eigenen Mitteln – setzen.

Junge arbeitslose Eltern besonders unterstützen

2450

Junge arbeitslose Eltern wollen wir in den Fokus unserer Bemühungen rücken. Ihnen muss geholfen werden, eine Berufsausbildung abzuschließen und für ihre Familie sorgen zu können. Teilzeitausbildungsangebote und „Familiencoaches“ werden hier weiterhelfen. Wir werden Eltern helfen, nach Erziehungspausen wieder in den Beruf

2455 einzusteigen. Es geht hier aber auch um Alphabetisierungskurse und den Spracherwerb bei Migrantinnen und Migranten.

Sozialen Arbeitsmarkt aufbauen

2460 Für diejenigen, die ohne Unterstützung keine Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben, wollen wir einen sozialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter Beschäftigung aufbauen und zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse anbieten, die auch die existenzsichernde Bezahlung der ArbeitnehmerInnen und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen. Sie müssen immer auch echte Qualifizierungsangebote enthalten um den

2465 beschäftigten ArbeitnehmerInnen Chancen auf berufliche Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen. Denn trotz guter Konjunktur sind in Bayern rund 63.000 Menschen (Stand: September 2012) langzeitarbeitslos. Örtliche Gremien, an denen Gewerkschaften, Kammern und andere arbeitsmarktpolitische Akteure beteiligt sind, sollen über diese Beschäftigungsangebote entscheiden.

2470

Zur dauerhaften Finanzierung des Sozialen Arbeitsmarktes durch den Bund wird Bayern die Chancen und Risiken des Passiv-Aktiv-Transfers, die Vor- und Nachteile eines eigenen Budgets im Eingliederungstitel und alternative Möglichkeiten prüfen und hierzu Bundesratsinitiativen starten.

2475

Fachkräftebedarf in Bayern sichern

Zwar kann von einem allgemeinen Fachkräftemangel derzeit nicht gesprochen werden. Allerdings existieren bei einzelnen Berufen und in einigen Teilen Bayerns gravierende

2480 Engpässe. Mittel- und langfristig wird sich die demografische Entwicklung auf den Arbeitsmarkt auswirken. Das Potenzial an Arbeitskräften wird in den kommenden Jahren schrumpfen. Im selben Zeitraum wird der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften spürbar ansteigen.

2485 Fachkräftemangel ist eine schwere Hypothek für die Zukunft: Denn Investoren gehen dorthin, wo Menschen gut ausgebildet sind und wo zukünftige wirtschaftliche Expansion nahe liegt. Fachkräftemangel heißt, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Landes nicht ausgeschöpft werden.

2490 Die Handlungsfelder sind für uns klar: Wir müssen die Zahl der Schulabgängerinnen und

Schulabgänger ohne Abschlüsse reduzieren und die Übergänge in den Beruf verbessern, Ausbildungs- oder Studienabbrüche deutlich verringern, Erwerbspartizipation und Lebensarbeitszeit von Menschen über 55 erhöhen, Erwerbspartizipation und Arbeitszeitvolumen von Frauen steigern sowie Qualifizierung und Weiterbildung 2495 vorantreiben. Auch muss die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ermöglicht und verbessert werden.

Qualifizierung und Weiterbildung vorantreiben

2500 Mit Kammern und Gewerkschaften werden wir eine Kampagne durchführen, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen für die anstehenden Herausforderungen stärker zu sensibilisieren und die Notwendigkeit lebenslangen Lernens aufzuzeigen.

Wir werden den Aufbau öffentlicher Bildungs- und Weiterbildungsberatung unterstützen, 2505 die es jedem Interessierten ermöglicht, lebenslanges Lernen zu realisieren. Wir wollen zudem einen „Weiterbildungspakt“ für Bayern etablieren. Zentral ist für uns, vernetzte und bezahlbare Weiterbildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen sicherzustellen. Das erfordert auch eine öffentliche Zertifizierung und Qualitätskontrolle der Weiterbildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungspakts.

2510

Wir werden deshalb für Bayern eine bezahlte Bildungsfreistellung von drei Arbeitstagen pro Jahr einführen. Für die Träger der Bildungseinrichtungen des „lebenslangen Lernens“ werden wir eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung durch Landeszuschüsse sicherstellen. Wir werden die Volkshochschulen daher besser finanziell fördern.

2515

Weiterbildung auch an den Hochschulen

Nach der gesetzlichen Öffnung der Hochschullandschaft für beruflich Qualifizierte ohne Abitur ist es unsere Aufgabe, diesen Menschen die Aufnahme eines Studiums auch in der 2520 Praxis zu erleichtern. Dazu benötigen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote an den Hochschulen und eine bessere Anerkennung von Leistungen der beruflichen Bildungsgänge. Wir möchten, dass Hochschulen sich stärker in die Aufgabe der Weiterqualifizierung einbringen.

2525 Mit dem Bachelor auf den Arbeitsmarkt

Studierende sollen mit einem Bachelorabschluss echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten – aber auch das Studium in der Masterphase fortsetzen können. Für uns gilt: Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelorstudium schafft das Recht zur Aufnahme eines 2530 Masterstudiums.

Berufsorientierung in der Schule

Ein verändertes Schulsystem gibt mehr Schülerinnen und Schülern bessere Chancen. Wir 2535 werden die Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher kontinuierlich reduzieren. Wir wollen erreichen, dass keiner die Schule ohne gefestigte und nachhaltige Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen verlässt. Der Übergang von der Schule in den Beruf sollte frühzeitig in unseren Schulen vorbereitet werden. Berufsorientierung muss zur schulischen Allgemeinbildung gehören – unabhängig von der Schulform. 2540 Schulsozialarbeit kann einen Teil dieser Arbeit übernehmen. Schülerinnen und Schüler

brauchen schon während der Schulzeit Einblicke in die Berufspraxis, damit der Berufsfindungsprozess erfolgreich unterstützt und begleitet werden kann. Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen können die Schülerinnen und Schüler bei Fragen rund um die Berufswahl sowie bei der Vermittlung von Praktikums- und
2545 Ausbildungsplätzen unterstützen. Auch an den berufsbildenden Schulen werden wir die Schulsozialarbeit ausbauen, um die Abbruchquote zu reduzieren.

Berufliche Ausbildung für alle

2550 Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine berufliche Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss. Wir werden über den Bund eine Ausbildungsgarantie sicherstellen, die sich nicht nur auf Schulabgängerinnen und Schulabgänger, sondern auch auf
2555 Altbewerberinnen und Altbewerber bezieht. Junge Menschen sollen möglichst ohne Warteschleifen in eine berufliche Erstausbildung kommen. Wir werden daher den Übergang von der Schule in die Ausbildung klarer strukturieren – mit regionalen Übergangsmanagements und einer stärkeren sozialpädagogischen Begleitung.

Ausbildende Unternehmen unterstützen

2560 Wir fordern die Wirtschaft auf, ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen bereitzustellen und damit ihrer Verantwortung für die Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie für die soziale Integration der jungen Menschen in die Berufswelt gerecht zu werden.

2565 Unternehmen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht gerecht werden und nicht ausbilden wollen wir in die Finanzierung des Ausbaus und der Verbesserung der Beruflichen Bildung mit einbeziehen. So können wir kleine und mittlere Unternehmen, die im Verbund mit anderen Unternehmen oder einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte ausbilden, organisatorisch und finanziell unterstützen.

2570

Soziale und wirtschaftliche Barrieren abbauen

Wer MeisterIn werden will, ist großen finanziellen Belastungen ausgesetzt. Wir werden akademische und berufliche Ausbildung nicht gegeneinander ausspielen, sondern nicht
2575 nur die abgeschafften Studiengebühren gegenfinanzieren, sondern auch für eine Entlastung bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung, insbesondere bei der Meisterprüfung, sorgen. Als ersten Schritt schaffen wir die Gebühren für Meister-, Fach- und Technikerschulen ab. Unser Ziel: soziale und wirtschaftliche Barrieren für bessere Bildungsabschlüsse überall dort abbauen, wo sie Durchlässigkeit und Aufstieg
2580 entgegenstehen.

Gute Arbeitsbedingungen in allen Lebensphasen

Wir wollen die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer
2585 ermöglichen. Deshalb werden wir die Infrastruktur für die Betreuung und Bildung von Kindern weiter ausbauen. Wir werden besonders den Ausbau qualitativer Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und des Angebots an Ganztagschulen forcieren. Wir müssen aber auch daran arbeiten, dass mehr Kinderbetreuungseinrichtungen beispielsweise für Beschäftigte mit Schichtarbeitszeiten
2590 zur Verfügung stehen. Es kann nicht sein, dass eine alleinerziehende Verkäuferin mit

Arbeitszeiten in den Abendstunden und am Wochenende nicht berufstätig sein kann, weil sie keine Möglichkeit für eine Kinderbetreuung hat.

Wir wissen: Vor allem familiengerechte, flexible Arbeitszeiten helfen bei der
2595 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier muss die Politik eingreifen. Ebenso bei der altersgerechten Gestaltung von Arbeitsbedingungen und beim Gesundheitsmanagement, damit nicht nur junge Menschen, sondern auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 60 in ihrem Beruf arbeiten können.

2600 Fachkräfteoffensive für den Pflege- und Erziehungsbereich

Wir werden den Fachkräftenachwuchs in der Pflege durch die Bewerbung der
Pflegeberufe und die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der Pflege
sichern. Die erhebliche Steigerung der Schülerinnen- und Schülerzahlen an den
2605 Pflegeschulen ist eine Voraussetzung dafür, dass es gelingt, den Fachkräftemangel in der Pflege zu beseitigen. Dafür muss die Ausbildung für alle Pflegeberufe gebührenfrei sein.

Um eine Aufwertung der Sozial-, Pflege-, medizinischen Heil- und Hilfsberufe sowie der
Erziehungsberufe und der entsprechenden Ausbildungen zu erreichen, brauchen wir eine
2610 grundlegende Reform der Ausbildungen. Wir streben dabei die möglichst weitgehende bundeseinheitliche Neuordnung dieser Berufsbilder nach dem Berufsbildungsgesetz an. Nur so können geschlechtsspezifische Rollenmuster überwunden, Zugänge erleichtert
Ausbildungsvergütungen und –bedingungen tariflich geregelt, Schulgeld abgeschafft,
Aufstiegschancen auch in hochschulischen Studiengängen eröffnet, bundesweite und
2615 europäische Mobilität gewährleistet und Qualität gesichert werden.

Ladenschlussgesetzgebung

Wir halten am Ladenschluss fest. Die Freigabe des Ladenschlusses strapaziert das schon
2620 jetzt durch Schichtdienst und Sonntagsarbeit belastete Familienleben und generell die Freizeit noch weiter. Außerdem sie ist für kleine Einzelhändler, Handwerker und mittelständische Betriebe existenzgefährdend, weil sich lange Öffnungszeiten dort oft nicht rechnen.

2625 Inklusion in der Arbeitswelt

Inklusion ist in der Arbeitsmarktpolitik ein wichtiges Thema. Wir wollen und werden auch
Menschen mit Behinderungen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt geben. Dies erfolgt
vor allem in enger Kooperation mit den Partnern aus den Werkstätten. Ziel ist es aber,
2630 dass Menschen mit Behinderungen nicht nur in Werkstätten arbeiten, sondern von allen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Chance erhalten, in jedes Unternehmen eingliedert zu sein und dort gute Arbeit zu leisten.

Auf dem Weg zu einem inklusiven Bayern

2635

Der Freistaat muss gesellschaftliche Teilhabe auch dann garantieren, wenn körperliche,
seelische oder lernbedingte Beeinträchtigungen vorhanden sind. Inklusion und
Barrierefreiheit stehen im Mittelpunkt unseres Handelns. Vorurteile und bestehende
Benachteiligungen wollen wir konsequent abbauen und schließlich beseitigen. Durch die
2640 Einführung eines „Disability Mainstreamings“ werden wir Bayern zum Vorreiter in der

Politik für behinderte Menschen in Deutschland machen.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

2645 Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat für uns Priorität. Der entsprechende Aktionsplan für Bayern ist derzeit jedoch unzureichend und muss dringend um konkrete Vorgaben, Maßnahmen und Ziele ergänzt werden. Diese Weiterentwicklung werden wir partnerschaftlich mit den Betroffenen sowie den beteiligten Verbänden und Organisationen organisieren.

2650

Barrierefreiheit umfasst nicht nur bauliche Maßnahmen, sondern auch den vollen Zugang zur sozialen und wirtschaftlichen Umwelt, also gleichberechtigte Teilhabe an Bildung, Arbeit, Kultur, Sport, Zugang zu Medien und Kommunikationswegen und vieles mehr. Sie bedeutet aber auch Barrierefreiheit im Denken aller beteiligten Akteure und

2655 Gesellschaftsgruppen. Hieran wollen wir arbeiten.

2660

2665

2670

2675

2680

2685

2690

Soziales

Sozialpolitik: So geht soziale Gerechtigkeit

2695

Soziale Gerechtigkeit ist das zentrale Thema der Gegenwart und der Zukunft. Soziale Gerechtigkeit sorgt für sozialen Frieden. Soziale Gerechtigkeit ist Wertefundament der zivilisierten Gesellschaft und bayerischer Verfassungsauftrag. Nicht zuletzt ist die soziale Gerechtigkeit eine Frage der Solidarität zwischen den Menschen. Es geht um den Zusammenhalt zwischen Jüngeren und Älteren, Reicheren und Ärmeren, zwischen den Regionen eines Landes. Es ist und bleibt deshalb Auftrag der Sozialdemokratie seit nunmehr 150 Jahren, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

2705 Gerecht ist, wenn alle Menschen die Chance haben, ihr Leben eigenverantwortlich gestalten zu können, wenn sie an der Gesellschaft teilhaben können, wenn sie von ihrer Arbeit anständig und würdig leben können. Gerecht ist auch, wenn alle gleiche Bildungschancen haben. Gerade in einem wohlhabenden und erfolgreichen Land wie Bayern dürfen wir nicht zulassen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet. Die deutschen Bischöfe haben das so formuliert: „Heute fährt für manche Gruppen der Fahrstuhl nach wie vor nach oben, während andere schon auf den unteren Etagen aussteigen müssen“. Das wollen wir ändern und uns für mehr Chancen- und Teilhabegerechtigkeit einsetzen.

2715 Wir nehmen auch die Herausforderungen des demografischen Wandels an und begreifen die Gesellschaft des längeren Lebens als eine Chance. Eine Chance für längere Aktivität und mehr Lebensfreude im Alter. Aber auch als eine Chance für einen humanen Umbau in wichtigen Teilen der Politik, der auch den jüngeren Generationen zugutekommt. Deshalb zieht sich die Einbindung der individuellen Lebenssituationen und Bedürfnisse der älteren Bürgerinnen und Bürger durch unsere gesamte Politik. Das betrifft 2720 Gesundheitsversorgung und Pflege und die funktionelle Gestaltung von Wohnraum genauso wie z.B. den Sport und insbesondere nötige Veränderungen des Arbeitsplatzes. Das Wissen und die Erfahrung Älterer muss für die Gesellschaft erhalten bleiben. Wir wehren uns gegen Altersdiskriminierung. Wir fördern mit all unseren Maßnahmen die Solidarität zwischen Alt und Jung. Einem Kampf der Generationen werden wir 2725 entgentreten.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

2730 ... einen Pakt für Familien schließen, von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über eine Kindergrundsicherung bis hin zu familienunterstützenden Instrumenten auf dem Arbeitsmarkt.

... eine gesetzliche Grundsicherung für alle Kinder einführen, um Kinderarmut zu verhindern.

2735

... das Betreuungsgeld wieder abschaffen.

... mittelfristig dafür sorgen, dass die Bildung in Kindertagesstätten wie die Schulbildung gänzlich gebührenfrei gestellt wird. Ab 2013 wird als erster Schritt ein gebührenfreies 2740 Kindergartenjahr finanziert.

... für die Kindertageseinrichtungen bessere Rahmenbedingungen schaffen und Personal insbesondere durch mehr Personal.

2745 ...neue Wohnformen für Ältere fördern, damit diese möglichst lang selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben können.

... für eine Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer paritätisch finanzierten und armutsfesten Versicherung mit einer solidarischen Beitragspflicht für alle kämpfen.

2750

... die Unterfinanzierung der vielen Selbsthilfegruppen beenden.

Vorsorgender Sozialstaat

2755 Ganz im Sinne nachhaltiger Politik ist es unbedingt notwendig, einen Schwerpunkt auf Vorsorge zu legen. Ein vorsorgender Sozialstaat setzt Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortlichkeit voraus. Jeder trägt grundsätzlich Verantwortung für sein eigenes Leben und für seine individuelle Lebensgestaltung. Der vorsorgende Sozialstaat kümmert sich verlässlich um diejenigen, die noch nicht oder nicht mehr für sich selbst
2760 sorgen können.

Der vorsorgende Sozialstaat ist auf die Solidarität aller angewiesen. Wir akzeptieren nicht, dass sich gerade die leistungsfähigsten und einkommensstärksten Mitglieder der Gesellschaft zunehmend der Solidargemeinschaft entziehen. Wir wollen die Solidarität
2765 der Stärkeren mit den Schwächeren stärken. Wir werden nicht zulassen, dass gerade in einem wohlhabenden Land wie Bayern die Armut weiter wächst. Und schon gar nicht die Armut von Kindern. Es ist weder gerecht noch akzeptabel, dass die Mietkosten in Ballungszentren in immer stärkerem Maße die Existenz der Menschen gefährden. Eine chancengleiche Gesellschaft zu erreichen, wie dies auch von der deutschen
2770 Bischofskonferenz in ihrem Papier „Chancengerechte Gesellschaft – Leitbild für eine freiheitliche Ordnung“ formuliert wird, ist Ziel unserer Sozialpolitik.

Armut und sozialer Ausgrenzung entgegenreten

2775 Wir werden die Bekämpfung der auch in Bayern zunehmenden Armut und sozialen Ausgrenzung in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Dabei geht es um einen umfassenden Armutsbegriff, der nicht nur die mangelnde Ausstattung mit Geld, sondern die fehlende Teilhabe an der Gesellschaft insgesamt – von der Bildung über Gesundheit und die Wohnsituation bis zentral dem Zugang zur Erwerbsarbeit – in den Blick nimmt.

2780 Wir werden gemeinsam mit den Kommunen und den Sozialverbänden Konzepte entwickeln, wie der sozialen Ausgrenzung entgegengewirkt werden kann. Dazu gehört zunächst eine bessere finanzielle Versorgung von Haushalten. Deshalb werden wir uns auf der Bundesebene für eine bedarfsgerechte Erhöhung der Regelsätze im Arbeitslosengeld II und der Sozialhilfe ebenso einsetzen wie für die Einführung eines
2785 gesetzlichen Mindestlohns.

Notwendig ist aber auch eine ausgebaute soziale Beratung und Unterstützung, eine Stadtplanung, die ‚Ghettoisierung‘ und ‚Gentrifizierung‘ verhindert und eine Arbeitsmarktpolitik, die – auch durch die Schaffung eines öffentlichen
2790 Beschäftigungssektors – jedem die Teilhabe am Erwerbsleben mit einer

sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sichert. Es müssen umfassende Angebote der SchuldnerInnenberatung und der Aus- und Weiterbildung (insbesondere auch Sprachkurse) zur Verfügung stehen. Dabei kann die Übertragung von Aufgaben auf Wohlfahrtsverbände sinnvoll sein, um von Armut Betroffenen eine an ihren Bedürfnissen orientierte Unterstützung zukommen zu lassen. Wir werden sicherstellen, dass die Wohlfahrtsverbände dabei aber tarifliche Standards einhalten und (wie auch die Kommunen) für ihre Arbeit ausreichend finanziert werden. Außerdem ist bei der Übertragung von Aufgaben auf dritte eine flächendeckende und diskriminierungsfreie Versorgung sicherzustellen.

2795

Pakt für Familien und Kinder in Bayern

Wir werden in Bayern zusammen mit den Verbänden und Kommunen einen Pakt für Familien und Kinder schließen. Familien brauchen die beste Unterstützung in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen. Wir werden deshalb für die Familien beste Rahmenbedingungen schaffen, beginnend bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über eine Kindergrundsicherung bis hin zu familienunterstützenden Instrumenten auf dem Arbeitsmarkt. Eine qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung legt den Grundstein für das Leben unserer Kinder und eröffnet ihnen gleiche Chancen.

2805

2810

Kinderarmut verhindern

Um Kinderarmut zu verhindern, werden wir eine gesetzliche Grundsicherung für alle Kinder einführen. Familien mit niedrigerem Einkommen sollen besser gefördert werden. Deswegen unterstützen wir alle Bemühungen, ein nach Einkommen gestaffeltes und somit faires Kindergeld einzuführen. Dies ist ein erster Schritt hin zu einer Kindergrundsicherung. Wir werden nicht weiter hinnehmen, dass Familien oder Alleinerziehende, die arbeiten, aufgrund des Bedarfes ihrer Kinder Sozialhilfe beantragen müssen.

2815

2820

Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln

In ganz Bayern werden wir Kindertagesstätten zu niederschwelligen, integrierten und wohnortnahen Familienzentren weiterentwickeln, die Kinder und junge Erwachsene in ihrer Entwicklung fördern und Familien bei der Bewältigung des täglichen Lebens unterstützen. Familienzentren sind Orte der Begegnung zwischen Jung und Alt und vereinen Betreuung, Erziehungshilfe, Bildungsangebote, Krisenintervention und Beratung unter einem Dach.

2825 Betreuungsgeld abschaffen, Solidarbeitrag einführen

Das von der derzeitigen Bundesregierung beschlossene Betreuungsgeld lehnen wir ab. Das steuerfinanzierte Betreuungsgeld ist eine sozial ungerechte Umverteilung von unten nach oben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Finanzmittel, die für das Betreuungsgeld bereitgestellt sind, in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf investiert werden. Wir werden in Bayern ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen schaffen, damit Eltern endlich Wahlfreiheit erhalten. Außerdem unterstützen wir die Einführung eines Solidarbeitrages aller Menschen zur Finanzierung der Infrastruktur für Bildung und Betreuung. Ein solcher Solidarbeitrag kann etwa über die Anhebung des Spitzensteuersatzes oder über die Einführung einer

Vermögenssteuer realisiert werden.

Gebührenfreie Bildung als Ziel

2845 Wir betrachten die Zeit vor der Schule als Bildungszeit. Bildungs- und Erziehungsziele auf wissenschaftlicher Grundlage werden wir in Bayern gesetzlich verankern. Den Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung wollen wir stufenweise um einen Ganztagsanspruch einschließlich der sogenannten Randzeiten erweitern. Gerechtigkeit bedeutet, dass jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern Zugang zu
2850 kindgerechter Bildung auch vor der Schule hat. Wir werden deshalb mittelfristig dafür sorgen, dass die Bildung in Kindertagesstätten wie die Schulbildung gänzlich gebührenfrei gestellt wird. Ab 2013 wird als erster Schritt ein gebührenfreies Kindergartenjahr finanziert.

2855 Beste Rahmenbedingungen für die Kindertageseinrichtungen

Wir werden in Bayern durch eine Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes für bessere Rahmenbedingungen in den Kindertageseinrichtungen sorgen.

2860

Der Anstellungsschlüssel wird schrittweise auf 1 zu 10 und dann auf 1 zu 8 gesenkt. Für unter dreijährige Kinder und für Kinder mit besonderem Bedarf wird die Zahl der Fachkräfte erhöht. Wir werden die Elternrechte in den Kindertageseinrichtungen stärken. Eine Initiative zur Steigerung der Attraktivität der Fachberufe in den
2865 Kinderbetreuungseinrichtungen gehört zu den ersten Maßnahmen einer von der SPD geführten Landesregierung in Bayern ab 2013. Wir werden auch die Attraktivität der Erzieherberufe deutlich erhöhen, unter anderem durch eine verbesserte Einstufung im TVöD/TVL und eine verstärkte Ausgestaltung der entsprechenden Stellen als Vollzeit-Stellen. Bei der berechtigten Forderung nach einer verstärkten akademischen Ausbildung
2870 des Personals in der frühkindlichen Bildung ist darauf zu achten, dass der Zugang ohne (Fach-)Abitur zu diesen Berufen möglich bleibt.

Seniorenmitwirkungsgesetz für Bayern

2875 Wir werden ältere Menschen stärker in die Gesellschaft einbeziehen und beteiligen. Deshalb werden wir ein Seniorenmitwirkungsgesetz für Bayern einbringen. Wir werden das Miteinander von Jung und Alt fördern und ehrenamtliche Initiativen im Rahmen von „Lokalen Generationenbündnissen“ anregen, die vor Ort die Lebensbedingungen verbessern. Wir werden die Kompetenzen und Fähigkeiten älterer Menschen so lange wie
2880 möglich erhalten und mehr als bisher nutzen.

Älter werdende Belegschaft in der Arbeitswelt stärken

Wir brauchen alterns- und altersgerechte Arbeitsplätze, betriebliche Präventions- und
2885 Rehabilitationsangebote sowie bedarfsgerechte und geeignete Weiterbildungsangebote für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch flexibilisierte Arbeitszeiten, Job-Rotation, Arbeitszeitkonten und ähnliche Maßnahmen können betriebliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch im fortgeschrittenen Alter berücksichtigen.
2890 Wir unterstützen das von der SPD im Bundestag durchgesetzte Programm „Perspektive

50plus – Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“ und werden uns für eine Fortführung einsetzen. Außerdem schlagen wir einen „Runden Tisch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Bayern“ vor, an dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilnehmen sollen.

2895

Neue Wohnformen für Ältere

Wir werden in Bayern neue innovative Wohnformen wie zum Beispiel Hausgemeinschaften und selbstbestimmte Wohnformen im Alter stärker unterstützen
2900 und ausbauen. Die Barrierefreiheit ist für ältere Menschen von großer Bedeutung. Dies gilt auch für den öffentlichen Personennah- und -fernverkehr, die Gleiszugänge und Bahnhöfe. Mit einem Förderprogramm „Barrierefreies Bayern“ werden wir die Kommunen Schritt für Schritt bei den notwendigen Investitionen unterstützen. Außerdem werden wir Bundesratsinitiativen starten, die massiven Kürzungen des Bund-
2905 Länder-Programms „Soziale Stadt“ sowie die Streichung der Bundesmittel für das Programm „Altersgerecht umbauen“ zurückzunehmen und die Mehrgenerationenhäuser weiter zu unterstützen.

Verlässliche, solidarische Rente

2910

Voraussetzung für ein gutes Leben im Alter ist die materielle Absicherung. Wir werden uns für eine Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer paritätisch finanzierten und armutsfesten Versicherung mit einer solidarischen Beitragspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Damit können wir die Rentenversicherung trotz der
2915 älter werdenden Gesellschaft nachhaltig auf ein solides finanzielles Fundament stellen und zugleich für auskömmliche Renten sorgen.

Das Rentenniveau darf nicht unter das derzeitige Niveau von 50 Prozent absinken. Die armutsfeste Lebensstandardsicherung muss das Hauptziel der Gesetzlichen
2920 Rentenversicherung sein und vor der Förderung privater Vorsorge – die sich nicht alle leisten können – Vorrang haben. Private Vorsorge kann nur eine freiwillige Ergänzung, darf aber nicht der Ersatz für die gesetzliche Rente sein. Am bewährten Umlageverfahren, mit dem die Erwerbstätigen und Arbeitgeber die Renten solidarisch finanzieren, werden wir nicht rütteln. Zugunsten der Beitragssatzstabilität müssen wir vorsorgen und
2925 sprechen uns dafür aus, in der Gesetzlichen Rentenversicherung einen Demografie-Fonds einzurichten.

Flexibles Renteneintrittsalter

2930 Wir werden uns für ein flexibles und individuell organisiertes Renteneintrittsalter einsetzen, das sich an der Erwerbsbiographie orientiert. Dazu werden wir uns auf Bundesebene für die Teilrente ab 60 Jahren sowie einen abschlagsfreien Renteneintritt nach 45 Versicherungsjahren einsetzen. Anstelle der an viele Bedingungen geknüpften Zuschussrente für wenige, unterstützen wir die steuerfinanzierte Solidarrente für
2935 langjährig Versicherte, um Altersarmut zu vermeiden. Wir werden auch dafür Sorge tragen, dass Ausfall- oder Beitragsminderungszeiten wegen Kindererziehung, Pflege, Freiwilligendienst, oder Arbeitslosigkeit bei der Rentenberechnung stärker berücksichtigt werden. Wir schlagen vor, die gesetzlichen Abschläge bei der Erwerbsunfähigkeitsrente ganz abzuschaffen, da Erwerbsunfähigkeit nicht auf einer freiwilligen Entscheidung der
2940 Betroffenen beruht.

Ehrenamt ist unverzichtbar

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind unverzichtbar für die Gesellschaft.
2945 Das Ehrenamt darf allerdings nicht missbraucht werden, Sparmaßnahmen des Staates auszugleichen. In Bayern engagieren sich etwa 36 Prozent der Bevölkerung ehrenamtlich. Ohne deren Engagement wären viele soziale Aktivitäten nicht mehr möglich. Das verdient Respekt und Anerkennung.

2950 Wir werden in Bayern das Ehrenamt weiter fördern, für die Erstattung von Auslagen sorgen und uns für eine bessere Berücksichtigung der ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Steuer einsetzen. Außerdem werden wir eine angemessene Berücksichtigung der ehrenamtlichen Arbeit bei der Rentenberechnung prüfen. Wir werden auch die Unfallversicherung, Haftungsfragen und Ähnliches für ehrenamtliche Tätige prüfen.

2955

Selbsthilfe stärken

Die gegenseitige Unterstützung, der Austausch und das Helfen in Selbsthilfegruppen stärken den Einzelnen. Selbsthilfe kann auch dazu beitragen, unabhängige Informationen
2960 zu erhalten, Selbsthilfegruppen können zu Lobbyisten in eigener Sache werden und damit wichtige Impulse für das Gesamtsystem geben.

Die BayernSPD unterstützt daher die Selbsthilfe. Wir werden die bisherige Unterfinanzierung der Selbsthilfe in Bayern beenden und die Förderung auf den
2965 Bundesschnitt anheben, die ergänzende Förderung der Selbsthilfekontaktstellen analog zu anderen Bundesländern einführen und die Förderung für die Selbsthilfekoordination entsprechend der gewachsenen Inanspruchnahme dynamisieren. Die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) muss künftig auch wieder durch das Bundesfamilienministerium gefördert werden.

2970

2975

Gesundheitspolitik und Pflege: Gute Versorgung flächendeckend

Gesund und unversehrt leben – das ist der Wunsch aller Menschen. Das
2980 Gesundheitssystem kann trotz aller Prävention und Vorsorge nicht alle Krankheiten verhindern, es kann aber dafür sorgen, dass alle Menschen die bestmögliche Versorgung bekommen. Egal wie alt sie sind, egal wo sie leben und egal wie viel Geld sie im Portemonnaie haben.

2985 Eine sichere Gesundheitsversorgung und eine bedarfsgerechte Versorgung im Pflegebereich sollten selbstverständlich sein. Und doch sind sie es vielerorts nicht. Gerade im ländlichen Raum ist die wohnortnahe Versorgung in Gefahr. Immer mehr Menschen müssen immer weitere Wege zu Ärzten, Krankenhäusern und Rehabilitationsmaßnahmen zurücklegen.

2990

Am komplexen und von vielen widerstreitenden Interessen geprägten Gesundheitssystem haben sich schon viele Minister die Zähne ausgebissen. Das ist für uns aber noch lange kein Grund, nicht mit aller Macht für ein gerechteres System zu kämpfen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... für eine Bürgerversicherung eintreten, um die Zwei-Klassen-Medizin zu beenden.

3000

... die wohnortnahe Gesundheitsversorgung mithilfe von Medizinischen Versorgungszentren und Anreizen für Ärzte sicherstellen.

... die psychiatrische Versorgung in Bayern verbessern, vor allem in der Krisenintervention und der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

3005

... für eine verlässliche Finanzierung der Krankenhäuser sorgen.

... eine leistungsgerechte Bezahlung für das pflegerische und ärztliche Personal in Krankenhäusern durchsetzen.

3010

... die Pflegesituation in Bayern verbessern und pflegende Angehörige besser unterstützen.

... die Gesundheitspolitik nach den Grundsätzen „Prävention vor Behandlung“ und „Rehabilitation vor Pflege“ ausrichten.

3015

... Schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdiges Leben bis zum Tod ermöglichen.

3020

... den Altenpflegeberuf attraktiver gestalten und die Pflegeausbildung modernisieren.

Bürgerversicherung statt Zwei-Klassen-Medizin

Die Finanzierung einer umfassenden Gesundheitsversorgung sowie einer menschenwürdigen Pflege ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität in der gesamten Gesellschaft. Wir werden daher aus Bayern eine Initiative für die Einführung einer Bürgerversicherung Gesundheit und einer Bürgerversicherung Pflege starten. Dabei wollen wir zur gleich hohen Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber zurückkehren. Einkommensunabhängige Zusatzbeiträge („Kopfpauschalen“) und eine Privatisierung des Lebensrisikos Pflege („Pflege-Bahr“) lehnen wir ab.

3030

Wir wollen aber das System nicht von heute auf morgen komplett ändern: Alle neu zu versichernden Bürgerinnen und Bürger werden automatisch zum Tarif der Bürgerversicherung versichert. Wer bisher privat versichert ist, kann in einer Übergangszeit in den Bürgerversicherungstarif wechseln. An der beitragsfreien Familienversicherung hält die Bürgerversicherung fest. Mit der Bürgerversicherung beenden wir die zunehmende Zwei-Klassen-Medizin und stellen die Finanzierung von Gesundheit und Pflege endlich auf ein solides Fundament.

3040

Wohnortnahe Gesundheitsversorgung

Wichtig ist uns die wohnortnahe stationäre sowie ambulante haus- und fachärztlichen
3045 Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen.
Unterversorgung droht in Bayern vor allem im hausärztlichen Bereich. Wir werden daher
die Hausärzte stärken und ihre Funktion als Lotsen im Gesundheitssystem ausbauen.
Über eine Bundesratsinitiative wollen wir dazu die von der Bundesregierung
ausgehebelten Hausarztverträge wieder stärken. Medizinische Versorgungszentren (MVZ)
3050 sind eine wertvolle Ergänzung zur bestehenden ambulanten Versorgung. Eine
Weiterentwicklung zu hausärztlichen Versorgungszentren ist sinnvoll.

Regionalen Bedarf ermitteln

3055 Die Nutzung arztentlastender Instrumente durch qualifiziertes Pflegepersonal bis hin zur
Telemedizin wollen wir vorantreiben. Die Bedarfsplanung wollen wir zur
patientenorientierten Versorgungsplanung weiterentwickeln, um so den regionalen
Versorgungsbedarf im hausärztlichen, fachärztlichen und psychotherapeutischen Bereich
wirklichkeitsgetreu abbilden zu können. Zur Einbeziehung regionaler Interessen sollen die
3060 Kommunen in jedem Fall am gemeinsamen Landesgremium beteiligt sein.

Zum Abbau der Unterversorgung in strukturschwachen Regionen gehört andernorts der
Abbau bestehender Überversorgung zwingend dazu. Wir werden aber auch den Fokus
verstärkt auf die Nachwuchsgewinnung legen. Die von der Staatsregierung aufgelegten
3065 Förderprogramme sind nicht wirkungsvoll genug. Wir werden darauf hinwirken, den
Stellenwert der Allgemeinmedizin an den Universitäten zu erhöhen, um
Medizinstudierenden frühzeitig die zentrale Rolle und die Bedeutung der hausärztlichen
Versorgung vermitteln zu können. Die Einrichtung von weiteren Lehrstühlen für
Allgemeinmedizin an bayerischen Hochschulen ist ebenso notwendig wie die gezielte
3070 Förderung von Weiterbildungsverbänden oder die Überarbeitung der Auswahlkriterien
fürs Studium.

Psychiatrische Versorgung verbessern

3075 Wir werden die Psychiatrische Versorgung in Bayern verbessern und hierzu zu allererst
Daten der psychiatriespezifischen Versorgungsforschung erheben, die für effiziente
Planungs- und Entwicklungsprozesse unabdingbar sind. Deutliche Defizite gibt es in der
Krisenintervention, die im Freistaat sehr unterschiedlich verteilt und meistens auf Städte
(München, Würzburg, Bayreuth-Kulmbach) konzentriert ist. Hier fordern wir
3080 flächendeckende Krisendienste. In den Bereichen der Erwachsenen-Psychiatrie, aber v.a.
auch in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und Gerontopsychiatrie gibt es sowohl im
ambulanten wie auch stationären Bereich Engpässe, die z.T. den Versorgungsauftrag der
KVB betreffen aber v.a. im stationären Bereich in die Verantwortung des Freistaats fallen.
Hier werden wir uns für ausreichend Therapieplätze und Angebote einsetzen, die auch
3085 dem Anspruch einer gemeindenahen psychiatrischen Versorgung gerecht werden.

Fragen des Erhalts des Arbeitsplatzes bzw. der Reintegration werden durch
Schnittstellenprobleme Land-Bezirk- Kommune- Arbeitsagentur-Maßnahmenträger-GKV
verkompliziert. Hier werden wir uns für flexible, bedarfsgerechte und individuelle
3090 Lösungen stark machen.

Verlässliche Finanzierung der Krankenhäuser

Wir stehen für eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung der bayerischen
3095 Krankenhäuser auch in Hinblick auf den ländlichen Raum. Hier sind Bund und Land
gleichermaßen in Verantwortung. Die drastischen Investitionskürzungen haben in den
bayerischen Krankenhäusern einen immensen Investitionsstau zu Folge. Dieser muss
Stück für Stück abgebaut werden. Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige
stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem auch gute Arbeitsbedingungen und
3100 zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

In einem gerechten Finanzierungssystem müssen die Personalkosten ausreichend
berücksichtigt werden, damit die Krankenhäuser nicht auf ungerechtfertigte
Mengenausweitungen ausweichen. Patientinnen und Patienten müssen sich darauf
3105 verlassen können, dass Behandlungen allein medizinisch begründet sind. Qualität und
Patientensicherheit soll bei der Krankenhausplanung und -finanzierung eine stärkere
Rolle spielen."

Darüber hinaus brauchen wir wieder einen staatlichen Investitionskostenzuschuss für die
3110 Modernisierung, Renovierung bzw. den Bau von Alters- und Pflegeheimen, um die
Pflugesatzentwicklung zu entlasten.

Gute Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung

3115 Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und eine leistungsgerechte Bezahlung für
das pflegerische und ärztliche Personal in Krankenhäusern ein. Einsparungen dürfen nicht
zu Lasten der Patienten und des Pflegepersonals gehen. Zugunsten einer qualitativ
hochwertigen Versorgung fordern wir eine Personalbemessungsverordnung.

3120 Effizienter öffentlicher Gesundheitsdienst

Zur wohnortnahen Gesundheitsversorgung gehört für uns auch ein effizienter
öffentlicher Gesundheitsdienst. Dieser muss nicht nur dringend personell gestärkt
werden, damit er die vielfältigen Aufgaben verantwortungsvoll wahrnehmen kann,
3125 sondern auch im Hinblick auf seine Funktion als dritte Säule im Gesundheitswesen, neben
Krankenhaus und ambulanter Versorgung, weiterentwickelt werden.

Für mehr Prävention und Rehabilitation

3130 Nach den Grundsätzen „Prävention vor Behandlung“ und „Rehabilitation vor Pflege“
werden

wir medizinische Früherkennungs- und Vorsorgeuntersuchungen ausbauen, die
körperliche

3135

und geistige Aktivität älterer Menschen durch wohnortnahe Präventionsangebote
fördern und diese Angebote über eine Bundesratsinitiative in einem Präventionsgesetz
verbindlich regeln.

3140 Vorsorge und Versorgung müssen miteinander verzahnt und in integrierte

Versorgungskonzepte systematisch eingebunden werden. Durch die Vernetzung von lokalen und regionalen Gesundheitsangeboten in Bayern werden wir die Präventionsmaßnahmen stärken. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass das Rehabilitationsbudget der Rentenversicherung entsprechend der älter werdenden Gesellschaft steigt. Vermeidbare Erkrankungen zu vermeiden und Gesundheit wiederherzustellen oder zu erhalten hilft den Menschen in Bayern, senkt die Kosten im Gesundheitswesen und stärkt die wirtschaftliche Struktur unserer Heil- und Kurbäder.

Gute Pflege in Bayern

3150

Der Bedarf an Pflegeleistungen wird in den nächsten Jahrzehnten deutlich steigen. Ohne beste Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige und anständige Bezahlung der Fachkräfte wird ein Pflegenotstand nicht zu verhindern sein. Deshalb wollen wir die Umwandlung der derzeit als „Teilkassko“ gestalteten Pflegeversicherung in eine Vollversicherung prüfen. Wir werden eine ganzheitliche, an der individuellen Biographie und am Grad der Selbständigkeit orientierte, aktivierende und kultursensible Pflege einführen. Die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen werden dabei im Mittelpunkt stehen, nicht Ort und zeitlicher Aufwand der Leistung. Deshalb werden wir alles dafür tun, dass die Empfehlungen des Beirates zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs aus dem Jahre 2009 endlich umgesetzt werden. Damit wird auch die zeitintensivere Betreuung von Demenzkranken endlich angemessen berücksichtigt.

3165 Pflegende Angehörige besser unterstützen

Wir werden in Bayern dafür sorgen, dass pflegende Angehörige besser unterstützt und entlastet werden als bisher. Dafür werden wir wohnortnahe Beratungsstellen und ambulante Pflegedienste stärker ausbauen und uns dafür einsetzen, dass gesetzliche Ansprüche auf Kurzzeit- und Verhinderungspflege erhöht werden, damit pflegende Angehörige ihren Alltag bewältigen können. Schließlich unterstützen wir die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Pflege zu Hause. Dazu gehören ein Freistellungsanspruch mit Lohnersatzzahlung und eine gesetzliche Rückkehrgarantie an den alten Arbeitsplatz, aber auch die Berücksichtigung von Pflegezeiten bei der Rentenberechnung und ein Anspruch auf ein flexibles Zeitbudget für die Pflege von Angehörigen.

Würdiges Leben bis zuletzt

Schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdiges Leben bis zum Tod zu ermöglichen und ihnen beim Sterben zur Seite zu stehen, ist eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe. Wir werden deshalb in Bayern die Schaffung eines flächendeckenden Netzes von Hospizeinrichtungen vorantreiben.

3185 Altenpflegeberuf attraktiver machen

Wir werden in Bayern ab 2013 Altenpflegeberufe attraktiver machen. Die Ausbildung wird kostenfrei gestellt. Entsprechend werden wir in Bayern eine Ausbildungsumlage einführen. Wir unterstützen eine der hohen Arbeitsbelastung und Verantwortung entsprechend höhere Bezahlung der Fachberufe in der Pflege.

Pflegeausbildung modernisieren

Wir setzen uns für eine gemeinsame Pflegeausbildung ein, welche die Ausbildungen in
3195 der Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege sowie Gesundheits- und
Kinderkrankenpflege vereint. Ebenso wichtig ist uns die Förderung der akademischen
Ausbildung, um die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen, die Professionalisierung
voranzutreiben und den gestiegenen Anforderungen an die Qualität der Pflege gerecht zu
werden.

3200

Organspende

Die BayernSPD steht zur Organspende und setzt sich für eine umfassende Aufklärung der
Datenmanipulationen an bayerischen Transplantationszentren ein. Um den enormen
3205 Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit wiederherzustellen, wollen wir mehr Transparenz
in dem sensiblen Bereich der Organspende, veränderte Rahmenbedingungen und
Konsequenzen bei Fehlverhalten.

3210

3215

Religionsgemeinschaften und Freie Wohlfahrtspflege: Säulen der Gesellschaft

Kirchen und Religionsgemeinschaften sind in Bayern wichtige Akteure der
Zivilgesellschaft. Sie verdienen staatliche Anerkennung und öffentliche Unterstützung.
3220 Bayern ist ein christlich geprägtes Land, aber ebenso auch eine multireligiöse
Gesellschaft, zu der auch unsere muslimischen und jüdischen Mitbürgerinnen und
Mitbürger gehören. Religionsfreiheit, religiöse Toleranz und gegenseitiger Respekt sind
uns wichtige Werte.

3225 Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege besser fördern.

... die soziale Infrastruktur zusammen mit diesen Verbänden verbessern.

3230

... die Selbsthilfe besser fördern und deren Landesarbeitsgemeinschaft besser ausstatten.

... die Bündnisse für Toleranz im ganzen Land fördern und unterstützen.

3235 Leistung der christlichen Kirchen würdigen

Die BayernSPD würdigt die Leistungen der christlichen Kirchen in Bayern, insbesondere
ihren Beitrag in der sozialen Arbeit, der Kinderbetreuung, der Familienhilfe, der
Flüchtlingsarbeit und vieles mehr. Wir wissen: Ohne kirchliches Engagement und den
3240 haupt- und ehrenamtlichen Einsatz zahlreicher kirchlicher Organisationen und Verbände

könnte die soziale Infrastruktur nicht aufrechterhalten werden.

Soziale Infrastruktur verbessern

3245 Wir bekennen uns zum Prinzip der Subsidiarität. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wollen wir besser fördern und unterstützen. Gemeinsam mit den kommunalen und staatlichen Institutionen gewährleisten sie ein breites Angebot an sozialen Diensten und Einrichtungen. Der Bayerische Sozialbericht zeigt, dass an vielen Stellen die soziale Infrastruktur verbessert werden muss. Gemeinsam mit der Freien Wohlfahrtspflege werden wir die notwendigen Maßnahmen entwickeln und vorantreiben.

Förderung der Selbsthilfe ausbauen

3255 Der Beitrag der Selbsthilfe in der Sozial- und Gesundheitspolitik ist lange Zeit unterschätzt worden. Wir verstehen uns als Partner der Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfe in Bayern, die wir besser ausstatten werden.

Bündnisse für Toleranz unterstützen

3260 Wir begrüßen und unterstützen das Engagement des Bayerischen Bündnisses für Toleranz und der örtlichen Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

3265

3270

3275

3280

3285

3290

Bildung

Bildungspolitik: Das ist gerecht!

3295

Bildung ist ein Menschenrecht und daher eines der höchsten Güter unserer Gesellschaft. Unser Verständnis von guter und hochwertiger Bildung ist ganzheitlich und versteht Lernen als lebensbegleitenden Prozess: moderne Bildungspolitik muss daher die Bildungslaufbahn jedes Einzelnen von Anfang an und ein Leben lang begleiten. Das

3300 Bildungsangebot der Zukunft muss ein schlüssiges Gesamtkonzept sein, das sowohl gut als auch gerecht ist. Unser Ziel ist es, allen Menschen gleiche Bildungschancen zu ermöglichen und niemanden auf dem Weg des Lernens zurückzulassen. Bildung ist der Schlüssel zu einer demokratischen Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft und befähigt sie zu einer aktiven Mitgestaltung.

3305

Wir wollen Schule neu denken und ein Schulsystem, in dem Leistung gefördert und Chancenvielfalt ermöglicht wird. Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen heißt Bildungserfolg unabhängig von Herkunft, finanziellem Hintergrund und Bildungsstatus der Eltern zu garantieren.

3310

Bei allen Maßnahmen geht es nicht um eine kompromisslose Abkehr von allem Bestehenden, sondern darum, passgenaue Alternativen für eine starke Bildungszukunft unserer jungen Menschen zu schaffen.

3315 Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... bessere Rahmenbedingungen für Lehrkräfte und Schulen schaffen.

... individuelle Förderung als zentrale Aufgabe begreifen.

3320

... Längeres gemeinsames Lernen als zusätzliches Angebot ermöglichen.

... den Schulen mehr Selbstverantwortung geben.

3325 ... ein Recht auf einen guten Ganztagschulplatz verankern.

... mit der Gemeinschaftsschule den ländlichen Raum stärken.

... berufliche Bildung als starke Säule neben dem Studium ausbauen.

3330

... lebensbegleitendes Lernen durch ein Recht auf Bildungsurlaub sichern.

Für eine gerechte Bildung – mit mehr Qualität in die Zukunft

3335 In Bayerns Schulen und Bildungseinrichtungen wird täglich hervorragende Arbeit geleistet – und das oft unter ungünstigen Rahmen- und Arbeitsbedingungen. Dies verdanken wir engagiert arbeitenden Lehrkräften, unseren Schulleiterinnen und Schulleitern sowie Erzieherinnen und Erziehern. Die Schülerinnen und Schüler, unterstützt durch ihre Eltern, bringen in nationalen und internationalen Vergleichsarbeiten

3340 hervorragende Ergebnisse. Alle Schularten, von der Grundschule über Mittel-, Realschule,

Wirtschaftsschulen, Gymnasium bis zu den beruflichen Schulen und den Förderzentren tragen zu den anerkannt guten Ergebnissen ihren Anteil bei.

Talente bleiben auf der Strecke

3345

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das bayerische Schulsystem hoch selektiv ist und viele Talente auf der Strecke bleiben. Gute Bildung hat das Ziel, jedes einzelne Potenzial zu entfalten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, lassen wir uns nicht mehr auf eine Bildungspolitik der Korrekturen und Reparaturmaßnahmen ein, sondern haben den Mut, uns die Qualitätsfrage immer wieder aufs Neue zu stellen. Wir müssen alte Strukturen an neuen Erkenntnissen und Wissenschaftsstandards überprüfen und an diesen neu ausrichten. Dieser Mut ist Bayern in den letzten Jahrzehnten abhanden gekommen.

Keiner darf verloren gehen

3355

Wir wollen Schule neu denken und in einer ehrlichen Diskussion gemeinsam mit allen gesellschaftlich relevanten Kräften die Zukunftsfrage Bildung neu stellen. Am Ende des Weges steht ein Schulsystem, in dem keiner verloren geht, Leistung gefördert und Chancenvielfalt ermöglicht wird. Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen heißt Bildungserfolg unabhängig von Herkunft, finanziellem Hintergrund und Bildungsstatus der Eltern zu garantieren. Noch immer haben Kinder von Akademikerinnen und Akademikern eine fast siebenmal höhere Wahrscheinlichkeit, an ein Gymnasium zu wechseln. Noch immer ist ein guter Schulabschluss oftmals Ergebnis teurer Nachhilfe. Noch immer bleiben Kinder mit Migrationshintergrund auf der Strecke. Gute Bildungspolitik muss alle Qualitätsstandards und Schulabschlüsse wohnortnah ermöglichen, lange Schulwege vermeiden und regionale Schulmodelle zulassen, um gleiche Chancen in Stadt und Land zu schaffen.

Kinder in den Mittelpunkt stellen

3370

Wir werden Schule zu einem Ort des Lernens machen, der gleichzeitig Lebensraum und ein Ort für Inspiration und Kreativität ist. Das leisten nur starke Schulen, die personell sowohl mit Lehrkräften als auch mit zusätzlichem pädagogischem Fachpersonal wie Sozial- und Heilpädagogen gut aufgestellt sind. Gemeinsames Anliegen aller muss es sein, das Kind in den Mittelpunkt zu stellen und im Team intensiv zusammenzuwirken. Schulen müssen sich auf klare Rahmenbedingungen durch die Politik verlassen können. Dazu gehört auch, dass ausreichend Personal eine gesicherte Unterrichtsversorgung gewährleistet und kleine Klassen ermöglicht.

3380 Beste Rahmenbedingungen für Lehrkräfte und Schulen

Lehrkräfte brauchen unser Vertrauen und Unterstützung. Wir werden dafür sorgen, dass sie durch die Zusammenarbeit in Lehrerteams Synergien nutzen und dafür auch ausreichend Zeit und Ausstattung bekommen. Entscheidend für uns ist eine zeitgemäße Fortbildung und professionelle Begleitung der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals. Für eine Schule, die längeres gemeinsames Lernen ohne Aussieben der Schwächeren, aber auch die Teilhabe von Kindern mit und ohne Handicaps ermöglicht, brauchen wir eine neue LehrerInnenbildung. Wir wollen die LehrerInnenbildung neu ausrichten und die Anforderungen an eine moderne Schule in den Blick nehmen.

3390

Unabhängig von ihrem späteren Einsatzgebiet braucht jede zukünftige Lehrkraft ein tiefes pädagogisches Grundgerüst, das mit Blick auf die Umsetzung der Inklusion auch Kenntnisse über Förderpädagogik beinhaltet. Dabei darf die fachwissenschaftliche Ausbildung nicht zu kurz kommen. Im Rahmen des Bologna-Prozesses wird auch die LehrerInnenbildung grundlegend reformiert. Wir gehen von der Gleichwertigkeit der Lehrämter aus, sodass der Grundsatz gelten muss: kein Lehramt ohne Masterabschluss. Für uns ist eine intensive Verzahnung von Praxis und Studium von großer Bedeutung.

3400 Ganzheitliche Bildung - Individuelle Förderung als zentrale Aufgabe

Im Mittelpunkt einer guten Schule steht stets das Kind selbst. Jedes Kind ist einmalig. Die Bildungsangebote müssen sich an den Bedürfnissen des Einzelnen orientieren. Die Lehrpläne der bayerischen Schularten sind vollgestopft mit Einzelwissen und betonen zu sehr den kognitiven Bereich. Wir wollen den Artikel 131, Absatz 1 der Bayerischen Verfassung ernst nehmen: „Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.“ In diesem Sinne streben wir eine gründliche Überarbeitung der Lehrplaninhalte aller Schularten an und nehmen die Entwicklung der gesamten Persönlichkeit der jungen Menschen in den Blick. Dabei müssen Unterrichtsinhalte wie „Alltags- und Lebensökonomie“ in allen Schularten genauso ihren Platz haben wie eine lebensnahe Umweltbildung. Aus der Lern- und Gehirnforschung wissen wir, dass nur selbstgesteuertes und selbstaktives Lernen zu wirklich nachhaltigen Ergebnissen führt. Dabei geht es nicht darum, Wissen in der Wiedergabe von möglichst vielen Fakten zu verstehen, sondern Wissen zu vernetzen und vielfältige Kompetenzen zu erlernen. So bringen wir echte individuelle Förderung ins System und werden jedem einzelnen Kind gerecht.

Längeres gemeinsames Lernen als zusätzliches Angebot

Gute Bildungspolitik ist nie abgeschlossen, sondern entwickelt sich immer weiter unter Berücksichtigung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Neben den bewährten Schulangeboten müssen neue Wege ermöglicht werden. Längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen wird daher durch unsere Initiativen auch in Bayern eine Chance erhalten.

3425

Pädagogische und organisatorische Weiterentwicklung ist grundsätzlich Aufgabe aller Schularten. So werden sich Realschulen und berufliche Oberschulen gemeinsam zu einer starken Säule neben dem Gymnasium positionieren. Mittelschulen und Wirtschaftsschulen werden bei diesem Prozess aktiv mit einbezogen. Jede Schulart kann und soll in der vielfältigen bayerischen Schullandschaft einen zukunftsweisenden Platz einnehmen.

Wahlrecht zwischen G 8 und G 9 schaffen

Nach der überstürzten Einführung des achtjährigen Gymnasiums sehen wir gerade beim bayerischen Gymnasium Nachbesserungsbedarf: In Verbindung mit einer pädagogischen Ausrichtung hin zu selbstaktiven Lernformen, einer Reduzierung der Pflichtstundenzahl in der Unter- und Mittelstufe und einem raschen Ausbau des Ganztagsangebots entlasten wir die Schülerinnen und Schüler. Durch eine Flexibilisierung der gymnasialen Oberstufe schaffen wir ein Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten und damit ein Wahlrecht für

eine acht- oder neunjährige Schulzeit.

Neue Wege gehen

3445 Aber auch Schulen, die andere Wege gehen wollen, brauchen unsere Unterstützung. Wir werden daher Anreize für pädagogische Neuausrichtungen schaffen. Wir werden es allen Schulen ermöglichen, sich auf Antrag zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln, damit vor Ort ein neues pädagogisches Angebot entstehen kann. Dafür werden wir das Schulgesetz so anpassen, dass regionale Schulmodelle und längeres gemeinsames Lernen
3450 auch an kleinen ländlichen Schulstandorten ermöglicht werden können. Leistungsstarke und pädagogisch hochwertige Schulen sind unser Leitbild für eine Schule der Zukunft.

Schulen durch mehr Selbstständigkeit stärken

3455 Dreh- und Angelpunkt für Unterrichtsqualität ist die Schule selbst. Sie muss mehr Verantwortung, aber auch mehr Entscheidungsrecht bekommen. Dazu braucht sie auch die nötigen Strukturen und Ressourcen. Eine herausragende Rolle spielt dabei die Schulleitung. Schulleiterinnen und Schulleiter brauchen für ihre Aufgaben entsprechende Leitungszeit und professionelle Ausbildung. Alle Schulen werden von uns endlich mit
3460 einer ausreichenden Zahl von Verwaltungskräften ausgestattet. Eine Verlagerung der Verantwortlichkeiten auf die Einzelschule verlangt auch eine Neuorganisation der staatlichen Schulaufsicht. Dabei kann die erfolgreiche Struktur der Ministerialbeauftragten als Bindeglied zwischen Kultusministerium und Schule als Beispiel dienen.

3465

Eine selbstständige Schule ist aber auch auf eine starke Mitbestimmungskultur angewiesen. Wichtige Entscheidungen können und dürfen nur in einem demokratischen Abstimmungsprozess getroffen werden, bei dem die Schülerinnen und Schüler altersgemäß aktiv beteiligt werden und Eltern wie auch Lehrkräfte stark eingebunden
3470 sind. Demokratie muss gelebt werden. Werte wie Gerechtigkeit, Toleranz und Geschlechtergleichheit müssen mit Leben gefüllt werden.

Für die Schulen braucht es mehr Selbstbestimmung, gleichzeitig wollen wir auch engere Zusammenarbeit in der Bildung: Wir werden auf Bundesebene den kooperativen
3475 Bildungsföderalismus durch Artikel 104c GG umsetzen.

Vielfalt als Chance

Die Vielfalt der jungen Menschen als Chance betrachten: Das muss Grundlage des
3480 pädagogischen Handelns in der Schule der Zukunft sein. Kinder mit Migrationshintergrund sind eine Bereicherung und erfordern unsere größtmögliche Aufmerksamkeit. Da Schulerfolg von den Sprachkenntnissen erheblich abhängt, sorgen wir dafür, dass sie bestmöglich beim Erwerb der deutschen Sprache unterstützt werden und auch zusätzlichen Unterricht in ihrer Muttersprache erhalten. Dazu müssen wir auch
3485 die interkulturelle Kompetenz von Lehrkräften kontinuierlich verbessern.

Bayern muss die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ernst nehmen und schnellstmöglich inklusive Bildungseinrichtungen schaffen. Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind somit künftig ganz normale Mitglieder unserer
3490 Schulgemeinschaften. Voraussetzung dafür ist aber, alle Schulen für diese

Herausforderung fit zu machen und mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. Inklusion ist Aufgabe aller Schulen.

Gute Ganztagschulen

3495

Jedes Kind muss das Recht auf einen gebundenen Ganztagsplatz erhalten. Eine gute Ganztagschule ist mehr als eine Nachmittagbetreuung. Sie organisiert verbindlich Lern- und Übungszeiten, aber auch Arbeitsgemeinschaften und Freizeitangebote über den ganzen Schultag verteilt, sodass Schülerinnen und Schüler ausreichend Zeit und Raum für ganzheitliche Bildung und Persönlichkeitsentwicklung bekommen.

3500

Eine qualitativ hochwertige Ganztagschule braucht einen abwechslungsreichen Tagesablauf und individuelle Fördermöglichkeiten für die Kinder. Expertinnen und Experten von außen bereichern das Schulleben. Lokale Einrichtungen wie gemeindliche Jugendarbeit und Vereine verschiedener Prägungen müssen eingebunden werden. Die Ganztagschule endet hausaufgabenfrei in der Regel um 16 Uhr. Dann bleibt ausreichend Zeit, den persönlichen Interessen nachzugehen oder sich in örtlichen Vereinen und in der Jugendarbeit zu engagieren. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, muss in Zusammenarbeit mit den Kommunen ein Betreuungsangebot auch nach 16 Uhr und in den Ferienzeiten ermöglicht werden.

3510

Wir wissen: Guter Ganzttag kostet. Wir werden daher den Schulen zusätzliche Stunden geben, damit ein abwechslungsreiches Unterrichts- und Lernangebot auf hohem Niveau bis in den Nachmittag hinein angeboten werden kann. Ganztagschulen brauchen zudem für zusätzliches Personal auch ausreichende Finanzmittel. Damit die Kommunen die Anpassung der Schulräume an die Anforderungen eines guten Ganztags ermöglichen können, werden wir gezielte Förderprogramme auflegen.

3515

Schule im ländlichen Raum

3520

Die demografische Veränderungen und eine zunehmende „Landflucht“ machen es wichtiger denn je, die ländlichen Regionen attraktiv für junge Familien zu halten, indem wir auch kleine Schulstandorte auf dem Land sichern. Wir wollen flächendeckend ein wohnortnahes Bildungsangebot mit hohen Qualitätsstandards sichern. Denn ein attraktives Schulangebot ist ein wichtiger Standortfaktor für jede Gemeinde. Dabei erhalten die Kommunen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung regionaler Bildungslandschaften. Vorhandene Schulstandorte sollen sich zu Gemeinschaftsschulen weiter entwickeln können und durch alle Schulabschlüsse wieder attraktiver werden. Gemeinschaftsschulen wird es aber nur dort geben, wo Kommune und Schulfamilie diese beantragen. Damit vorhandene Schulangebote nicht gefährdet werden, werden wir für jeden Landkreis einen eigenen Bildungsplan erstellen.

3530

Berufliche Bildung als starke Säule

Jedes Jahr entscheiden sich mehr als die Hälfte der Jugendlichen nach Ende der Schulzeit für eine berufliche Ausbildung. Die duale Ausbildung ist ein über die deutschen Grenzen hinaus gefragtes Bildungsmodell. Wir werden deshalb alles tun, über diesen bewährten Weg den zunehmenden Fachkräftebedarf zu sichern.

3540 Sorge bereitet uns einerseits die immer noch zu hohe Zahl von Schulabgängerinnen und -

abgängern ohne Abschluss und mit mangelnder Ausbildungsfähigkeit, andererseits die teilweise enorm gestiegenen Anforderungen der Betriebe. Zu viele junge Menschen müssen derzeit in Übergangssystemen auf den Einstieg in das Berufsleben vorbereitet werden. Die dafür notwendigen Mittel müssen besser in die allgemeine und berufliche Schulzeit investiert werden, um direkte Einstiege in die Ausbildungsberufe zu ermöglichen. Sozialpädagogische Unterstützungsmaßnahmen müssen bei Bedarf die Übergänge von Schule und Beruf begleiten. Wir werden daher eine breite Qualifikationsbündelung bei der Ausbildung sicherstellen, die zum beruflichen Handeln befähigt, die Grundlagen für selbstständiges Weiterlernen schafft und vielseitige Vermittlungs- und Arbeitsmarktchancen eröffnet. Ausbildungen mit kürzerer Ausbildungsdauer müssen auf das Notwendigste beschränkt bleiben und dienen allenfalls dem Einstieg in die berufliche Ausbildung.

Wir wollen geschlechtersensible Bildung

3555 Nicht nur bei der Berufswahl gibt es Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Mädchen und Jungen werden -oft unbewusst- zu unterschiedlichem Rollenverhalten erzogen. Wir setzen uns ein für eine geschlechtersensible Bildung. Dieser Gedanken muss auch Eingang finden in die Ausbildung der Akteurinnen des Bildungssystems (ErzieherInnen, Dozierende, Lehrkräfte...). Auch die vorhandenen Lehr- und Lernmaterialien wollen wir auf diesen Aspekt hin überprüfen und überarbeiten. Weitere Schritte müssen folgen.

Zuwanderer besser fördern, Geschlechtertrennung überwinden

3565 Menschen mit Zuwanderungshintergrund bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit und gezielte Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Chancen. Beruflich qualifizierten Zuwanderern müssen wir den Zugang zu den Hochschulen erleichtern und die in der beruflichen Ausbildung erworbenen Qualifikationen auf ein Hochschulstudium anrechnen. Die geschlechtsspezifische Trennung bei der Ausbildung müssen wir mit geeigneten Maßnahmen überwinden.

Berufsschulen stärken

3575 Im Rahmen der dualen Ausbildung hat der Staat eine große Verantwortung, die Berufsschulen handlungsfähig zu erhalten und für eine gute Personalausstattung zu sorgen. Dazu gehört, die Angebote der Doppelqualifizierung durch Berufsschule und Fachhochschulreife an allen Berufsschulstandorten auszubauen und auch, die Lehrtätigkeit für externe Meisterinnen und Meister attraktiv zu halten, damit die Nähe zur realen Wirtschaft garantiert ist. Die Berufsschulen müssen zu starken Partnern für allgemeinbildende Schulen, aber auch für die Weiterqualifizierung und den Bereich des lebensbegleitenden Lernens zu vielseitigen Kompetenzzentren werden.

Lebensbegleitendes Lernen

3585 Bildungspolitik ist nicht nur Schulpolitik. Schon von Anfang an müssen wir dafür sorgen, dass alle Kinder Zugang zu Bildung bekommen. Ebenso müssen wir ein starkes Bildungsangebot nach der Schule bereitstellen. Die Bedeutung der Bildung nach der Schule wird immer größer. Die Förderung individueller Kompetenzen und Lebenserfahrungen, die soziale Integration und die politische Partizipation – kurz: der

Erhalt der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Lebensalter – ist eine zentrale Aufgabe der Zukunft.

Bildung ist ein Menschenrecht. Für uns gilt das dann aber auch für die Bildung nach der
3595 Schule und Ausbildung. Die Umsetzung des Prinzips des lebensbegleitenden Lernens geschieht derzeit nicht systematisch und ist dem Einzelnen überlassen. Bayern wird dieser wachsenden Bedeutung nicht ausreichend gerecht. Wir werden die Erwachsenenbildung auf die persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen der Lernenden abstimmen. Erwachsenenbildung beinhaltet damit alle
3600 Formen organisierten Lernens nach der Schule, in den gleichrangigen und gleichwertigen Bereichen der allgemeinen, politischen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung.

Erwachsenenbildung aufwerten

3605 Wir werden die Teilnahme und die Abschlüsse an den Angeboten des lebensbegleitenden Lernens durch einen staatlich anerkannten und zertifizierten Weiterbildungspass dokumentieren und die Angebote der Erwachsenenbildung in den Zentren für Aus-, Fort- und Weiterbildung als Grundversorgung definieren und verbindlich mit öffentlichen Mitteln finanzieren. Zur Grundversorgung gehören unter anderem Angebote der
3610 politischen Bildung, Angebote zum Ausbau und Erwerb von Schlüsselqualifikationen wie Sprach-, Kultur- und Medienkompetenzen, Arbeits- und berufsbezogene Weiterbildung.

Wir werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Altersstufen einen bedarfsgerechten individuellen Freistellungsanspruch einräumen und
3615 schulabschlussbezogene Maßnahmen des lebensbegleitenden Lernens im Sinne einer „zweiten Chance“ staatlich finanzieren. Die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltung beim Thema Qualifizierung werden wir ausbauen, die Finanzierung der Fort- und Weiterbildung organisieren und dabei sicherstellen, dass die Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Wir werden ein umfassendes
3620 Beratungsangebot im Sinne einer Bildungsberatung für lebensbegleitendes Lernen schaffen, das Erwachsenen-BAföG ausbauen, um den Zugang zu Bildung ein Leben lang zu ermöglichen.

Weiterbildungsgesetz soll den Menschen dienen

3625

Wir werden ein Weiterbildungsgesetz einbringen nach folgendem Grundprinzip: Erwachsenenbildung dient dem Menschen, seinen persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen. Erwachsenenbildung beinhaltet damit alle Formen organisierten Lernens nach der Schule, in den gleichrangigen und gleichwertigen
3630 Bereichen der allgemeinen, politischen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung.

3635

3640

Hochschulen, Wissenschaft und Forschung: Hohe Qualität erhalten, sozial gestalten

Wissenschaftliche Bildung und die Qualität der Forschung unserer Hochschulen sind
3645 Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres
Landes. Nur mit hervorragenden Ausbildungsbedingungen für alle Studierenden sind an
unseren Hochschulen wissenschaftliche Spitzenleistungen möglich.

Ziel unserer Hochschulpolitik ist, möglichst viele junge Menschen zu einem erfolgreichen
3650 Studium zu führen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... einen chancengleichen, gebührenfreien Zugang zum Hochschulstudium ermöglichen.
3655

... die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Barrieren für ein Studium abbauen.

... die Hochschulen besser ausstatten und das Personal aufstocken.

3660... die demokratische Gestaltung der Hochschulen vorantreiben, die verfasste
Studierendenschaft einführen und die Selbstverwaltung stärken.

... die nicht umgesetzten Ziele der Bologna-Reform anpacken: Mobilität und
Sozialverträglichkeit erhöhen, Verschulung senken.

3665

... den Anteil weiblicher Wissenschaftlerinnen mit gezielten Fördermaßnahmen und einer
Quote erhöhen.

... die Arbeitsbedingungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verbessern.

3670

... Menschen mit Behinderung ein barrierefreies Studium ermöglichen.

Kostenfreie Bildung

3675 Die Einführung der Studiengebühren war ein Einstieg in die Privatisierung und
Ökonomisierung unseres Bildungssystems. Studiengebühren verstärken die soziale
Selektion beim Hochschulzugang. In Bayern entscheiden immer noch die soziale Herkunft
und der Geldbeutel der Eltern darüber, wer ein Hochschulstudium aufnimmt. Ziel der
Hochschulpolitik muss sein, jungen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten eine
3680 fundierte Ausbildung zu ermöglichen. Deshalb, und weil die Finanzierung von
Hochschulen und die Vermittlung von Bildung und Wissenschaft an den Hochschulen
Aufgaben des Staates sind, lehnen wir Studiengebühren ab. Die weggefallenden Beträge
werden auch künftig aus dem Staatshaushalt zeitlich unbegrenzt in vollem Umfang
kompensiert. Die Studierenden sind, wie bisher, in die Entscheidungsfindung
3685 einzubeziehen. Gleichzeitig werden wir, um die Ausbildung allen zu ermöglichen, das
BAföG ausbauen.

Hochschulen besser ausstatten

3690 Die Hochschulen in Bayern sind chronisch unterfinanziert. Der Sanierungsstau beläuft

sich inzwischen auf fünf Milliarden Euro. Wir werden die Sanierung der maroden Hochschulbauten angehen und ein Hochschul-Investitionsprogramm auflegen.

Hochschulen werden mit langfristig garantierten, höheren Mitteln ausgestattet. Mehr
3695 Sachmittel, Personal und die Verbesserung der Situation der Hochschulbibliotheken sind dringend notwendig, um für die Studierenden eine qualitativ hochwertige Hochschulausbildung zu gewährleisten.

Autonomie und Mitbestimmung stärken

3700

Zentrales Anliegen bei einem weiteren Ausbau der Autonomie von Hochschulen ist es, die Effizienz der Hochschulen zu stärken und gleichzeitig die demokratische Teilhabe zu fördern. Die mit der Eigenständigkeit der Hochschulen verbundene – bisher durch den Landtag vertretene – demokratische Legitimation muss durch eine innere
3705 Demokratisierung der Hochschulen ergänzt werden. Der Staat wird aus seiner Verantwortung für die Wissenschafts- und Bildungspolitik jedoch nicht entlassen.

Wir werden die Autonomie der Hochschulen stärken, indem wir verbindliche Zielvereinbarungen zwischen dem Ministerium und den Hochschulen abschließen. Diese
3710 Rahmenvorgaben werden an die Stelle der bisherigen detaillierten, tief in die tägliche operative Leitung der Hochschulen eingreifenden Vorgaben des Ministeriums treten. Hochschulräte bzw. Kuratorien begleiten die Umsetzung. Diese treffen – anders als bisher – keine operativen Entscheidungen, sondern sollen vielmehr die Gesellschaft als Ganzes repräsentieren.

3715

Demokratische Kontrolle der Hochschulleitung

Professionelle Leitungsstrukturen erfordern an den Hochschulen umfassende Kontroll-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte aller am Wissenschaftsprozess beteiligter
3720 Personen und Gruppen. Wenn es um Hochschulpolitik und -entwicklung geht, dann dürfen nicht alleine finanzielle Aspekte die Richtung bestimmen. Was an den Hochschulen passiert, muss offen und unter Mitwirkung der Gesellschaft diskutiert werden. Und am Ende dieser Prozesse müssen nachvollziehbare, demokratische Entscheidungsverfahren stehen.

3725

Viertelparität einführen, Mittelbau stärken

Das Satzungsrecht der Hochschulen wird von uns gestärkt. Professorinnen und Professoren, Mittelbau, nicht-wissenschaftliche Angestellte und Studierende sollen die
3730 Geschicke der Hochschulen von den Departments bis zum Senat viertelparitätisch besetzt bestimmen. Alle Ämter werden von diesen vier Gruppen frei gewählt. Künftig wird die Hochschulleitung nicht mehr alleine über die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten bestimmen.

3735 Ein Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird verpflichtend eingerichtet, um die Position des Mittelbaus zu stärken und diesem mehr Mitspracherechte einzuräumen.

Verfasste Studierendenschaft einführen

3740

Bayern ist das letzte Bundesland, das in seinem Hochschulgesetz keine Verpflichtung zu einer selbst verwalteten Studierendenvertretung vorsieht. Die studentische Interessensvertretung in Bayern ist dadurch im Vergleich zu anderen Bundesländern um
3745 wesentliche Punkte beschnitten.

Wir werden die verfasste Studierendenschaft mit umfassender Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat wieder einführen. Die Studierendenschaften werden Körperschaften des öffentlichen Rechts. Nur dann können die Studierenden ihre
3750 Rechte und Pflichten als Bürgerinnen und Bürger auch an der Hochschule wahrnehmen. Erst wenn die Studierenden selber darüber entscheiden, wie sie sich organisieren und für was sie ihre Mittel ausgeben wollen, kann von einer wirklichen Vertretung gesprochen werden. Und nur mit einer verfassten Studierendenschaft stehen auch genügend Mittel zur Verfügung, um das studentische Leben wirklich mitgestalten zu können.

3755

Lehre quantitativ und qualitativ ausbauen

Wir werden die Lehre stärken. Die Studierenden brauchen nicht nur profilierte Forscherinnen und Forscher, sondern auch exzellente Lehrende. Wir setzen uns dafür ein,
3760 dass gute Lehre schrittweise guter Forschung gleichgestellt wird. Die Lehrkompetenz muss ein entscheidendes Berufungskriterium werden.

Wir werden die Lehre quantitativ und qualitativ ausbauen. Die Einführung der Bachelor/Master-Studiengänge sowie der Anstieg der Studierendenzahlen werden nur
3765 bewältigt, wenn der akademische Nachwuchs stärker gefördert und die Weiterqualifizierung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstärkt wird. Die bayerischen Hochschulen brauchen ein Nachwuchsförderungsprogramm, um sicherzustellen, dass mit dem Ansteigen der Studierendenzahlen in allen Fachrichtungen genügend qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Neueinstellungen
3770 bzw. Wiederbesetzungen von Professorinnen- und Professorenstellen zur Verfügung stehen. Wir werden auch für eine fundierte didaktische Ausbildung in der Lehre sorgen. Die Lehramtsausbildung erhält einen größeren Praxisbezug und eine bessere Verzahnung von Praxis und Studium.

3775 Studieren auch ohne Abitur

Jeder und Jede, der/die studieren möchte, sollte auch die Möglichkeit bekommen. Deswegen werden wir Modelle fördern, die Studienangebote für Menschen bereithalten, die mitten im Berufsleben stehen und keine klassische Hochschulzugangsberechtigung
3780 haben. Das setzt vor allem einen Lernprozess und kulturellen Wandel an den Hochschulen voraus, die sich noch zu stark abschotten gegen Studieninteressierte ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung. Die nach wie vor traditionelle, starre Trennung zwischen beruflicher und akademischer Bildung werden wir überwinden. Wechsel zwischen beiden Bildungsbereichen sollen künftig selbstverständlich sein.

3785

Hohe Qualität für alle und überall

Leistungsorientierung und Chancengleichheit schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Ziel unserer Hochschulpolitik ist es, hervorragende Ausbildungsbedingungen in
3790 der Breite für alle Studierenden und damit auch die Basis für wissenschaftliche

Spitzenleistungen überall in Bayern zu schaffen. Soll Bayern auch in Zukunft erfolgreich sein, muss es der Vielfalt der Begabungen und Interessen gerechter werden. Voraussetzung dafür ist ein chancengleicher Zugang zum Hochschulstudium, ohne soziale und wirtschaftliche Barrieren. Wir werden dafür sorgen.

3795

Eine hohe Qualität von Lehre und Forschung über alle Standorte in Bayern hinweg ist unser Ziel. Profilbildung darf nicht zu Lasten der Studierenden gehen. Das Studium an verschiedenen Standorten muss von vergleichbarer Qualität bleiben.

3800 Bologna umsetzen, Studium studierbar machen

Die Beteiligung Deutschlands am Bologna-Prozess war ein richtiger Schritt. Die Schaffung eines europäischen Hochschulraums ist ein wesentliches Element der europäischen Integration. Die Ziele des Bologna-Prozesses unterstützen wir. Diese Ziele sind jedoch
3805 noch nicht erreicht, es besteht vielmehr Korrekturbedarf in vielen Bereichen. Wir werden daher die Reform der Reform in Kooperation mit den Hochschulen in Form von Zielvereinbarungen angehen. Wir werden

... die innereuropäische Mobilität erhöhen.

3810

... die Verschulung auf ein erträgliches Maß reduzieren.

... die Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen herstellen.

3815 ... auf die Verringerung der Abbruchquoten hinarbeiten.

... für die Sozialverträglichkeit des Studiums sorgen, denn es muss auch in Zukunft möglich sein, neben dem Studium zu jobben oder Kinder zu haben.

3820 ... die Bildungsdimension des Studiums stärken.

... die Weiterbildungsangebote ausbauen und lebenslanges Lernen ermöglichen.

Entgegen der ursprünglichen Zielsetzung ist es für Studierende heute schwerer und nicht
3825 etwa leichter geworden, im Ausland zu studieren. Diesen Trend wollen wir in Kooperation mit den Hochschulen umkehren. Das Projekt der Europäischen Integration verlangt nach mehr Austausch und mehr europäische Internationalität im Bildungsbereich. Der Zugang zu Master-Studiengängen wird daher geöffnet, das Angebot entsprechend ausgeweitet und besser auf die Bachelor-Programme abgestimmt. Für uns gilt: Ein erfolgreich
3830 abgeschlossenes Bachelorstudium schafft das Recht zur Aufnahme eines Masterstudiums.

Gleichstellung an den Hochschulen fördern

3835 Frauen sind in der Wissenschaft unterrepräsentiert. Im Verlauf einer wissenschaftlichen Karriere – vom Studium über die Promotion und Juniorprofessur oder Habilitation bis zur Professur – nimmt der Frauenanteil kontinuierlich ab. Das hat nichts mit Leistung oder wissenschaftlicher Qualifikation zu tun. Die vielfältigen Ursachen reichen von Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Karriere über durchsetzungsstarke
3840 Männernetzwerke bis zu unsicheren Beschäftigungsverhältnissen.

Solange Frauen auch in den Kollegialorganen und anderen Gremien der Universität unterrepräsentiert sind, gehören aktive Frauenfördermaßnahmen auch in Form von verbindlichen Zielquoten zu den notwendigen Instrumenten. Um diesen Missstand zu
3845 beseitigen, erstellt jede Hochschule künftig ein Gleichstellungskonzept. Und wir sorgen dafür, dass dieses auch umgesetzt wird.

Unser Ziel ist es, den Frauenanteil in der Wissenschaft – insbesondere ihren Anteil an den Professuren – deutlich zu erhöhen. Dazu wollen wir mit den Hochschulen und
3850 Forschungseinrichtungen verbindliche Ziele festlegen und über entsprechende Kriterien bei der Programmfinanzierung Anreize setzen. Zur Steigerung des Frauenanteils werden wir Quoten einführen.

Studium ohne Barrieren schaffen

3855

Die bayerischen Hochschulen müssen nach dem Hochschulgesetz dafür Sorge tragen, dass Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten in ihrem Studium nicht benachteiligt werden und die Angebote der Hochschulen möglichst ohne fremde Hilfe in Anspruch nehmen können. Ein barrierefreies Studium ist für die Studierenden an
3860 den Hochschulen jedoch nicht möglich. Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen schließt ganz wesentlich die Teilhabe an Bildung und Studium als Voraussetzung für eine umfassende gesellschaftliche Inklusion ein. Hochschulgebäude müssen für alle zugänglich werden. Es braucht unterschiedliche Unterstützungsangebote, ausreichend Personal, barrierefreie, zentral gelegene Wohnheimplätze und
3865 unbürokratische Unterstützung aus einer Hand. Eine inklusive Hochschule geht von den individuellen Bedürfnissen eines jeden/jeder aus und richtet sich gegen Barrieren jeglicher Art, nicht nur baulichen Barrieren. Auch Prüfungen müssen barrierefrei gestaltet und den Bedürfnissen der Studierenden mit Behinderung angepasst werden.

3870 Soziale Infrastruktur stärken

Die soziale Infrastruktur, die zumeist von den lokalen Studentenwerken bereitgestellt wird, ist wichtiger Bestandteil eines guten Studiums. In den letzten zwölf Jahren sind die Zuschüsse für die bayerischen Studentenwerke um 50 Prozent gekürzt worden.
3875 Wohnheimplätze, Mensen und Cafeterien, psychologische und andere Beratungsangebote müssen mit der steigenden Zahl von Studienplätzen mithalten. Vor allem bei der Zahl der Wohnheimplätze ist in den nächsten Jahren ein hoher, wenn auch regional sehr unterschiedlicher Bedarf absehbar, dem das Angebot gerecht werden muss.

3880 Studieren mit Kind erleichtern

Trotz unterschiedlicher Maßnahmen ist die Familienförderung an vielen Hochschulen noch unzureichend. Wir werden dafür sorgen, dass die bisherigen Rahmenbedingungen so verbessert werden, dass sich mehr Studierende, Wissenschaftlerinnen und
3885 Wissenschaftler für ein Kind entscheiden können. Wir brauchen mehr besser ausgebildete Frauen. Diese Maßnahme ist hierfür ein wichtiger Baustein.

Auch bei der Gestaltung von Studiengängen müssen die Bedürfnisse von Studierenden mit Kindern berücksichtigt werden. Eine flexiblere Studienplanung, zum Beispiel durch
3890 Teilzeitstudiengänge, muss möglich sein. Kinderbetreuungsplätze in Einrichtungen, deren

Öffnungszeiten an die Hochschulpräsenzzeiten angepasst sind, müssen an allen Hochschulen ausgebaut werden.

3895

Gute Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft

Der akademische Mittelbau, zu dem Dozentinnen und Dozenten, Assistentinnen und Assistenten sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezählt werden, 3900 erfüllt im Bereich Lehre und Forschung bis zu 80 Prozent aller anfallenden Aufgaben. Um die Lehre an bayerischen Hochschulen qualitativ und quantitativ zu verbessern, müssen diese Stellen ausgebaut werden.

Gleichzeitig werden wir die Arbeitsbedingungen im Mittelbau verbessern: So werden wir 3905 eine Mindestbefristung für Verträge nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz von zwei Jahren festschreiben. Wir werden die Rechtsstellung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Blick auf ihre eigenständige Forschungs- und Lehrtätigkeit stärken und sicherstellen, dass der Erwerb von Qualifikationen wie Promotion und Habilitation und das eigenständige Publizieren in der vertraglich 3910 vereinbarten Arbeitszeit erfolgen kann.

Wir werden der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts folgend klarstellen, dass Lehrkräfte für besondere Aufgaben nicht unter das Wissenschaftszeitvertragsgesetz fallen und daher grundsätzlich unbefristet zu beschäftigen sind. Für wissenschaftliche 3915 und studentische Hilfskräfte streben wir eine Aufnahme in den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TVL) an, hilfsweise einen eigenständigen Tarifvertrag.

Wir werden die Attraktivität der Wissenschaft als Beruf weiter steigern. Ein wesentliches Ziel ist es, verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft zu schaffen. Den 3920 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern muss durch gute und verlässliche Rahmenbedingungen wissenschaftliches Arbeiten auch tatsächlich ermöglicht werden.

Wir werden die Juniorprofessur weiterentwickeln und bei erfolgreicher Evaluation früher als bislang den nahtlosen Übergang in eine Professur als Dauerstellung (tenure) eröffnen. 3925

Die starre Pensionierungsgrenze wird aufgehoben und durch flexible Modelle ersetzt.

Forschung ausbauen, Kooperationen verbessern

3930 Das hohe Niveau der Forschung an bayerischen Universitäten soll bewahrt und ausgebaut werden. Wir bekennen uns klar zur Grundlagenforschung an den Hochschulen. Gleichzeitig streben wir eine engere Kooperation außeruniversitärer und universitärer Forschung an, ohne die institutionelle Selbständigkeit der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Frage zu stellen. Die für die Universitäten charakteristische 3935 enge Verknüpfung von Forschung und Lehre muss unbedingt erhalten bleiben. Der sich abzeichnende Trend zur Entkoppelung von Forschung und Lehre an den Universitäten geht am Ende zu Lasten der Studierenden. Wir werden ihn stoppen.

Hochschullandschaft ausbauen, Vernetzung stärken

3940

Angewandte Forschung spielt an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften eine zunehmende Rolle. Bei einem weiteren Ausbau der Hochschullandschaft liegt ein besonderes Gewicht auf den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Fächern mit 3945 ausgeprägten Schwerpunkten in angewandter Forschung muss das Promotionsrecht eingeräumt werden.

An vielen Standorten besteht eine Kooperation von Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Die Zusammenarbeit soll ausgebaut werden. Gemeinsame 3950 Graduiertenkollegs oder Forschergruppen werden gefördert.

Die in den vergangenen Jahren entstandenen standortübergreifenden Forschungsverbände sind ein Erfolg. Dieser Weg ist weiter und offensiver zu beschreiten. Weitere Verbände haben vorrangig das Ziel, das starke Übergewicht der Gesundheits-, 3955 Ingenieur- und Naturwissenschaften zu korrigieren, indem die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften verstärkte Anreize erhalten, Verbände zu schließen.

3960

3965

3970

3975

3980

3985

3990

Gleichstellung

Gleichstellungspolitik geht alle an

3995

In der vom Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner maßgeblich geprägten Bayerischen Verfassung steht in Artikel 118 geschrieben: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Der verfassungsgemäße Anspruch, die bestehenden Nachteile zu beseitigen und den Gleichstellungsgrundsatz zu erfüllen, wird von der konservativen Staatsregierung nicht respektiert und nicht erfüllt. Wir allerdings sehen in der Umsetzung ein Gebot der Gerechtigkeit und eine notwendige Anpassung an veränderte Lebensrealitäten von Männern und Frauen in unserem Land. Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Verfassungsauftrag ernst nehmen und endlich für tatsächliche Gleichstellung sorgen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Frauen und Männer bei der persönlichen Lebensgestaltung und -planung frei entscheiden können.

... eine geschlechtergerechte Gesellschaft verwirklichen.

... die Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt ermöglichen.

4015

... gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit einführen und Altersarmut von Frauen rechtzeitig entgegenwirken.

... in einem Vergabegesetz in Bayern festschreiben, dass bei Auftragsvergaben durch den Freistaat und die Kommunen in Bayern gleicher Lohn für gleiche Arbeit Voraussetzung ist.

... das Bayerische Gleichstellungsgesetz überarbeiten, um Änderungen beispielsweise bei Personalschlüssel, Budget, Etablierung und Schulung von Gleichstellungsbeauftragten durchzuführen.

4025

... mit einer gesetzlichen Geschlechterquote von 50 Prozent die Führungsetagen von Unternehmen weiblicher und somit erfolgreicher machen.

... die geschlechtergerechte Gestaltung von öffentlichen Haushalten einführen.

4030

... die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf sowie Pflege und Beruf herstellen sowie für ausreichend Kinderbetreuungsplätze sorgen.

... Gewalt gegen Frauen entschieden entgegen treten, Frauenhäuser fördern und Beratungsstellen ausbauen.

Gleichstellungspolitik ist nicht nur Familienpolitik

Für uns ist Gleichstellungspolitik ein Querschnittsthema, das wir in allen Politikfeldern und auf allen politischen Ebenen einbringen. Wir setzen Gleichstellungspolitik nicht mit

Familienpolitik gleich. Es geht nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern zum Beispiel um Aspekte wie Arbeitsmarktbedingungen oder Bildungschancen.

Starke Frauen für ein starkes Bayern

4045

Wir werden daher die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Männer und Frauen bei der persönlichen Lebensgestaltung und -planung frei entscheiden können. Unsere Gesellschaft macht von Anfang an viel zu starke Unterschiede zwischen Mann und Frau. Alte und traditionelle Abhängigkeiten lehnen wir ab und brechen sie auf, wo sie noch
4050 vorhanden sind. Unser Ziel ist es, eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu verwirklichen. Bayern muss das vorhandene vielfältige Potential von Frauen nutzen, um zukunftsfähig zu sein. Starke Frauen für ein starkes Bayern: Ohne Gleichstellung kein Fortschritt.

Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt

4055

Frauen verdienen in Bayern bei gleicher bzw. gleichwertiger Arbeit im Durchschnitt 26 Prozent weniger als Männer, nochmal vier Prozent mehr als im ohnehin zu hohen Bundesdurchschnitt. Selbst bei gleicher Ausbildung, gleichem Alter und gleichem Beruf verdienen Frauen viel weniger als ihre männlichen Kollegen. Das werden wir ändern.

4060

Erwerbsunterbrechungen, Teilzeit und Dauer der Berufserfahrung gehen oft zu Lasten von Frauen. Zusätzlich liegt der Einkommensunterschied daran, dass Frauen häufig im sozialen, gesundheitlichen oder pädagogischen Bereich und in Dienstleistungsberufen arbeiten, die schlecht bezahlt sind. Diese Berufe, die in erster Linie von Frauen ausgeübt
4065 werden, müssen ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend anerkannt und entlohnt werden.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

4070 Leiharbeit war über lange Zeit hinweg eine Beschäftigungsform für Männer, sie hat für Frauen in den vergangenen Jahren überproportional zugenommen. Und auch in der Leiharbeit verdienen Frauen weniger als ihre männlichen Kollegen. Wir setzen uns für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und Qualifikation ein. Der erste Schritt muss die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns sein.

4075

Arbeitgeber Freistaat muss mit gutem Beispiel voran gehen

Ungleiche Einkommensverhältnisse herrschen auch in den bayerischen Ministerien und der Verwaltung. Wir werden in der öffentlichen Verwaltung Bayerns als Arbeitgeber mit
4080 gutem Beispiel vorangehen. Wir werden in einem Vergabegesetz in Bayern festschreiben, dass bei Auftragsvergaben durch den Freistaat und die Kommunen in Bayern gleicher Lohn für gleiche Arbeit Voraussetzung ist. Und wir werden das Bayerische Gleichstellungsgesetz überarbeiten, es den tatsächlichen Bedürfnissen anpassen und dabei die dringend gebotenen Änderungen beispielsweise bei Personalschlüssel, Budget,
4085 Etablierung und Schulung von Gleichstellungsbeauftragten durchführen.

Gute Arbeit – auch für Frauen

Frauen verdienen in Bayern nicht nur 26 Prozent weniger als ihre gleichqualifizierten
4090 männlichen Kollegen, sondern stellen einen Anteil von 77 Prozent aller geringfügig

Beschäftigten im Jahr 2010. Normalarbeitsverhältnisse mit einer gerechten und Existenz sichernden Bezahlung sollen die Regel sein. Wir sind überzeugt: Die Nutzung der Potenziale und Kompetenzen von Frauen ist auch Voraussetzung für Prosperität und Fortschritt.

4095

Altersarmut ist weiblich

Der Anteil derjenigen, die trotz Vollbeschäftigung unterhalb der Niedriglohnschwelle verdienen, ist bei Frauen besonders hoch. Die Frauenerwerbsquote liegt in Bayern zwar
4100 bei gut zwei Dritteln, allerdings arbeiten Frauen meist zu prekären Bedingungen. Die Zahl der in Teilzeit und in Minijobs beschäftigten Frauen steigt an, während die Zahl der in Vollzeit beschäftigten Frauen stagniert. Drei Viertel derer, die ein geringeres Nettoeinkommen von 500 Euro im Monat erhalten, sind Frauen. Das führt über geringere Einzahlung in die sozialen Sicherungssysteme zu verstärkter Altersarmut bei Frauen.
4105 Bereits heute ist Altersarmut in Bayern weiblich. Die Durchschnittsrente beträgt bei Frauen 521 Euro, bei Männern 1012 Euro.

Für Minijobs, die zur Schlechterstellung der Frauen beitragen, werden wir eine personalisierte Versicherungspflicht ab dem ersten Euro einführen. Der gesetzliche
4110 Mindestlohn muss auch für Minijobs gelten. Wir werden in Bayern Anstellungsbedingungen für Frauen schaffen, die sie für ihre Lebensplanung brauchen. Frauen dürfen nicht gezwungen sein, in Teilzeit zu arbeiten.

Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft nötig

4115

Wir werden uns auf Bundesebene dafür stark machen, das Diskriminierungsverbot im Teilzeit- und Befristungsgesetz durchzusetzen. Darüber hinaus werden wir das Recht auf Teilzeitarbeit mit einem gesetzlich verankerten Rückkehrrecht auf den
4120 Vollzeitarbeitsplatz verbinden. Wir werden die Grundlagen schaffen und alles daran setzen, dass Frauen und Männer gemeinsam und partnerschaftlich an Beruf, Gesellschaft und Familie teilhaben können. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass ein Gleichstellungs-Gesetz für die Privatwirtschaft eingeführt wird.

Mehr Frauen in Führungsetagen – mehr Erfolg für Unternehmen

4125

Es ist längst bewiesen: Unternehmen mit gemischten Führungsteams sind erfolgreicher. Dieser Erfolg zeigt sich an ökonomischen Kennzahlen und in der Unternehmenskultur. Unternehmen, in denen mehr als drei Frauen im Vorstand sitzen, erwirtschaften eine bis
4130 zu 53 Prozent höhere Eigenkapitalrendite.

4130

Trotz dieser Fakten sind Frauen in Führungspositionen stark unterrepräsentiert. Sie kommen häufig nicht bis in die Führungsetagen, sondern stoßen an die sogenannte Gläserne Decke: Hochqualifizierte Frauen schaffen den Aufstieg innerhalb von Unternehmen oder Organisationen oft nur bis zur Ebene des mittleren Managements.

4135

Der Frauenanteil in der obersten Führungsebene bayerischer Wirtschaftsunternehmen liegt mit rund 24 Prozent unter dem bundesdeutschen Schnitt von 27 Prozent. Nur drei Prozent aller Aufsichtsratsmitglieder der börsennotierten Unternehmen in Bayern sind weiblich. Selbst im Dienstleistungsbereich, einer sogenannten typischen Frauendomäne,
4140 haben gerademal 28 Prozent Frauen eine Stelle in der ersten Führungsebene. Ähnlich

sieht es im Öffentlichen Dienst aus: Lediglich 23 Prozent der Führungspositionen sind mit Frauen besetzt. Und auch in der Wissenschaft dringen Frauen häufig nicht bis zur Spitze vor.

4145 Geschlechterquote von 50 Prozent

Wir unterstützen daher eine längst überfällige Frauenquote oder Geschlechterquote von 50 Prozent Frauen in den Vorständen und Aufsichtsräten. In Bayern werden wir für den öffentlichen Dienst eine 50-Prozent-Quote von Frauen in Führungspositionen einführen
4150 und eine quotierte Besetzung von Gremien verwirklichen. Bei den Gesellschaften, an denen der Freistaat beteiligt ist, wirken wir auf die Erfüllung der 50-Prozent-Quote hin. Der Freistaat Bayern muss seiner Vorbildfunktion gerecht werden und im öffentlichen Dienst Frauen in Führungsverantwortung bringen. Führungsverantwortung heißt aber auch, dass wir Karrierechancen von Frauen in jedem Beruf und auf jeder Ebene der
4155 Erwerbstätigkeit verbessern.

Gendersensible Erziehung und Ausbildung

Die Aufteilung des Arbeitsmarktes in „typische Frauen- und Männerberufe“ hängt eng
4160 mit gesellschaftlich verankerten Rollenbildern zusammen. Um diese aufzubrechen, muss die Ausbildung von ErzieherInnen in KiTas/KiGas, LehrerInnen und AusbilderInnen sowie Führungskräften in Behörden und Unternehmen Inhalte aufweisen, über die Genderkompetenz erworben wird.

4165 Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming bedeutet: Bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale
4170 Wirklichkeit gibt. Den Grundsatz des Gender Mainstreaming werden wir konsequent verfolgen.

Geschlechtergerechte Gestaltung von öffentlichen Haushalten

4175 Die geschlechtergerechte Gestaltung von öffentlichen Haushalten (Gender Budgeting) dient der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen, deshalb werden wir dies in allen Haushaltsplanungen und -steuerungen Schritt für Schritt umsetzen.

Als Einstieg für eine systematische Umsetzung werden wir umgehend Pilotprojekte in
4180 verschiedenen Ministerien realisieren. Im Anschluss werden wir schrittweise in allen Bereichen der Landesverwaltung eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung und -steuerung verwirklichen. Wir werden uns dafür einsetzen, das europäische Ziel – 2015 Gender Budgeting auf allen Ebenen – umzusetzen.

4185 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familie und Beruf sind in Bayern schwer vereinbar. Die Verbindung von Familie und Karriere ist in Bayern ein Weg mit vielen Stolpersteinen. Viel zu oft müssen sich Frauen entscheiden, ob Beruf oder Kinder, ob sie Familienangehörige pflegen oder berufstätig
4190 bleiben. Das werden wir ändern!

Rechtsanspruch wird nicht eingehalten

Wer Chancengleichheit wirklich durchsetzen möchte, muss die Rahmenbedingungen in
4195 unserem Land ändern. Denn die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie bildet die
Grundvoraussetzung für gleiche Teilhabechancen. Dazu zählt der Ausbau von Bildungs-
und Betreuungsangeboten für Kinder. Das Ausbautempo und die Ausbauqualität der
Kinderbetreuung lassen nach wie vor zu wünschen übrig. Das Ausbauziel von 35 Prozent
für unter Dreijährige wird Bayern nicht erreichen.

4200

Damit wird der Freistaat den ab 2013 gültigen Rechtsanspruch für einen Betreuungsplatz
von Kindern unter drei Jahren nicht halten können – was für betroffene Eltern,
insbesondere Alleinerziehende, ein existenzielles Problem ist. Auch bei der
Ganztagsschulbetreuung hinkt Bayern hinterher. Für uns sind der Ausbau von qualitativ
4205 hochwertiger Kinderbetreuung und der Ganztagschulen vorrangige Ziele.

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Was für die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf gilt, muss auch für die Vereinbarkeit von
4210 Pflege naher Angehöriger und Beruf gelten. Immer noch sind es meist Frauen, die die
Pflege übernehmen. Das soll sich ändern. Das ambulante Netz muss so dicht sein, dass für
pflegende Familienangehörige, insbesondere Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und
Beruf gewährleistet ist.

4215 Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen

Darüber hinaus wollen wir einen gezielten Ausbau und die Förderung von
haushaltsnahen Dienstleistungen nach den Regeln von fairer Arbeit. Dies ist eine wichtige
Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebenslagen wie Krankheit,
4220 Erwerbsarbeit, Familie und Alter.

Gewalt gegen Frauen

4225

Die BayernSPD steht für das Recht, dass alle Menschen gewaltfrei leben dürfen. Doch jede
dritte Frau, egal aus welchem Teil der Gesellschaft sie kommt, wird im Laufe ihres Lebens
Opfer von Gewalt. Ungleiche Machtverhältnisse in Lebensgemeinschaften, finanzielle
Abhängigkeiten und alte hierarchische Rollenverständnisse begünstigen Gewalt. Fakt ist:
4230 Konsequente Gleichstellungspolitik hilft, echte Partnerschaften zu ermöglichen. Sie ist
somit eine wichtige Grundlage, um Gewalt vorzubeugen.

Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe

4235 Um die Situation von bereits betroffenen Frauen zu verbessern, tritt die BayernSPD für
den Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffenen Frauen und deren
Kinder ein. Wir sehen auch, dass insbesondere Gewaltopfer mit Behinderungen,
Migrantinnen oder illegal in Deutschland lebende Frauen einen besonderen
Beratungsbedarf haben. Dies bedeutet für uns im Einzelnen, dass wir

4240

... für eine bundesweit verbindliche Finanzierungsregelung von Frauenhäusern eintreten werden. Sie sind wichtige Zufluchts-, Schutz- und Beratungsstellen bei häuslicher Gewalt.

4245 ... darüber hinaus in Bayern ein flächendeckendes Netz von ambulanten Beratungsstellen, Frauennotrufen und Fachzentren für Frauen nach sexualisierter Gewalterfahrung aufbauen werden. Diese Frauennotrufe leisten wertvolle Arbeit und benötigen planbare Regelfinanzierung von Fachpersonal in den Städten und besonders im ländlichen Raum.

4250

4255

Queere Lebensweisen: Bayern ist vielfältig und bunt

Für die bayerische Sozialdemokratie ist es selbstverständlich, dass Menschen nicht wegen ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden dürfen. Queere Lebensweisen, egal ob 4260 es hierbei um Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente, Transgender oder Intersexuelle (LSBTTI) Mitmenschen handelt, sind Teil unserer gesellschaftlichen Gemeinschaft. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften verdienen Anerkennung, Respekt und rechtliche Absicherung. Die Würde aller Menschen zu respektieren und vor Ausgrenzung, Diskriminierung, Isolation und Gewalt zu schützen, ist Aufgabe und Herausforderung 4265 einer sozialdemokratisch geführten bayerischen Staatsregierung.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

4270 ... einen Landesaktionsplan gegen Diskriminierung, Homophobie und Transphobie erarbeiten.

... eine landesweite Akzeptanzkampagne – insbesondere im ländlichen Raum – starten.

4275 ... eine gesamtbayerische Koordinierungs- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI- Fragen schaffen.

... die Akzeptanz von LSBTTI-Menschen in öffentlichen Verwaltungen und Ministerien voranbringen.

4280

... entsprechende Gesetzesentwürfe und Gesetzesvorhaben bundesweit unterstützen und aktiv fördern statt ausbremsen.

Landesaktionsplan gegen Diskriminierung, Homophobie und Transphobie
4285

Die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen stellt für uns eine wichtige Querschnittsaufgabe dar, welche wir durch eine gezielte Förderung der Akzeptanz in einer landesweiten Kampagne entwickeln möchten. Durch die gemeinsame Erarbeitung eines Landesaktionsplanes werden hierbei in Zusammenarbeit aller Verbände, Initiativen, 4290 Vereine, Selbsthilfvereinigungen und Ministerien konkrete Maßnahmen für den Abbau

von Diskriminierungen, Homophobie und Transphobie in Bayern erarbeitet und umgesetzt.

Landesweite Akzeptanzkampagne starten

4295

Weiter werden wir zur Förderung der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen eine landesweite Akzeptanzkampagne initiieren, die sich an die Allgemeinbevölkerung in Bayern wendet. Als Beispiel dient hier die Kampagne in Nordrhein-Westphalen.

4300 Um auch gerade in den ländlichen Gegenden eine effektive Akzeptanzarbeit und hilfreiche Selbstorganisation leisten zu können, werden wir die ehrenamtlichen Projekte des ländlichen Raum besonders fördern und stärken.

Gesamtbayerische Koordinierungs- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI- Fragen

4305

Wir werden eine Koordinations- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI errichten um eine gesamtbayerische Anlaufstelle für die Probleme und Fragen rund um das Thema Diskriminierung zu errichten. Da diese Form von Koordinations- und Gleichstellungsstelle bereits in der Landeshauptstadt München seit Jahren sehr gute Arbeit leistet, ist nun auch

4310 eine gesamtbayerische Anlaufstelle für Kommunen und kleine Städte dringend notwendig.

Wandel in den öffentlichen Verwaltungen und Ministerien voranbringen

4315 Gerade im öffentlichen Dienst gibt es in den Verwaltungen und Ministerien immer noch Probleme mit der Akzeptanz von LSBTTI-Menschen. Ein Outing ist hier nur sehr schwer möglich und meistens nicht ohne Folgen. Dies führt zum Verlust von Arbeitszeit und Kraft. Homosexuelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind heutzutage genauso selbstverständlich wie andere Religionen, Lebensweisen oder Nationalitäten. Aus diesem Grund werden wir uns auch der Charta der Vielfalt anschließen.

4320

Wir werden auch die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt innerhalb der bayerischen Ministerien und öffentlicher Verwaltungen fördern. Dabei werden wir jegliche Form der Diskriminierung, Ausgrenzung und Nichtakzeptanz sexueller Vielfalt in öffentlich erkennbarer Weise ächten. Hierzu bedarf es der Sensibilisierung der Ministerien

4325 und öffentlicher Verwaltungen, angefangen bei den Führungsspitzen. Eine Entwicklung von Diversity-Richtlinien für den bayerischen öffentlichen Dienst steht dabei im Fokus und wird von uns in Zusammenarbeit mit allen Betroffenen erarbeitet.

Gesetzesentwürfe und Gesetzesvorhaben bundesweit unterstützen und aktiv fördern

4330

Die vollständige Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und von Rechten und Pflichten homosexueller Menschen ist heute immer noch ein langsamer und mühsamer Weg. 2001 ging die SPD mit Schaffung des Rechtsinstituts der „eingetragene Lebenspartnerschaft“ und mit dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz

4335 (AGG) zwar erste Schritte in die richtige Richtung, aber weitere Schritte konnten bislang politisch nicht durchgesetzt werden. Hier gibt es mit veränderten Mehrheitsverhältnissen noch viel zu tun. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird daher

... die Unterstützung von Initiativen für die rechtliche Gleichstellung von Männer und

4340 Frauen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung fördern.

... Bundesratsinitiativen zur Vollendung der rechtlichen Gleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft im Steuer- und Adoptionsrecht unterstützen.

4345 ... Bundesratsinitiativen vorantreiben, die endlich eine Rehabilitierung der nach §175 StGB verurteilten Homosexuellen ermöglichen.

... in öffentlichen Debatten zum Abbau von Diskriminierungen gegenüber Transidente sowie Transgender aktiv werden und sich für die Verwirklichung deren Selbstbestimmungsrechts im Rahmen der Reform von Bundesgesetzen über den Bundesrat einsetzen.

4355

Jugendpolitik: Besser fördern, aktiv gestalten

4360

Unsere Jugendpolitik versteht junge Menschen als vollwertige, gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft – unabhängig davon, ob sie volljährig oder wahlberechtigt sind. Wir wollen es jungen Menschen ermöglichen, ihr Leben selbstständig nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

4365

Dabei steht die Politik in der Verantwortung, jungen Menschen den „Start“ ins Erwachsenenleben zu ermöglichen. Dazu gehören die Teilhabe am Arbeitsmarkt, die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die Unterstützung der Jugendverbandsarbeit und die Bereitstellung von Freizeitmöglichkeiten sowie die demokratische Teilhabe.

Junge Menschen wollen sich aktiv in die Gesellschaft einbringen. Sie wollen sie verändern und mitgestalten. Unser Ziel ist es, jungen Menschen dies zu ermöglichen.

4375 Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... allen jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen, die Qualität der beruflichen Ausbildung verbessern und sicherstellen sowie den Berufseinstieg junger Menschen ohne prekäre Beschäftigungsverhältnisse gewährleisten.

4380

... die Jugendverbandsarbeit finanziell deutlich besser ausstatten und dabei die massiven Kürzungen seit 2004 und den Anstieg der Preise und Tariflöhne ausgleichen sowie die Rahmenbedingungen der Jugendverbandsarbeit verbessern.

4385 ... das Wahlalter für Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken sowie auch nicht wahlberechtigten Jugendlichen demokratische Mitwirkung zu ermöglichen.

... Armut junger Menschen entschieden und umfassend bekämpfen, für sie ausreichend bezahlbaren Wohnraum anbieten und bezahlbare Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln gewährleisten.

Vielfalt erkennen und anerkennen

Jugend findet in unterschiedlichen Lebenssituationen, abhängig vom Wohnort, den 4395 Familienverhältnissen, den sozialen Bedingungen und den eigenen Vorstellungen und Prägungen statt. Wir werden daher ein umfassendes Bild der Lebenslagen junger Menschen in Bayern erheben und daraus unser politisches Handeln ableiten. Wir orientieren uns dabei daran, dass die Lebenssituationen und die Wünsche junger Menschen individuell berücksichtigt werden müssen. Es gibt nicht „eine Jugend“, sondern 4400 eine Vielfalt unterschiedlicher Vorstellungen und Lebenswege.

Jugend und Landesentwicklungsprogramm

Politik von und für junge Menschen muss sich den Herausforderungen und 4405 Veränderungen des demografischen Wandels stellen, der sich in Bayerns Regionen unterschiedlich gestaltet. Es gibt Regionen, in die junge Menschen ziehen, weil dort Studienplätze zur Verfügung stehen oder die Berufsperspektiven attraktiv sind. Andere Regionen sind von der Abwanderung junger Menschen betroffen. Eine attraktive Gestaltung von Jugendarbeit in allen Regionen, gerade auch bei der Bereitstellung von 4410 Infrastruktur, ist ein Weg, die Abwanderung junger Menschen zu stoppen. Daher gilt es Konzepte zu entwickeln, die den ländlichen Raum auch für junge Menschen attraktiver gestalten. In diesem Sinne tritt die BayernSPD für die Aufnahme von jugendpolitischen Fragen in das Landesentwicklungsprogramm ein. Bei den bisherigen Überlegungen hat „Jugend“ und ihre spezifischen Herausforderungen keinen Eingang in die Vorlagen der 4415 FDP-/CSU-Vorschläge gefunden.

Jugend muss sich entfalten dürfen

Aus dem Anspruch junger Menschen, sich mit ihren eigenen Vorstellungen zu entfalten, 4420 durch das In-Frage-Stellen von gesellschaftlichen Konventionen, durch neue Lebensentwürfe etc., entstehen aber auch Konflikte. Mit diesen Konflikten muss die Politik umgehen. Wir wollen uns nicht einseitig zugunsten einer Seite positionieren – weder durch ein „Laissez-faire“, das entstehende Belastungen einfach ignoriert, noch durch repressive Politik, die jedes „abweichende“ Verhalten zu unterbinden versucht. 4425 Unsere Politik moderiert die entstehenden Konflikte und ermöglicht es, dass im Dialog zwischen gleichberechtigten Partnern Lösungen gefunden werden.

Jugendpolitik modernisieren

4430 Der Bayerische Landtag hat mit der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ bereits in der Wahlperiode 2003 bis 2008 umfangreiche Vorschläge für die Neuorientierung der Jugendpolitik in Bayern vorgelegt. Von der Staatsregierung sind diese Vorschläge bisher ignoriert worden. Wir werden die Vorschläge dieser Enquête-Kommission im Dialog mit jungen Menschen, den Jugendverbänden und in der Jugendarbeit Aktiven 4435 weiterentwickeln und politisch umsetzen.

Leben selbstbestimmt gestalten können

Ob junge Menschen ihr Leben selbstbestimmt und nach ihren Vorstellungen entscheiden, 4440 hängt wesentlich davon ab, ob es ihnen gelingt, eine Berufsausbildung, die ihrem

Berufswunsch entspricht, zu finden und anschließend oder nach einer Hochschulausbildung den Einstieg in ein gesichertes Beschäftigungsverhältnis zu schaffen.

4445 Unser Ziel ist daher, jedem jungen Menschen, der dies möchte, eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Auch wenn Bayern insgesamt eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen aufweist, gibt es erhebliche regionale und branchenspezifische Ungleichgewichte. Hinzu kommt, dass in Bayern ein erheblicher Anteil junger Menschen nicht direkt in die berufliche Ausbildung gelangt, sondern über schulische Ausbildungen
4450 oder durch Berufsvorbereitungsjahre und andere „Notmaßnahmen“ aufgefangen wird. Dies belastet gerade auch die Kommunen erheblich.

Berufsausbildung für alle jungen Menschen

4455 Unser Ziel ist es, auch im Sinne der von der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament durchgesetzten Beschäftigungsgarantie für junge Menschen, allen jungen Menschen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Dazu werden wir die Anreize und die Unterstützung für ausbildende Betriebe verbessern, unter anderem durch

4460... eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz für jeden jungen Menschen, die wir mit den TarifpartnerInnen aushandeln werden.

... die Berücksichtigung der Ausbildungsleistung eines Betriebs im Rahmen eines landesweiten Vergabegesetzes.

4465

... die Unterstützung und Qualifizierung ausbildender Betriebe und der Ausbilderinnen und Ausbilder, gerade auch für den Umgang mit besonders förderungsbedürftigen Auszubildenden.

4470... die Unterstützung regionaler Ausbildungsverbände und branchenspezifischer Umlagesysteme.

Qualität der beruflichen Ausbildung verbessern

4475 Gleichzeitig werden wir auch die Qualität der beruflichen Ausbildung verbessern und sicherstellen. Bei Betrieben, die Auszubildende als günstige Arbeitsverhältnisse einsetzen, statt der Ausbildungsverpflichtung nachzukommen, werden wir durch die Fachaufsicht konsequent einschreiten. Wo notwendig, sind Sanktionen zu verschärfen.

4480 Berufseinstieg erleichtern

Auch der Berufseinstieg nach Berufsausbildung oder Studium gestaltet sich für junge Menschen schwierig. Statt einer Übernahme nach der Ausbildung in eine unbefristete, sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung ist die junge Generation massiv mit
4485 problematischen, unsicheren Beschäftigungsformen wie Befristungen, Niedriglöhnen und sonstigen schlechten Arbeitsbedingungen wie Leiharbeit, Praktika etc. konfrontiert. Beschäftigungs- und Einkommensunsicherheiten wachsen. Dies hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Lebenswelt junger Menschen und erschwert eine langfristige Lebens- und Familienplanung. Insbesondere gering qualifizierten Jugendlichen gelingt es
4490 kaum, einen Einstieg in den regulären, sozial abgesicherten Arbeitsmarkt zu finden

Unsichere Arbeitsverhältnisse eindämmen

Die Regulierung des Arbeitsmarktes ist weitgehend Angelegenheit des Bundes. Wir
4495 werden aber durch entsprechende Bundesratsinitiativen dafür Sorge tragen, dass die
sozial ungesicherten Arbeitsverhältnisse eingedämmt werden. Der Staat und staatliche
Betriebe werden hier Vorbildfunktionen übernehmen. Auch stellen wir uns einer
Aufweichung des Kündigungsschutzes entgegen. Gemeinsam mit den Tarifparteien
wollen wir eine grundsätzliche Übernahmegarantie für Absolventinnen und Absolventen
4500 einer beruflichen Ausbildung festschreiben.

Hartz IV bedarfsgerecht anpassen

Viele junge Menschen wachsen in sozial angespannten Verhältnissen auf. Sie sind
4505 angewiesen auf eine Sozialpolitik, die sie begleitet, unterstützt und mit den notwendigen
materiellen Ressourcen ausstattet. Wir treten daher unter anderem für eine
bedarfsgerechte Anpassung der Regelsätze des SGB II ein, um insbesondere auch jungen
Menschen die Freiräume für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung zu eröffnen.

4510 Jugendarmut umfassend bekämpfen

Soziale Probleme, in denen junge Menschen aufwachsen, äußern sich aber nicht nur in
materieller Armut. Es geht auch um mangelhaften Zugang zu Bildung und Gesundheit,
um prekäre Wohnbedingungen, Ernährung, schwierige Familienverhältnisse etc. Die
4515 Verbesserung der sozialen Lage nicht nur junger Menschen erfordert daher einen
umfassenden Ansatz, der neben den klassischen Instrumenten auch zum Beispiel die
Stadtplanung, das Angebot an Freizeit- und Kulturmöglichkeiten etc. einbezieht. Im
Dialog mit den Kommunen, den Sozialverbänden und Gewerkschaften werden wir
geeignete Strategien zur Bekämpfung von materieller und immaterieller Armut
4520 entwickeln und umsetzen. Zentral bleiben gleiche Bildungschancen und Zugänge zu
Ausbildungs- und Arbeitsstellen.

Jugendsozialarbeit ausbauen

4525 Auch werden wir die niedrigschwelligen Beratungs- und Hilfsangebote und die
Jugendsozialarbeit ausbauen. Daneben werden wir im Dialog mit den Kommunen auch
die Familienunterstützung durch die Jugendämter verstärken. Neben der Unterstützung
durch staatliche Institutionen ist auch ein breit ausgebautes Netz von nichtstaatlichen
Hilfen unter anderem durch die Wohlfahrtsverbände notwendig. Daher werden wir diese
4530 verstärkt fördern.

Kommunen bei Kinder- und Jugendhilfe unterstützen

Das SGB VIII regelt zwar bundeseinheitlich die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, für
4535 die Umsetzung sind jedoch in der Regel der Freistaat Bayern als überörtlicher und die
Landkreise und kreisfreien Städte als örtliche Träger verantwortlich. Die Leistungen der
Kinder- und Jugendhilfe müssen vor allem die Kommunen in Bayern erbringen, die sich
aber aufgrund der ständig wachsenden Anzahl an Bedürftigen und der Ausweitung ihres
Aufgabenfeldes bei der Finanzierung vom Freistaat alleine gelassen fühlen. Wir treten
4540 dafür ein, dass für die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe und für die

Präventionsarbeit entsprechende Mittel bereit gestellt und an die ausführenden Ebenen weitergegeben werden. Ferner unterstützen wir die Fortentwicklung sinnvoller Konzepte und Ideen für das Zusammenwirken von Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit.

4545

Günstigen Wohnraum schaffen

Junge Menschen haben oft niedrige Einkommen. Sie sind daher besonders darauf angewiesen, dass günstiger Wohnraum zur Verfügung steht. Dies ist vor allem in den Ballungszentren nicht mehr gewährleistet. Wir werden daher vor allem durch eine erhebliche Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und die Bekämpfung der Mietspekulation dafür sorgen. Außerdem werden wir die Studentenwerke mit ausreichend Mitteln ausstatten, um den Wohnheimbau erheblich auszuweiten.

4555 ÖPNV ausbauen, Mobilität ermöglichen

Gerade auch junge Menschen sind auf einen flächendeckenden, verlässlichen und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Der Ausbau des ÖPNV, auch in Randzeiten, ist daher ein Ziel der Jugendpolitik. An allen Hochschulstandorten wollen wir Semestertickets anbieten: Für die Verfassten Studierendenschaften und die Studentenwerke werden die Rechtsgrundlagen geschaffen, Verträge für Solidarmodelle mit den jeweiligen Verkehrsgesellschaften abzuschließen. Auch für Auszubildende schaffen wir flächendeckend vergünstigte Tickets. Wir prüfen, ob und in wieweit wir die Schulwegkostenfreiheit auf alle Schularten ausdehnen und bestehende Altersgrenzen abschaffen können.

Jugendverbände stärker unterstützen

Den Jugendverbänden – ob aus der „klassischen“ Jugendarbeit, Sport, Freizeit, sozial oder politisch tätig oder kirchlich orientiert – kommt eine zentrale Rolle dabei zu, wenn es darum geht, jungen Menschen die selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens zu ermöglichen. Sie leisten durch ihre vielfältigen Strukturen entscheidende und vor allem umfassende Hilfe.

4575 Bayerisches Jugendprogramm auflegen und mit Leben füllen

Konzeptionelle Grundlage der bayerischen Kinder- und Jugendpolitik ist das entsprechende Jugendprogramm der Staatsregierung. Seit vielen Jahren drängt die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag auf eine Fortschreibung des Jugendprogramms aus dem Jahre 1998 und einer entsprechenden bedarfsgerechten finanziellen Ausstattung. Wir werden mit anderen Mehrheiten endlich entsprechende Finanzmittel und Personalressourcen für die aktuellen und zukünftigen Aufgaben der Jugendarbeit bereitstellen. Bisher stellt der Freistaat für so wichtige Themen wie die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund, zeitgemäße politische Bildung oder die Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule weder das nötige Geld noch das Personal zur Verfügung. Wir hingegen werden

... die Jugendverbandsarbeit finanziell deutlich besser ausstatten und dabei die massiven Kürzungen seit 2004 und den Anstieg der Preise und Tariflöhne ausgleichen.

4590

... die Arbeit gegen sexuelle Gewalt dauerhaft im Kinder- und Jugendprogramm verankern.

4595 ... in einem ersten Schritt das Programm gegen Rechtsextremismus des Bayerischen Jugendrings stärken und langfristig ein Landesförderprogramm gegen Rechtsextremismus auflegen.

Bei der Mittelverteilung ist auch zu berücksichtigen, dass die formellen Mitgliedschaften
4600 bei Jugendverbänden zurückgehen, die zu leistenden Aufgaben und die Beteiligung von Nichtmitgliedern aber zunehmen. Dies ist bei der Mittelbereitstellung und -verteilung zu berücksichtigen, unter anderem durch einen Sockelbeitrag bei der Mittelverteilung.

Wir sehen weitere notwendige Maßnahmen zur Stärkung der Jugendverbände in der
4605 verstärkten Förderung von Räumen und Einrichtungen, in Mitarbeiterbildungsmaßnahmen sowie in der Förderung von Fachkräften und funktionsfähigen Geschäftsstellen.

Ehrenamtliche Arbeit junger Menschen fördern

4610

Wir wollen die ehrenamtliche Tätigkeit junger Menschen nicht nur in Jugendverbänden stärker fördern. Wir werden eine Weiterentwicklung des Gesetzes zur Freistellung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen für Zwecke der Jugendarbeit sowie Sonderregelungen im öffentlichen Dienst anstoßen. Wir werden die Möglichkeiten der
4615 Freistellung von Beruf, Studium und Schule verbessern, im Bereich des Studiums unter anderem durch eine Berücksichtigung bei den Regelstudienzeiten. Auch durch die Abschaffung der Studiengebühren, die angestrebten Verbesserungen in den Schulen und die Förderung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze werden wir die Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement verbessern.

4620

Förderung freiwilligen Engagements

Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement junger Menschen leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft. Es gibt gleichzeitig jungen Menschen die Möglichkeit, ihre
4625 Persönlichkeit weiterzuentwickeln und wichtige Erfahrungen zu sammeln. Wir werden daher die Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr und den Bundesfreiwilligendienst weiter fördern und die Anerkennung solcher Tätigkeiten zum Beispiel in Berufsausbildung oder Studium verbessern. Wir werden aber auch dafür Sorge tragen, dass durch die Freiwilligendienste keine Verdrängung regulärer
4630 Beschäftigung erfolgt oder diese als Mittel der Lohndrückung genutzt werden.

Jugendarbeit und Ganztagschule Hand in Hand

Wir werden die Jugendverbände als gleichberechtigte Partnern in die Entwicklung der
4635 Ganztagschulen einbeziehen. Ziel ist es, Angebote der Jugendarbeit mit den Angeboten in Ganztagschulen abzustimmen, ohne dass dies zur Einsparung von notwendigem pädagogischem Personal führen darf. Die Angebote der Jugendverbände stellen eine notwendige Ergänzung der schulischen Angebote dar.

4640 Selbstverwaltete Jugendzentren flächendeckend fördern

Neben der Jugendverbandsarbeit muss aber der Raum für „ungebundene“, selbstbestimmte Freizeitgestaltung junger Menschen geschaffen werden. Angesichts der immer engeren und fremdbestimmter Gestaltung jungen Lebens müssen Räume für 4645 junge Menschen geschaffen werden, die „zweckfrei“ sind. Wir werden daher im Dialog mit den Kommunen darauf hinwirken, dass flächendeckend selbstverwaltete Jugendzentren oder vergleichbare Einrichtungen geschaffen werden.

Freizeitgestaltung im öffentlichen Raum

4650

Dabei darf es aber nicht zu einer Verdrängung der Freizeitgestaltung junger Menschen in geschlossene Räume kommen. Junge Menschen haben das Recht, den öffentlichen Raum gleichberechtigt mit allen anderen Nutzerinnen und Nutzer in Anspruch zu nehmen. Ferner werden wir rechtlich für eine bessere rechtliche Absicherung von Kinder- und 4655 Jugendeinrichtungen, Spiel- und Freizeitsportplätzen gegen Klagen wegen Lärmbelästigung der Anwohnerinnen und Anwohner sorgen.

Demokratische Teilhabe ermöglichen

4660 Junge Menschen müssen an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben. Wir werden daher das Wahlalter auf mindestens 16 Jahre absenken. Daneben werden wir Gremien installieren, in denen noch nicht wahlberechtigte Jugendliche Einfluss auf Entscheidungen nehmen können: in den Kommunen sind das Jugendparlamente, für die Landesebene bietet sich eine Schülerinnen- und Schülervertretung sowie eine 4665 Auszubildendenvertretung mit allgemeinpolitischem Mandat an.

Jungen Menschen auf Augenhöhe begegnen

Demokratische Teilhabe junger Menschen muss aber über die formale Beteiligung 4670 hinausgehen. Wir werden daher junge Menschen – unabhängig vom Wahlrecht – als gleichberechtigte Partnerinnen und Partner verstehen, die das Recht haben, ihr Lebensumfeld aktiv mit zu gestalten. In diesem Sinne sind junge Menschen selbstverständlich zum Beispiel in Planungsprozesse einzubeziehen. Sie müssen Schulen und Hochschulen genauso wie Jugend- und Freizeiteinrichtungen nach ihren 4675 Vorstellungen mitgestalten können. Dazu gehört eine demokratische Mitbestimmung in Schule und Hochschule. Und notwendig ist auch, dass die Politik die notwendigen Ressourcen bereitstellt, damit eine solche Mitbestimmung möglich ist. Wir werden das tun.

4680 Integration junger Migrantinnen und Migranten erleichtern

Wir wollen gerade auch die Stellung junger Menschen mit Migrationshintergrund verbessern. Wir werden eine Bundesratsinitiative starten, um die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft zu erleichtern. Auch die bisher restriktiven 4685 Aufenthaltsbedingungen vor allem von Flüchtlingen werden wir erheblich verbessern und so gerade jungen Migrantinnen und Migranten die Integration in die Gesellschaft ermöglichen.

4690

Integrationspolitik: Mittendrin statt parallel

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das gleiche gilt auch für Bayern. Bayern ist ein
4695 offenes Land mit einer offenen Gesellschaft. Kulturelle Vielfalt ist sein Markenzeichen.
Schon heute haben fast 20 Prozent der bayerischen Bevölkerung einen
Migrationshintergrund. Jedes dritte Kind unter sechs Jahren hat ausländische Wurzeln.

Es ist an der Zeit, diese gesellschaftliche Vielfalt anzuerkennen. Migrantinnen und
4700 Migranten sind ein Teil unserer gemeinsamen Zukunft. Integration ist eine Chance und
Herausforderung – für alle. Sie bereichern unser Land. Integriert zu sein, bedeutet,
dazuzugehören. Bayern benötigt die Entwicklung einer Kultur, die Zuwanderung wünscht
und willkommen heißt.

4705 Wir treten für eine Gesellschaft ein, die unterschiedliche Lebensentwürfe als
Bereicherung empfindet und Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus keinen
Raum gibt. Integration ist eine Chance und Herausforderung – für uns alle. Sie erfordert
gleichen Respekt für unterschiedliche Lebensformen, Werthaltungen und Religionen –
also eine Kultur gleicher Anerkennung.

4710

Ziel unserer Integrationspolitik ist, dass alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft
und Hautfarbe – gleichberechtigt und aktiv am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und
politischen Leben teilnehmen können. Wir sorgen für eine gerechte Integrationspolitik
und setzen uns dafür ein, dass sich Menschen aus anderen Ländern in Bayern willkommen

4715 fühlen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... einen kostenlosen Kindergartenbesuch und die individuelle Förderung aller Kinder in
4720 der Gemeinschaftsschule ermöglichen.

... die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt für Jugendliche, aber auch für Frauen mit
Migrationshintergrund verbessern.

4725 ... ausländische Abschlüsse nach einem einheitlichen und unbürokratischen Verfahren
anerkennen und Studiengebühren abschaffen.

... das kommunale Wahlrecht auch nicht EU-Ausländerinnen und -Ausländern gewähren
sowie die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen.

4730

... ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge und deren Familien schaffen.

Mittendrin statt parallel – für eine Willkommenskultur in Bayern

4735 Bayern profitierte schon immer von Zuwanderung und wird diese auch künftig benötigen.
Die erfolgreiche Integration der in Bayern lebenden Menschen mit Migrationshintergrund
ist aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen eine der wichtigsten politischen
Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft. Die gesellschaftliche Vielfalt und die
ethnisch-religiöse Pluralität brauchen Anerkennung und müssen auf Grundlage der
4740 Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes gemeinsam gelebt werden.

Bayerisches Integrationsgesetz

Integration ist kein einseitiger Prozess, sondern braucht den Erfolgswillen auf beiden
4745 Seiten. Voraussetzung für eine gelungene Integration sind klare Regeln und
Zielsetzungen. Um die Integrationspolitik auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen,
haben wir in den bayerischen Landtag ein Gesetz zur Unterstützung der Integration von
Menschen mit Migrationshintergrund sowie zur Weiterentwicklung der Bayerischen
Verfassung eingebracht. Mit neuen Mehrheiten nach der Wahl werden wir dieses Gesetz
4750 auch tatsächlich umsetzen.

Chancen durch Bildung von Anfang an

Integration braucht eine gemeinsame Sprache. Die Beherrschung der deutschen Sprache
4755 ist deshalb von zentraler Bedeutung. Wir werden daher für eine Sprachförderung bereits
in der Kinderkrippe und im Kindergarten in Deutsch und in der Muttersprache sorgen.
Eine Kultur gleicher Anerkennung sollte sich auch im Fremdsprachenunterricht der
bayerischen Schulen niederschlagen. Wir wollen die Kindergartengebühren abschaffen:
Alle Kinder sollen somit einen Zugang zu frühkindlicher Bildung bekommen. Wir sind uns
4760 sicher: Individuelle Förderung gelingt am besten in der Gemeinschaftsschule, in der die
Kinder länger gemeinsam lernen.

Schulabschlüsse und Ausbildungsquote verbessern

4765 Noch immer verlassen in Bayern Menschen mit ausländischen Wurzeln unsere Schulen
mit schlechteren Abschlüssen und somit mit schlechteren Ausgangschancen. Von den
ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgänger aller Schularten in Bayern
erreichen drei Mal so viele keinen Schulabschluss wie deutsche Schülerinnen und Schüler.
Der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund an der Haupt-/Mittelschule liegt mit
4770 rund 60 Prozent mehr als doppelt so hoch wie der von deutschen Schülerinnen und
Schülern ohne Migrationshintergrund. Ebenso ist ihr Anteil an Förderschulen doppelt so
hoch wie der von deutschen Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund. Die
Ausbildungsquote von Ausländerinnen und Ausländern ist nur halb so hoch wie die der
deutschen Jugendlichen. Dies zeigt: Die Schaffung gleicher Bildungschancen ist der
4775 Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Denkbar wäre hier zum Beispiel das Angebot
eines Sprachintensivierungsjahres.

Wissenschaft und Kultur ohne Grenzen

4780 Bayerische Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen von der kulturellen
Vielfalt ihrer Hochschulfamilie künftig stärker profitieren. Wir werden sie daher moderner
und internationaler machen, damit sie im globalen Wettbewerb bestehen. Bayern
versteht sich als weltoffen und tolerant. Die bisherige Regierung verhält sich aber oft
ganz anders. Es fehlt eine Willkommenskultur. Einreise und Aufenthalt für Künstlerinnen
4785 und Künstler und von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland
werden wir daher unbürokratischer regeln. Dazu zählt auch ein besseres
Anerkennungsverfahren der mitgebrachten akademischen und beruflichen Abschlüssen.
Damit Studierende aus dem Ausland nach Bayern kommen, werden wir mehr Stipendien
und Förderprogramme auflegen sowie mehr Wohnungen und besondere
4790 Studienangebote schaffen. Bayern wird künftig mehr Anstrengungen unternehmen, um

die hier gut ausgebildeten ausländischen Absolventinnen und Absolventen im Land zu halten.

Gleichberechtigt auf dem Arbeitsmarkt

4795

Der künftige Wohlstand Bayerns hängt entscheidend davon ab, ob auch in Zukunft eine ausreichende Anzahl von Fachkräften zur Verfügung stehen wird. Schon heute treten in Bayern branchenspezifische und regionale Engpässe bei Stellenbesetzungen auf. Personen, die ihren Studien- oder Berufsabschluss im Ausland erworben haben, gelingt es häufig nicht, in Bayern in ihrem erlernten Beruf tätig zu werden. Viele arbeiten berufs fremd. Aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive bleibt damit ein erhebliches Qualifikations- und Arbeitsmarktpotenzial ungenutzt. Wir werden daher auf Landesebene ein Gesetz zur Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen auf den Weg bringen. In diesem Landesgesetz wird dann auch eine kontinuierliche Beratung sichergestellt und die Übernahme der Kosten bei (Teil-)Nachqualifikationen geregelt.

Bayern kann nicht auf Hochqualifizierte verzichten

Besonders Frauen mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Bayern kann es sich nicht leisten, auch nur auf einen einzigen qualifizierten Menschen, egal aus welchem Kulturkreis, zu verzichten. Das betrifft nicht zuletzt Jugendliche mit Migrationshintergrund. Beim Übergang von der Schule in den Beruf brauchen sie und ihre Eltern besonders viel Unterstützung und eine ausführliche Beratung über Ausbildungsberufe und weitere Bildungswege.

4815

Beratung ausbauen, Selbständigkeit fördern

Die Beratungsstellen, insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur für Arbeit und der Jobcenter, werden wir für die Beratung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund besser schulen, damit sie deren Bedürfnisse und Probleme verstehen. Auch Migrantenselbstorganisationen beraten und unterstützen hier wirkungsvoll. Sie brauchen aber dringend mehr finanzielle und organisatorische Unterstützung, um professioneller zu arbeiten. Migrantinnen und Migranten, die sich selbstständig machen wollen, brauchen eine professionelle Beratung, auch in ihrer Muttersprache. Die zügige Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und eine qualifizierte Weiterbildung sind für Einwanderer oft die einzige Chance, um am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die BayernSPD wird sich deshalb für einen bayerischen Weiterbildungspakt einsetzen, zu dem einen Weiterbildungsfonds, Sprachförderung, Patenschafts- und Mentoringprogramme und eine Imagekampagne für ausländische Qualifikationen gehören. Nicht zuletzt ist auch ein flächendeckender Mindestlohn eine wirkungsvolle Integrationsmaßnahme.

Die doppelte Staatsbürgerschaft: ein Mensch, zwei Kulturen

Wir werden eine Bundesinitiative starten, um die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Menschen, die schon lange in Deutschland leben, sollen ohne den üblichen Hindernislauf durch die Behörden Deutsche oder Deutscher werden dürfen. Derzeit sind es mindestens acht Jahre. Das ist zu lange. Außerdem sollten es Sonderregeln zur früheren Einbürgerung geben. Einbürgerungswilligen muss es erlaubt sein, ihren alten Pass zu behalten. Wer in Deutschland geboren ist und deshalb die deutsche

Staatsbürgerschaft besitzt, steht spätestens im Alter von 23 Jahren vor der Wahl zwischen dem deutschen Pass und dem Pass der Eltern. Viele empfinden diese Optionspflicht als Zumutung, denn sie fühlen sich beiden Kulturen zugehörig. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist kein Zeichen von Unentschlossenheit, sondern von der Bereitschaft, den Reichtum zweier Kulturen zu verbinden.

Integrationskurse ja, Tests nein

Die SPD fordert mehr Integrationskurse zur Vorbereitung auf die Einbürgerung. Derzeit gibt es zu wenige, und die sind schlecht ausgestattet. Die Warteschlangen vor den Kursen sind lang, die Unterrichtszeiten wenig flexibel. Außerdem werden wir die diskriminierenden Integrationstests wieder abschaffen.

Asyl ist Menschenrecht

4855

Wir machen eine menschenfreundliche Politik, keine Abschreckungspolitik. Menschen fliehen, weil sie in der Heimat aus politischen Gründen um ihr Leben bangen müssen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen fehlt qualifiziertes Personal, um den besonderen Bedürfnissen von Asylsuchenden gerecht zu werden. Es gibt zu wenig Ärztinnen und Ärzte und Psychologinnen und Psychologen, zu wenig Juristinnen und Juristen und zu wenige Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Gemeinschaftsunterkünfte oft menschenunwürdig

Die Gemeinschaftsunterkünfte sind oft in einem menschenunwürdigen Zustand und von der örtlichen Gemeinschaft abgeschnitten. Die Unterbringung von mehreren Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, sexueller Identität und Tradition in kleinen Zimmern auf engstem Raum führt häufig zu massiven Konflikten. Kein Flüchtling sollte dort länger als ein Jahr wohnen. Familien und Kinder sowie traumatisierte Flüchtlinge müssen von Anfang an in Wohnungen leben. Die Versorgung mit Lebensmittelpaketen verstößt gegen die Menschenwürde und ist überdies viel zu teuer. Bayern hat dadurch deutschlandweit mit Abstand die höchsten Ausgaben pro Kopf. Statt Essenspakete zu erhalten, sollen die Flüchtlinge sich selbst verpflegen können. Dafür werden wir sorgen.

4875 Teilhabe für Asylbewerberinnen und Asylbewerber garantieren

Das Bundesverfassungsgericht hat klar und deutlich entschieden, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber Anspruch auf gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe haben. Auch die materielle Teilhabe gehört für uns dazu, weshalb wir die Leistungen für Asylsuchende auf das Niveau des ALG II anheben werden. Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind für uns keine Menschen zweiter Klasse! Das Arbeitsverbot gehört abgeschafft, denn das Recht zu arbeiten ist ein Menschenrecht! Flüchtlinge brauchen vom ersten Tag an Sprachkurse und Zugang zum Arbeitsmarkt und für ihre Kinder brauchen sie den Zugang zu Kita und Schule. Insbesondere jungen Flüchtlingen muss es vom ersten Tag an möglich sein, ohne bürokratische Hindernisse eine Ausbildung zu beginnen.

Residenzpflicht aufheben, Initiativen unterstützen

Die Residenzpflicht, die es Flüchtlingen verbietet, die Regierungsbezirksgrenze und die

Nachbarlandkreisgrenze zu überschreiten, werden wir aufheben. Die Möglichkeit, sich frei zu bewegen, ist ein Menschenrecht. Außerdem ist die Residenzpflicht einmalig in der EU.

Sozialverbände und Flüchtlingsinitiativen brauchen mehr Geld, damit sie im Auftrag des Freistaates beraten und unterstützen können.

Integration beginnt in der Kommune

Erfolgreiche Integration entscheidet sich vor Ort – in den Städten und Gemeinden. Migrantinnen und Migranten leben seit Jahrzehnten in Kommunen und gestalten diese erfolgreich mit.

Dafür gibt es zahlreiche positive Beispiele. Ein besonders erfolgreicher Beitrag zur sozialen Integration war das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“. Die jüngsten massiven Kürzungen treffen vor allem die Stadtteile und Wohnbezirke mit den größten Integrationsproblemen, wir werden daher hier gegensteuern.

Sozialen Wohnungsbau und Beratungsstellen ausbauen

Bayern muss den sozialen Wohnungsbau fördern. In den kommenden Jahrzehnten ziehen immer mehr Menschen in die zentralen Regionen um Nürnberg, Augsburg und München. Migrantinnen und Migranten brauchen Unterstützung im Alltag. Sie brauchen Informationen zur Rente und zur Sozialhilfe, zur Pflegeversicherung und zur Gesundheitsvorsorge. Professionell lässt sich so eine Beratung nur mit mehrsprachigen Beraterinnen und Beratern leisten, die selbst einen Migrationshintergrund haben.

Wahlrecht und Integrationsbeauftragter

Die erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund muss ein Schwerpunkt kommunaler Arbeit sein. Wer mitbestimmen darf, fühlt sich der Gemeinschaft verbunden. Auch Migrantinnen und Migranten gehören in die Kommunalpolitik. EU-Ausländerinnen und –Ausländer haben das kommunale Wahlrecht. Menschen, die nicht aus einem EU-Land kommen, sollten ebenfalls auf allen kommunalen Ebenen wählen und für diese Funktionen auch gewählt werden dürfen. In sämtlichen Gremien auf Landesebene, zum Beispiel in den Rundfunk- und den Medienrat und in den Landesschulbeirat, werden wir stimmberechtigte Migrantinnen und Migranten berufen. Ein Landesbeirat für Integrationsfragen soll den Landtag und die Staatsregierung beraten. Wir werden einen unabhängigen Integrationsbeauftragten für Bayern ähnlich dem Datenschutzbeauftragten installieren, der den Bayerischen Landtag unabhängig berät. Behörden als Arbeitgeber werden sich für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen.

Gesundheitsversorgung als Grundrecht für alle

Das medizinische Versorgungsrecht hat sich bisher noch nicht ausreichend auf die stetig wachsende Zahl von Migrantinnen und Migranten eingestellt. Menschen aus anderen Kulturkreisen ist das deutsche System oft nicht vertraut. Sprachprobleme kommen hinzu. In Sozial- und Gesundheitsberufen müssen daher deutlich mehr Migrantinnen und Migranten arbeiten. Das Personal für Krankenhäuser und Pflegeheime braucht interkulturelle Kompetenzen, da immer mehr Migrantinnen und Migranten in Deutschland älter werden. Zwingend notwendig sind mehrsprachige

Informationsmaterialien. Krankenkassen sollten Migrantinnen und Migranten auch gezielt ansprechen, um sie auf Vorsorge- und Präventionsprogramme hinzuweisen. Über migrationsspezifische Bedürfnisse ist auch zu wenig im Gesundheitssystem bekannt. Die Qualität von speziellen Versorgungsangeboten für Migrantinnen und Migranten muss 4945 auf den neuesten wissenschaftlichen Stand gebracht werden.

Für Asylbewerberinnen und Asylbewerber fordern wir eine medizinische Versorgung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. Die bisherige Praxis der ausnahmsweisen medizinischen Notfallversorgung verletzt den Gleichheitssatz des Grundgesetzes massiv 4950 und muss aufgegeben werden. Jeder Mensch mit gesundheitlichen Problemen muss in Deutschland Zugang zu schneller und unbürokratischer medizinischer Versorgung haben.

Religion im Dialog schafft Vertrauen

4955 Der interkulturelle und religiöse Dialog über Werte und Grundsätze kann Brücken bauen und für gegenseitiges Verstehen sorgen. Im Religions- und Islamunterricht lernen Kinder und Jugendliche verschiedene Religionen und Weltanschauungen kennen. Muslimische Kinder werden künftig islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache durch in Deutschland ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer erhalten.

4960

Der Ethik-Unterricht an den Schulen hat die Aufgabe, das wechselseitige Verständnis für unterschiedliche Lebensformen und Werte zu fördern. Er wird daher von uns auch im Hinblick auf den interreligiösen Dialog aufgewertet.

4965

4970

Inklusion: „Nichts über uns ohne uns“

Wir sagen ganz klar: Niemand darf wegen einer körperlichen, sensorischen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung oder Behinderung, wegen seines Geschlechtes, seiner 4975 ethnischen Herkunft oder seiner kulturellen oder religiösen Identität von der gleichberechtigten, selbstständigen und selbstbestimmten Teilhabe am Leben der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Das verlangt die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die seit März 2009 in Deutschland verbindliches Recht ist. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fühlen uns den Zielen dieser Konvention 4980 verpflichtet – ohne wenn und aber.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... Barrieren im öffentlichen Verkehr, im Wohnraum, am Arbeitsplatz, in Kultur- und 4985 Freizeiteinrichtungen Schritt für Schritt beseitigen.

... den Ausbau inklusiver Bildungseinrichtungen von der Kinderkrippe bis zur beruflichen Aus- und Weiterbildung voranbringen.

4990... für sonderpädagogisch ausreichend qualifiziertes Personal sorgen. Denn nur so kann

individuelle Förderung gewährleistet werden.

... den Ausbau der inklusiven Hochschule für alle und die berufliche Ausbildung und Eingliederung stärker fördern.

4995

... neue Berufsbilder schaffen und anerkennen und die beschützenden Werkstätten erhalten.

5000 ... eine barrierefreie Kommunikation, die Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben aller Menschen ermöglichen und sich für eine Gesellschaft der Gemeinsamkeit und ohne Berührungängste einsetzen.

Inklusive Gesellschaft gestalten – „Nichts über uns ohne uns“

5005 Es ist normal, verschieden zu sein. Eine moderne Gesellschaft ist gekennzeichnet durch die Vielfalt ihrer Mitglieder. Wir wollen alles dafür tun, dass die gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um diese Vielfalt zu ermöglichen. Eine große Herausforderung für jede Landesregierung ist die Umsetzung des Artikels 24 der UN- Behindertenrechtskonvention. Gefordert wird dort, künftig inklusive 5010 Bildungseinrichtungen vorzuhalten. Seit über 40 Jahren werden in Bayern Kinder und Jugendliche mit Behinderung in speziellen Einrichtungen gefördert. Viele Eltern schätzen diese Förderorte für ihre Kinder. Wichtig ist, dass die Eltern für ihre Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen ein echtes Wahlrecht bekommen. Die Förderzentren bedeuten oft aber auch, dass Kinder ihr soziales Umfeld verlassen und weite Fahrwege 5015 auf sich nehmen müssen. Förderzentren sollten zukünftig als Kompetenzzentren dienen, die Eltern, Pädagogen und BeraterInnen für berufliche Themen in ihrer Arbeit unterstützen, sie sollen nicht mehr als Bildungseinrichtung die Regel sein.

5020

Inklusive Bildungseinrichtungen

Im frühkindlichen Bereich finden sich bereits gute Ansätze, die wir weiter ausbauen werden. Die inklusive Bildung stützt Kinder beim Entwickeln einer eigenen Persönlichkeit 5025 innerhalb einer Altersgruppe. Sie gelingt in den Kindertagesstätten allerdings nur, wenn gut ausgebildetes pädagogisches Personal in ausreichender Zahl vorhanden ist. Verlässliche Strukturen sorgen für ein spielerisches und soziales Lernen mit allen Sinnen unter dem Leitbild der individuellen Förderung. Basis hierbei sind fachlich qualifizierte, individuell abgestimmte Förder- und Therapieangebote. Diese Entwicklungsphase, in der 5030 die Persönlichkeit eines Menschen maßgeblich geprägt wird, kann Berührungängste zwischen Kindern mit und ohne Behinderung abbauen.

Schulen fit machen für Inklusion

5035 Die allgemeinen Schulen fit für die Inklusion zu machen, wird eine große Kraftanstrengung, ein gewaltiges Umdenken und auch den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel erfordern. Insbesondere müssen die Ausbildungskapazitäten für diese Berufe erhöht werden. Die Klassengrößen müssen angemessen sein, daher muss der Klassenteiler herabgesetzt werden. Die Lehrkräfte der allgemeinen Schulen müssen im 5040 täglichen Unterricht professionelle Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen aus

den Förderschulen, aber auch durch weiteres pädagogisches Personal wie Sozial- und Heilpädagogen oder Förderlehrkräfte bekommen. Dieses zusätzliche pädagogische Personal ist Teil des Stellenplans des Kultusministeriums, so dass die Kosten nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Oft ist es angebracht, Tandemlösungen zu realisieren.
5045 Über deren Notwendigkeit entscheidet die Schule vor Ort.

Rücksicht auf jedes Kind nehmen

Die inklusive Schule ist eine Schule mit einem Unterricht, der Rücksicht auf die Talente
5050 und Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes nimmt, den Kindern Mut macht und ihnen Selbstvertrauen vermittelt. Der Grundsatz muss heißen: Die Schule passt sich dem Kind an, nicht das Kind der Schule! Basis für die notwendige individuelle Förderung wie auch für individuelle Leistungsbewertung sind gut ausgebildete Lehrkräfte. Sie müssen künftig entsprechend an den Hochschulen ausgebildet werden bzw. müssen qualifizierte
5055 Fortbildungsangebote erhalten, so dass sie den jeweiligen Förderbedarf feststellen und entsprechende Förderpläne erstellen können. Damit sich das pädagogische Personal entsprechend koordinieren kann, müssen ausreichende Zeitressourcen zur Verfügung gestellt werden.

5060 Inklusion auch in der Berufswelt

Inklusion darf am Ende der Schulausbildung aber nicht aufhören. Der Weg in die Berufswelt, aber auch eine Hochschule für alle müssen inklusiv gestaltet werden. Dazu braucht es Mut, auch neue Wege zu suchen und zu beschreiten. Wir haben diesen Mut
5065 und den politischen Willen, dies auch umzusetzen.

Die berufliche Ausbildung hat zum Ziel, den jungen Menschen Perspektiven für ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben zu geben. Deswegen werden wir möglichst vielen Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen einen anerkannten Abschluss
5070 ermöglichen und dabei den Erwerb von Grundfertigkeiten fördern. Damit die berufliche Ausbildung den Weg der Inklusion mit beschreitet, braucht sie förderpädagogische und sozialpädagogische Unterstützung, speziell geschulte AusbilderInnen, spezielle Arbeitsplätze, technische Ausstattung und persönliche Assistenz, die der Behinderung entsprechen. Ziel muss es sein, dass jedem Menschen der Zugang in die reguläre
5075 Erwerbsarbeit ermöglicht wird. Eine Behinderung darf hier keinen Nachteil darstellen.

Die inklusive Hochschule

Die inklusive Hochschule und Forschung ermöglichen den Studierenden mit Behinderung
5080 die normale Teilnahme am Lerngeschehen. Die Gebäude müssen barrierefreie Zugänge haben und bei Bedarf spezielle Unterstützungssysteme bereit halten. Wir werden darüber hinaus Lehrstühle für inklusive Forschung einrichten und Hochschulen so handlungsstark machen, dass sie in Einzelfällen spezifische personelle und oder technische Assistenzkräfte einsetzen, um inklusives Studieren zu ermöglichen.

5085

Das Ziel: ein selbständiges und unabhängiges Leben

Die inklusive berufliche Aus- und Weiterbildung sowie das lebensbegleitende Lernen legen die Grundlage für ein selbstständiges und unabhängiges Leben und ermöglichen
5090 somit eine anerkannte berufliche Qualifikation. Bei vielen Menschen tritt der Grad einer

Behinderung erst im Laufe ihres Erwerbslebens ein. Für diese bereits berufstätigen Menschen sind vor allem eine qualifizierte Umschulung sowie das Schaffen und die Anerkennung neuer Berufsbilder wie beispielsweise die Assistenz für Inklusion an Schulen erforderlich.

5095

Da nur anerkannte Berufsbilder förderfähig sind, sehen wir eine Zertifizierung neuer Berufe als wichtige Eingliederungshilfe in den Arbeitsmarkt an. So kann beispielsweise eine blinde Frau sich zur Medizinischen Tastuntersucherin ausbilden lassen und ihren guten Tastsinn für die Früherkennung von Brustkrebs nutzen. Hier sehen wir es als unerlässlich an, dass die Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit der Wirtschaft und den Betroffenen verbessert wird. Eine professionelle Beratung für die Unternehmen wie auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird daher aufgebaut. Zusätzlich werden wir aber nicht auf die Anerkennung und finanzielle Absicherung der beschützenden Werkstätten durch die Agentur für Arbeit bzw. die ARGE/Optionsmodell verzichten.

5100

5105 **Barrierefreiheit – auch in den Köpfen**

Barrieren verhindern Zugänge und schaffen somit Ausgrenzung. Größer als die tatsächlich wahrnehmbaren Barrieren und Hindernisse sind für Menschen mit Behinderungen oftmals die Barrieren in den Köpfen ihrer Mitmenschen. Mangelnde Achtung und Aufmerksamkeit schränken das gemeinsame Miteinander ein. Eine inklusive Gesellschaft überwindet diese Grenzen und steht für grenzenlose Teilhabe. Daran wollen wir arbeiten.

5115 **Barrierefreie Mobilität umsetzen**

Menschen mit Behinderungen sehen sich täglich in allen Lebensbereichen, in der eigenen Wohnung, im öffentlichen Verkehrsraum, beim Einkaufen, im Öffentlichen Personenverkehr, beim Zugang zu öffentlichen Gebäuden, bei der Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie, bei der gleichberechtigten Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben Barrieren gegenüber. Um barrierefreie Mobilität tatsächlich umzusetzen, brauchen wir

... öffentliche Verkehrsräume (Verkehrsmittel, Straßen, Plätze, Grünanlagen, öffentliche Gebäude und Einrichtungen sowie im gewerbliche Gebäude usw.) ohne Hindernisse.

... die Berücksichtigung des relevanten Regelwerks(DIN 18040) beim privaten und öffentlichen Wohnraum, bei Neubauten wie bei Sanierungsmaßnahmen.

5130 ... entsprechende Hilfsmittel, die zeitnah und überall dort, wo sie gebraucht werden, in Anspruch genommen werden können.

... Angebote, die auch Menschen mit Behinderungen das Reisen und den Zugang zum Kultur-, Sport- und Freizeitbereich problemlos ermöglichen.

5135

Barrierefreie Information und Kommunikation

Barrierefreie Information und Kommunikation ist unserem Verständnis nach der Zugang und die Nutzbarkeit der Neuen Medien, Internet, Handy, soziale Netzwerke usw. für alle (universales Design). Damit dies nicht Menschen mit geistigen, Sinnes- oder körperlichen

Beeinträchtigungen verwehrt bleibt, müssen wir Informationen auch in leichter Sprache und Gebärdensprache für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen anbieten. Auch müssen wir endlich Strukturen und Angebote für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben der Gesellschaft – beispielsweise
5145 durch ein Beratungsnetzwerk – schaffen. Grundlage hierfür ist es, in allen Bereichen einen einfachen und unbürokratischen Zugang zu modernen technischen Hilfsmitteln sicherzustellen.

Teilhabe statt Ausgrenzung – eine Chance für unsere Gesellschaft

5150 Trotz bestehender rechtlicher Regelungen erleben Menschen mit Behinderung Ausgrenzungen und Diskriminierungen im öffentlichen Verkehrsraum, im Wohnbereich, bei der Kommunikation, bei Banken und Versicherungen und im kulturellen und politischen Leben. Diese Hürden trennen diese Menschen – oftmals von den nicht
5155 Betroffenen unbemerkt – von einem inklusiven Gesellschaftsverständnis und schaffen Teilung statt Teilhabe.

Ein Bayern aller Talente schaffen

5160 Eine zukunftsorientierte Gesellschaft kann es sich aber nicht leisten, die Talente und Potenziale seiner Mitglieder zu vernachlässigen. Jeder Mensch gestaltet in seiner Einzigartigkeit, mit seinen Handicaps und Beeinträchtigungen, aber eben auch mit seinen Begabungen aktiv die Gesellschaft mit. Chancen zu aktiver Teilhabe für jeden einzelnen zu schaffen heißt für uns, eine neue Chance für unsere Gesellschaft im Ganzen zu
5165 schaffen. Wir müssen in allen Bereichen der Gesellschaft Berührungspunkte durch gemeinsame Arbeit, Erlebnisse und Aktivitäten abbauen. Nur so gestalten wir ein gemeinsames Bayern aller Talente.

Ein zentraler Partner auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft sind dabei die Kommunen
5170 mit ihren vielfältigen Aufgaben in der Daseinsvorsorge. Dabei werden wir die Kommunen aktiv unterstützen und auch finanziell nicht im Regen stehen lassen. Den Grundsatz der Konnexität bei der Übertragung neuer Aufgaben durch den Freistaat nehmen wir auch hier ernst.

5175 Wir wollen weg von der Fürsorge und hin zur Inklusion und gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe. Wir streben ein modernes Bundesleistungsgesetz an, mit dem wir ohne Verschlechterung der Leistungen einen Anspruch zum Ausgleich von Nachteilen erreichen wollen und das die Eingliederungshilfe ablöst. Finanzielle Leistungen müssen dabei unabhängig von Einkommen und Vermögen sein. Durch diese
5180 Teilentlastung sollen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum erhalten, konkrete Inklusion und Teilhabe vor Ort voranzutreiben.

Aufklärung verbessern

5185 Der erste Schritt zu einer inklusiven Gesellschaft ist die Aufklärung und Mobilisierung aller Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen für Verständnis und Beteiligung werben, um anschließend in einem klaren, bayrischen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention die Weichen für die Zukunft zu stellen. In einer inklusiven Zukunft wird es Möglichkeiten für alle Menschen geben, mit eigener Stimme zu sprechen
5190 und eigene Entscheidungen zu treffen. Jeder wird alle Chancen und Möglichkeiten haben,

entsprechend den eigenen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen, um für sich selbst zu sorgen und selbstständig und selbstbestimmt über die eigene Lebensgestaltung zu entscheiden.

5195 Frauen mit Behinderungen besonders unterstützen

Frauen mit Behinderungen sehen sich nicht selten auch hierzulande mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt: sei es bei der beruflichen Eingliederung, sei es im privaten oder öffentlichen Bereich. Sie bei der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte zu unterstützen sieht die SPD als eine besondere gesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung an.

5205

5210

5215

5220

5225

5230

5235

5240

Mensch und Gesellschaft

Innen- und Rechtspolitik, Rechtsextremismus: Auf eine starke Verfassung aufbauen

5245

Die Bayerische Verfassung von 1946 beschreibt eine freiheitliche Wertordnung und ist Maßstab für unsere Innen- und Rechtspolitik. Bei allem was wir tun und fordern geht es darum, Sicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig die Freiheitsrechte zu schützen. Wir wollen keinen Überwachungsstaat, der zum Zwecke der Prävention Freiheiten

5250 einschränkt.

Vielmehr vertrauen wir den Menschen und wollen die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte auch in Planungs- und Verwaltungsverfahren ausbauen sowie Politik und ihre Entscheidungen transparenter machen. Und schließlich: Der Kampf gegen

5255 Rechtsextremismus wird bei uns zur Chefsache. Das garantieren wir.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... die freiheitliche Bayerische Verfassung endlich umsetzen und behutsam

5260 fortentwickeln.

... die Justiz und den Rechtsstaat stärken statt schwächen.

... den Justizvollzug personell so ausstatten, dass Resozialisierung gelingen kann.

5265

... den Menschen Vertrauen und daher Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte ausbauen.

... die Sicherheit erhöhen und trotzdem die Freiheitsrechte schützen.

5270

... den Kampf gegen Rechtsextremismus verstärken

Bayerische Verfassung: Richtschnur unserer Arbeit

5275 Wir sind stolz auf die maßgeblich von Wilhelm Hoegner geschaffene Bayerische Verfassung von 1946. Für uns sind die Buchstaben dieser Verfassung Leitlinien unserer Politik. Daher wird eine SPD-geführte Staatsregierung endlich auch all das in konkrete Politik umsetzen, was dort geschrieben steht. Unsere Bayerische Verfassung sieht beispielsweise gesetzliche Mindestlöhne vor (Artikel 169), gleichen Lohn für Frauen und

5280 Männer (Artikel 168) und die Förderung des Baus günstiger Wohnungen (Artikel 106). All das und noch vieles mehr ist uns Verpflichtung und Richtschnur zugleich.

Verfassung fortentwickeln

5285 Unsere Bayerische Verfassung ist schon über 60 Jahre alt und sollte daher an einigen Stellen unter Wahrung ihres freiheitlichen Grundtenors fortentwickelt werden. Wir haben im Landtag dafür gesorgt, dass sie 1998 und 2003 modernisiert und weiterentwickelt wurde. Und wir wollen diese Modernisierung der Verfassung weiter vorantreiben, in dem wir das Ziel der Integration, die Lernmittelfreiheit und das Recht auf kostenlose

5290 Kindertagesstätten endlich in der Verfassung verankern. Ebenso werden wir die Pflicht

des Staates festschreiben, für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu sorgen.

Volksentscheid zur Verfassungsreform unterstützen

5295

Wir unterstützen daher auch den zeitgleich mit der Landtagswahl 2013 stattfindenden Volksentscheid, der eine „Schuldenbremse“, den Anspruch der Kommunen auf eine ausreichende Finanzausstattung, die Verpflichtung des Staates, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen, das Ehrenamt zu stärken und die Rechte des Landtags bei 5300 Entscheidungen zu europapolitischen Fragen im Bundesrat auszuweiten, in die Verfassung aufnehmen will.

Parlament stärken, öffentliche Petitionen ermöglichen

5305 Auch werden wir die Rechte des Parlaments gegenüber der Staatsregierung stärken. Dies betrifft insbesondere das Abstimmungsverhalten Bayerns bei Entscheidungen im Bundesrat. Und wir wollen endlich – wie längst in vielen anderen Bundesländern üblich – auch in Bayern sogenannte öffentliche Petitionen ermöglichen.

5310 Insgesamt ist es im Petitionswesen unser Ziel, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und besonders dafür zu sorgen, dass die Bearbeitungsdauer von bislang mindestens drei Monaten halbiert wird. Das Petitionsgesetz wird zu diesem Zweck schnellstmöglich und grundlegend überarbeitet.

5315 Unabhängige, leistungsfähige Justiz stärken

Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind der Maßstab sozialdemokratischer Rechts- und Innenpolitik. Rechtsstaatlichkeit bedeutet für uns die unbedingte Achtung der Menschen- und BürgerInnenrechte durch alle Staatsgewalten, die Gewährleistung einer 5320 unabhängigen und leistungsfähigen Justiz und ihre Erreichbarkeit für alle Menschen.

Gerichtsstandorte erhalten, Personal aufstocken

Eine unabhängig, schnell, qualifiziert und bürgernah arbeitende Justiz ist 5325 Wesensmerkmal eines freiheitlichen Rechtsstaates – darüber hinaus auch ein wichtiger Standortfaktor. Wir werden daher nicht nur alle Gerichtsstandorte in Bayern erhalten, sondern diese Gebäude auch mit Leben füllen, indem wir ausreichende Stellen für Richter, Staatsanwälte, RechtspflegerInnen und nichtrichterliche MitarbeiterInnen an den Gerichten und Staatsanwaltschaften schaffen. Nur so können künftig mehr 5330 Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen zeitnaher als bisher entschieden werden.

Privatisierungen verhindern, Absprachen minimieren

Die Übertragung von Aufgaben der Justiz aufs Private – vom Nachlassgericht bis zur 5335 Zwangsvollstreckung – werden wir nicht zulassen. Absprachen in Strafverfahren müssen die Ausnahme bleiben und dürfen nicht wegen der Überlastung der Justiz in umfangreichen Strafsachen zur Regel werden. Wichtiger als Absprachen ist die Wahrheitsfindung.

5340

Mediationen und Hilfen ausbauen statt streichen

Wir unterstützen Maßnahmen zur freiwilligen außergerichtlichen Streitschlichtung und
5345 Mediation, wenden uns aber gegen Bestrebungen, Rechtsmittel abzubauen und den
Zugang zu unabhängigen Gerichten durch Einschränkungen bei der Beratungs-, Prozess-
und Verfahrenskostenhilfe zu erschweren.

Selbstverwaltung stärken

5350

Wir halten an der Selbstständigkeit der verschiedenen Fachgerichtsbarkeiten fest und
werden die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Richter- und Staatsanwälte
stärken. Wir werden Richterwahlausschüsse schaffen und die Wahl der Mitglieder des
Verfassungsgerichtshofs durch Zweidrittelmehrheit des Landtags einführen. Ebenso
5355 unterstützen wir die längst überfälligen Schritte in Richtung Selbstverwaltung der Justiz.

Mehr Therapieangebote, bessere Resozialisierung

Der Strafvollzug ist nicht nur Teil der inneren Sicherheit, er muss sich vor allem auch
5360 daran messen lassen, ob die Resozialisierung gelingt. Die nach der Föderalismusreform
neu geschaffenen bayerischen Gesetze für den Strafvollzug und den Vollzug der
Untersuchungshaft greifen zwar unsere jahrzehntelang erhobenen Forderungen nach
mehr Therapieangeboten auf, genügen aber nicht den Anforderungen an einen
modernen Strafvollzug. Wir werden daher mehr Angebote zur Haftvermeidung und zur
5365 Verbesserung der Therapieangebote schaffen.

Sicherungsverwahrung reformieren

Die Sicherungsverwahrung wird von einer SPD-geführten Staatsregierung unter strikter
5370 Beachtung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und
des Bundesverfassungsgerichts neu organisiert und auf hochgefährliche Straftäter
beschränkt.

Opferschutz verbessern

5375

Wir sind uns sicher: Kriminalprävention und Resozialisierung sind der beste Opferschutz.
Wer aber trotzdem zum Opfer eines Verbrechens wurde, benötigt mehr Hilfen als bisher.
Wir werden daher mehr Opferberatungsstellen schaffen und die bestehenden
Opferhilfeorganisationen stärker bei ihrer Arbeit unterstützen und nicht alleine lassen.

5380

Gefängnisse besser ausstatten

Der Strafvollzug in Bayern ist eklatant unterbesetzt. Das werden wir so schnell wie
möglich beheben und die teilweise noch katastrophale Unterbringungssituation in
5385 bayerischen Justizvollzugsanstalten durch bauliche Maßnahmen verbessern.

Mehr Demokratie und Transparenz

Die BayernSPD steht für eine lebendige Demokratie auf allen Ebenen, von den Gemeinden
5390 bis zum Staat, von den Schulen und Hochschulen bis in die Betriebe, Unternehmen und

Verwaltungen. Volksbegehren und Volksentscheide sind eine sozialdemokratische Erfindung. Sie sind seit 1946 in der Bayerischen Verfassung verankert und haben sich bewährt. Wir haben dazu beigetragen, dass auf kommunaler Ebene zusätzlich BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheide eingeführt worden sind.

5395

Volksbegehren erleichtern

In dieser Tradition wird eine SPD-geführte Staatsregierung die Hürden zur Einleitung von Volksbegehren – zum Beispiel durch die Verlängerung der Eintragsfrist und die
5400 Erleichterung der Eintragung jenseits des Hauptwohnsitzes – abbauen und die Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Volksentscheiden durch eine Änderung des Artikels 73 der Bayerischen Verfassung ausweiten. Auch werden wir die Bindungsfristen von BürgerInnenentscheiden verlängert werden. Wir werden uns auch im Bundesrat dafür stark machen, dass endlich auch auf Bundesebene Volksbegehren und
5405 Volksentscheide – nicht nur zu Fragen der europäischen Integration – ermöglicht werden.

BürgerInnenbeteiligung bei Infrastrukturprojekten verbessern

Direkte Demokratie beginnt nicht erst bei BürgerInnenbegehren und Volksbegehren. Wir
5410 wollen die Entscheidung für oder gegen große Infrastrukturprojekte und über deren mögliche Alternativen von Anfang an transparent gestalten und die Bürgerinnen und Bürger, auch durch das Internet, frühzeitig an Planungsprozessen beteiligen. Wir wissen: Mehr Beteiligung führt nicht zu längeren Genehmigungsverfahren, sondern beschleunigen diese vielmehr, indem sie die Akzeptanz für die Maßnahmen deutlich
5415 erhöhen. Die Rechtsschutzmöglichkeiten der direkt betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Naturschutz- und Umweltverbände dürfen hierbei nicht geschmälert, sondern müssen ausgebaut werden.

Verwaltungen transparenter machen

5420

Die Verwaltungen – ob in den Gemeinden oder auf Länderebene – müssen offener werden, die Bürgerinnen und Bürger brauchen einen freieren Zugang zu Informationen. Nur so schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen für die Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger. Nur wer informiert ist, kann sich in einer
5425 modernen und lebendigen Demokratie auch wirklich einbringen. Wir werden daher dafür Sorge tragen, dass in den bayerischen Kommunen – unter Beachtung datenschutz- und persönlichkeitsrechtlicher Vorschriften – Informationsfreiheitsgesetze beschlossen werden, und dass auf Landesebene endlich ein Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet wird, wie wir es längst schon vorgeschlagen
5430 haben. Im Bereich der Justiz treten wir für die Schaffung einer frei zugänglichen Rechtsprechungsdatenbank ein.

BürgerInnen gegenüber Verwaltungen stärken

5435 Durch die fast gänzliche Abschaffung des Widerspruchsverfahrens zur Überprüfung von Verwaltungsakten sind die Rechtsschutzmöglichkeiten verkürzt worden. Wir werden diese Verschlechterung auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger wieder rückgängig machen und setzen uns vielmehr dafür ein, dass in den wichtigsten Rechtsbereichen Verwaltungsentscheidungen wieder mittels Widerspruch und nicht nur durch Klage zum
5440 Verwaltungsgericht überprüft werden können.

Versammlungsrecht verbessern

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist ein Pfeiler der Demokratie. Wir haben
5445 deshalb mit vielen Anderen gemeinsam gegen Einschränkungen der
Versammlungsfreiheit durch ein eigenes bayerisches Versammlungsgesetz gekämpft und
vor dem Bundesverfassungsgericht erreicht, dass die schlimmsten Schikanen des
Bayerischen Versammlungsgesetzes für verfassungswidrig erklärt worden sind. Wir
werden die Ausübung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit erleichtern und dafür
5450 Sorge tragen, dass niemand durch ausufernde Beobachtung durch Polizei und
Verfassungsschutz davon abgehalten wird, an einer Versammlung teilzunehmen. Für
kleine und regelmäßig stattfindende Versammlungen werden wir die Reglementierungen
abbauen.

5455 Freiheit und Sicherheit stärken

Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Für uns
Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzt Freiheit aber auch soziale Gerechtigkeit
voraus. Sozialdemokratische Innen- und Sicherheitspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass
5460 sie die beiden Pole Freiheit und Sicherheit möglichst in eine stetige Balance bringt. Jede
Einschränkung der persönlichen Freiheit bedarf der Rechtfertigung und muss streng auf
Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit geprüft werden.

Keine Einschränkung von Grundrechten

5465

Bei Video-Beobachtung, Kennzeichen-Scanning, Telekommunikations- und
Wohnraumüberwachung, Online-Durchsuchung und Quellen-
Telekommunikationsüberwachung kommt es nicht nur darauf an, dass jede einzelne
Befugnis für sich genommen im Einzelfall sinnvoll und notwendig ist, sondern auch
5470 darauf, dass es in der Zusammenschau sämtlicher Maßnahmen zu keiner vermeidbaren
Einschränkung von Grundrechten kommt.

Augenmaß bei Verbrechensbekämpfung

5475 Ein wichtiges Ziel ist es, Kriminalität in allen ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen
und Gefahren für die Sicherheit des Einzelnen abzuwehren sowie allen hier lebenden
Menschen ein Höchstmaß an Sicherheit zu bieten. Aber wir treten dabei gleichzeitig für
Vernunft und Augenmaß und die strikte Beachtung des Grundsatzes der
Verhältnismäßigkeit ein.

5480

Polizei stärken, Sicherheit erhöhen

Wir wollen, dass Bayern, trotz der missglückten Organisationsreform der Polizei, das
sicherste Bundesland und der Polizeiberuf attraktiv bleibt. Wir werden daher dafür
5485 sorgen, dass die Polizei nicht nur in Amtsstuben, sondern auch auf der Straße präsent ist.
Dafür braucht es eine angemessene Ausstattung mit Personal und Technik. Die stetige
Zunahme privater Sicherheitsdienste sehen wir ebenso mit Sorge wie den verstärkten
Einsatz so genannter Sicherheitswachten.

5490

Beamte mit Gesicht

Zu einer bürgernahen Polizei gehört, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern nicht anonym gegenübertritt. Wir werden daher auch im Interesse des Ansehens der Polizei dafür sorgen, dass Polizeibeamte beim Einsatz in geschlossenen Verbänden durch geeignete Kennzeichen identifizierbar sind.

Kampf gegen Rechtsextremismus

5500

Rechtsextremismus ist auch in Bayern weiter verbreitet, als dies die Staatsregierung wahrhaben will. Nicht erst die Erkenntnisse im Zusammenhang mit den Mordanschlägen der NSU-Terroristen haben gezeigt, dass das Ausmaß und die Gewaltbereitschaft von Rechtsextremisten in den letzten Jahrzehnten sträflich unterschätzt wurden.

5505

Der Kampf gegen Rechtsextremisten muss Teil der Erziehung in den Familien und Schulen werden und in den Vereinen, in den Hochschulen, am Arbeitsplatz und in den Medien fortgesetzt werden. Wir treten für ein personell und finanziell gut ausgestattetes Landesprogramm zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements und der politischen Bildung gegen Rechtsextremismus ein und lehnen die vom Bund vorgegebene Extremismusklausel ab. Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus werden wir in der Staatskanzlei eine eigene Stabsstelle sowie ein personell und finanziell gut ausgestattetes Landesprogramm zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements und der politischen Bildung gegen Rechtsextremismus schaffen.

5515

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat im Bereich der Beobachtung und Bekämpfung des Rechtsextremismus versagt. Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern hat erhebliche Zweifel an der Reformierbarkeit und den Möglichkeiten zur demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrolle der Inlandsgeheimdienste aufkommen lassen. Wir treten daher für eine klare Zäsur ein: Es ist Zeit den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form als Inlandsgeheimdienst abzuschaffen. Die Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes, dem bereits jetzt ein umfangreiches nachrichtendienstliches Instrumentarium zur Verfügung steht, muss auf den Bereich der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr beschränkt bleiben. Die bisherige Praxis des Einsatzes von V-Leuten wollen wir eindämmen und einer strikten rechtsstaatlichen Kontrolle unterwerfen. Zur wissenschaftlichen Untersuchung autoritärer Einstellungen und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bayern sowie der Entwicklung rechtsextremistischer Organisationen, Parteien und Aktivitäten werden wir ein unabhängiges „Demokratie-Institut“ einrichten. Die historischen Wurzeln des Landesamtes für Verfassungsschutz und seine Tätigkeit in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik müssen endlich aufgearbeitet werden. Hierfür werden wir eine unabhängige wissenschaftliche Kommission einsetzen, die umfassenden Zugang zu den Akten erhält. Die Beobachtung von a.i.d.a., der VVN-BdA und sonstigen nachgewiesenen demokratischer und auf dem Boden des Grundgesetzes stehender Organisationen durch die bayerischen Sicherheitsbehörden werden wir beenden.

Wir unterstützen ein neues NPD-Verbotsverfahren und wollen alle vereinsrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um rechtsextremistische Vereinigungen und Netzwerke zu verbieten.

5540

Digitale Gesellschaftspolitik: Gesellschaft im Wandel

Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel: Neue Kommunikationsmethoden wie
5545 mobile Telefonie oder das Internet haben diese Umbruchsituation ausgelöst und
mittlerweile lassen sich in breiten Teilen der Gesellschaft Veränderungen in der direkten
Lebensrealität beobachten. Uns als BayernSPD geht es daher nicht um ein Spartenthema
„Netzpolitik“, sondern um eine breiter angelegte Strategie einer digitalen
Gesellschaftspolitik. Die digitale Dynamik wirkt auf alle Lebensbereiche und betrifft jede
5550 und jeden. Niemand kann sich diesem Wandel entziehen.

Nur wenn wir die richtigen politischen Entscheidungen treffen, können wir die Chancen
dieses Wandels nutzen: Wir wollen die Teilhabe aller an diesen Chancen. Wir wollen mehr
Barrierefreiheit. Wir wollen Transparenz in den politischen Strukturen und der
5555 Entscheidungsfindung. Und wir wollen, dass die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern
durch die neuen technischen Möglichkeiten nicht verringert, sondern gestärkt werden.
Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben seit fast 150 Jahren für Freiheit,
Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft. Das werden wir auch in Zukunft tun: in der realen
und auch in der virtuellen Welt.

5560

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... dem Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten höchste Priorität einräumen.

5565 ... den „Digital Divide“ verhindern, indem sie die Teilhabe aller an den neuen Medien
ermöglicht. Denn der Zugang zum Internet gehört für uns zur Daseinsvorsorge.

... die diskriminierungsfreie Datenübertragung und somit die Netzneutralität garantieren.

5570 ... durch „open government“ den digitalen Wandel auch in die Amtsstuben tragen und
dort für mehr Transparenz und Beteiligung sorgen. Wir werden mit dem
Informationsfreiheitsgesetz „mehr Demokratie wagen“.

... die Medienkompetenz von jungen Menschen stärken.

5575

... die digitale Lernmittelfreiheit und den freien Zugang zu wissenschaftlichen Texten im
Netz ermöglichen.

... das Prinzip „Löschen statt Sperren“ durchsetzen und Netzsperrern genauso ablehnen
5580 wie den Einsatz von „Staatstrojanern“ und Online-Durchsuchungen.

... die Debatte um ein modernes Urheberrecht fördern, indem sie einen fairen Ausgleich
zwischen den Beteiligten vorantreibt.

5585 ... die Kreativwirtschaft fördern und generell „Gute Arbeit“ auch im digitalen Zeitalter
umsetzen, auch im Bezug auf ArbeitnehmerInnendatenschutz.

...über das Internet als Universaldienst schnelles Internet als Breitbandversorgung auch
im ländlichen Raum sicherstellen.

5590

„Digital Divide“ verhindern, Netzneutralität garantieren

„Digital Divide“ nennt man die Kluft zwischen den Menschen, die die neuen
5595 Kommunikationsmethoden selbstverständlich nutzen und Menschen, die keinen Zugang
dazu haben. Diese Kluft verläuft durch die ganze Gesellschaft und lässt sich nicht nur an
Faktoren wie Alter, Geschlecht und soziale Herkunft ausmachen. Wir wollen eine Teilhabe
aller an den Neuen Medien und wenden uns gegen die drohende informationelle
Spaltung der Gesellschaft.

5600

Wir stehen zur diskriminierungsfreien Datenübertragung, für einen freien und gleichen
Zugang zum Internet mit dem Ziel der Netzneutralität. Das bedeutet, dass alle
Datenpakete unverändert und in gleicher Qualität verschickt werden. Denn dies sehen wir
als Schlüssel, um einen diskriminierungsfreien Zugang zum Internet und die Verbreitung
5605 von Informationen ohne unangemessene staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe
sicherzustellen.

Zugang zum Internet ist ein BürgerInnenrecht

5610 Der Zugang zum Internet ist aus unserer Sicht ein BürgerInnenrecht und muss somit
künftig Teil der staatlichen Daseinsvorsorge sein. Auch die Bereitstellung öffentlicher
WLAN-Hotspots an zentralen öffentlichen Plätzen zählt hierzu. Die BayernSPD setzt sich
gleichzeitig auf Bundesebene gegen die sogenannte Störerhaftung ein und ermöglicht
damit innovative Konzepte der mobilen Internetanbindung. Mehr hierzu haben wir im
5615 Kapitel „Infrastruktur“ dargelegt.

Als BayernSPD unterstützen wir die Bemühungen der BundesSPD, eine flächendeckende
und technologie neutrale Versorgung als Universaldienst zu einem bezahlbaren Preis
gesetzlich zu verankern.

5620

Infrastruktur: Bayerns „Digital Divide“

Ein großer Faktor zur Bewältigung der digitalen Kluft ist die Infrastruktur. Sie entscheidet,
wer mit welcher Geschwindigkeit die Neuen Medien nutzen kann – oder auch nicht. Hier
5625 ist insbesondere im Flächenland Bayern viel zu tun, das nach wie vor bundesweit
Schlusslicht ist. Wir wollen die Ziele der Digitalen Agenda der Europäischen Union
erfüllen. Für die BayernSPD ist der Festnetzausbau mit Glasfaserkabeln nach wie vor die
erste Priorität, wir vergessen aber auch nicht die Alternativen wie mobiles Internet über
Handynetz und den Mobilfunkstandard LTE. Die Versorgung über LTE kann eine gute
5630 Zwischenlösung für die bislang über Festnetz noch nicht erschlossenen Gebiete sein, sie
ist jedoch nicht endlos ausbaubar. Und auch in der Mobilfunkabdeckung hat Bayern noch
weiße Flecken. Die BayernSPD setzt sich daher für eine Versorgungsstudie ein, so dass
eine störungstolerante Abdeckung mit einem hohen Durchsatz in ganz Bayern ermöglicht
werden kann.

5635

Open Government: Mehr als e-government

Die BayernSPD wird den digitalen Wandel auch in die Verwaltung und die Regierung
bringen. Transparenz der Kommunal- und Staatsverwaltung und freier Zugang zu
5640 Informationen sind notwendige Voraussetzungen für die Meinungs- und Willensbildung

der Bürgerinnen und Bürger und die Partizipation in einer modernen und lebendigen Demokratie. Wir treten deshalb weiter dafür ein, dass in den bayerischen Kommunen unter Beachtung datenschutz- und persönlichkeitsrechtlicher Vorschriften Informationsfreiheitsatzungen beschlossen werden. Auf Landesebene werden wir
5645 endlich ein Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz verabschieden.

Es gibt bereits ausführliche Konzepte, wie Behördenvorgänge elektronisch abgebildet und unterstützt werden können. Die BayernSPD erkennt die Herausforderungen an, die digitale Verwaltungsprozesse darstellen und wird in Zusammenarbeit mit den
5650 Kommunen die Richtlinien für Open-Government weiterentwickeln. München ist hier einige große Schritte voran gegangen. Beispielsweise werden wir diskutieren, wie mehr Open Source-Software in den öffentlichen Verwaltung – wie etwa in München mit „LiMux“ – eingesetzt werden kann und ob es möglich ist, die Verwendung von „Creative Commons“-Lizenzen, bei öffentlichen Vergaben zu bevorzugen.

5655

Medienkompetenz ausbauen

Teilhabe in der digitalen Gesellschaft setzt Medienkompetenz voraus. Sie muss in allen Bildungseinrichtungen zukünftig noch stärker und gezielt vermittelt werden, um allen
5660 Generationen eine kompetente, aktive und kritische Nutzung zu ermöglichen. Ein Mehr an Medienkompetenz sowie gesicherter Daten- und Verbraucherschutz sind erforderlich, um sich für die Herausforderungen der Digitalisierung zu wappnen. Dies gilt für alle Altersgruppen.

5665 Um dies zu verwirklichen, werden wir Lehrkräfte in den Neuen Medien weiterbilden und in allen Schulformen der Medienerziehung mehr Raum geben. Wir werden die Kommunen bei der Ausstattung mit digitalen Medien unterstützen.

Auch nach der Schul- und Ausbildungszeit werden wir im Rahmen eines Bildungsurlaubs
5670 den Aufbau der Medienkompetenz lebenslang fördern. Zusätzlich werden wir die Einrichtung eines Rundes Tisches zur Medienkompetenzförderung anstreben, um ein „Gesamtkonzept Medienkompetenz“ für alle zu entwickeln, um die Situation in Bayern endlich zu verbessern. Die Ergebnisse der bereits an vielen Stellen erfolgreich durchgeführten medienpädagogischen Projekte müssen hier einfließen. Ziel ist, nicht
5675 weiter unübersichtliche Einzelprojekte zu fördern, sondern eine Institutionalisierung erfolgreicher Ansätze, beispielsweise durch feste Stellen.

Digitale Bildungspolitik, digitale Lernmittelfreiheit

5680 Neben der Förderung der Medienkompetenz gibt es in der Bildungspolitik zahlreiche weitere Ansatzpunkte digitaler Gesellschaftspolitik. Die BayernSPD will hier weiter denken. Gerade die Bildungseinrichtungen sind bereits sehr stark in der digitalen Welt angekommen.

5685 Eine SPD-geführte Staatsregierung wird eine Machbarkeitsstudie für digitale Lernmittelfreiheit (Open Educational Ressources) in Auftrag geben. Schulbücher werden aktuell staatlich finanziert und in absehbarer Zeit digitalisiert auch den Schulen zur Verfügung gestellt. Die BayernSPD lehnt einen „Schultrojaner“ oder ähnlichen Modellen entschieden ab, sondern wird Schulbuchinhalte für alle digital verfügbar machen.

5690

In Schulen prallen unterschiedlich medienaffine Generationen aufeinander. Hier müssen gezielt demokratische Diskussion zum digitalen Wandel angestoßen werden, zum Beispiel zum Handyverbot.

5695

Wissenschaft in der digitalen Welt

Die Wissenschaft ist ein Motor des digitalen Wandels. Wir schaffen daher ein Zweitverwertungsrecht für wissenschaftliche Autoren, die ihre Beiträge neben der
5700 Verlagspublikation zum Beispiel auf den Seiten der Hochschule zugänglich machen wollen. OpenAccess, also der freie Zugang zu wissenschaftlichen Texten im Netz, wird systematisch gefördert. Wir treten außerdem für eine Überprüfung der Bildungs- und Wissenschaftsschranken ein. Insbesondere die Intranet-Nutzung in Schulen und
5705 Schrankenbestimmung für die öffentliche Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung entfristen.

Freiheit versus Sicherheit

5710 Die BayernSPD sieht eine digitale Innenpolitik im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Uns ist klar: Wir wollen strafrechtlich relevante Taten auch im digitalen Bereich verfolgen. Allerdings kann man vielen Herausforderungen des digitalen Zeitalters nicht durch eine restriktive Strategie begegnen. Wir stehen für starke BürgerInnenrechte in der digitalen Welt. Der Schutz der Informations- und Kommunikationsfreiheit sowie
5715 das Recht auf informationelle Selbstbestimmung haben für uns auch in der digitalen Welt hohe Priorität und dürfen nicht ausgehebelt werden. In diesem Sinne stehen wir z. B. zum Prinzip „Löschen statt Sperren“ und lehnen Netzsperrern ab. Ebenso halten wir die von der EU-Richtlinie vorgegebene sechsmonatige verdachtslose Vorratsspeicherung aller Verbindungsdaten für unverhältnismäßig und lehnen diese ab. Gleichzeitig wenden wir
5720 uns gegen Online-Durchsuchungen im Freistaat und gegen den vom LKA verwendeten unsicheren „Staatstrojaner“.

Urheberrecht und Creative Commons

5725 Das Internet hat enorme Auswirkungen auf die Ordnung immaterieller Güter und stellt damit die gesamte Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen. Nutzerinnen und Nutzer sind heute Produzentinnen und Produzenten sowie Konsumentinnen und Konsumenten zugleich. Die BayernSPD wird die Debatte um ein modernes Urheberrecht fördern, indem sie einen fairen Ausgleich zwischen Beteiligten vorantreibt.

5730

Urheberrechte von Künstlerinnen und Künstlern und Kreativen müssen auch in der digitalen Welt geschützt werden. Dafür müssen auch neue Konzepte für Vergütungsmodelle noch genauer geprüft werden. Wir bekennen uns aber ausdrücklich zur Idee von Creative Commons, das sind offene Lizenzen, die die Nutzung der Inhalte
5735 explizit und unter bestimmten Bedingungen erlauben.

Das von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Leistungsschutzrecht für Presseverlage hätte bedenkliche Auswirkungen auf die Interessen Dritter und das Gemeinwohl und wird daher von der BayernSPD abgelehnt.

5740

Sperrungen von Teilnehmeranschlüssen und Verbindungen als Strafe, zum Beispiel für Urheberrechtsverletzungen („Three Strikes“), lehnen wir ab. Solche Sperrungen schränken die Kommunikations- und die Informationsfreiheit massiv und unverhältnismäßig ein.

5745

Arbeiten 2.0

Die in der Informationstechnologie und in den Neuen Medien geschaffenen Arbeitsplätze sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Auch in Bayern gibt es viele Web-Start-Ups. Die BayernSPD unterstützt dieses Potenzial für Innovationen, Arbeitsplätze und weitere Unternehmen. Wir werden daher unterstützende Strukturen, beispielsweise einen einheitlichen Ansprechpartner für Medien und Kreativwirtschaft, schaffen.

Die BayernSPD wird den Aufbau von Co-Working-Arbeitsplätzen, also Räumlichkeiten und Infrastruktur für kleine Selbständige, unterstützen. Zudem werden wir die soziale Sicherheit für Kreative und Künstlerinnen und Künstler ausweiten. Die BayernSPD steht zum Erhalt der Künstlersozialversicherung. In den kommenden Jahren werden wir den Bundesrat nutzen, um Initiativen für eine bessere soziale Sicherung von Kultur- und Medienberufen zu starten.

5755

Kreativwirtschaft fördern

Die SPD wird die Kreativwirtschaft intensiver in die Förderprogramme einbeziehen und die existierenden Förderbedingungen verbessern. Besonders in der projektorientierten Kreativwirtschaft besteht oft kurzfristiger Finanzierungsbedarf, der von den Selbständigen sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen oft nicht abgedeckt werden kann. Hier werden wir helfen.

Gute Arbeit auch im digitalen Zeitalter

5760

In fast allen Bereichen der Arbeitswelt fand und findet durch die Nutzung von Computern und Internet ein massiver Wandel des Arbeitsalltags statt. Insbesondere das Verhältnis zur (Arbeits)Zeit hat sich massiv verändert. Gleichzeitig findet eine Abkehr von traditionellen Beschäftigungsverhältnissen statt. Diese Veränderungen sind nicht nur negativ zu bewerten, bergen aber auch Risiken, wie die Zunahme von Burn-Out-Erkrankungen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen zeigen.

Wir nehmen auch im digitalen Zeitalter die Verantwortung für den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ernst und werden Modelle für die bayerische Verwaltung und staatseigene Betriebe entwickeln und die bayerische Wirtschaft in diese Entwicklungsprozesse aktiv einbeziehen.

Datenschutz auf allen Ebenen garantieren

Der Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten gewinnt aufgrund der wachsenden Vernetzung aller Lebensbereiche zunehmend an Bedeutung. Das Datenschutzrecht in seiner jetzigen Form wird seinem ursprünglichen Anspruch nicht mehr gerecht. Die BayernSPD setzt sich dafür ein, dass personenbezogene Daten nur dann für gewerbliche und andere Zwecke verwendet werden dürfen, wenn die Nutzerinnen und Nutzer bewusst und ausdrücklich zugestimmt haben. Wir werden zudem das Modell eines „Datenbriefs“ prüfen.

5770

Wir setzen uns für ein konsequentes „opt-in“ für die Nutzung privater Daten und die strikte Anwendung solcher Regeln in der Verwaltung ein. Dies gilt insbesondere auch für das Melderecht und Daten in öffentlicher Hand. Die BayernSPD wird daher ein
5795 Datenschutzgesetz auf den Weg bringen, das insbesondere sogenannte „Whistleblowern“, also Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auf Missstände an ihrem Arbeitsplatz hinweisen, schützen soll. Gerade gewerkschaftliche Vertrauensleute und Whistleblower brauchen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz.

5800

5805

Kultur und Medien: Tradition und Innovation gehen Hand in Hand

Kultur ist prägend für den Freistaat Bayern, prägend für unsere Bildungschancen und für die gesellschaftlichen Diskurse. Kulturförderung ist für uns eine Investition in die Zukunft.

5810

Eine einmalige Dichte und Qualität von Museen, Theatern, Orchestern, Kleinkunst und freien Kulturinitiativen sind Teil der Identität unseres Landes. Der Freistaat Bayern geht mit der Kulturpolitik über die Traditionspflege hinaus. Eine lebendige Kunst- und Kulturszene lebt vom Spannungsverhältnis zwischen Bewährten und Neuem.

5815

Der Staat hat die Verantwortung, den Weg zur Kultur für alle Menschen zu öffnen und dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

5820

... dafür Sorge tragen, dass – anders als bisher – kulturelle Bildung nicht vom sozialen Status oder vom Bildungsstand der Eltern abhängig ist.

... über die Zusammenarbeit zwischen Kultur, Kindergarten und Schule die kulturelle

5825 Teilhabe aller Bevölkerungsschichten ermöglichen.

... Künstlerinnen und Künstlern Räume für künstlerische Produktionen zur Verfügung stellen und starke Netzwerke schaffen, damit diese ihre finanzielle Situation aus eigener Schaffenskraft stabilisieren können.

5830

... für ein modernes Urheberrecht sorgen, um Kreative und Urheber zu stärken und ihnen faire Einkommen zu ermöglichen. Auch werden wir das Recht endlich mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringen.

5835 ... Medienpädagogik und Medienerziehung als Voraussetzung für einen aktiven, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit den Medien fördern.

... die Kreativwirtschaft als eigene Wirtschaftsform und Zukunftsbranche so fördern wie die klassischen Industrien.

5840

„Kultur für Alle“ neu auflegen

Das von sozialdemokratischer Kulturpolitik in den 70er Jahren initiierte Programm „Kultur für Alle“ war ein großer Erfolg. Wir werden es unter den heute veränderten Bedingungen neu auflegen. Die Kulturförderung insgesamt soll einer inklusiven, humanen und gerechten Gesellschaft dienen, wobei der Eigenwert von Kunst und kreativer Praxis zu beachten ist.

5850 Kommunen bei der Kulturförderung unterstützen

Die Kommunen tragen einen Großteil der Kulturförderung als freiwillige Aufgabe. Daher gefährden angespannte Kommunalfinanzen die kulturelle Entwicklung des Landes. Wir sind der Meinung, dass der Freistaat in der Pflicht steht, die Kommunen in der Wahrnehmung dieser Aufgabe zu unterstützen und seine eigenen Förderangebote in Kooperation mit den Kommunen dezentral auszurichten und auszubauen.

Tradition und Innovation fördern

5860 Eine einmalige Dichte und Qualität von Museen, Theatern, Orchestern, Kleinkunst und freien Kulturinitiativen sind Teil der Identität unseres Landes. Kulturdenkmäler sind von großer Bedeutung für die Attraktivität Bayerns als Kultur-, Tourismus-, und Wirtschaftsstandort.

5865 Der Freistaat Bayern darf mit der Kulturpolitik jedoch nicht bei der Traditionspflege stehen bleiben. Eine lebendige Kunst- und Kulturszene lebt vom Spannungsverhältnis zwischen dem Bewährten und Neuen. Genau das werden wir finanziell und strukturell gezielt fördern.

5870 Regionale Traditionen stärken und weiterentwickeln

Die vielfältigen regionalen Traditionen gestalten unsere reiche Kulturlandschaft. Breitenkultur und Volkskultur sind in Bayern seit jeher eine wichtige Ausdrucksform von Heimat. Sie waren aber auch zu allen Zeiten widerborstig und unbequem. Heute gibt es wieder sehr vielfältige neue Ausdrucksformen, die Tradition und Innovation kombinieren. Der Freistaat Bayern ist dort gefordert, wo erhalten und weiterentwickelt wird, wo auch Denkmäler neues Denken erlauben.

Sanierungsstau abbauen, neues Publikum anlocken

5880

Auch die staatlich finanzierten großen Institutionen werden wir für neue Formen und neues Publikum öffnen. Wir werden den Sanierungsstau bei Theatern, Museen und vielen Kulturdenkmälern abbauen und die Einrichtungen fit für die Zukunft machen: effizient im Betrieb, offen für neue Themen und Präsentationen, attraktiv für neue Zielgruppen.

5885

Vielfalt der Gesellschaft als kulturelle Chance

Die europäische Einigung, Mobilität und Zuwanderung haben uns kulturelle Impulse aus aller Welt gegeben. Immer mehr Menschen in Bayern haben einen Migrationshintergrund. Bayern lebt auch von der Internationalität. Deshalb ist gerade im

kulturpolitischen Raum die Vielfalt der Gesellschaft eine große Chance und wichtige Ressource. Die Förderung von „Diversity“, also sozialer Vielfalt, die wir konstruktiv nutzen, wird Bayern gut tun.

5895 Kultur in der Fläche fördern

Es klingt banal, ist aber längst nicht umgesetzt: Alle Landesteile – auch und gerade der sogenannte ländliche Raum – müssen vom kulturpolitischen Engagement des Freistaats gleichermaßen profitieren. So müssen etwa Musikschulen in der Fläche gefördert werden, 5900 um auch dort ein musikalisches Angebot zu erhalten.

Eigenwert der Kultur anerkennen, Förderstruktur modernisieren

Die Freiheit der Kunst (Artikel 5 des Grundgesetzes) ist für uns ein hohes Gut. Der Staat 5905 hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für diese Freiheit zu schaffen und Freiräume für die Entwicklung der Künste und der Kultur jenseits des Marktes und der Verwertung zu schaffen.

Wir werden durch eine Landeskulturpolitik der Offenheit, Transparenz und Beteiligung 5910 die Freiheit der Kunst angemessen würdigen. Dafür werden wir die verkrustete Landesbürokratie und die althergebrachte Förderstruktur durchforsten und modernisieren – im Dialog mit den Akteuren aus dem Kulturbereich.

Wir werden durch die Unterstützung der Selbstorganisation der Künstler, durch die 5915 Förderung von Netzwerken und Fortbildungseinrichtungen, durch Wettbewerbe und offene Ausschreibungen die bayerische Kulturpolitik öffnen.

Arbeitswelt und Kultur zusammenbringen

5920 Wir werden die Beratung und Unterstützung von kulturwissenschaftlichen Unternehmensgründungen ausbauen, Kreativstandorte in ganz Bayern entwickeln und die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern verbessern.

Wir wissen: Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat ein großes Wachstums- und 5925 Beschäftigungspotenzial. Sie ist zum Impulsgeber für gesellschaftliche Erneuerung geworden. Kreative und künstlerische Arbeit bildet die Grundlage für ökonomischen Fortschritt und jede gesellschaftliche Innovation. Die Kreativwirtschaft ist eine eigene Wirtschaftsform und Zukunftsbranche. Sie muss künftig mit ihrem hohen wirtschaftlichen Potenzial mindestens so gefördert werden wie die klassischen 5930 Industrien. Vor allem die Existenzgründungsförderung werden wir auch auf die Bedürfnisse von Kreativen zuschneiden.

Filmstandort Bayern stärken

5935 Wir werden den Filmstandort Bayern mit seinen Produktionsstätten und seinen Kinos auch in der Fläche und insbesondere in der Ausbildung stärken. Die kulturelle Filmförderung wird unter einer SPD-geführten Staatsregierung einen höheren Stellenwert erhalten.

5940 Bildung – Schlüssel für die Kultur

Kulturelle Bildung ist für uns der Schlüssel für die Kultur der Zukunft. Kulturelle Bildung ist Voraussetzung und Bedingung einer freien und gerechten Gesellschaft. Kulturelle Bildung darf deshalb nicht vom sozialen Status oder vom Bildungsstand der Eltern
5945 abhängig sein. Über die Zusammenarbeit zwischen Kultur, Kindergarten und Schule – nicht nur, aber besonders auch in der Ganztagschule – wollen wir die kulturelle Teilhabe aller Bevölkerungsschichten ermöglichen.

In der Kooperation mit Künstlern und Kulturpädagogen können Kindern neue Zugänge
5950 zum kulturellen Leben eröffnet und gleichzeitig soziale Kompetenzen gefördert werden. Und nicht nur die Schülerinnen und Schülern profitieren von diesen Kontakten: Auch für die Einrichtung Schule ergeben sich neue Perspektiven.

5955 Kulturelle Bildung ist aber auch ganzheitlich und lebensbegleitend. Wir werden daher – insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – darauf achten, dass für ältere Bürgerinnen und Bürger Kultur und Möglichkeiten zur Selbsttätigkeit zur Verfügung stehen. Gleichzeitig ist uns der Zugang zu Kultur in ganz Bayern ein Anliegen: Wir wissen um den besonderen Bedarf von Kulturförderung im ländlichen Raum und wir
5960 werden hier Impulse setzen.

Potenziale der Digitalisierung nutzen (vgl. auch Programmteil Digitale Gesellschaft)

Die Digitalisierung der Welt verändert uns alle. Sie birgt einerseits Risiken, sie hat
5965 andererseits vor allem auch enorme Potenziale für Innovation, Emanzipation und Demokratisierung. Wir brauchen insbesondere ein modernes Urheberrecht, das Kreative und Urheber stärkt, ihnen faire Einkommen ermöglicht und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Die damit verbundenen Chancen für kulturelle Teilhabe und Vermittlung, Demokratie, aber auch für die Vermarktung und Verbreitung
5970 kultureller Angebote werden wir fördern.

Öffentlich-rechtlicher Bildungsauftrag auch im Internet

Das Löschen öffentlich-rechtlich erstellter Inhalte im Internet nach einer gewissen Frist
5975 (Depublizieren) muss beendet werden. Hierzu setzt sich die BayernSPD für eine Änderung des Rundfunkstaatsvertrags ein. Wir werden dafür sorgen, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten ihrem Bildungsauftrag künftig auch im Internet gerecht werden können. Hierzu müssen die Anstalten auch explizit multimedial verwendbare Inhalte erstellen dürfen, was ihnen bisher verwehrt wird. Wir sehen die öffentlich-rechtlichen Anstalten als fähig
5980 und in der Pflicht, innovative Medienarbeit im Sinne einer emanzipierenden Bevölkerung zu leisten, um einer qualitativ hochwertigen, partizipativ befähigenden und konvergenten Medienpolitik gerecht zu werden.

Öffentlich-rechtliche Vorbildfunktion

5985

Neben der notwendigen Neuformulierung in kommenden Rundfunkänderungsstaatsverträgen ist hier auch ein neuer konstruktiver Dialog mit den Partnern in Produktion und Distribution öffentlich-rechtlicher Inhalte in und um die Rundfunkanstalten nötig. Eine Stärkung der Urheber beginnt, indem der öffentlich-
5990 rechtliche Rundfunk Hand in Hand mit allen beteiligten Gruppierungen sichere

Grundlagen des Handelns im digitalen Medienraum erarbeitet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat hier eine gesellschaftliche Vorbildfunktion.

Breitbandversorgung = Informationsversorgung

5995

Der schnelle Zugang zum Internet muss für alle und überall möglich sein. Nur so können wir gewährleisten, dass Informationen auch tatsächlich für alle zugänglich sind. Wie wir uns den Ausbau der Breitbandversorgung vorstellen, das steht in den Kapiteln „Infrastruktur“ und „Aktive Politik für ländliche Räume in Bayern“.

600

0 Medienerziehung kennt kein Alter

Wir werden Medienpädagogik und Medienerziehung in Schulen und in der Erwachsenenbildung als Voraussetzung für einen aktiven, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit den Medien fördern.

6005

Eine neue Medienpolitik

Wir werden die Medienpolitik im Freistaat wiederbeleben und insbesondere die Förderung nicht-kommerzieller, gemeinnütziger Journalismusprojekte verstärken.

6010 Mehrere Kompetenzträger haben zur Förderung von Vielfalt und Innovation die Gründung einer „Stiftung Journalismus“ angeregt, die – nach dem bewährten Modell der Filmförderung operierend – unterfinanzierte Bereiche wie den Recherchejournalismus, aber auch medienkritische Initiativen und Blogs fördern könnte. Indem sie Bürgerinnen und Bürger in die journalistische Produktion einbinden, bilden sie zudem eine Art

6015 Scharnier zwischen Zivilgesellschaft und professionellem Journalismus und fördern so „angewandte Medienkompetenz“ und damit die Voraussetzungen für politisch-gesellschaftliche Teilhabe. Diese Stiftung kann durch Mittel aus dem öffentlich-rechtlichen Gebührenaufkommen finanziert werden.

6020 Vielfalt und Werte in den Medien

Ob jung, ob alt, ob reich oder arm – wer in unserer Mediengesellschaft lebt, hat ein Anrecht auf aktive Teilnahme an neuen Informations- und Kommunikationstechniken. Chancengleichheit und die Garantie von Meinungsfreiheit, Informationsvielfalt und

6025 Selbstbestimmung sind die Grundwerte der sozialdemokratischen Medienpolitik in Bayern. Zentrale Herausforderung der Medienpolitik ist nicht nur die Förderung inhaltlicher Vielfalt in den digitalen Medienwelten, sondern immer mehr auch die Garantie des freien, nicht durch kommerzielle Interessen gefilterten Zugangs zur Informationsvielfalt.

6030

Pluralität, Transparenz und Kontrolle im Rundfunk

Medienpolitik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu sichern, die es den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und TV-Sendern gleichermaßen ermöglichen, sich zu

6035 entfalten. Unser Ziel ist es, im Sinne der publizistischen Vielfalt ein konstruktives Nebeneinander von unabhängigen privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern zu erhalten. Dazu gehört ein angemessener Internetauftritt auch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

6040

Dabei kommt den öffentlich-rechtlichen Veranstaltern eine besondere Aufgabe zu, die privaten Unternehmen aufgrund ihrer Gewinnorientierung schwerer fällt: Das Angebot von Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung für alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen. Wir stehen für die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-
6045 rechtlichen Rundfunks, der seinem Grundversorgungsauftrag auf allen Verbreitungswegen nachkommen und dem wachsenden Angebotsdruck globaler Medienkonzerne standhalten können muss. Langfristig werden wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk unabhängig von Werbeeinnahmen machen.

6050 Rundfunkgebührendahlende einbinden

Das Internet verändert auch die Partizipationsansprüche der Mediennutzerinnen und -
nutzer. Dieser Entwicklung muss die moderne Medienpolitik Rechnung tragen, insbesondere bei der Weiterentwicklung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.
6055 Grundvoraussetzung dafür wiederum ist mehr Transparenz. In Großbritannien und den USA tagen beispielsweise Ofcom bzw. FCC öffentlich und übertragen ihre Sitzungen im Netz. Hierzulande sind wir davon noch weit entfernt. Es besteht allerdings eine Rechenschaftspflicht gegenüber der Rundfunkgebühren zahlenden Öffentlichkeit und diese muss künftig vom Gesetzgeber den technologischen und partizipativen
606 Erfordernissen angepasst werden.

0

6065

Vertriebenenpolitik: Erbe bewahren, Brücken bauen

Bayern ist nach dem Zweiten Weltkrieg für Millionen Flüchtlinge und Vertriebene zur
6070 neuen Heimat geworden. Schätzungen besagen, dass ein Viertel aller Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Heimatvertriebene und deren Nachkommen sind. Heute gehören Sudetendeutsche, Schlesier, Pommern, Ostpreußen, Banater und Siebenbürger wie selbstverständlich zu uns. Das Wort des Bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner (SPD) von den Sudetendeutschen als „Vierten Stamm“ neben Altbayern, Franken
6075 und Schwaben gilt längst für alle Heimatvertriebenen, gleich welcher landsmannschaftlich-geographischen Herkunft.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

6080... dieses Erbe bewahren und Brücken bauen für eine gute Zukunft.

... die Verständigungs- und Versöhnungsarbeit weiterhin staatlich fördern.

Die gesellschaftliche Eingliederung dieser neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger war eine
6085 große Herausforderung, aber das „Wunder der Integration“ ist gelungen. Die Leistung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge für den Wiederaufbau und die heutige Spitzenposition Bayerns ist von unschätzbarem Wert.

609 Die BayernSPD sieht es als wichtige Aufgabe an, zum einen, die geschichtliche Erinnerung
0 und das reiche kulturelle Erbe der unterschiedlichen Vertriebenengruppen zu wahren. Dazu bedarf es weiterhin einer angemessenen staatlichen Förderung für die vielfältige Verständigungs- und Versöhnungsarbeit engagierter Initiativen, Verbände und Institutionen. Zu letzterem zählen u. a. ein Sudetendeutsches Museum in München, ein Schlesisches Haus sowie die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin.

6095

Ziel muss aber auch sein, die neuen Möglichkeiten nach dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Union zu nutzen und zukunftsgerichtet weitere Brücken der Erinnerung und Verständigung in die Herkunftsländer der Vertriebenen zu bauen.

6100

6105

Sportpolitik: Politik für das Sportland Bayern

Der Sport ist die größte Bürgerbewegung in Bayern. Sport hat eine herausragende
6110 gesellschaftspolitische Bedeutung. Wir wissen: Sport ist eine wichtige Möglichkeit der Begegnung, ist Mittel zur Verständigung und Chance für gemeinsame Erlebnisse. Im Sport begegnen sich täglich Menschen unterschiedlichen Geschlechts, ethnischer Herkunft, kultureller oder religiöser Identität, sowie Menschen mit und ohne Behinderung. Die BayernSPD sieht den Sport als wichtiges Bildungselement, als
6115 Möglichkeit zur Vermittlung gesellschaftlich relevanter Werte und als Gesundheitsprävention.

In Bayern engagieren sich unzählige Bürgerinnen und Bürger aktiv im und für den Sport und leisten dort wichtige Stunden ehrenamtlicher Arbeit. Diese Menschen werden wir
6120 stärker als bisher unterstützen.

Sport und Sportvereine sind bedeutende Lernorte für Kinder und Jugendliche. Sie vermitteln gesamtgesellschaftlich gültige Werte und eröffnen die Möglichkeit, Grenzen auszuloten und Selbstbewusstsein zu stärken. Da Sportvereine von der aktiven
6125 Beteiligung ihrer Mitglieder leben, sind sie als Schulen der Demokratie zu sehen. Niemand darf in Bayern von Sportangeboten ausgeschlossen werden.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

6130 ... die Vereine unterstützen, die in die Gewinnung neuer Mitglieder und in die Ausbildung der ÜbungsleiterInnen investieren. Dazu braucht es eine Vereinspauschale von 30 Cent pro Fördereinheit.

... im Bereich der Gesundheitsprävention die Zusammenarbeit von Sportvereinen mit
6135 Schulen, Firmen und mit Einrichtungen für ältere Menschen fördern.

... für alle Schulformen mindestens drei Sportstunden pro Woche einführen.

... Schulschwimmen für jede Schule durch die Investition in Schwimmbäder ermöglichen.
6140

... die Wartezeit und Zwischenfinanzierung für Vereine beim vereinseigenen Sportstättenbau verlässlich auf längstens drei Jahre verkürzen.

... sich als Partner der Kommunen für die flächendeckende Realisierung von Sportstätten
6145 einsetzen, um auch Sport außerhalb des Vereins zu fördern.

... das ehrenamtliche Engagement endlich angemessen fördern.

Vereine unterstützen

6150

Wir sehen den Breitensport in Bayern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Rehabilitationssport, Schul- und Betriebssport, Vereinssport und die kommunalen Sportstätten müssen entsprechend gefördert werden. Wir werden daher Vereine besonders unterstützen, die in die Gewinnung neuer Mitglieder sowie in die Ausbildung
6155 ihrer ÜbungsleiterInnen investieren. Außerdem werden wir Vereine fördern, die junge Talente sichten und trainieren, die dann in den Leistungssport wechseln. Im Sportverein wird ehrenamtliches Engagement gefördert, Verantwortungsbewusstsein und Leistungsbereitschaft werden gerade jungen Mitgliedern vermittelt. Diese Fähigkeiten sehen wir als wichtigen Bestandteil der Bildungsarbeit an, die auch angemessen honoriert
6160 werden muss.

Sport und Integration

Sport hat außerdem eine hohe Bedeutung für die Integration. Seit dem Jahr 1989 führt
6165 der deutsche Sport das Programm „Integration durch Sport“ durch und leistet damit einen wesentlichen Beitrag auch zur Einbindung von Migrantinnen und Migranten.

Sport fördert die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben. Gemeinsames Training baut Barrieren ab und schafft Erfolgserlebnisse. Im Sport erfahren
6170 Menschen jeglichen Alters, dass sie sich gegenseitig unterstützen können und dass sie durch kontinuierliches Training selbstständiger und selbstbewusster werden. Wichtig dabei ist, dass Sportstätten, Vereinsangebote und Weiterbildungsmaßnahmen für ÜbungsleiterInnen und TrainerInnen barrierefrei werden. Zudem müssen nicht nur die Sportstätte, sondern auch die sanitären Einrichtungen für alle Sportler benutzbar sein.
6175 Kein Mensch darf aufgrund seiner besonderen Bedürfnisse von Bewegungsangeboten ausgeschlossen werden. Die hierfür erforderlichen Umbaumaßnahmen werden wir fördern.

Gesundheitsvorsorge stärken

6180

Sport hat eine wichtige Bedeutung für den Bereich der Gesundheitsvorsorge. In Deutschland haben immer mehr Kinder und Erwachsene Probleme mit Übergewicht, mit Rückenbeschwerden oder mit chronischen Schmerzen. Die Zusammenarbeit von Sportvereinen mit Firmen, Schulen und mit Einrichtungen für ältere Menschen ist für die
6185 Prävention ein hilfreiches Element. Daher werden wir diese Zusammenarbeit fördern und mit wissenschaftlicher Begleitung unterstützen. Außerdem kommt dem Sport eine erhebliche Bedeutung in der Gewalt- Alkohol- und Drogenprävention zu.

Die Bedeutung des Schulsports

6190

Ein wichtiger Baustein in der Bildungsarbeit ist außerdem der Schulsport. Sport fällt in der Schule immer noch viel zu oft aus. Die tatsächlich erteilten Sportstunden liegen in Gymnasien und Realschulen mit insgesamt 600.000 Schülerinnen und Schülern durchschnittlich bei 2,6 und 2,2 Schulstunden und nicht bei den von allen Fachleuten 6195 empfohlenen drei bis vier Stunden. Unser Ziel ist es, dass allen Schülerinnen und Schülern mindestens drei Schulstunden qualifizierter Sportunterricht in der Woche erteilt wird. Wir werden dem Unterrichtsausfall im Fach Sport genauso ernsthaft entgegenwirken wie in allen anderen Fächern.

6200 Fundierte Ausbildung für Lehrkräfte

Außerdem sind wir überzeugt davon, dass jede Lehrkraft, die Sport unterrichtet, auch eine fundierte Ausbildung, bzw. eine Nachqualifikation haben muss. Den Sport sehen wir als wichtiges Element einer ganzheitlichen Bildung an. Bewegung fördert die 6205 Aufnahmefähigkeit von Lerninhalten. Außerdem werden Fairness, Teamgeist und Durchsetzungsfähigkeit als wichtige Kompetenzen trainiert.

Sport und Ganztagschule passen zusammen

6210 In Bayern gibt es immer mehr Ganztagschulen. Gerade für diese Schulen ist das Kooperationsmodell „Sport nach 1 in Schule und Verein“ mit über 3.700 Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen im laufenden Schuljahr ein wichtiges Bildungselement. Der Ausbau dieses Sport- und Bewegungsangebots durch Vereine kann jedoch aufgrund fehlender Übungsleiterinnen und Übungsleiter kaum noch ehrenamtlich 6215 gewährleistet werden. Daher ist es eine wichtige Aufgabe der Politik, gemeinsam mit den Vereinen Lösungen zu erarbeiten. Wir werden aber auch die Vereine, die in Schulen Sportangebote zur Verfügung stellen, finanziell besser unterstützen.

Weiterhin werden wir das Zusammenspiel von Schule und Verein dadurch verbessern, 6220 indem wir es Jugendlichen ermöglichen, sich in den Schulen als ÜbungsleiterInnen ausbilden lassen zu können.

Sport und Inklusion

6225 Da die Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung eine hohe Bedeutung in der Bildungspolitik hat, werden wir die Aus- und Weiterbildung der Sportlehrerinnen und Sportlehrer um förderpädagogische Elemente ergänzen.

Jedes Kind soll Schwimmen lernen

6230

Laut einer Studie der DLRG ist jeder dritte Schulabgänger „nicht schwimmfähig“. Problematisch ist, dass den Schulen nicht genügend Schwimmbäder zur Verfügung stehen. Wir werden daher dafür sorgen, dass jedes Kind mit Verlassen der Grundschule schwimmen kann und werden das Schulschwimmen in Kooperation mit Kommunen und 6235 Vereinen fördern.

Seit 1995 wurden in Bayern 142 kommunale Bäder geschlossen, darunter 69 Hallenbäder, 624045 Schulschwimmbäder und 28 Freibäder. Weitere 34 Bäder wurden in sogenannte Spaßbäder umgewandelt. Das darf nicht so weiter gehen. Wir unterstützen daher den Beschluss des Finanzausschusses des Bayerischen Städtetages, wonach die Möglichkeiten der Förderung nach Artikel 10 FAG (Schulschwimmen) verbessert werden müssen. Ein Sonderförderprogramm nur für Investitions- und Sanierungsmaßnahmen greift zu kurz.

6245

Vereinssport

12.100 Vereine mit fast 4,4 Millionen Mitgliedern sind im Bayerischen Landes-Sportverband organisiert, außerdem sind 500.000 Schützen Mitglied des Bayerischen 6250 Sportschützenbund e.V. Der Freistaat Bayern gab im Jahr 2001 noch 52 Millionen Euro für außerschulischen Sport aus, im Jahr 2010 waren es nur noch 42 Millionen und im Doppelhaushalt 2013/2014 sind es jetzt nur jeweils ca. 45 Millionen. Wir werden die Vereine beim Ausbau von Sportstätten stärker durch den Freistaat unterstützen.

6255 Fördergelder erhöhen und zeitnah auszahlen

Bei den Investitionen in den vereinseigenen Sportstättenbau sind die Mittel stetig abgesenkt worden: 2001 20 Millionen, 2010 9,5 Millionen. Das hat unter anderem dazu geführt, dass die Wartezeiten auf die Fördergelder im Jahr 2010 zwischen dreieinhalb und 6260 acht Jahren lagen, die die Vereine zwischenfinanzieren mussten. Wir haben daher bereits 2012 ein weiteres Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von zehn Millionen Euro beantragt, was damals im Landtag abgelehnt wurde. Jetzt kurz vor der Wahl wurde unsere Forderung endlich aufgegriffen. Um das Problem der Wartezeiten und Zwischenfinanzierung nachhaltig zu lösen muss ab dem Jahr 2014 eine jährliche Summe 6265 von 12 Millionen Euro dauerhaft gewährleisten, dass die Anträge der Vereine zeitnah, mit einer Wartezeit von maximal drei Jahren, zu finanzieren sind. Dies entspräche dann auch der einstimmigen Beschlusslage des Landessportbeirates.

Vereinspauschale erhöhen

6270

Bei der Vereinspauschale treten wir dafür ein, dass die Mittel so erhöht werden, dass der Wert der Fördereinheit 30 Cent beträgt.

Förderung kommunaler Sportstätten

6275

Kommunale Sportstätten ermöglichen sportliche Betätigung außerhalb von Verein und Schule. Die Streichung der Förderung kommunaler Sportstätten gem. Artikel 10 FAG hat zum einen den Druck auf die Vereine erhöht, selbst Sportstätten zu errichten, zum anderen hat es bei den Kommunen finanzielle Probleme bei der Sanierung und Errichtung 6280 ihrer eigenen Sportstätten erzeugt. Daher wird die BayernSPD hier gegensteuern und gezielt als Partner der Kommunen dafür sorgen, dass die notwendigen kommunalen Sportstätten in den nächsten Jahren flächendeckend realisiert werden.

Bedeutung des Leistungssports

6285

Eine wichtige Bedeutung hat in Bayern außerdem der Leistungssport. Fairer Sport hat eine Vorbildfunktion in der Gesellschaft. Die Sportlerinnen und Sportler stehen mit ihren

Leistungen auf nationaler und internationaler Ebene für gesellschaftliche Werte. Eine flächendeckende Talentförderung ist eine zentrale Forderung der BayernSPD. Nur mit der Investition in den Nachwuchs können Medaillen gewonnen werden. Das Training der Athletinnen und Athleten kann in zentralen Leistungszentren optimal begleitet werden. Daher werden wir die Investition in Leistungszentren und die Ausbildung qualifizierter Trainerinnen und Trainer verstärken. Ein wichtiger Teil dieser Förderung ist vor allem die Investition in die duale Karriere von Athletinnen und Athleten, das heißt der Ausbau von Aus- und Weiterbildungsangeboten während oder nach der Sportkarriere.

6300

6305

6310

6315

6320

6325

6330

6335

Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

6340

Umwelt- und Energiepolitik der Zukunft: Ökologisch und wirtschaftlich

Auf Initiative der BayernSPD wurde im Jahre 1984 der Umwelt- und Naturschutz in die Bayerische Verfassung aufgenommen. Diesem Verfassungsartikel und dem Auftrag der bayerischen Bevölkerung, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zu schützen, ist die BayernSPD auch in Zukunft verpflichtet.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

6350 ... dafür sorgen, dass Bayern zur gentechnikfreien Zone wird.

... Bayerns Trinkwasserversorgung vor dem Zugriff privater Investoren schützen.

... die Feinstaubbelastung in den Städten reduzieren.

6355

... dafür sorgen, dass in Bayern die viel zu geringen Klimaschutzziele erhöht werden.

... Bahn und ÖPNV dabei unterstützen, ihre Flotten auf umweltschonende Antriebe umzustellen.

6360

... bis 2050 die Stromproduktion zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien bestreiten.

...die umfassende Energiewende und einen schnellstmöglichen Atomausstieg umsetzen

6365... die dezentrale Energieversorgung vorantreiben und die Macht der großen Stromkonzerne brechen, unrentable Gasgroßkraftwerke lehnen wir daher ab.

... Tiefenbohrungen nur eingeschränkt zulassen und stets eine Umweltverträglichkeitsprüfung verlangen.

6370

... die Menschen in die Planungen neuer Projekte besser als bisher mit einbeziehen.

... dafür sorgen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Genossenschaften und kommunalen Gesellschaften wirtschaftlich an der neuen Energiepolitik beteiligen können.

... die effiziente energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden, um Energie einzusparen.

6380... die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sowie die Forschung hierzu, um die Wärmeenergie wirtschaftlich und effizient zu nutzen.

... dafür sorgen, dass Energie bezahlbar bleibt. Dafür brauchen wir insbesondere ausreichende Beratungsangebote für ökonomisch schwache Haushalte.

6385

Gentechnikfreie Produkte für Bayern

Gentechnisch veränderte Organismen auf unseren Äckern und Feldern bergen
6390unkalkulierbare Risiken für unsere Umwelt und unsere Heimat. Deshalb haben auch die
Menschen in Bayern einen Anspruch auf Gentechnikfreiheit. Wir werden aus diesem
Grund den Beitritt Bayerns zum „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“
unverzüglich umsetzen. In dem Netzwerk haben bisher zehn Europäische Regionen Ziele
und Aufgaben sowie das Bekenntnis zur Gentechnikfreiheit festgeschrieben.

6395

Gutes Trinkwasser für Bayern

Dank unserer kommunalen Daseinsvorsorge ist das bayerische Trinkwasser gut. Wir
schützen Bayerns Trink- und Abwasserversorgung vor dem Zugriff privater Investoren.
6400Außerdem werden wir das Mischen verschiedener Brunnen und Quellen verhindern,
wenn es der Verharmlosung von erhöhten Eintragswerten aus Mineraldünger, tierischen
Fäkalien, Pflanzenschutzmitteln, Chemikalien oder Arzneimittel dienen soll.

Saubere Luft für Bayern

6405

Durch Feinstaub entstehen Belastungen des menschlichen Immunsystems. Als BayernSPD
setzen wir auf die verstärkte Nutzung des ÖPNV zur Feinstaubminderung. Wir halten
darüber hinaus an den Maßnahmen fest, die insbesondere die größeren Städte zur
Feinstaubvermeidung eingeführt haben wie Rußpartikel-Filter für PKWs, LKW-
6410 Durchfahrtsverbote und Umweltzonen. Zusätzlich werden wir den Ausbau der
Elektromobilität vorantreiben. Die Umstellung des kleinen Lieferverkehrs auf alternative
Antriebe wie E-Mobilität bzw. Hybridantriebe wird zu erheblichen Einsparungen beim
Feinstaubausstoß führen.

6415 Klimaschutz: Bayern braucht ein Klimaschutzgesetz

Die Welt-Klimakonferenz in Doha im November 2012 hat gezeigt, dass das Ziel, die
Erderwärmung nur auf 2 Grad zu begrenzen, bei dem derzeitigen CO₂-Ausstoß nicht
erreichbar ist. Es ist allerhöchste Zeit zu handeln. Die in diesem Zusammenhang viel
6420diskutierte Technologie des CCS/CCR ist besonders in Hinblick auf die Prüfung der
Dichtigkeit der unterirdischen CO₂-Lagestätten und mögliche Auswirkungen auf
Gewässer nicht in großen Maßstab erprobt. Für die BayernSPD kommt eine Nutzung
dieser Technologie im Freistaat daher nicht in Betracht.

6425 Wir werden die Treibhausgasemissionen senken und dafür sorgen, dass Bayern in den
kommenden Jahren nicht hinter den Klimaschutzzielen der anderen Bundesländer
zurückbleibt. Das Klimaschutzziel der Bayerischen Staatsregierung, bis 2020 die jährlichen
CO₂-Emissionen auf unter 6 Tonnen je Einwohner zu senken, ist uns zu wenig! Wir
bekennen uns zu den deutschen Klimaschutzzielen und werden diese für Bayern
6430verschärfen und durch ein Klimaschutzgesetz absichern.

Natur erhalten

Bayern ist auch über seine Grenzen hinaus für seine Schönheit bekannt. Dazu tragen
6435 seine unterschiedlichen Regionen mit bei. Es gilt, Land und Tier zu schützen. Deswegen
sorgen wir dafür, den Flächenverbrauch („Flächenfraß“) zu minimieren und Bayerns Tier-
und Pflanzenvielfalt zu schützen und zu erhalten. Wir wollen erreichen, das dramatische

Artensterben und den dauerhaften Verlust an Biodiversität zu verringern und langfristig zu stoppen. Wir halten daran fest, dass die Ausgleichsflächenregelung zur Erreichung von 6440 Naturschutzziele ein geeignetes und gebotenes Mittel ist. Geldzahlungen können die Versiegelung der Flächen nicht ausgleichen, hierzu bedarf es einer sinnvollen und sparsamen Ausgleichsstrategie, welche auch in die Landwirtschaft integriert werden kann. Bei den Ausgleichsflächen muss das oberste Ziel Qualität vor Quantität sein, wir werden verstärkt produktionsintegrierte Maßnahmen (Ausgleichsmaßnahmen in die 6445 land- und forstwirtschaftliche Nutzung integrieren) vorantreiben.

Umwelt- und Klimafreundliche Mobilität

6450 Laut Umweltbundesamt wurden im Jahr 2010 18,7 Prozent des deutschen CO₂-Ausstoßes durch den Straßenverkehr verursacht. Eine klimafreundliche Mobilität ist unser Ziel, um klimaschädliche Emissionen weiter zu reduzieren. Deshalb fordern wir eine attraktive Infrastruktur für den nichtmotorisierten Individualverkehr. Hierbei liegt großes Potential im Ausbau von Radwegen, Fahrradparkplätzen, Fahrradleihsystemen und dem generellen 6455 Konzept der "Stadt der kurzen Wege. Ferner unterstützen wir die Unternehmen des ÖPNV sowie die Bahn beim Betrieb von Flotten mit umweltschonenden Antrieben und bei ihrem Angebot von sozialverträglichen Tarifen.

Für den motorisierten Verkehr setzen wir auf drei Säulen: Forschung und Entwicklung 6460 sowie Investitionen in neue alternative Antriebe, Optimierung der bestehenden Konzepte sowie die Integration der Verkehrsträger.

Bei neuen alternativen Antrieben wird die E-Mobilität eine bedeutende Rolle spielen. Trotzdem dürfen weitere Anstrengungen zur Optimierung bestehender Konzepte wie 6465 etwa Car-Sharing, sowie zur Verbreitung bereits entwickelter Antriebsarten wie beispielsweise Erdgas nicht unterbleiben, sondern müssen ein fester Bestandteil klimafreundlicher Mobilität sein. Biokraftstoffe der zweiten Generation können diese Strategie sinnvoll ergänzen.

6470 Darüber hinaus werden wir die Organisation logistischer Ströme durch Güterverteilzentren auch im Interesse des Klimaschutzes verbessern.

100 Prozent Öko-Strom bis 2050

6475 Uran, Öl, Kohle und Erdgas sind fossile Ressourcen und gehen zur Neige. Knappe Güter sind teuer. Anstatt dem Wandel hinterherzulaufen, gestalten wir ihn bereits seit Jahren nachhaltig mit. Bahnbrechend für den Erfolg der erneuerbaren Energien war die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das von der rot-grünen Bundesregierung 2000 auf den Weg gebracht wurde. Heute gilt es, dieses erfolgreiche Gesetz stetig an die 6480 technischen Fortschritte und den Ausbau der Erneuerbaren Energien anzupassen, bis diese eigenständig die zentrale Säule der Stromversorgung bilden. Ziel ist es, bis 2050 eine 100 prozentige Versorgung mit Erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Dieses Umdenken sorgt langfristig für eine soziale und bezahlbare Energie!

6485 Energiepolitik als Querschnittsaufgabe

Energiepolitik berührt praktisch alle Lebensbereiche, die Struktur von Wirtschaft und

Arbeit, Mobilität und Wohnen. Die BayernSPD sieht es daher als eine zentrale Aufgabe an, diese Bereiche im Rahmen der Energiewende für die Menschen sinnvoll miteinander zu
6490 verbinden. Diese integrative Energiepolitik gehört für uns zum Kernbestand der ökologischen und sozialen Erneuerung unserer Marktwirtschaft. Wir wollen, dass es den Menschen trotz knapper werdenden Ressourcen gut geht. Die Energiewende schafft und sichert Ausbildung und Arbeitsplätze gerade auch in den ländlichen Regionen. Wir sorgen dafür, dass die Wertschöpfung vor Ort stattfindet.

6495

Klares Bekenntnis zu umfassender Energiewende und zu einem schnellstmöglichen
Atomausstieg

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in unserer
6500 Regierungsverantwortung den Ausstieg aus der Atomenergie durchgesetzt. Diese Energiewende entgegen den Interessen der Atomlobby war und ist aus ethischen Gründen ebenso richtig wie wirtschaftlich, sozial und ökologisch vernünftig. Wir standen und stehen auch in Zukunft zu unserem klaren Bekenntnis gegen Atomkraft.

6505 Endlagersuche für Atommüll klar definieren

Bei der ungelösten Frage zur Entsorgung des Atommülls setzt sich die BayernSPD für den sofortigen Beginn eines kritischen Standortauswahlverfahrens für ein Endlager unter breiter Beteiligung von Wissenschaftlern und auch der Bevölkerung vor Ort ein. Als
6510 Vorbild könnte das Suchverfahren nach einem Endlager in der Schweiz dienen. Dort hatten die Behörden vorab klare Sicherheitskriterien definiert, die den Maßstab setzen, an dem alle infrage kommenden Standorte gemessen werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben volle Einsicht, selbst für Betroffene aus Nachbarländern ist das Verfahren offen.

6515 Durch ein solches Standortauswahlverfahren können am besten sowohl Transparenz und Nachvollziehbarkeit für die Öffentlichkeit als auch der Schutz künftiger Generationen vor den Gefahren radioaktiver Abfälle sichergestellt werden. In Gorleben hingegen wurde zuerst der Standort bestimmt und dann erst die Sicherheitsanforderungen festgelegt.

6520 Unser Dreiklang: Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien

Für die BayernSPD bildet der Dreiklang der Energiewende mit Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien die Grundlage. In Bayern ist die Energiewende auf Landesebene leider bislang nicht über die Konzeptphase
6525 hinausgekommen, weil die schwarz-gelben Regierungen in Berlin und München bei der Umsetzung der Energiewende versagt haben. Ein differenzierter Projektplan und konkrete Umsetzungsschritte fehlen. Stattdessen werden Verbraucher nicht vor der Willkür der großen Energieversorger geschützt, die den Preis für Strom nach oben treiben, obwohl der Einkaufspreis für Strom in den vergangenen zwei Jahren um 20 Prozent gesunken ist. Ein
6530 Preisrutsch für die Energieversorger, der bei den Verbrauchern nie ankam.

Dezentrale Energieversorgung vorantreiben

Mit dem Bekenntnis zu den Erneuerbaren Energien werden wir das bisherige
6535 zentralistische System der großen Stromkonzerne auf eine dezentrale Energieversorgung umstellen. Aber statt wie die schwarz-gelb Regierung den Menschen im Freistaat eine energetische Autarkie vorzugaukeln, werden wir alles daran setzen, dass Bayern eine

führende Rolle bei den Abstimmungen zwischen Bund und Ländern einnimmt, damit die Energiewende für ganz Deutschland ein Erfolg wird.

6540

Bessere Netze für günstigeren Strom

Die weitere Einsparung von Energie ist eine unverzichtbare Grundlage der Energiewende. Allerdings werden zusätzliche erfolgreiche Einsparungsanstrengungen den Ausbau der
6545 Energienetze nicht überflüssig machen. Basisenergieversorgung und Netzausbau funktionieren nur gemeinschaftlich. Strom aus erneuerbaren Energien soll so effizient wie möglich in einem nationalen Netzverbund produziert und verteilt werden. Zusätzlich werden wir grenzüberschreitende Netze für die Zusammenarbeit mit benachbarten Alpenländern vorantreiben, um Effizienzvorteile für die Produktion und Verteilung
6550 erneuerbare Energien zu nutzen. Netze werden ausgebaut, um in wirtschaftlich sinnvoller Weise Kapazitätsrestriktionen bei der Einspeisung von Strom aus erneuerbarer Energien zu reduzieren. Unrentable Gasgroßkraftwerke lehnen wir ab, denn sie stehen im krassen Gegensatz zur angestrebten dezentralen Energieversorgung und würden wieder ein zentralistisches Energieversorgungssystem festsetzen.

6555

Für einen ausgeglichenen Energiemix in Bayern

Erneuerbare Energien umfassen die Bereiche Wasser- und Windkraft, Biomasse / Biogas, Solarenergie und Geothermie. Historisch bedingt ist in Bayern anteilig die Wasserkraft die
6560 stärkste Erneuerbare Energie, deren Potenziale wir auch in Zukunft nutzen möchten. Dabei geht Modernisierung vor Neubau. Wir setzen auf neue effiziente Technologien, wie z.B. Schachtkraftwerke in der Wasserkraftnutzung, die den Umwelt- mit dem Stromerzeugungsgedanken verbinden.

6565 Erneuerbare Energien regional unterscheiden

Es ist notwendig, dass die einzelnen Regionen in Bayern in die Lage versetzt werden, die Form der Erneuerbaren Energien vor Ort auszuschöpfen, die dort sinnvoll und effizient einsetzbar sind - also beispielsweise Windräder bei einem guten Windaufkommen und
6570 Biomasse bei großer Verfügbarkeit von natürlichen Rohstoffen. Voraussetzung ist aber, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien die Akzeptanz der Menschen findet. Deswegen ist es so wichtig, dass die Wertschöpfung der Investitionen in die Erneuerbaren Energien in der Region verbleibt. Die einseitige Beschränkung auf Gasgroßkraftwerke als Basis einer rein zentralistischen Versorgungsstruktur widerspricht einer dezentralen
6575 Energieversorgung.

Wir werden eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen zentralen und dezentralen Komponenten der Energieversorgung schaffen, um allen Versorgungsansprüchen von Industrie, Gewerbe und Privathaushalten gerecht werden zu können. Darüber hinaus werden wir die Potenziale von grenzüberschreitenden Versorgungsverbänden beispielsweise mit Österreich nutzen.

Wir lehnen Fracking ab

Wir wollen Tiefenbohrungen nur eingeschränkt zulassen und stets eine Umweltverträglichkeitsprüfung verlangen. In und unter Wasserschutz-, Wassergewinnungs- oder Naturschutzgebieten lehnen wir Tiefenbohrungen ab.

Unkonventionelle Bohrmethoden („Fracking“) z.B. mit Einsatz von Chemikalien oder Heißwasser zur Ausbeutung von Gasvorkommen im Schiefergestein lehnen wir ab.

BürgerInnenbeteiligung bei Energieprojekten

Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns haben in der Praxis und vor Ort die Energiewende begonnen und bis heute den größten Beitrag geleistet. Das bedeutet für uns, dass die Bevölkerung an der Gestaltung der Energiewende beteiligt werden muss. Betroffene BürgerInnen, Verbände und Interessensvertretungen müssen frühzeitig die Möglichkeit haben, an den Planungen mitzuwirken und Verbesserungsvorschläge einzubringen – wie bei allen Infrastrukturmaßnahmen im Freistaat.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich in Genossenschaften und kommunalen Gesellschaften finanziell an der neuen Energiepolitik zu beteiligen. Das begrenzt auch die preistreibende Vormachtstellung von Großkonzernen. Wir werden ein vollständiges Informationsangebot im Internet über alle Förderprogramme auf EU-, Bundes- und Landesebene erstellen. Mit diesem Angebot können die eigenen Investitionen in die Energiewende kalkuliert werden.

Energiewende – mehr als eine Stromwende

Die Energiewende ist für uns mehr als eine reine „Stromwende“, vielmehr muss sie alle Arten der Energie wie Wärme und Energieträger wie Treibstoff in die Planungen und Maßnahmen gleichwertig mit einbeziehen. Besonders bei der Energieeinsparung und Energieeffizienz können hier die wirklichen energetischen Potenziale gehoben werden. Dabei sind Energiewende und Klimaschutz nicht zu trennen, sondern müssen Hand in Hand angegangen werden. Wir setzen uns deshalb unter anderem ein für

... die effiziente energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden, um Energie einzusparen.

... die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in Bayern, um die Wärmeenergie wirtschaftlich und effizient zu nutzen.

... die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten in der Wirtschaft und an Universitäten und Hochschulen, insbesondere in den Bereichen Speicher- und Netztechnologien.

... Clusterbildung (also das Abstimmen von Erzeugungen und Abnehmern bei Fernwärmeprojekten, Nutzung von industrieller Prozesswärme etc.) bei der Industrie bezogen auf Wärmenutzung.

Energie muss bezahlbar bleiben

Energie muss bezahlbar bleiben. Deshalb unterstützt die BayernSPD Projekte und Maßnahmen, die den Menschen dabei helfen, selbstständig Energie zu sparen. Wir unterstützen ausreichende Beratungsangebote für ökonomisch schwache Haushalte und Austauschprogramme energieintensiver Geräte wie in der Landeshauptstadt München. Außerdem werden wir die VerbraucherInnen so informieren, dass sie Energie sparende Elektrogeräte in den Geschäften erkennen und erwerben können. Wir unterstützen

deshalb ein Top-Runner-Programm, bei dem die energieeffizientesten Geräte auf dem Markt den technischen Standard für die anderen Hersteller setzen. Außerdem werden wir eine Abwrackförderung für umweltbelastende Heiztechniken einführen, damit Hausbesitzer Öl- und Gaskessel auf moderne Heiztechniken wie beispielsweise Solarkollektoranlagen und effiziente Wärmepumpen umrüsten. Die VerbraucherInnen werden außerdem über intelligente Stromzähler in ihren Häusern und Firmen je nach Verfügbarkeit und Preis ihren Energieverbrauch eigenständig steuern können.

Die Erweiterung der Befreiung von Großverbrauchern von den Kosten für die Energiewende durch die schwarz-gelbe Regierung in Berlin hat dazu geführt, dass die Verantwortung für die Kosten der Umstellung unseres Energiesystems auf die Bürgerinnen und Bürger und die kleinen und mittelständischen Unternehmen unseres Landes abgewälzt wurde. Wir werden dafür sorgen, dass diese ungerechte Regelung zurückgenommen wird, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu gefährden.

Kommunen sind das Rückgrat der Energiewende

Die Kommunen sind das Rückgrat der Energiewende. Sie brauchen solide Rahmenbedingungen. Wir werden deshalb Änderungen im kommunalen Wirtschaftsrecht vornehmen, damit die Kommunen Energieüberschüsse produzieren und einspeisen dürfen. Energie macht nicht an Gemeinde- oder Staatsgrenzen halt. Der Freistaat wird unter unserer Regierung in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt einen Energie-Projektmanager finanzieren, der die Kommunen bei der Erstellung von Energie- und Wärmekonzepten, interkommunalen Zusammenarbeit, Organisation und Moderation regionaler BürgerInnenbeteiligung, beim Monitoring der lokalen und regionalen Energiewende unterstützen.

Landwirtschaft, Ernährung und Wald: Ohne Bäuerinnen und Bauern stirbt das Land

Landwirtschaft heißt übersetzt „mit dem Land wirtschaften“. Gerade die Landwirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten einen enormen Wandel von der reinen Produktion von Lebensmitteln hin zu einer multifunktionalen Landwirtschaft erlebt. Dies bedeutet weit mehr als „lediglich“ die Erzeugung von Milch, Fleisch und Getreide in guter Qualität zu angemessenen Preisen. Die Agrarpolitik ist auch ein Stück Gesellschaftspolitik. Unsere Bäuerinnen und Bauern leisten einen enormen Beitrag zum Erhalt der bayerischen Kultur und unserer einzigartigen Landschaft.

Ein nachhaltiger Tourismus zu allen Jahreszeiten ist im ländlichen Raum ohne die Pflege dieser Landschaft durch die bäuerlichen Betriebe dazu nicht zu verwirklichen. Eine multifunktionale Landwirtschaft trägt auch entscheidend zur Bewahrung und Gesunderhaltung unserer Lebensgrundlagen, der natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft bei - nicht nur für unsere, sondern auch für die zukünftigen Generationen. Der Berufsstand verdient unser aller Respekt und Anerkennung.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... die Versorgung unserer Kinder in Kindertagesstätten mit Obst und Gemüse ausweiten.

... die Anwendung von gentechnisch manipulierten Organismen verhindern.

... gentechnisch veränderte Lebensmittel – wenn man sie schon nicht ganz verhindern kann – klar kennzeichnen und Klonfleisch verhindern.

... die Tierhaltung so transparent machen, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher genau wissen, welches Fleisch sie kaufen.

... die Landwirtschaft mit einer verlässlichen Förder- und Forschungspolitik dabei unterstützen, unsere Lebensgrundlagen auch weiterhin zu wahren und zu schützen.

... durch angemessene Lebensmittelpreise für ein gutes Einkommen für die Bäuerinnen und Bauern sorgen.

... das sogenannte Greening und die Schaffung von ökologischen Vorrangflächen unterstützen.

... Ausgleichszahlungen endlich transparent und gerecht verteilen.

... einer gesunden Waldgesellschaft stets Vorrang vor finanziellen Interessen einräumen.

... den Steigerwald zum Nationalpark erheben.

Heimische Lebensmittel sind die beste Lösung

Die Ernährung ist die Grundlage für ein gesundes und genussvolles Leben. Die Menschen im Freistaat legen zunehmend Wert auf eine qualitativ hochwertige und nachhaltige Versorgung mit Lebensmitteln. Die heimische Erzeugung von Lebensmitteln ist die beste Lösung.

Regionale Kennzeichnung von Lebensmitteln

Wir werden eine klare Kennzeichnung über die Herkunft und die Produktionsweise der Lebensmittel voran bringen. Der Wunsch der Menschen, eine nachhaltige, soziale und regionale Produktion zu unterstützen, muss das oberste Gebot der Ernährungspolitik sein.

Die heutige Zeit ist geprägt von einem gigantischen Angebot an verschiedensten Nahrungsmitteln, welches von vielen Menschen zunehmend als verwirrend empfunden wird. Eine klare Kennzeichnung ist daher die Grundlage für einen verantwortungsbewussten Verbraucher. Angesichts der in immer kürzeren Abständen auftretenden Lebensmittelskandale ist es erforderlich darüber nachzudenken, ob und wie die Lebensmittelwirtschaft an den Kosten der Kontrollen beteiligt werden kann.

Ernährung von Kindern

Elementar erachten wir die Ernährungsbildung im Bereich der Kinder und Jugendlichen. Wir werden die Hauswirtschaft und die Lebenskunde im Unterricht in allen Schul- und Altersklassen etablieren, um den jungen Menschen die notwendigen Kenntnisse einer gesunden und genussvollen Ernährung zu vermitteln.

Die Versorgung unserer Kinder in Kindertagesstätten mit Obst und Gemüse werden wir ausbauen. Derzeit erhalten nur Kinder in den Grundschulen Zugang zum Schulfruchtprogramm. Wir werden dieses Programm auf sämtliche Kindertagesstätten ausdehnen, um die frühkindliche Ernährung positiv zu beeinflussen.

Gentechnik und Patente auf Leben haben in Bayern keinen Platz

Die Anwendung von gentechnisch manipulierten Organismen in Bayern, in Deutschland und der gesamten Europäischen Union lehnen wir vehement ab. Sie führen nur zu verstärkten Abhängigkeiten unserer Bäuerinnen und Bauern in unserer Heimat und weltweit und gefährden in hohem Masse die Biodiversität. Sie bieten keinerlei Mehrwert gegenüber der Züchtungsarbeit, die sich seit Jahrhunderten bewährt hat und an die Besonderheiten der Regionen und deren Vielfalt angepasst sind.

Patente auf Leben lehnen wir ab. Sie sind unethisch und unnötig. Wir werden alles unternehmen, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht in die Hände Multinationaler Konzerne zu geben.

Wir fordern eine klare Kennzeichnung von Lebensmitteln, die gentechnisch verändert wurden. Diese Kennzeichnung muss verständlich und einfach gestaltet werden, damit auch Menschen ohne Lupe eine Wahlfreiheit haben.

Fleisch von geklonten Tieren darf in Europa nicht in den Handel kommen. Diese Form der Züchtung ist schlichtweg unnötig und verunsichert die Menschen in Bayern zu Recht. Außerdem sind die langfristigen, gesundheitlichen Folgen bisher nicht ausreichend erforscht.

Fokus auf ökologisch verträgliche Produktion legen

Wir werden daher verstärkt den Fokus auf eine ökologisch verträgliche Fleisch- und Milchproduktion, auf eine heimische, autarke Eiweißversorgung in Europa legen. Wir müssen uns unserer internationalen Verantwortung bewusst werden und auch danach handeln. Dafür werden wir uns einsetzen. Einmal im Jahr für die Hungernden in der Welt zu spenden mag das Gewissen beruhigen, reicht aber bei weitem nicht aus.

Die Zukunft der Tierhaltung in Bayern

Die Tierhaltung ist die wirtschaftliche Grundlage vieler landwirtschaftlicher Betriebe in Bayern und Garant für den Erfolg der bayerischen Landwirtschaft. Wir stehen klar zur bäuerlichen Tierhaltung und zur regionalen Erzeugung hochwertiger Produkte. Die Menschen in Bayern legen verstärkt Wert darauf, unter welchen Bedingungen die Tiere gehalten werden. Aus diesem Grund werden wir ein freiwilliges Tierwohllabel installieren,

das transparent die Haltung darstellt. So liegt es in der Hand der Verbraucherinnen und Verbraucher, über Haltungsbedingungen zu entscheiden.

Gesetzliche Verschärfungen, die dazu führen, bäuerliche Strukturen zu zerstören und der Industrialisierung der Tierhaltung Vorschub zu leisten, lehnen wir jedoch ab. Niemand kann wollen, dass der Industrialisierung der Tierhaltung Vorschub geleistet wird. Die Förderung von Stallbauten werden wir jedoch verstärkt an das Tierwohl koppeln, um diesen Bereich voranzubringen.

Verbot bienengefährlicher Pestizide

Wir wissen: Ohne Bienen gibt es keine Landwirtschaft, kein Obst, keinen Honig und vieles andere in unserer Welt nicht mehr. Daher werden wir uns vehement gegen den Einsatz und für ein Verbot besonders bienengefährlicher Pestizide in der Landwirtschaft und im Gemüse und Gartenbau einsetzen. Darüber hinaus werden wir spezielle Blühprogramme auflegen, um das immer mehr um sich greifende Bienensterben zu stoppen. Zu lange wurden die Bedeutung der Bienen und ihr Schutz verkannt und vernachlässigt. Der Lebensraum der Bienen und vieler anderer Insekten und Kleinlebewesen muss erhalten bleiben.

Nachhaltig und artgerecht wirtschaften

Wir müssen daher die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Böden und die artgerechte Tierhaltung verstärkt fördern. Dies kann nur in Zusammenarbeit mit allen Berufsverbänden und im gesellschaftlichen Konsens gelingen.

Verlässliche Förder- und Forschungspolitik

Wir werden die Landwirtschaft mit einer verlässlichen Förder- und Forschungspolitik dabei unterstützen, diese Lebensgrundlagen auch weiterhin zu wahren und zu schützen.

Guter Lohn für gute Arbeit

Die gerechte Entlohnung der Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern, die auch notwendige Rücklagen und Investitionen in die Betriebe ermöglicht, ist ein zentrales Ziel unserer Arbeit. Die Menschen in Bayern sind bereit, für Lebensmittel einen Preis zu bezahlen, der ein angemessenes Einkommen für die Bäuerinnen und Bauern gewährleistet.

Daher werden wir unsere Erzeuger in ihrer Verhandlungsmacht stärken, damit sie gegenüber den großen Handelsketten, den Lebensmittelkonzernen, sowie den Großmolkereien und Großschlachtern bestehen können.

Landwirtschaft in allen Facetten unterstützen

Der Facettenreichtum der Betriebe in Bayern ist eine Besonderheit, die wir ausdrücklich begrüßen. Viele Bäuerinnen und Bauern leben nicht nur von der Bewirtschaftung der Flächen, sondern haben weitere Standbeine aufgebaut wie den Tourismus oder die Bewirtschaftung im Nebenerwerb. Für die BayernSPD ist es nicht vorrangig, ob die Betriebe im Nebenerwerb oder im Haupterwerb, ökologisch oder konventionell, mit Tierhaltung oder ohne bewirtschaftet werden. Jede Form der nachhaltigen

Bewirtschaftung hat unabhängig von Größe und Form des Betriebes unseren Respekt und Unterstützung verdient.

Ökologischer Landbau

Wir werden den Ökolandbau weiter ausbauen und fördern. So werden wir z.B. Stallbauten fördern, die das Wohlergehen der Tiere besonders berücksichtigen. Neben der Intensivierung der Ökopremie werden wir die Fachbildung in diesem Bereich verstärken, die unabhängige Forschung vorantreiben und die Vermarktung bayerischer Bioprodukte aus einem Guss fördern.

Unabhängige Forschung und Beratung

Wir brauchen nach wie vor eine wirklich unabhängige und kompetente Beratung der Landwirte, um eine nachhaltige und moderne Landwirtschaft zu verwirklichen. Wir müssen verhindern, dass große Konzerne und mächtige Interessengruppen ihre Vorstellungen von Landwirtschaft (z.B. bei der Gentechnik) bei Fragen von Ackerbau und Viehzucht, die meist nur der eigenen Gewinnmaximierung und der Gewinnsteigerung dienen, durchsetzen können.

Eine moderne Europäische Agrarpolitik

Die Europäische Agrarpolitik ist, bei aller berechtigten Kritik, grundsätzlich ein Erfolgsmodell. Die Europäische Agrarpolitik, die zum einen die entscheidenden Weichen für eine vernünftige Agrarpolitik in Zukunft stellen und zum anderen die gesellschaftliche Akzeptanz der Zahlungen gewährleisten muss, wird derzeit für den Zeitraum 2014-2020 neu verhandelt. Zum ersten Mal entscheidet dank des Lissabon-Vertrages das Europäische Parlament mit.

Das sogenannte Greening, eine Bindung der Zahlungen an ökologische Auflagen, unterstützen wir, solange seine Ausgestaltung einer ökologisch und ökonomisch sinnvollen Umsetzung nicht im Wege steht. Eine reine Stilllegung von Flächen lehnen wir ab, unterstützen jedoch die Einrichtung von ökologischen Vorrangflächen.

Ausgleichszahlungen transparent und gerecht verteilen

Wir werden alles daran setzen, dass Ausgleichszahlungen transparent und gerecht verteilt werden. Ebenso werden wir uns dafür stark machen, dass nicht nur die Größe der Betriebe, sondern auch die gesellschaftliche Leistung als Bemessungsgrundlage dient. Die Vorschläge der EU-Kommission gehen dabei in vielem in die richtige Richtung. Auch die Zahlungen der ersten Säule müssen ab einem gewissen Volumen von ca. 300.000 Euro gedeckelt werden, um den Wettbewerbsvorteil von Betrieben mit industriellem Charakter zu verringern und die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern zu stärken. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob ein Betrieb mit ca. 30.000 Euro pro Arbeitskraft bezuschusst wird, oder mit ca. 5.000 Euro im Jahr. Die durchschnittliche Hofgröße beträgt in Bayern übrigens ca. 21,5 ha.

Agrarpolitik ist auch Entwicklungspolitik

Wie wir mit dem Land wirtschaften, wie wir Fleisch und Milch erzeugen, wie wir mit

hohem Energieeinsatz Lebensmittel zur Energieerzeugung anbauen, beeinflusst in hohem Masse die Lebensqualität der Menschen in den Entwicklungsländern. Deren Preise für Grundnahrungsmittel steigen immer weiter an. „Der Teller muss Vorrang vor dem Tank haben“. Für uns ist das keine hohle Floskel. Besonders die Regionen in der Welt, in denen Soja in riesigen Monokulturen erzeugt wird und Ölpalmlantagen verstärkt angelegt werden, verändern sich äußerst negativ, da die Regenwälder zur Gewinnung von Ackerland abgeholzt werden und die Lebensgrundlagen damit zerstört werden. Wir fischen die Weltmeere leer, um das Fischmehl an unsere Tiere zu verfüttern. Kleinbauern und Ureinwohner werden von ihren Parzellen vertrieben, multinationale Agrarkonzerne und Großgrundbesitzer erzielen die großen Gewinne und lassen die Vertriebenen im Elend zurück. Unser Überfluss ist Teil des Hungers der anderen.

Exportsubventionen abschaffen

Mit unserem Handeln in Europa beeinflussen wir auch andere Regionen in der Welt. Wir setzen uns für die Abschaffung der Exportsubventionen ein, da sie nicht den Hunger bekämpfen, sondern im Gegenteil: sie verursachen ihn mit. Auch den geplanten verstärkten Interventionszahlungen erteilen wir eine klare Absage, da sie letztendlich nichts anderes sind als eine verkappte Exportförderung. Wir sind uns sicher: Unsere hochwertigen, heimischen Produkte werden weltweit nachgefragt, so dass Exportförderungen nicht mehr notwendig sind.

Lebensmittelverschwendung und -Vernichtung bekämpfen

Wir wollen die extreme Lebensmittelverschwendung und Vernichtung in Deutschland und der gesamten EU endlich wirksam bekämpfen. Erst erzeugen wir die Produkte mit hohen Kosten und Energieeinsatz, um sie dann zu vernichten oder zu Hause verfaulen zu lassen. Seriöse Berechnungen ergaben, dass mit diesen Lebensmitteln 1,3 Milliarden Menschen bequem ernährt werden könnten. Auch da werden wir uns deutlich stärker engagieren als die Regierungen zuvor.

Verstärkte Förderung des Grünlandes

Die Bewirtschaftung von Grünland ist eine nachhaltige und besonders klimafreundliche Landnutzung, die wir verstärkt unterstützen werden. Neben Förderprogrammen spielt jedoch auch der Milchpreis eine entscheidende Rolle für Wirtschaftlichkeit der Grünlandbewirtschaftung. Wir werden daher für ein Umbruchverbot von Dauergrünland, wie in vielen Teilen Deutschlands bereits durchgesetzt, eintreten.

Bayerische Wälder sind unbezahlbar

Die bayerischen Wälder produzieren täglich begehrtes Holz für unsere heimische Wirtschaft. Aber nicht nur das. Insbesondere dient der Wald der Allgemeinheit als wichtiger Trinkwasserschutzbereich, Boden- und Erosionsschutz sowie Lawinenschutz. Er dient den Menschen zur Erholung und ist der Lebensraum zahlreicher Tier- und Pflanzenarten.

Ausgleich zwischen Nutzen und Schutz des Waldes schaffen

Die BayernSPD setzt sich dafür ein, dass für die drei großen Zielrichtungen im Wald, dazu

gehört neben den Nutzfunktionen vor allem die Schutz- und Erholungsfunktion, ein fairer Ausgleich gefunden wird. Gerade der Staatswald als Bürgerwald ist durch das Bayerische Waldgesetz dem Gemeinwohl besonders verpflichtet. Durch eine naturnahe Bewirtschaftung und gegen eine auf kurzfristigen Gewinn ausgerichtete Forstwirtschaft muss der Staatsforst als Vorbild für private Waldbesitzer dienen. Das Gemeinwohl hat für uns Vorrang vor den Nutz- und Einkommensfunktionen.

Wald schafft wertvollen Lebensraum

Unsere Wälder haben für den Natur- und Artenschutz eine besondere Bedeutung. Der Wald ist nicht nur Lebensraum für ganze Lebensgemeinschaften, sondern ist darüber hinaus teilweise auch der letzte Rückzugsraum für bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Die BayernSPD ist sich der Verantwortung bewusst, dass eine gesunde Waldgesellschaft Vorrang vor finanziellen Interessen haben muss.

Wald schafft Arbeit im ländlichen Raum

Rund um den Wald gibt es zahlreiche Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Um unsere Wälder in Zeiten des Klimawandels fit für die Zukunft zu machen brauchen wir gut ausgebildete Förster und Waldarbeiter. Wir werden deshalb Personalabbau in diesem Bereich stoppen und umkehren. Neben den klassischen Aufgaben eines Försters muss die fachkundige Beratung von Waldbesitzern verstärkt werden.

Wald im Wandel

Wir müssen die Wälder an die Herausforderungen der Zukunft anpassen. Der Klimawandel bedroht sie. Das Ziel, reine Fichtenwälder zu stabilen Mischwäldern umzubauen, geht in Bayern zu langsam voran. Dies ist vor allem im Bergwald von Bedeutung. Als BayernSPD machen wir uns besonders für die Tanne stark – tief, stabil und klimatauglich. Wir werden verstärkt Personal einsetzen, um Waldbesitzer beim Waldumbau zu unterstützen. Außerdem werden wir flexible und unbürokratische Fördermaßnahmen anbieten, die den Waldumbau vorantreiben. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren.

Wald vor Wild

Wir werden im Konsens mit den Waldbesitzern, allen Jagdverbänden und der bayerischen Forstverwaltung Konzepte und Vorgaben zur Jagd in Bayern überarbeiten. Wir brauchen angepasste Wildbestände, um die dringend benötigte Naturverjüngung für den Waldumbau nicht zu gefährden. Fast die Hälfte der Wälder in Bayern leidet unter zu hohem Verbiss durch Schalenwild. Dies ist für uns ein Handlungsauftrag der Natur. Gute Jagd in Bayern hilft dem Wald beim Wachsen.

Nationalparks in Bayern

In der Kernzone der Nationalparks Berchtesgaden und Bayerischer Wald wird völlig auf die Holznutzung verzichtet. Diese besonderen Flächen sind als urwaldnahe Referenzflächen ausschließlich der Natur vorbehalten. Als BayernSPD setzen wir uns für einen dritten Nationalpark, den Steigerwald ein. Er hätte im Besonderen die Buchenwildnis als Ziel.

Naturschutz auf der ganzen Fläche

Als BayernSPD halten wir ein Nutzungsverbot rein nach Flächenprozenten für nicht zielführend. Wir setzen auf das integrative Modell, also Naturschutz und Holznutzung auf der gleichen Fläche. Unser Ziel ist es, integrierte Maßnahmen, wie beispielsweise Totholzprojekte, Biotopbäume oder Spechtbäume, so zu fördern, dass auf der gesamten Fläche Trittsteinbiotope entstehen und der gesamte Wald in Bayern naturnah bewirtschaftet wird.

Nährstoffe als Lebensgrundlage

Als zentrale Aufgabe der Gegenwart und Zukunft sehen wir den nachhaltigen Umgang mit Nährstoffen im Wald. Die Vollbaumnutzung, wie sie derzeit für Energieholz immer üblicher wird, entzieht dem Wald wichtige Nährstoffe. Hier zeigen wir durch ein klares Konzept Möglichkeiten auf. Qualifizierte Beratung ist hier besonders von Nöten. Dafür werden wir sorgen.

VerbraucherInnenschutz in Bayern: Aufklären und ausweiten

Verbraucherinnen und Verbraucher sollten selbstbestimmt, eigenverantwortlich und stets gut informiert rationale Entscheidungen treffen können. Dieses Ideal aber hat mit der Wirklichkeit in unserem Land nichts zu tun. Das zu ändern ist eine große politische Aufgabe, der wir uns stellen werden.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... die VerbraucherInnenbildung ausbauen und weiterentwickeln.

... die unabhängigen VerbraucherInnenorganisationen stärken und verlässlich finanzieren.

... die Kennzeichnung der Produkte verbessern und für mehr Transparenz sorgen.

... für Lebensmittelsicherheit von Anfang an sorgen.

... Provisionen und Kosten für Finanzprodukte den Verbraucherinnen und Verbrauchern offenlegen.

Wir setzen auf Information, Beratung, Bildung und Transparenz

Die Mannigfaltigkeit und Komplexität der Angebote und auch Informationen, Globalisierung und technischer Fortschritt haben die Konsummöglichkeiten stark verändert und überfordern oftmals die Verbraucherinnen und Verbraucher. Viele finden

sich im Kleingedruckten und im Tarifdschungel nicht mehr zurecht. Sie fragen sich, ob sie den angebotenen Lebensmitteln, Spielsachen und anderen Waren vertrauen können oder welche Versicherung für sie die richtige ist. Wir fordern deshalb eine Verbraucherpolitik, die den Menschen im Alltag abholt und setzen dabei auf Information, Beratung, Bildung und Transparenz.

Ausbau und Weiterentwicklung der VerbraucherInnenbildung

Es ist wichtig, dass bereits Kinder und Jugendliche den Umgang mit Geld erlernen und die Einflussmöglichkeiten der Werbung und anderer Anbieterstrategien einschätzen können. Verbraucherbildung bereits in Kindertagesstätten und Schulen wird bei uns Standard werden, um adäquates Konsumverhalten zu erlernen.

VerbraucherInnenberatung

Starke Verbraucherorganisationen sind notwendig. Wir brauchen ein flächendeckendes Netz von unabhängigen Verbraucherberatungsstellen, die angemessen und verlässlich finanziert werden.

Mehr Transparenz und verbesserte Kennzeichnung

Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf, über die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung informiert zu werden. Deshalb sprechen wir uns für Gütesiegel für kontrollierte Lebensmittelhygiene in allen Betrieben aus. Sollte es keine bundeseinheitliche Lösung geben, werden wir eine bayerische Lösung anstreben.

Die Nährwertkennzeichnung nach dem GDA-Modell lehnen wir ab und fordern die schnell erfassbare Kennzeichnung mit Hilfe von Ampelfarben.

Lebensmittelsicherheit von Anfang an

Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich auf eine durchlässige Lebensmittelsicherheit vom Acker bis auf dem Tisch verlassen können. Deshalb werden wir für die Durchführung der amtlichen Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen ausreichend Personal wie Amtsveterinäre und Lebensmittelkontrolleure sowie eine Sachausstattung auf neuestem technischen Stand zur Verfügung stellen.

Finanzdienstleistungen: Marktmacht der VerbraucherInnen stärken

Die SPD will die Marktmacht der Bevölkerung vor allem bei Finanzdienstleistungen stärken. Wir werden dafür sorgen, dass der Umfang sämtlicher vom VerbraucherInnen zu tragenden Provisionen und Kosten für ein Finanzprodukt verständlich offen gelegt werden muss. Bisherige Schutzkonzepte wie eine einseitige Zunahme der Informationspflichten überfordern mehr, als dass sie schützen. Insofern setzen wir auf zertifizierte objektive Qualitätsstandards in der Finanzberatung.

Soziales

Antragsbereich S/ Antrag 1

Bezirksverband Unterfranken

Für den Ausbau von Alten-Service-Zentren bundesweit!

(Angenommen)

weiter an

5

LTF

BTF

10 In Deutschland nimmt die Zahl der allein lebenden älteren Menschen jedweder Art stetig zu. Der demographische Wandel zeigt deutliche Spuren und stellt uns vor neue, große Herausforderungen.

15 Die bisherigen Maßnahmen können den Bedürfnissen der wachsenden Zahl an Senioren nicht gerecht werden. Gerade der Übergang in diese Lebensphase ist turbulent. Er ist geprägt von Abschieden und Neuorientierungen; Vereinsamung der Senioren ist dabei oft eine Folge. Auch kumulieren im höheren Alter soziale Benachteiligungen; Altersarmut ist nicht selten.

20 Um diesen Bedürfnissen nachzukommen, gab es schon viele Modellprojekte von Bund und Ländern. Sie alle fördern ehrenamtliches Engagement im Alter, verschiedene Beratungen und Bildungsangebote. Jedoch werden die meisten Versuche nach der Modellphase nicht in die kommunale Finanzierung übernommen.

25 Die Alten- und Service-Zentren (ASZ) in München sind ein solches Projekt, die sich schon seit vielen Jahren bewährt haben. Hier hat sich die Stadt München mit großen Wohlfahrtsverbänden zusammen getan und ein flächendeckendes Netz von ASZ gebildet, das auf die individuellen Bedürfnisse jedes Stadtteils eingehen kann.

30 Die Arbeit eines ASZ kann grob in zwei Bereiche unterteilt werden:

Es finden hier vielseitige Kultur und Bildungsangebote in Form von Kursen oder Veranstaltungen statt. Sie haben zum einen das Ziel, das ASZ zum Treffpunkt zu machen, in dem man Kontakte knüpfen kann, die auch nach den Kursen weitergeführt werden können.

35

Damit wirkt es Altersvereinsamung entgegen. Zum anderen wirken die Kursangebote präventiv gegen eventuellen Gedächtnisverlust. Hierunter fallen Sprachkurse, Gedächtnistrainings, Computerkurse usw. sowie

40

Ausflüge, im speziellen Fall etwa zum Herrenchiemsee und Informationsveranstaltungen zum Thema ‚Wohnen im Alter‘, oder anderen kulturellen

Themen.

45 Fitnessangebote können ebenfalls wahrgenommen werden. Kurse wie z.B. Tai Chi, Aerobic oder Wirbelsäulengymnastik können sowohl körperlichen Leiden vorbeugen, als auch vorhandene Leiden mildern.

50 Auch Beratungsarbeit nimmt einen großen Teil der Arbeit ein. Sowohl Betroffene als auch Angehörige können hier gezielt Hilfe erfahren, um mit den verschiedenen Problemen, die im Alter auftauchen können, wie z.B. Pflegebedürftigkeit, Armut und Demenz, nicht allein fertig werden zu müssen. Ziel ist es, dass die Betroffenen möglichst lange ein unabhängiges, würdiges Leben daheim führen können.

55 Alle Senioren, egal welchen Geschlechts, welcher Herkunft, Sexualität oder sozialen Situation, können an den Kursen, Veranstaltungen und Beratungsangeboten teilnehmen. Die durchweg positive Rückmeldung der Senioren und die wachsende Nachfrage nach den Angeboten der Alten-Service Zentren, zeigen die existentielle Lücke, die die ASZ in der ambulanten Altenhilfe schließen.

60 Vielerorts erfährt die Altenpolitik einen Zuwachs an Aufmerksamkeit. Der wachsende Anteil an Senioren in der Bevölkerung, mit den unterschiedlichsten Lebenslagen und Lebensstilen, fordert neue Ideen und Antworten, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken. Die ASZ in München sind ein Erfolgsprojekt, an denen man sich orientieren kann und die beispielgebend übertragbar sind für andere Städte, Kommunen und Gemeinden.

65 Wir Jusos fordern deshalb die unterfränkische SPD-Bezirkstagsfraktion, die bayerische SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestags-Fraktion auf, sich für den Ausbau von Alten-Service-Zentren bundesweit einzusetzen und die Kommunen beim Ausbau – auch finanziell – zu unterstützen. Altenplanung darf nicht länger aus leeren Absichtserklärungen bestehen, sondern muss sich an Taten messen lassen.

Antragsbereich 5/ Antrag 2

Jusos

Jugendsozialarbeit in Bayern

(Überwiesen als Material an)

LTF

5

SGK

10 Immer öfter kommt es vor, dass bayerische Jugendliche und Kinder u.a. psychische, familiäre oder schulische Probleme haben, die kaum alleine von ihnen zu bewältigen sind. Mögliche Ursachen sind häufig Druck, Mobbing und Schulischer Stress, die aus dem Alltag von Heranwachsenden fast nicht mehr wegzudenken sind. Die Probleme fangen in der Grundschule schon häufig an, Mobbing z.B. ist an den Grundschulen genauso zur grausamen Realität geworden, wie an Gymnasien, Mittelschulen, Realschulen und

Haupt-/Gesamtschulen.

15

Für diese Kinder und Jugendliche, die alleine nicht aus ihrer schlimmen Situation herauskommen, brauchen wir unbedingt ein Team von Jugendsozialarbeitern_Innen, denn niemand möchte mit einem der oben genannten Probleme alleine konfrontiert sein.

20

Jugendsozialarbeit an Schulen

25

Hierzu eine kurze Begriffsklärung: Schulbezogene Jugendsozialarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass ein bestimmtes Team von Jugendsozialarbeitern_Innen an einer Schule fest postiert ist, ein gutes Verhältnis zu den Schülern_Innen pflegt und durch zielbezogene Seminare oder Sprechstunden vorzeitig schwierige Lebenssituationen bei Schüler_Innen erkennt und behebt. Durch diese bestimmten Möglichkeiten haben diese unabhängigen Fachleute einen engeren und vertrauensvolleren Kontakt zu den Schüler_Innen und können ihnen so leichter helfen.

30

35

Denn bei den meisten Schüler_Innen fangen die Probleme in der Schule an, aber die Jugendsozialarbeiter_Innen können die Probleme dort, abseits von Familie, leichter greifen als wenn sie direkt in den Familien ansetzen würden. Immer mehr Schüler_Innen an bayerischen Schulen sind verhaltensauffällig u.a. durch Essstörungen, Depressionen oder schlimme Vorkommnisse in Familien selbst, wie Missbrauch oder Vernachlässigung. Für diese Jugendlichen/ Kinder muss professionelle Hilfe in Form von einem von Lehrern unabhängigen Jugendsozialarbeiterteam und ein Psychologe bereitstehen, da sich diese von den Lehrern differenzieren und Schweigepflicht haben. Denn häufig ist das Vertrauensverhältnis zwischen Schüler_Innen und Lehrer_Innen so gestört, dass psychische oder andere Probleme übergangen oder ignoriert werden. Außerdem sind LehrerInnen auch für derartige Probleme nicht ausreichend ausgebildet, um situationsgerecht und adäquat reagieren zu können. Es kann nicht sein, dass den Betroffenen keine ausreichende Hilfe zusteht, oder nur vereinzelt vorhanden ist. Als Beispiel die Stadt Würzburg: Hier gibt es genau eine Jugendsozialarbeiterin an einer Höchberger Schule, die wechselnd sich auch um andere Schulen kümmert. Natürlich gibt es auch unabhängige Sozialarbeiterstellen, Beratungsstellen, Psychologische Hilfe und ähnliches, doch bis die Betroffenen sich dort hin orientiert haben, oder sich durchgerungen haben zu den betreffenden Stellen hin zu gehen, ist es oftmals zu spät. Insgesamt gibt es in Bayern nur 450 Jugendsozialarbeiterstellen im Schulbezogenen Betrieb (Quelle: stmas.bayern.de/jugend/sozialarbeit/jas.htm#regionale) in 635 Einsatzorten. Das ist unserer Meinung nach für 1,8 Millionen Schüler_Innen viel zu wenig und wir fordern hiermit eine verstärkt geförderte, ausgebaute und bessere Jugendsozialarbeit an Schulen.

50

55

Jugendsozialarbeit bezogen auf die Arbeitswelt

60

In dieser Projektarbeit setzt die Jugendsozialarbeit besonders in so genannten Jugendwerkstätten an, in denen Jugendliche mit psychischen oder lebenskritischen Schwierigkeiten einerseits durch ausgebildetes Fachpersonal betreut werden und andererseits eine fundierte Ausbildung durch Meister in verschiedenen Ausbildungsberufen erhalten wie z.B. Koch/ Köchin, Schneiderer_In u.ä.

Die Jugendlichen verdienen hier ihr erstes Geld, was ihnen die Zuversicht gibt etwas

- 65 wert zu sein, etwas getan zu haben und eine Zukunft zu haben. Es ist unglaublich wichtig, diese Einrichtungen, die in Bayern vereinzelt vorhanden ist, schrittweise auszubauen und zu fördern, um allen Jugendlichen, die Schwierigkeiten im Leben haben, eine Zukunft im richtigen Berufsleben zu geben und sie nicht in ein neues Loch fallen zu lassen und sie im Stich zu lassen. (Quelle: lagjsa-bayern.de)
- 70 **Sozialarbeit in Jugendzentren – eine andere Art der Jugendsozialarbeit**
- Auch in Jugendzentren (JUZ) greift oft eine Art Sozialarbeit, indem ein Team kompetenter Pädagogen und Psychologen dort angestellt sind, die die Kinder, die dort kostenlos das JUZ besuchen und Angebote wahrnehmen können, betreuen und so frühzeitig Probleme erkennen können.
- 75 Zusammenfassend kann man sagen, dass es wichtig für alle Jugendliche ist, einen Rückhalt zu bieten, der sie bei Problemen unterstützt und diese löst.
- 80 **Forderungskatalog**
- Ausbau der Jugendsozialarbeitsstellen an Schulen, mind. 1 Team an jeder Schule
- 85 Die Teams berechnen sich durch zwei (männlich und weiblich) an jeder Schule und ab einer Schulgröße von 800 für je weitere 400 Schüler ein neuer Jugendsozialarbeiter bis zu einer Teamgröße von acht. Um bei Straffällen angemessen und schnell reagieren zu können, müssen klare Zuständigkeiten im Jugendamt und in der Polizei hergestellt werden, an die sich die JugendsozialarbeiterInnen wenden können. Förderung soll aus dem Budget des Freistaats Bayern erfolgen
- 90 - Förderung der Betriebe, die Jugendliche mit Problemen in die Arbeitswelt begleiten, ebenfalls durch das Budget des Freistaats Bayern. Ein erstes Ziel sollte bei ca. 70 bis 80 Betrieben in Bayern ein, ein endgültiges Ziel bei ca. 300.
- 95 - Bessere Förderung und Ausbau der JUZ, um allen Jugendlichen einen Zugang zu kostenlosen Angeboten und die Chance sich mit gleichaltrigen kostenlos zu treffen. JUZ muss es in jeder Stadt geben.

Antragsbereich S/ Antrag 4

Bezirksverband Oberpfalz

Antrag an den SPD-Landesparteitag (Frauenaltersrente)

(Angenommen)

5 Die BayernSPD fordert die Bundespartei und die Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Rücknahme der Streichung der Frauenaltersrente einzusetzen.

Antragsbereich S/ Antrag 5

AGS

Vorzeitige Inanspruchnahme von Rentenleistungen

(Überwiesen als Material an)

5 BTF

Wir fordern eine sozial verträgliche Regelung für die vorzeitige Inanspruchnahme von Rentenleistungen auf der Basis von Risikoklassen:

10 1.) Eine vorzeitige Inanspruchnahme der Durchschnittsrente steht den Beschäftigten und Selbständigen zu, die einer Berufsgruppe angehören, die von der zuständigen Berufsgenossenschaft in einer höheren Risikoklasse als RK 1.1 geführt werden oder geführt würden.

15 2.) Die zusätzlich notwendigen Aufwendungen hierfür werden durch Steuern finanziert

3.) Damit soll Berufstätigen in erschwerten Tätigkeitsfeldern die Möglichkeit gegeben werden, ohne Abschläge vorzeitig verrentet zu werden

Antragsbereich 5/ Antrag 6

AGS

Rentenversicherung für Selbständige

(Angenommen)

weiter an BTF

5

PV

zur Einarbeitung Rentenkonzept

10

Wir fordern eine Rentenversicherungspflicht für Selbständige mit folgenden Kriterien:

1. Versicherungspflicht für Selbständige

15

1.1. Alle Selbständigen unterliegen ab Gründung ihres Unternehmens einer Rentenversicherungspflicht (GRV).

1.2. Einkommen aus der Nebenerwerbsselbständigkeit unterliegt ebenso der Rentenversicherungspflicht und muss gegenüber der GRV nachgewiesen werden.

20

1.3. Der Status als Gewerbetreibender, Selbständiger oder Freiberufler wird der GRV durch die Gewerbeanmeldung bzw. durch die Bestätigung des zuständigen Finanzamts nachgewiesen.

25

2. Beiträge zur GRV, geschätzte Vorauszahlungen

2.1. Die Beitragshöhe richtet sich nach den Sätzen der RV für Angestellte und Arbeiter. Die Steuerliche Belastung wird analog geregelt (AN/AG).

30

2.2. Die Beiträge zur GRV werden grundsätzlich einkommensabhängig berechnet und erhoben.

2.3. Schätzungsgrundlage für die Berechnung der laufenden Beiträge ist das durch Steuerbescheid ermittelte Einkommen des jeweils vorletzten Jahres.

35

2.4. Sollte ein Selbständiger kein positives Einkommen erzielen, so zahlt er einen Rentenversicherungsbeitrag in der gleichen Höhe wie die des Mindestbeitrages zur (bisher schon bestehenden) freiwilligen GRV.

40

3. Beitragskorrektur nach Ablauf des Entrichtungsjahres

3.1. Wenn das steuerlich ermittelte Einkommen das ursprünglich geschätzte Einkommen übersteigt, so ist der Selbständige zur Nachentrichtung verpflichtet.

45

3.2. Fällt das steuerlich ermittelte Einkommen jedoch unter die Höhe des ursprünglich geschätzten Einkommens, so wird der zu viel entrichtete Beitrag dem laufenden

Beitrag gutgeschrieben.

4. Schonfrist für Gründerinnen und Gründer

50

Gründern kann auf Antrag eine Stundung der Beiträge in den ersten drei Geschäftsjahren gewährt werden. Sie können die Regelung entsprechend 2.4 in Anspruch nehmen. Im Übrigen gilt die Regelung nach Ziffer 3.

55 5. Befreiung von der Beitragspflicht

Von der Beitragspflicht sind Selbständige befreit, wenn ihre Altersvorsorge oder ihr berufständisches Versorgungswerk folgenden Konditionen unterliegt:

60 5.1. Keine vorzeitige Vererbbarkeit (Ausnahme im Todesfall)

5.2. Keine Veräußerung

5.3. Keine Übertragbarkeit oder Schenkung

65

5.4. Keine Beleihbarkeit

6. Inanspruchnahme der Rentenleistung

70 6.1. Die zeitlich früheste Inanspruchnahme der Rente richtet sich nach den gesetzlichen Vorgaben zur GRV.

6.2. Jeder Selbständige hat Anspruch auf eine Rente, wenn er 40 Rentenversicherungsjahre nachweisen kann, wovon mindestens 30 Beitragsjahre angerechnet worden sind.
75

6.3. Jeder Selbständige hat Anspruch auf eine Mindestrente (Solidarrente), wenn seine Altersversorgung aus der Pflichtversicherung und den Zuflüssen aus anerkannten Vorsorgeaufwendungen nur eine unzureichende Rente (unterhalb der Basissicherung) ermöglicht.
80

7. Finanzierung der Rentenleistung

85 Die Finanzierung der laufenden Inanspruchnahme der Rente erfolgt durch Beitragszahlungen der Versicherten und aus Steuermitteln, wobei die Anforderungen der OECD zum Steueraufkommen (Vermögenssteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, höhere Besteuerung von höheren Einkommen, etc.) erfüllt werden.

”

AGS

Krankenversicherung für Selbständige

(Angenommen)

weiter an

5

BTF

PV

10

zur Einarbeitung BürgerInnenversicherungskonzept

15

Wir fordern eine Beitragskorrektur in der Krankenversicherungspflicht für Selbständige mit folgenden Kriterien:

1. Versicherungspflicht für Selbständige

20

1.1. Alle Selbständigen unterliegen ab Gründung ihres Unternehmens einer Krankenversicherungspflicht (GKV).

1.2. Einkommen aus der Nebenerwerbsselbständigkeit unterliegt ebenso der Krankenversicherungspflicht und muss gegenüber der GKV nachgewiesen werden.

25

1.3. Der Status als Gewerbetreibender, Selbständiger oder Freiberufler wird der GKV durch die Gewerbeanmeldung bzw. durch die Bestätigung des zuständigen Finanzamts nachgewiesen.

30

2. Beiträge zur KV, geschätzte Vorauszahlungen

2.1. Die Beiträge zur GKV werden grundsätzlich einkommensabhängig berechnet und erhoben.

35

2.2. Schätzungsgrundlage für die Berechnung der laufenden Beiträge ist das durch Steuerbescheid ermittelte Einkommen des jeweils vorletzten Jahres.

40

2.3. Sollte ein Selbständiger kein positives Einkommen erzielen, so zahlt er einen Krankenversicherungsbeitrag in der gleichen Höhe wie die des Mindestbeitrages zur freiwilligen GRV.

45

3. Beitragskorrektur nach Ablauf des Entrichtungsjahres

3.1. Wenn das steuerlich ermittelte Einkommen das ursprünglich geschätzte Einkommen überstieg, so ist der Selbständige zur Nachentrichtung verpflichtet.

3.2. Fiel das steuerlich ermittelte Einkommen jedoch unter die Höhe des ursprünglich geschätzten Einkommens, so wird der zu viel entrichtete Beitrag dem laufenden Beitrag gutgeschrieben.“

Antragsbereich 5/Antrag 8

AsF

Bausteine für eine sozialdemokratische Gestaltung des Pflegegeldgesetzes

(Angenommen)

weiter an BPT

5

Pflege ist wie Kindererziehung gesellschaftlich notwendige Arbeit.

10

Pflegezeiten dürfen kein privates Risiko sein. Sie müssen gesellschaftlich anerkannt und entsprechend honoriert werden. Dabei stehen die Bedürfnisse und Interessen der Pflegenden und Pflegebedürftigen im Mittelpunkt.

15

Der Pflegebegriff muss neu definiert werden: Gesellschaftliche Teilhabe muss ermöglicht werden. Dabei sind die Rahmenbedingungen für eine älter werdende Gesellschaft unter den Gesichtspunkten Mobilität (Baurecht, Stadtplanung,)

zu berücksichtigen.

Fürsorgepflicht für pflegende Angehörige ist gesellschaftliche Aufgabe

20

Pflege ist eine Anforderung an die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie muss in unserer Gesellschaft so sichergestellt und anerkannt werden, wie es beispielsweise die Kinderbetreuung (inzwischen) ist.

25

Grundvoraussetzungen:

§ Pflegezeiten sind nicht planbar, anders als z.B. die Betreuung von Kindern.

D.h. hohe Flexibilität und Möglichkeiten für kurzfristiges Agieren muss ein

30

Pflegegesetz leisten, will es den pflegenden Angehörigen wirklich helfen.

§ Dies bedeutet vor allem, dass ein Rechtsanspruch auf Pflegezeit

sicherzustellen ist

35

§ Pflege ist gesellschaftlich notwendige Arbeit. Daher müssen Pflegezeiten

– ähnlich wie das Elterngeld – mit einer Lohnersatzleistung ausgestattet werden

40

§ Pflege darf nicht auf dem Rücken der Angehörigen zum privaten Risiko

- werden: Lohnneinbußen, berufliche Rückschläge der Pflegenden sind nicht zu akzeptieren.

45

Um flexibel handeln zu können, ist die von der Arbeitsgruppe „Familienpolitik“

unter Führung von Manuela Schwesig eingebrachte Initiative „1000-Stunden-

50

Budget“ der richtige Vorschlag: „Arbeitnehmer erhalten einen rund 6-monatigen Freistellungsanspruch, der mit einer Lohnersatzleistung ausgestattet ist. Diese rund 1000 Stunden kann man flexibel einsetzen: in verschiedene Zeitabschnitte einteilen oder auch über Jahre zeitlich strecken“

55

§ Die bereits geltende 10-tägige Auszeit, wenn ein Pflegefall in der Familie eingetreten ist, um die neue Lebenssituation zu organisieren, muss mit einer Lohnersatzleistung ausgestattet werden

60

§ Wir wollen ein zusätzliches Zeitbudget mit Lohnersatz für die Sterbebegleitung einführen

§ Wir brauchen eine solidarische Bürgerversicherung auch für die Pflege. Aus diesem Einkommen sind Lohnersatzleistungen zu finanzieren.

Darüber hinaus soll diskutiert werden, wie eine rentenmäßige Anerkennung von Pflegezeiten zu verbessern ist.

Antragsbereich 5/ Antrag 9

AsF

Flächendeckende Prävention von sexualisierter Gewalt

(Angenommen)

weiter an

5

LTF

10

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich zum Thema sexualisierte Gewalt für flächendeckende, strukturelle Prävention für Kinder und Kleinkinder ein. Bei Maßnahmen der strukturellen Prävention handelt es sich zum Beispiel um verpflichtende Fort- und Weiterbildung für pädagogisches Personal in KITAs und Schulen, Lehrerinnen und Lehrer, medizinischem Personal, Aufklärungskampagnen über Medien und Vorträge, das Erstellen von Handlungsleitfäden sowie eine bundeseinheitliche Notrufnummer für Betroffene.

15

Antragsbereich 5/ Antrag 10

Gleichstellung der Mitglieder der Rettungsdienste mit den Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren

(Angenommen)

weiter an

5

LTF

10

Das Ehrenamt bildet in Deutschland eine wichtige Stütze in unserer Gesellschaft. Ohne Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, wäre unser Zusammenleben nicht möglich. Daher gibt es auch aus Reihen der Politik immer wieder Versprechungen, das Ehrenamt zu fördern und attraktiv zu gestalten.

15

Neben den Freiwilligen, die sich z.B. in der Versorgung und Pflege älterer Mitmenschen engagieren, gibt es unzählige Freiwillige im Bereich des Katastrophenschutzes. In diesem unbestritten wichtigen Gebiet scheint es aber Ehrenamtliche erster und zweiter Klasse zu geben. Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren werden in Bayern durch das Bayerische Feuerwehrgesetz gesetzlich unterstützt. Beispielsweise heißt es dort im Paragraphen 9, Abs. 1, Satz 1: „Arbeitnehmern dürfen aus dem Feuerwehrdienst keine Nachteile im Arbeitsverhältnis (...) erwachsen.“ Das Feuerwehrgesetz regelt weiterhin die Freistellung von der Arbeit während und nach einem Einsatz sowie die Ruhezeit nach einem Einsatz in der Nacht.

25

Solch eine Regelung gibt es bei den Rettungsdiensten nicht. Daraus entsteht der unverschämte Fall, dass beispielsweise bei einem nächtlichen Verkehrsunfall, bei dem Personen aus ihren Fahrzeugen gerettet sowie rettungsdienstlich versorgt werden müssen, die Angehörigen der Feuerwehr am nächsten Morgen für eine gewisse Zeit von der Arbeit freigestellt sind, um ihre durch den Einsatz entfallene Ruhezeit nachzuholen.

30

Die Mitglieder des Rettungsdienstes, deren Arbeit unerlässlich ist, müssen am nächsten Morgen regulär auf die Arbeit, obwohl sie ihre Ruhezeit ebenfalls nicht nutzen konnten. Ähnliches gilt bei einem Einsatz, der zwar vor der Arbeitszeit beginnt, in diese aber hineinreicht. Der Feuerwehrdienstleistende ist „zur Arbeitsleistung nicht verpflichtet“ und somit für die Dauer des Einsatzes vom Beruf freigestellt. Sollte er Probleme mit seinem Arbeitgeber bekommen, kann er dieses Recht vor Gericht einklagen, da ihm aus dem Feuerwehrdienst keine Nachteile entstehen dürfen. Das Mitglied des Rettungsdienstes dagegen besitzt keines solcher Rechte. Im Zweifelsfall hat er keine rechtliche Handhabe, um sich vor Gericht verteidigen zu können.

35

40

Da diese Ungerechtigkeit nicht länger tragbar ist, fordern wir, für die Mitglieder des Rettungsdienstes eine rechtliche Grundlage auf Basis des Bayerischen Feuerwehrgesetzes zu erstellen, um alle Ehrenamtlichen, die sich um dasselbe Ziel bemühen, gleichzustellen.

Arbeit

Antragsbereich A/Antrag 1

Jusos

Leiharbeit überwinden

(Angenommen)
weiter an

5 BPT

Wir fordern die flächendeckende Einführung sozialer Mindeststandards in der Wirtschaftsförderung.

10 Die Bundesländer und ihre Landesförderinstitute werden hiermit aufgefordert, in ihre Richtlinien zur Förderung von Investitionen von Unternehmen, für die Mittelstandsförderung und die Tourismusförderung folgende Punkte aufzunehmen:

15 – Unternehmen, in denen der Anteil der Leiharbeiter 20 Prozent der Gesamtbelegschaft überschreitet, werden künftig von der Wirtschaftsförderung ausgeschlossen,

20 – Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen mit einem Anteil von Leiharbeitern zwischen 10 und 20 Prozent aller Beschäftigten erhalten reduzierte Fördersätze (10 Prozent der Investitionssumme). Großunternehmen mit einer Leiharbeitsquote zwischen 10 und 20 Prozent aller Beschäftigten werden künftig von der Förderung ausgeschlossen. Maßgeblich für die Einstufung als Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen ist die Empfehlung der EU- Kommission.

25 – Dabei werden künftig nur die mit einer Investition neu geschaffenen Arbeitsplätze für die Förderung zugrunde gelegt.

30 – Dabei gilt: Die der Förderung zugrunde gelegten neuen Arbeitsplätze müssen ebenfalls mit festen, betriebsangehörigen Beschäftigten und nicht mit Leiharbeitern besetzt werden.

35 Das Ergebnisziel „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ und Flexibilitätszuschüsse für betroffene Leiharbeitskräfte wird darüber hinaus weiterhin nachdrücklich verfolgt, um möglichst kurzfristig Lohndumping auf dem Rücken der Leiharbeitnehmer/-innen zu stoppen.

Wirtschaft, Steuern und Finanzen

Bayerische Politik mit Anstand und Transparenz

(Angenommen)

5 Machtmissbrauch, Filz und Vetternwirtschaft sind – von Franz Josef Strauß bis Edmund Stoiber – seit Jahrzehnten ein Kennzeichen der Politik der CSU in Bayern. Die Enthüllungen der vergangenen Wochen zeigen, dass es keine „neue CSU“ gibt. Im Gegenteil: Unter Horst Seehofer sind Filz und Amigo-Praktiken in der CSU an der Tagesordnung:

10 **Bereicherung:** Hochrangige CSU-Abgeordnete und Regierungsmitglieder nutzen eine 13 Jahre alte Übergangsregelung, um Ehefrauen und Kindern teilweise große Geldsummen zuzuschieben.

15 **Intransparenz:** Die CSU blockiert im Bayerischen Landtag weiterhin die Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten.

20 **Steuerhinterziehung:** Während Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ehrlich Steuern zahlen, haben Spitzenverdiener dank der CSU in Bayern die besten Möglichkeiten, ihr Geld am Fiskus vorbei zu schleusen.

25 **Machtmissbrauch:** Die CSU nutzt den Zugriff auf staatliche Einrichtungen schamlos aus: Mit vom Staat bezahlten Umfragen (Resonanzstudien) und Werbemaßnahmen („Unser Bayern“), die vor allem der CSU nutzen.

30 Die Menschen in Bayern erwarten zu Recht, dass sich Regierung und Abgeordnete an Recht und Gesetz halten, mit öffentlichen Finanzmitteln sorgsam umgehen und den Freistaat Bayern nicht in Misskredit bringen. Christian Ude beweist mit einer 20jährigen skandalfreien Amtszeit als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt wie das geht.

35 Deshalb ist klar: Politik mit Anstand und Transparenz wird es in Bayern nur mit einem Regierungswechsel geben.

Beschäftigungsverhältnisse in Abgeordnetenbüros

35 Zur Frage der Beschäftigung von Verwandten in Abgeordnetenbüros stellen wir fest:

40 1. Es war richtig und notwendig, die Möglichkeit der Beschäftigung von Ehepartnern und Kindern im Jahr 2000 grundsätzlich abzuschaffen. Dadurch, dass entsprechende Gehälter direkt in die Haushaltskasse der Abgeordneten fließen war und ist die Gefahr des Missbrauchs dieser Möglichkeit zu groß.

45 2. Die Einführung und Nutzung einer Übergangsregelung für Altfälle war bis zum Ende der damaligen Legislaturperiode im Jahr 2003 legitim.

3. Die Weiterführung der Übergangsregelung in der Legislaturperiode 2003 bis 2008 war nicht sachgemäß. Die Nutzung der Übergangsregelung auch durch einzelne SPD-Abgeordnete in dieser Zeit missbilligen wir.

50 4. Die Nutzung der Übergangsregelung bis ins Jahr 2013 ist völlig unangemessen. Dieses unangemessene Verhalten wurde ausschließlich von CSU-Abgeordneten begangen. In einigen Fällen waren die Zahlungen mit mutmaßlich strafrechtlich relevanten Verstößen gegen Sozialversicherungs- und andere Gesetze verbunden. Die absolute Höhe der Zahlung von Regierungsmitgliedern von bis zu über 1 Millionen Euro
55 macht deutlich, dass es sich um einen bewussten Missbrauch staatlicher Mittel handelt. Dieses Fehlverhalten ist nicht durch eine nachträgliche Rückzahlung von Teilbeträgen aus der Welt zu schaffen.

60 5. Die Beschäftigung von Geschwistern und entfernteren Verwandten ist nach Gesetzeslage bis heute erlaubt. Bei den drei SPD-Abgeordneten, die bisher Geschwister beschäftigt haben, besteht kein Zweifel, dass die Beschäftigten eine dem Gehalt entsprechende Arbeitsleistung erbringen. Wir halten es dennoch für richtig, die Möglichkeit der Beschäftigung von allen Verwandten grundsätzlich abzuschaffen, um
65 jeden problematischen Anschein zu verhindern.

Das Fehlverhalten von CSU-Abgeordneten und Regierungsmitgliedern hat zu einer öffentlichen Debatte geführt, die Politik und Abgeordnete unter Generalverdacht stellt. Das beschädigt das Vertrauen in die Demokratie. Deshalb müssen bei den Beschäftigungsverhältnissen von Abgeordneten schnellstmöglich Transparenz
70 hergestellt und die notwendigen gesetzgeberischen Konsequenzen gezogen werden.

Dazu gehören:

75 1. Eine vollständige Offenlegung der Arbeitgeberbruttogehaltssummen und der bezahlten Sozialversicherungsbeiträge die im Rahmen der Übergangsregelung seit 2000 an Ehepartner und Kinder von Abgeordneten gezahlt wurden durch die Präsidentin des Bayerischen Landtags.

80 2. Der Rücktritt aller Kabinettsmitglieder, die in der laufenden Legislaturperiode Ehepartner und Kinder beschäftigt haben.

3. Die Änderung des Abgeordnetengesetzes, um die Beschäftigung von Verwandten noch in dieser Legislaturperiode und ohne Übergangsregelung zu verbieten.

85 Freistaat ohne Filz und Amigo-System

Wir wollen einen Freistaat ohne Filz und Amigo-System. Wir fordern Anstand, Ordnung und Fairness im Freistaat. Christian Ude und die BayernSPD stehen für:

90 Ein neues Abgeordnetengesetz, das die Beschäftigung von Verwandten durch Abgeordnete verbietet, wie im Bundestag

Eine Transparenzregelung für die Nebeneinkünfte von Abgeordneten mit einer Veröffentlichungspflicht auf Euro und Cent.

95

Einen unabhängigen Transparenzbeauftragten, der das Verhalten von Regierungsmitgliedern und Abgeordnete überprüft und gegen Machtmissbrauch und Vetternwirtschaft einschreitet.

- 100 Ein Aktionsprogramm gegen Steuerhinterziehung, das alle legalen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Steuerflucht ausschöpft und die Steuerprüfung schnellstmöglich um 1.000 Stellen aufstockt.

Antragsbereich W/Antrag 1

AGS

Erbschafts- und Vermögenssteuer korrigieren

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Wir schlagen vor, dass der Bundesvorstand die Möglichkeit erörtert, die erbschaftsteuerlichen Begünstigungen für Betriebsvermögen abzuschaffen und die damit zusammenhängenden Neuregelungen bei der Erbschaftsteuer sowie die von der SPD beschlossenen Wiedereinführung der Vermögenssteuer verfassungskonform auszugestalten.

10

Antragsbereich W/Antrag 2

Jusos

Einnahmehasis der Kommunen verbreitern/„Katalogberufe“ zur Gewerbesteuer heranziehen

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Die Aufgabenfelder der Kommunen nehmen immer mehr zu. Kinderbetreuung, Krippenplätze oder die Ganztagsbetreuung werden richtigerweise immer mehr ausgebaut, jedoch fehlt die finanzielle Unterstützung durch Bund und Freistaat. Dies bringt immer mehr Kommunen an den Rand des Ruins.

10

Die Gewerbesteuer als kommunales Finanzinstrument der Kommunen bricht besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein. Dies führt zu höherer Verschuldung vor Ort um Aufgaben der Daseinsvorsorge leisten zu können. Bund und Freistaat lassen hier die Kommunen mit ihren Problemen allein.

15

Wir fordern deshalb, eine Verbreiterung der Einnahmehasis der Kommunen. Zu diesem Zweck soll die Gewerbesteuerbefreiung der sog. „Katalogberufe“ (§ 18 EStG) wie z. B. Anwälte, niedergelassene Ärzte und Zahnärzte, Notare und Wirtschaftsprüfer abgeschafft werden. Dieses aus der geschichtlichen Tradition gewachsene, wenig nachvollziehbare Privileg halten wir für überholt und nicht mehr zeitgemäß. Der

20

bestehende Freibetrag zur Gewerbesteuer i. H. v. 24500 EUR soll bestehen bleiben.

Dies würde die Einnahmehasis der Kommunen verbreitern und die Gewerbesteuerereinnahmen in Krisenzeiten auf verlässlichere Füße stellen.

Antragsbereich W/Antrag 3

Jusos

Erhöhung der Unterstützung für Kommunen - Neuordnung der Winterdienstzuschüsse durch den Freistaat Bayern

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Der vergangenen Winter traf die bayerischen Kommunen wegen seiner Intensität sehr hart. Die Kosten für die Räumung des Schnees waren hoch, die Preise für Streusalz explodierten. Auch die Folgekosten wegen witterungsbedingten Straßenschäden werden viele Gemeinden an den Rand ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bringen.

10

Der Zuschuss vom Freistaat Bayern zum Winterdienst hingegen ist unzureichend und ungerecht. Für die Bezuschussung ist es maßgeblich, mit welcher Belastungsstufe eine Gemeinde eingeteilt wird. Anhand dieser wird der Zuschuss pro Kilometer Kommunalstraßen bestimmt. Die Zuordnung der Belastungsstufe erfolgte vom Deutschen Wetterdienst durch eine Auswertung der in annähernd 100 bayerische Klimastationen in den Jahren 1977 bis 2006 erhobenen Klimadaten. Diese Daten berücksichtigen insbesondere die Neuschnee- und Frosttage sowie Schneehöhen. Aufgrund dieser Winterdienstkennzahlen wurde jede Kommune einer von vier Belastungsstufen zugeordnet. Auf den Belastungsstufen ergibt sich derzeit folgende Zuschusshöhe pro Kilometer Kommunalstraße:

15

20

Stufe 0	Kein Zuschuss
Stufe 1	190 € pro km
Stufe 2	290 € pro km
Stufe 3	390 € pro km

25

30

Die Einteilung der Zuschusshöhe anhand der Daten des Deutschen Wetterdienstes wird ausdrücklich begrüßt, es handelt sich hierbei um eine gerechte Methode zur Verteilung, die die tatsächliche Belastung der Kommunen berücksichtigt. Dennoch sollte die Verteilung der Winterdienstzuschüsse verbessert werden. Die bisherige Förderhöhe von maximal 5 Millionen Euro für ganz Bayern ist vollkommen unzureichend. Die Höhe der Förderung muss deutlich erhöht werden. Die Veränderung muss dahingehend erfolgen, dass nicht nur ein geringer Bruchteil aller bayerischen Gemeinden, sondern die Mehrheit einen Winterdienstzuschuss erhält. Es muss

35

40 dennoch sichergestellt werden, dass die besonders betroffenen Kommunen weiterhin eine deutlich höhere Förderung aufgrund der besonderen Härte erhalten. Zu denken wäre an eine weitere Aufteilung der Stufe Null sowie eine Erhöhung der Förderung für die bisherigen Stufen 1 bis 3.

45 Der Winterdienst trägt einen enormen Beitrag zur Aufrechterhaltung unsere Volkswirtschaft bei. Ohne funktionierende Schneeräumung und Verkehrssicherung würde die Wirtschaftsleistung des Landes heftig einbrechen.

50 Diese große Last und Verantwortung muss daher stärker als bisher von den Kommunen genommen werden. Ohnehin sind schon viele Gemeinden in Konsolidierungsprogrammen und haben Schwierigkeiten, genehmigungsfähige Haushalte aufzustellen. Ein Versagen der Gemeinden aus finanziellen Gründen wäre fatal.

55 Die Jusos Bayern fordern daher eine gerechte Neuordnung der Belastungsstufen und eine Erhöhung der Zuschüsse pro Kilometer, um die Kommunen zu entlasten.

Antragsbereich W/ Antrag 4

Jusos

Die Probleme der Währungsunion und mögliche Lösungsansätze

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

1.) Die Entwicklung der EU und deren Gründe

10 In den letzten Wochen und Monaten gab es innerhalb der europäischen Währungsunion viele negative Entwicklungen zu verzeichnen. Angefangen mit Griechenland und Irland, kamen auch Portugal, Spanien und Italien in den Strudel vom Spekulant und es wird immer unsicherer, ob diese Länder ihre Schulden weiterhin bedienen können. Selbst in stabilen Ländern wie Belgien steigen die Zinsen und die Differenz zu den „sicheren“ deutschen Staatsanleihen.[1]

15 Doch wieso gibt es in diesen Ländern solche Probleme, wo doch, als die EU gegründet worden war, ein Stabilitäts- und Wachstumspakt ins Leben gerufen wurde, der die Stabilität des Euros garantieren sollte. Dieser besagt, dass ein Land maximal 3 %, in Relation zum BIP, neue Schulden aufnehmen durfte und die Schuldengrenze bei 60 % des BIP's liegen darf. Sonst drohen den Ländern Sanktionen in Form von Geldstrafen. Auch wurde eine
20 Transferunion kategorisch ausgeschlossen. Es gab also keinerlei Gründe oder Gesetze, die ein verantwortungsloses „über die Verhältnisse“ leben auch noch bestärkten, da ja Nachbarländer einspringen, falls es schiefgehen würde. Es bestand zu keinem Zeitpunkt ein sogenanntes „Moral Hazard“ Problem.

25 Und trotzdem stehen heute viele Länder vor dem Kollaps. Griechenland, Portugal und Irland können sich zu vernünftigen Zinsen nicht mehr am Kapitalmarkt refinanzieren, Spanien

steht kurz davor. Doch warum hat dieser Stabilitätspakt scheinbar nicht funktioniert?

Viele Experten meinen, der Stabilitätspakt wurde nicht streng genug angewandt, und somit 30 hatten andere Länder Anreize über die Verhältnisse zu leben. Doch ist das richtig?

Betrachten wir mal die Länder Griechenland und Irland und deren Haushaltsentwicklungen.[2]

35 Hier kann man zwei Sachen herauslesen: Als Griechenland in die EU eintrat, hat sich dessen Haushalt eher positiv als negativ entwickelt. Die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wurde von Griechenland, auch dank sinkender Zinsen, auf alle Fälle erfüllt. In Irland ist die Entwicklung sogar viel positiver. Nicht nur, dass sie alle Kriterien erfüllt haben – sie konnten ihren Haushalt sogar nominal zurückführen, vor allem dank 40 einer wirtschaftlich sehr positiven Entwicklung. Eine Gemeinsamkeit hatten sie aber: Nach dem Ausbruch der Finanzkrise sind deren Haushaltsschulden explodiert. Man hat hier private Schulden, vor allem die des Finanzsektors, sozialisiert, ohne dabei große konjunkturstabilisierende Maßnahmen, wie einen höheren staatlichen Konsum, verglichen wie in Deutschland, durchzuführen. Dieselbe Entwicklung gab es in Spanien, wie folgende 45 Graphik zeigt:

Verglichen mit der deutschen Haushaltsentwicklung haben alle Länder eine weitaus positivere Performance hingelegt.

50 Um diese Entwicklung zu bewerten, muss man folgende Sachen zur Kenntnis nehmen.

Die jetzt gefährdeten Länder haben vor der Finanzkrise besser abgeschnitten als Deutschland

55 Zwar hat Griechenland das Kriterium von 60 % Haushaltsdefizit in Relation zum BIP jedes Jahr gebrochen, Deutschland's Schuldenstand stieg aber auch vor der Krise auf über 60 %. Dennoch gilt Deutschland heute als das stabilste Land innerhalb der EU.

Man kann nur zu einem Schluss kommen, dass dieser Währungs- und Stabilitätspakt nicht 60 die erwünschte Wirkung erzielte. Die Frage lautet auch, wieso Deutschland um soviel stabiler gilt als die Länder Irland, Spanien oder auch Portugal, obwohl die Haushaltsentwicklung weitaus schlechter war als in den genannten Ländern. Die Zinsen sind weiterhin niedrig und auch die Wachstumsraten sind höher als in anderen Ländern der EU. Auch kann das Argument des „über die Verhältnisse“ leben, wie zum Beispiel es 65 Wolfgang Schäuble immer wieder betont, nun wirklich nicht in Betracht gezogen werden. Es scheint so, als ob der alleinige Fokus auf die Haushalte von Volkswirtschaften nicht die gewünschten Resultate bringt. Die Haushaltsschulden alleine sagen nichts über die Verhältnisse einer Volkswirtschaft aus. Man muss, um eine Volkswirtschaft und deren Entwicklung besser bewerten zu können, auch Unternehmen und Privathaushalte in 70 Betracht ziehen. Wenn dessen Verschuldung steigt und steigt, können sich sogenannte Blasen bilden (wie z.B. eine Immobilienblase wie in den USA oder auch in Spanien) und auch platzen (schneller Wertverfall, Schulden können nicht mehr bedient werden etc. pp.) und der Staat muss einschreiten um Schlimmeres zu verhindern. Genau dies ist in Spanien oder auch in Irland passiert. Während die Staaten sich in Wachstumszeiten konsolidieren 75 konnten, häufte der Privatsektor Schulden auf, die sie im Ausland aufgenommen haben. Als das Wachstum nachlies, die Wettbewerbsfähigkeit sank (v.a. ggb. Staaten wie Deutschland

die eine Politik der Lohnrückhaltung ausübten), zogen ausländische Gläubiger das Geld ab und stellten die Privathaushalte vor große Probleme. Der Staat musste eingreifen, viele Banken retten (wie zum Beispiel in Großbritannien) und wandelte private Schulden in 80 Staatsschulden um. Die Folge war, dass die Haushaltsdefizite explodierten.[3]

Schauen wir uns mal die Leistungsbilanzsalden der EU Länder an um vielleicht hier einen besseren Blick für die Problematik zu kriegen.[4]

	Deutschland	Irland	Spanien	Griechenland	Portugal
Jahre	in % des BIPS				
2000	-1,70%	-0,40%	-4,00%	-7,80%	-10,20%
2001	0,00%	-0,70%	-3,90%	-7,30%	-9,90%
2002	2,10%	-0,90%	-3,30%	-6,80%	-8,10%
2003	1,90%	0,00%	-3,50%	-6,60%	-6,10%
2004	4,70%	-0,60%	-5,30%	-5,90%	-7,60%
2005	5,10%	-3,50%	-7,40%	-7,40%	-9,50%
2006	6,50%	-3,50%	-9,00%	-11,30%	-10,00%
2007	7,90%	-5,30%	-10,00%	-14,50%	-9,40%
2008	6,70%	-5,30%	-9,60%	-14,50%	-12,10%

Wie man hier deutlich sieht hat Deutschland seit 2002, als der Aufschwung innerhalb der EU schon länger am Laufen war, große Leistungsbilanzüberschüsse angehäuft.[5] Die Leistungsbilanz zeigt die Güterströme auf, die ein Land mit dem Ausland tätigt. Ist diese Bilanz positiv produziert ein Land mehr als es selber benötigt, exportiert mehr Waren und Dienstleistungen als es importiert. Wenn diese Bilanz immer positiver wird, bedeutet dies auch, dass es die Waren besser am Weltmarkt anbieten kann als seine Konkurrenten. Die Wettbewerbsfähigkeit nahm in Deutschland also im Zeitablauf zu, während die Wettbewerbsfähigkeit der anderen Länder deutlich abnahm, auch beim „keltischen Tiger“ Irland. Exportiert ein Land auf Dauer mehr Waren oder Dienstleistungen ins Ausland, als es importiert baut sie eine riesige Forderungsposition gegenüber dem Ausland auf. Dies ist auch Grund, warum deutsche Banken die Rettung Irlands so sehr gefordert haben, da sie viele Mrd. an Forderungen gegenüber dem Land aufgebaut haben. Damit das Ausland diese Schulden irgendwann mal bedienen kann, müsste es selber Leistungsbilanzüberschüsse erzielen.[6] Dies ist in den Ländern nicht passiert, auch heute haben die meisten Länder noch Defizite zu verzeichnen, während Deutschland wohl wieder neue Rekordhöhen in der Leistungsbilanz erzielen wird. Im Jahr 2000 sieht man, dass auch Deutschland noch Leistungsbilanzdefizite verzeichnen musste. Jetzt stellt sich die Frage wie es Deutschland schaffen konnte, seine Wettbewerbsfähigkeit seit dem zu verbessern. Zwei Indikatoren

wären dafür ausschlaggebend: Eine gesteigerte Produktivität oder die Lohnentwicklung. Für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft werden die Lohnstückkosten herangezogen, die die Löhne in Relation zur Produktivität setzen. Diese Größe ist ein bedeutender Faktor um die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes innerhalb einer Währungsunion zu messen.

Kurz eine Erklärung zu den Lohnstückkosten. Hier werden Lohnkosten in Relation zur Produktivität gesetzt. Höhere Lohnkosten bedeuten nicht automatisch eine schlechtere Wettbewerbsfähigkeit, denn die Produktivität könnte dies ausgleichen. Deshalb sind die Lohnstückkosten ein guter Indikator für die Leistungsfähigkeit. Nachfolgend ein kurzer Überblick über deren Entwicklung:[7]

Jahre	Deutschland	Irland	Spanien	Portugal	Griechenland	Durchschnitt EU
2002	0,70%	0,10%	2,90%	3,30%	10,10%	2,50%
2003	0,90%	3,40%	2,90%	3,80%	1,50%	2,20%
2004	-0,40%	4,00%	2,50%	1,00%	2,20%	0,80%
2005	-1,00%	5,10%	3,20%	3,60%	3,70%	1,40%
2006	-1,60%	3,60%	3,40%	0,90%	2,40%	1,00%
2007	-0,10%	3,50%	4,00%	1,20%	3,60%	1,50%
2008	2,40%	5,90%	4,90%	3,20%	5,70%	3,60%
2009	5,10%	-0,60%	1,00%	3,50%	3,90%	4,00%
2010	-1,20%	-5,60%	-1,10%	-0,50%	-0,40%	-0,70%

Man sieht ganz deutlich, wie Deutschland ihre Lohnstückkosten im Vergleich zu den anderen Ländern gesenkt hat. Nicht nur, dass die eigenen Lohnstückkosten gesenkt worden sind, die anderen Länder konnten hier einen großen Zuwachs verzeichnen und verschlechterten somit ihre Leistungsfähigkeit im Vergleich zu Deutschland erheblich. Das dadurch die Exportüberschüsse Deutschlands nicht geringer, sondern größer werden überrascht nicht.

Durch diese Entwicklung erhöhte sich die Verschuldung der Länder gegenüber Deutschland und anderen Ländern, die diese Politik verfolgt haben (z.B. auch Österreich / Niederlande). Ohne eine Währungsunion könnten diese Länder ihre Währung, also den Außenwert des Geldes, abwerten, damit sie die Produkte am Weltmarkt billiger anbieten könnten und somit wäre die Leistungsfähigkeit wieder hergestellt. Dies ist aber im Euro-Raum nicht möglich. Somit müsste die Lohnpolitik innerhalb dieses Raumes viel besser koordiniert werden, damit ein Gefälle zwischen Ländern nicht entstehen kann. Oftmals wird eingeworfen, dass andere Länder keine Produkte oder Dienstleistungen anbieten können(dass eben Deutschland mehr importieren kann) um ihr Defizit senken zu können. Dies ist aber großer Schwachsinn und würde zum Beispiel das Leistungsbilanzdefizit im Jahr

2000 nicht erklären. Denn welche Produkte hat Deutschland 2001 auf einmal erfunden
17 gehabt, die diese Exportüberschüsse erklären könnten? Keine!

0

Eine andere Erklärung wäre die gesteigerte Produktivität in diesem Zeitraum. Das könnte die Produktion so günstig gemacht haben, dass Deutschland diesen Wettbewerbsvorteil erzielen konnten. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass man an der Lohnschraube gedreht hat. Auch dadurch kann man die Produktion, relativ gesehen zu den anderen Ländern,
175 günstiger gestalten. Auch hier hat das Institut für Makroökonomik und Konjunkturforschung in seinem Report „Mit dem Export aus der Krise?“ diese zwei Bestandteile gegenüber gestellt. Man sieht deutlich, dass die Arbeitsproduktivität je Stunde sich schlechter als in anderen EU Staaten entwickelt hat. Dies kann also die günstige Produktion nicht erklären, eigentlich hätte Deutschland dadurch eher ein
18 Leistungsbilanzdefizit einfahren müssen. Doch die Entwicklung des Effektivlohns zeigt
0 deutlich, dass Deutschland hier eindeutig den anderen EU Partnern hinterherhinkt. Die Entwicklung ist hier sehr besorgniserregend und erklärt auch wie Deutschland ihre Lohnstückkosten senken konnte – durch eine reine Lohnzurückhaltung, die auch politisch unter rot-grün gewollt war, da ja der hohe Lohn dafür schuld sei, dass es so viele Arbeitslose in Deutschland gab, was natürlich nicht richtig ist.

18

5 Auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde der Grundsatz des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes festgelegt. Dies wurde aber in den letzten Jahren nicht erreicht und sogar politische Maßnahmen ergriffen, die diese Diskrepanz noch gefördert haben. Auch einige renommierte Politiker in der EU (Lagarde, Juncker u.a.) oder auch von außerhalb (Geithner u.a.) haben dieses Problem erkannt und schon konkrete
19 Vorschläge gemacht, wie man dies begrenzen oder umkehren könnte. Geithner hat einen
0 Zielkorridor vorgeschlagen, in dem der Exportüberschuss nicht mehr als fünf Prozent des BIPs ausmachen darf. Rainer Brüderle hat dies als planwirtschaftliches Denken bezeichnet und somit abgelehnt. Welch' geistiges Kind Herr Brüderle ist und war ist seitdem nicht zu übersehen.

19 2.) Forderungen der Jusos Bayern

5

Im ersten Abschnitt wurde deutlich gezeigt, dass der Umstand der übermäßigen Steigerung der Exporte nicht gesund ist. Dies konnte nur funktionieren, weil andere Länder ein großes Lohnwachstum zu verzeichnen hatten und dementsprechend unsere Waren auch abgenommen haben. Doch dies hat nicht gereicht. Sie haben sich systematisch bei den
20 deutschen Unternehmen und Banken verschuldet. Als die Blase platzte, konnte der
0 Schuldendienst nicht mehr gewährleistet werden und die Wirtschaft brach zusammen, auch bei uns mit einem Minus von mehr als 5 Prozent des BIPs. Nur durch konjunkturstabilisierende Maßnahmen konnte ein Ausufer der Arbeitslosigkeit verhindert werden.

20 Doch was ist zu tun? Wie kann man die Gleichgewichte in einer Währungsunion wieder
5 herstellen?

Es gibt mehrere Möglichkeiten dies zu erreichen. Entweder die Staatschefs sind sich einig, dass einige Länder (wie zum Beispiel Griechenland) nicht wettbewerbsfähig genug sind und aus der Währungsunion austreten müssen oder sollen, dann wird, unserer Meinung nach,
21 der Währungsraum über kurz oder lang zusammenbrechen, da das Vertrauen komplett
0 verloren gehen würde. (Das Gleichgewicht würde dann über eine Währungsabwertung

wieder hergestellt, welches allerdings mit einem Schuldenfiasko enden könnte) Ein anderes Szenario wäre, dass die starken Länder (wie Deutschland) erkennen, dass für sie selber der Währungsraum essentiell wichtig ist für die wirtschaftliche Entwicklung, man aber selber keinen Millimeter von der eingeschlagenen Politiklinie abweichen will. Dann wäre die
215 Konsequenz eine Transferunion zu installieren um der hohen in den anderen Ländern zu begrenzen.

Ein anderer Weg wäre die Politik besser abzustimmen und hier geht es gar nicht um die Festlegung irgendwelcher Steuersätze, wobei zumindest wünschenswert wäre, wenn die
22 Unternehmen und das Kapital wesentlich stärker in die Verantwortung gezogen werden
0 sollen als bisher und das im gesamten Währungsraum. Es geht darum die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder zu beobachten und dann Schritte einzuleiten um Ungleichgewichte zu verhindern. Die Leistungsbilanz dient hier als guter Indikator um ungesunde Ungleichgewichte zu erkennen. Allerdings weiß man nie welche Gründe es dafür gibt. In Deutschland ist es die zurückhaltende Lohnpolitik gewesen, auch die prekären und
22 leider von rot-grün geförderten Arbeitsverhältnisse waren und sind ein Grund.

5

In anderen Ländern kann es eine unverhältnismäßig hohe Sparquote sein oder eine ungesunde Ungleichheit der Einkommen oder der Vermögen, was auch in Deutschland zu beobachten ist. In den USA war der Grund ihres Leistungsbilanzdefizites eine sogar teilweise negative Sparquote und ein Konsumrausch der Bevölkerung. Dieser ging auch von einem
23 starken und auf Ausbeutung ausgerichteten Finanzsektor aus, der versucht hat den
0 Amerikanern so viele Kreditkarten oder Kreditzusagen zu machen wie nur möglich um maximale Gebühreneinnahmen zu verzeichnen.

Die Europäische Union hat in den letzten Wochen einen Kriterienkatalog aufgestellt, mit dem die wirtschaftliche Entwicklung der Länder innerhalb der Währungsunion bewertet
23 werden soll. Die folgenden Punkte stehen hier vor allem im Vordergrund:

5

Leistungsbilanzsaldo: Ein Defizit ab 4 % bzw. ein Überschuss ab 6 % im Verhältnis zum BIP soll als gefährlich erachtet werden.

Ein Nettoauslandsvermögen in Höhe von – 35 % des BIPs

24

0 Lohnstückkosten (Veränderung gegenüber drei Jahren zuvor) in Höhe von 9 %.

Verschuldung des Privatsektors in Höhe von 160% des BIPs

Öffentliche Verschuldung in Höhe von 60 % des BIPs.

24

5 Eine Arbeitslosenquote in Höhe von 10 %.

Eine Kreditvergabe an den nicht-öffentlichen Sektor on Höhe von 15 % des BIPs.

Ein Rückgang der Exportanteile in Höhe von 6 % des BIPs in den letzten fünf Jahren.[8]

25

0 Viele dieser Punkte erscheinen im ersten Blick sehr sinnvoll zu sein, die wirtschaftliche Entwicklung zu beurteilen. Als wichtigsten Punkt wird hier das Leistungsbilanzsaldo angesehen. Allerdings sieht man schon hier die erfolgreiche Lobbypolitik der deutschen Bundesregierung. Wieso soll ein Defizit in Höhe von 4 % schädlicher sein als ein Überschuss

von 6 %? Leistungsbilanzüberschüsse werden immer von Defizitländern getragen und
25 umgekehrt. Eine erfolgreiche Antikrisenpolitik ist mit diesen Vorgaben schon mal nicht zu
5 erreichen.

Auch die Lohnstückkosten wären ein guter Indikator, aber auch hier liegt der Fokus auf
einen zu hohen Anstieg dieses Indikators. Deutschland hat die Lohnstückkosten erfolgreich
die letzten Jahre nach unten gedrückt und das vorgegebene Inflationsziel der EZB jedes Mal
26 weit verfehlt. Auch diese Politik ist schädlich, genauso wie eine übermäßige Lohnsteigerung,
0 die zu einer Einkommensinflation führt.

Als weiterer Punkt ist die 60 % Grenze der Staatsschulden anzusehen. Diese Grenze ist
willkürlich gesetzt und ohne Sinn und Verstand gewählt. Wie oben schon dargestellt, ist der
Verschuldungsgrad der öffentlichen Haushalte ein sehr schlechter Indikator um die
26 Krisenanfälligkeit eines Staates zu bewerten.

5

Der Katalog ist somit nur auf dem 1. Blick wirklich zu gebrauchen und hilft der EU keinen
Schritt weiter die Krisenanfälligkeit von Staaten zu reduzieren und die Währungsunion zu
stabilisieren.

27 Konkrete Forderungen für den Weg aus der Krise:

0

Ein Austritt von Griechenland wäre aus unserer Sicht ein denkbar schlechter Weg, da die
Auswirkungen trotz der Rettungsschirme nicht kalkulierbar wären. Dafür sind zu viele
Länder im Strudel um einen Austritt oder eine Staatspleite Griechenlands zu riskieren. Die
aktuelle Politik der Troika ist genauso abzulehnen. Das viel zu einseitige, auf Sparen
27 ausgerichtete, Programm schadet das Land und der EU mehr als es nützt. Hier ist die
5 neoklassische Theorie wunderbar zu erkennen. Der Staat ist zu fett, die Schulden des
Staates schaden die ganze Wirtschaft und das Sozialsystem ist viel zu aufgebläht und setzt
keine Anreize sich anzustrengen und zu arbeiten. Diese Ansicht können wir als
Jungsozialisten nicht unterstützen. Erstens weil sie eine fehlende Solidarität mit dem
griechischen Volk zugrunde legt. Die Vorwürfe der Kanzlerin gegenüber dem griechischen
28 Volk sind nachweislich falsch, haben es aber geschafft die Ressentiments in der deutschen
0 Bevölkerung zu schnüren und die Hilfspakete eher kritisch zu begutachten. Zweitens sind
diese Sparpakete kontraproduktiv. Die Wirtschaftskraft geht zurück, die Steuereinnahmen
auch und danach ist die Verschuldung höher als zuvor. Dieses Phänomen ist in mehreren
Ländern schon zu beobachten gewesen, aber gelernt hat der IWF daraus noch nicht. Der
Washington consensus ist und bleibt leider das Maß aller Dinge bei den Rettungsaktionen
28 des IWFs. Die Bundesregierung stützt den Irrweg der Troika, insbesondere durch den auf ihr
5 Drängen beschlossenen „Europäischen Fiskalpakt“, der die falsche Austeritätspolitik
europaweit nochmals explizit festschreibt. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die
SPD-regierten Landesregierungen auf, die Ratifizierung im Bundestag bzw. Bundesrat
abzulehnen.

29 Die aktuelle Krise muss in zwei Schritten angegangen werden. Kurzfristig müssen die
0 Krisenstaaten, wie Griechenland, Portugal oder Irland, geholfen werden, ohne wenn und
aber. Das aktuelle, immer währende Zögern muss endlich beendet werden. Gleichzeitig
müssen Schritte eingeleitet werden, um die Währungsunion stabiler zu gestalten, einen
Rahmen setzen, der für alle Länder gültig sein soll ohne aber die Demokratie in den
einzelnen Ländern zu schwächen, wie es die Troika schon erfolgreich in Griechenland
29 umgesetzt hat.

5 Kurzfristige Hilfe für die Krisenstaaten

Durch die Finanzkrise mussten die Staaten in Europa sehr viele Schulden auf sich nehmen, um den kompletten Absturz der Wirtschaft zu verhindern. Durch das Zögern Merkels und Co und durch die Spekulanten haben viele Länder immer größere Probleme sich zu refinanzieren. Auch wenn die Risikoprämien in den letzten Wochen zurückgegangen sind, hat das Risiko keineswegs abgenommen. Ein Grund dafür war der riesige Tender in Höhe von knapp 300 Mrd. €, den die EZB für die Privatbanken zur Verfügung gestellt hat. Ein großer Teil davon ging an die Staaten. Auch hier gilt: Auf den ersten Blick ist diese Entwicklung begrüßenswert. Die Zinsbelastung stellt die wirkliche Belastung eines Staates dar. Ein Rückgang der Risikoprämien senkt somit auch die finanzielle Last der Staatsfinanzen. Jedoch ist dieses Programm eher eine kurzfristige Subventionspolitik für Geschäftsbanken, die sich zu günstigen Konditionen Geld leihen und es für weitaus mehr Zinsen an die Staaten weiter verleihen. Darauf abgeleitet wäre der erste Schritt für die weitere Stabilität:

Die Refinanzierung der Krisenländer endlich sicherzustellen: Weil die Krisenländer auf absehbare Zeit von einer kontinuierlichen Refinanzierung über die Finanzmärkte abgeschnitten sind und immer neue Spekulationen die Anleihemärkte beeinflussen, müssen die Mitgliedsländer der Euro-Zone die Refinanzierung der Staatsanleihen aller Mitgliedsstaaten gemeinsam übernehmen und diese gemeinsam und dauerhaft garantieren. Dazu ist ein Finanzinstitut für Staatsanleihen (Eurobonds) zu schaffen, das als Europäischer Währungsfonds oder als Kreditbank für europäische Staatsanleihen die Refinanzierung der Eurostaaten übernimmt, sofern Markturbulenzen diese nicht zulassen. Dieses Institut ist – wie der beabsichtigte „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM) – mit Eigenkapital auszustatten und refinanziert sich über den Kapitalmarkt wie auch fallweise über die Europäische Zentralbank. Denkbar ist auch, dass die EZB in Krisenzeiten die Schulden der Staaten nicht über indirekte Wege, sondern über den direkten Kauf auf dem Primärmarkt finanziert.

Diese Forderung ist nicht neu, wird sie aber von neoklassischen Ökonomen abgelehnt, da sie die Inflation scheinbar anheizen würde. Dass dies nicht stimmt, zeigen derzeit die vereinigten Staaten. Auch hier finanziert die Notenbank einen Teil der Staatsfinanzen, dennoch hielt sich die Inflation in Grenzen. Die EZB oder jede andere Notenbank hat Instrumente um die überschüssige Liquidität im Wirtschaftsraum wieder einzudämmen. Allerdings ist es kurzfristig wichtig die Schulden der Staaten nicht über den Kapitalmarkt zu refinanzieren, sondern über die Notenbank, falls die geforderten Zinsen zu hoch sind. Da die Notenbank über das Privileg verfügt Geld drucken zu können, muss sie als letzte Instanz auftreten um diese Entwicklung zu bremsen. Zu hohe Zinsen schaden die Staaten und bringen sie mehr in Bredouille. Die Entwicklung vor der Krise hat gezeigt, dass Staaten bei einem Umfeld niedriger Zinsen durchaus in der Lage sind ihre Schulden zu reduzieren. Das Argument, geringe Zinsen würde die Staaten zum Schuldenmachen animieren und nur der Kapitalmarkt kann hier die richtigen Anreize schaffen, ist somit als lächerlich zu bezeichnen.

Jedoch hat Keynes zu seinen Lebzeiten schon festgestellt, dass eine „lockere“ Geldpolitik alleine nicht mehr reichen wird, falls die Zukunftserwartungen der Menschen negativ sind. Investieren wird in diesem Umfeld niemand. Ist dieses Stadium erreicht und in Griechenland sind wir sicher schon so weit, dann muss der Staat mit Konjunkturmaßnahmen einspringen. Da Griechenlands Finanzen hier keinen Spielraum bieten und die Wirtschaft in der Depression liegt, müssen die starken Staaten in der EU, wie Deutschland hier einspringen.

Deshalb fordern wir als Jusos Bayern neben der Finanzierung der Staaten durch die EZB:

34 Die Abwärtsspirale, in der sich die Wirtschaft in der Euro-Zone befindet, muss beendet
0 werden. Um das Wachstum in Europa anzukurbeln, sind die Länder mit
Leistungsbilanzüberschüssen – allen voran Deutschland – gefordert, ihre öffentlichen
Investitionen zu erhöhen und ihre Binnenwirtschaft zu stärken. Für Deutschland fordern wir
daher, den Niedriglohnsektor auszutrocknen, einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn
von mindestens 8,50 Euro einzuführen, die Leiharbeit strikt zu begrenzen und die
34 Gewerkschaften in ihrem Kampf für deutliche Lohnerhöhungen in den derzeit laufenden
5 Tarifrunden zu unterstützen.

Wirksame Wachstumsprogramme in den Krisenländern: Anstatt kontraproduktiver
Spardiktate benötigen die in der Krise befindlichen Länder der Euro-Zone endlich echte
Wirtschaftshilfen. Wir fordern daher ein europäisches Investitionsprogramm für die
35 Krisenländer.
0

Die griechische Wirtschaft befindet sich in keinem robusten Zustand, auch die Infrastruktur
lässt noch schwer zu wünschen übrig. Die Militärdiktatur hat hier sicherlich ihren Anteil
daran. Deshalb sind die Vorwürfe zum großen Teil sehr fragwürdig und zeugen nicht von
großer Solidarität mit dem griechischen Volk, welches an diesem Zustand am aller
35 wenigsten konnte. Investitionsprogramme im Bereich der Infrastruktur würde das Land
5 langfristig auf einen stabileren Pfad bringen. Das Bildungssystem zu verbessern ist sowieso
immer eine gute Investition. Eine Verbesserung wäre im Bereich der Industriepolitik
denkbar. Erneuerbare Energien, beispielsweise Photovoltaik, hätte in Griechenland ein
großes Potential. Auch eine Steigerung der Industrie, wie in Deutschland, würde die
Wirtschaft stabilisieren, die zu einem großen Teil vom Tourismus lebt. Eine Diversifizierung
36 von Wachstumsimpulsen wäre nicht nur für Griechenland wünschenswert, sondern für
0 viele andere Länder auch. In welche Bereiche man genau investiert, müsste ein
Expertengremium entscheiden.

Diese zwei Bereiche wären wichtig um die Wirtschaft anzukurbeln, die Arbeitslosigkeit
kurzfristig zu senken und die Steuereinnahmen wieder zu stabilisieren. Die Staatsschulden
36 zu konsolidieren ist nur auf einem Wachstumspfad möglich und nicht mitten in einer
5 Depression. Die Erfolge dieser Politik sind aber nicht sofort bemerkbar. Bis die Investitionen
fließen, bis sich die niedrigen Zinsen bemerkbar machen, dauert es eine gewisse Zeit. Jeder
muss hinter diesem Programm stehen und keine Zweifel äußern diesen Weg auch weiter zu
gehen. Gerüchte oder zweifelnde Kommentare oder das Zögern Geld für Investitionen
bereitstellen zu wollen, schadet nur dem Umfeld und könnte die Spekulation gegen Staaten
37 auch weiter anfeuern. Deshalb ist wohl das Wichtigste für die Rettung der Währungsunion
0 in der derzeitigen Form:

Unbedingte Solidarität mit den europäischen Partnern.

Diese drei Bausteine könnten die Krisenländer wieder zu einem Wachstumspfad
37 zurückführen. Einen weiteren positiven Effekt hätte, dass durch Investitionen in den
5 Krisenstaaten das Leistungsbilanzsaldo langfristig auch verkleinert werden kann. Wie oben
dargestellt, ist dies für das Funktionieren der Währungsunion unabdingbar.

Langfristige Maßnahmen für das Funktionieren der Währungsunion

38 Um das langfristige Überleben der Währungsunion zu gewährleisten ist eine bessere
0 Koordination der Staaten unumgänglich. Der Katalog der europäischen Union wäre eine
gute Sache, falls die Punkte ökonomisch zu rechtfertigen sind und nicht, beispielsweise,
die extreme Exportorientierung Deutschlands als nicht schädlich bezeichnet. Hier muss man
ganz nüchtern die Krisenursachen beleuchten und man würde sehr schnell erkennen, dass
sowohl Defizite als auch Überschüsse für eine Währungsunion von Dauer nicht gut sein
38 können. Deshalb müssen beide Seiten gleich behandelt und gegebenenfalls bestraft
5 werden.

Ein zentrales Anliegen ist die Entwicklung der Lohnstückkosten und somit auch der
Inflationsraten der einzelnen Mitgliedsländer. Das Problem ist, dass die Länder sich in die
Lohnpolitik selten so einmischen können um die Lohnentwicklung zu beeinflussen. Eine
39 Installation eines Mindestlohnes ist wichtig, wenn man es auf Deutschland bezieht. Dieser
0 beeinflusst aber die Entwicklung der Lohnquote nach dem Fortschritt der Produktivität
langfristig aber nicht. Aber man kann ähnliche Voraussetzungen für die Mitgliedsstaaten
schaffen, dass alle Länder ungefähr die gleichen Rahmenbedingungen an ihre Wirtschaft
stellen und es somit für einzelne Länder keine Nachteile gibt.

39 Ähnliche Sozialstandards in allen EU Ländern!

5

Die Länder der Währungsunion sind gänzlich unterschiedlich. Dies stellt ein Problem dar in
einem System ohne automatische Geldtransfers hin zu den Defizitländern, ähnlich einem
Länderfinanzausgleich wie in Deutschland. Deshalb sind einheitliche Sozialstandards
wichtig um eine kurzfristige Vorteilsnahme in der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu
40 begegnen. Geringere Sozialstandards kosten weniger Geld und dafür benötigt man
0 geringere Steuereinnahmen. Unternehmen suchen oft nach Ländern mit geringer
Steuerbelastung und damit könnte man das Kapital durchaus ins Land locken. Die
langfristigen Nachteile überwiegen jedoch, da die Bevölkerung darunter leidet, vor allem
wenn das Kapital weiterzieht. Besonders heikel ist, wenn sich die Mitgliedsländer darum
streiten die niedrigsten Sozialstandards und Belastungen für Unternehmen zu haben. Diese
40 Spirale nach unten ist gefährlich und darf auf keinen Fall die tägliche Politik bestimmen.

5

Nötig ist deshalb eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Länder der Euro-Zone
brauchen eine stärkere Koordinierung, um ein erneutes Auseinanderdriften der
Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften und einen Wettlauf durch
Lohndumping und den Abbau von sozialen Standards zu verhindern.

41

0 Deshalb fordern wir Jusos Bayern:

1. Starke Sicherungssysteme wie Arbeitslosenhilfe oder ein effizientes und gutes
Gesundheitssystem. Niemand darf in einer Gesellschaft verloren gehen, jeder muss
unterstützt und gefördert werden. Das Prinzip Solidarität muss in jedem Land wieder an der
415 Tagesordnung sein. Die aktuellen Sparmaßnahmen in Griechenland, wie beispielsweise die
Kürzung der Arbeitslosenhilfe oder der Rente, werden abgelehnt. Natürlich kann sich ein
Land wie Irland die Höhe der Rentenzahlung wie in Deutschland (noch) nicht leisten,
allerdings kann man Grenzzahlen festlegen – dass die Sozialausgaben einen Mindestwert
nicht unterschreiten darf. Dies ist wohl der wichtigste Schritt um aus der Währungsunion
42 endlich eine Sozialunion zu machen.

0

2. Einheitliche Steuersätze. Irland beispielsweise hat sehr niedrige Unternehmenssteuern

und weigern sich diese zu erhöhen, da sie sonst um ihre Attraktivität bei Unternehmen fürchten. Besonders im Bereich der Finanzindustrie war Irland durchaus beliebt. Dies kann für andere Länder zum Nachteil werden, vor allem wenn sonst ähnliche Strukturen herrschen. Ein Unterbieten der Länder oder ein Wettlauf der niedrigen Steuersätze, wie es Deutschland unter rot-grün ebenfalls betrieben hat, ist abzulehnen. Reiche und Unternehmen müssen sich an die Finanzierung des Staates beteiligen und zwar zu einem beträchtlichen Teil. In Deutschland ist dieses Gleichgewicht nicht mehr vorhanden, da vor allem Lohnabhängige mit extrem hohen indirekten Steuern die Finanzierung des Staates sicherstellt. Reiche und Unternehmen kapseln sich immer mehr ab, deshalb darf es keinen wundern, dass die Verschuldung in Deutschland auch in Boomjahren, wie im Vergleich zu anderen Ländern, kaum zurückgefahren werden konnte. Das IMK hat errechnet, dass die Steuersenkungsorgien unter rot-grün dem Staat pro Jahr 40 Mrd. € an Mindereinnahmen bringen. Selbst wenn man nur die Hälfte davon zurücknimmt, wäre die Einnahmehasis des Bundes, nicht der Kommunen, auf einer soliden Basis. Eine stärkere Koordinierung der Staaten ist in diesem Gebiet sehr vorteilhaft und muss endlich angegangen werden.

43

5 3. Endlich eine gerechte Wachstumspolitik. Wachstum war schon immer Fokus der Europäischen Union. Auch sie sieht ein, dass nur durch Wachstum Arbeitsplätze entstehen können – doch sah die politische Realität immer anders aus. Die Wirtschaft muss sich entfalten können, der Staat soll keinen Platz einnehmen um private Investitionen zu stören. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass ein auf Ausbeutung und Raubzug orientierter Kapitalismus, welcher alle Freiheiten besaß keine Arbeitsplätze auf Dauer schuf, sondern vernichtet, wie man es an der Finanzkrise gut sehen kann. Die Marktwirtschaft braucht klare Grenzen und Regelungen um dauerhaft wirklich Wohlstand für alle garantieren zu können. Die Geschichte der Nachkriegszeit hat gezeigt, dass dies funktioniert wenn das Profitstreben nicht überhandnimmt. Die Löhne stiegen auf allen Ebenen und die Armut konnte wirksam bekämpft werden. Doch nach dem Siegeszug des Neoliberalismus wurde alles aufgegeben. Die Auswirkungen sieht man überall, auch in Deutschland, wo die Lohnquote massiv zurückging und zurückgeht, der Sozialstaat zusammengespart wurde und die Profite des Kapitals in unermessliche Höhe stieg. Wir brauchen wieder einen Konsens darüber wie Wirtschaft wirklich funktioniert, wir brauchen überall Arbeitnehmerrechte, welche nicht nur gute Arbeitsbedingungen garantieren, sondern das Zusammenleben garantiert und niemand ausgeschlossen wird. Der Neoliberalismus hat ausgedient! Auch benötigen wir in jedem Land dieselben Umweltauflagen, damit Unternehmen keine Vorteile ziehen können, falls ein Land es zulässt die Umwelt zu zerstören. Es bringt nichts, wenn einzelne Länder für eine gute Umweltpolitik stehen, während der Rest darauf verzichtet. Es beschränkt nicht nur die Lebensqualität in den betreffenden Ländern auf Dauer, sondern bestraft die Länder durch Arbeitsplatzvernichtung für ein „tadelloses“ Verhalten.

45

5 4. Ebenfalls benötigt die EU eine übergeordnete Stelle um Fehlentwicklung früh zu erkennen. Hier ist nicht gemeint, dass bei einer übermäßigen Staatsverschuldung es der EU erlaubt sein sollte die Finanzhoheit des Landes zu beschneiden, wie es schwarz/gelb gerne hätte. Aber die Demokratie darf in keinem Land beschnitten werden – Deutschland würde es sicher auch nicht gefallen, wenn „Andere“ bestimmen würden welche Ausgaben wir tätigen sollen und welche nicht. Dieser Aspekt richtet sich durchaus auf den Katalog der EU, welcher schon existiert. Nur sollte der „neue“ Punktekatalog ausführlicher und ökonomisch sinnvoller sein. Keynes hatte zu Lebzeiten schon erwähnt, dass Überschüsse weitaus gefährlicher sind als Defizite. Wie gezeigt ist in einer Währungsunion es unerlässlich, dass ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht herrscht, damit kein Land in eine übermäßige

Verschuldung hineinschlittert. Vor allem muss der Augenmerk auf die Handelsbilanz
46 innerhalb der Währungsunion gelegt werden. Keynes schlug vor, Überschussländer, die das
5 Gleichgewicht, zum Beispiel durch eine gestärkte Binnenkonjunktur, nicht erreichen wollen,
zu bestrafen und zwar in Höhe des Überschusses. Diese Konsequenz muss für alle
Mitgliedsländer und kann nicht umgangen werden. Somit hätte kein Land einen Anreiz
durch Lohndumping ihre Wirtschaft auf einen Exportkurs zu trimmen und die
Lohnentwicklung zu bremsen, zum Beispiel durch eine Kürzung der Arbeitslosenhilfe wie in
47 Deutschland geschehen. Die Verschuldung des Privatsektors oder der Finanzindustrie sind
0 sicher auch gute Kennzahlen um die Stabilität zu überwachen, aber hier geht es wohl eher
um die Entwicklung bestimmter Vermögens oder Finanzblasen.

5. Eine Beteiligung der Finanzmärkte und Spekulanten an den Kosten der Krise: Diese muss
über einen höheren Spitzensteuersatz und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
47 erfolgen. Daneben brauchen wir die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Ob eine
5 solche Steuer die Volatilität der Finanzmärkte mindert oder nicht sei dahin gestellt. Das
kann man eventuell besser mit einer vorgeschriebenen Haltedauer erreichen oder diese
Haltedauer mit einer besseren Steuer auf Gewinne aus Finanztransaktionen erreichen. Was
eine Transaktionssteuer aber auf alle Fälle schafft ist die Finanzindustrie an den Kosten der
Finanzkrise in einem besseren Umfang zu beteiligen. Das Heimatlandprinzip muss aber
48 installiert werden, sonst würde diese Steuer sofort verpuffen. Die Gefahr, dass Banken oder
0 größere Unternehmen deshalb das Land oder die EU verlassen ist sehr gering. Es wäre
wünschenswert diese Steuer weltweit zu implementieren, aber dieser Wunsch wird wohl
nie in Erfüllung gehen. Aber Europa kann hierdurch ein starkes Signal aussenden an andere
Länder oder Kontinente dieser Welt es ihnen nachzumachen, vor allem wenn das dadurch
eingenommene Geld sinnvoll verwendet wird. Sei es zum Schuldenabbau oder zur Stärkung
48 der Sozialsysteme oder die Unterfinanzierung der Bildung endlich zu beheben. Genügend
5 Ebenen existieren (leider) auf alle Fälle. Leider greift der Vorschlag der Europäischen
Kommission, Geschäfte mit Aktien und Anleihen mit 0,1% und den Derivatehandel mit nur
0,01% zu besteuern, deutlich zu kurz. Gerade Derivate machen die großen Volumina des
Finanzhandels aus und sind oft besonders risikoreich. Wir fordern auch hier einen
einheitlichen Steuersatz von 0,1%.

49

0 6. Eine echte Regulierung der Finanzmärkte: Obwohl die unregulierten Finanzmärkte als
Auslöser der Krise identifiziert worden sind, ist eine Regulierung bisher völlig im Sande
verlaufen. Wir fordern daher, endlich klare Richtlinien für Finanzprodukte aufzustellen.
Reine Spekulationsinstrumente wie beispielsweise Leerverkäufe oder die sog. „Credit
Default Swaps (CDS)“, mit denen gegen ganze Volkswirtschaften spekuliert wird, müssen
49 verboten werden.

5

7. Ebenso muss die Europäische Zentralbank reformiert werden. Die einseitige Sicht nur für
Preisstabilität zu sorgen hilft der Währungsunion nicht weiter, vor allem weil man zwei
verschiedene Formen der Inflation unterscheiden muss: Die Einkommens- und die
Rohstoffinflation. Leider unterscheidet die EZB nicht, wie andere Notenbanken, zwischen
50 diese beiden Inflationsarten sondern nimmt die gesamte Teuerungsrate als Referenzgröße
0 und bestimmt ihr Verhalten danach. Jedoch sind Zinserhöhungen bei einer
Rohstoffinflation eher nutzlos – kann aber die Wirtschaftsentwicklung nachhaltig negativ
beeinflussen. Die EZB muss erstens hier unterscheiden und sich ein Vorbild an die FED
nehmen. Zweitens, und auch hier kann die FED als Vorbild herhalten, auch die
Wirtschaftsentwicklung im Blick haben. Zinserhöhungen bei lahmender Entwicklung sind
50 tödlich und müssen in Zukunft unterbleiben. Es ist bezeichnend, dass die EZB kurz vor dem

5 Ausbruch der Krise, als es in den USA schon heftig gekriselt hat, ihre Zinsen sogar noch erhöht haben. Die Beschäftigungsquote, ebenso das Wirtschaftswachstum müssen gleichberechtigt zur Überwachung der Inflationsrate stehen. Nur so ist eine positive Entwicklung der Währungsunion gegeben.

51 8. Eine Stärkung des Europäischen Parlaments: Auf europäischer Ebene herrscht ein
0 enormes Demokratiedefizit. Solange die Nationalstaaten ihre Interessen in Ministerrunden und Geheimabsprachen ohne Beteiligung des Parlaments und der Bürgerinnen und Bürger treffen, solange ist auch das Vertrauen in Europa nicht gegeben. Das Europäische Parlament benötigt mehr Stärke und mehr Kompetenz, um nationalstaatlichen Interessen entgegenzuwirken, die Kommission wirksam zu kontrollieren und die von den Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union übertragenen Vertretungsrechte wahrzunehmen. Beschlüsse, Verträge usw. dürfen nicht von nicht demokratisch legitimierten Gremien gefasst werden, sondern müssen den parlamentarischen Weg durchlaufen.

9. Ein konsequentes Austrocknen von sogenannten Steuerparadiesen und Off-Shore Finanzplätzen, allen voran in den Ländern der Europäischen Union.

10. Den Kampf gegen sogenannte „Schattenbanken“ voranzutreiben: Ein erster guter Schritt in diese Richtung sind die Vorschläge von Binnenmarktkommissar Michael Barnier.

11. Höhere Eigenkapitalquote für Banken (Basel III Richtwert), Hedgefonds, Private-Equity-Fonds, Geldmarktfonds und ähnliche Institutionen.

Die Entwicklung Europas ist auf dem Scheideweg. Mit der aktuellen Politik ist ein Scheitern vorprogrammiert, auch wenn man sich durch immer mehr Hilfspakete sich Zeit kauft. Aber wer die Währungsunion und ihr Wirken und ihre Zusammenhänge nicht versteht, wird nie die Ursachen beheben, sondern nur an der Oberfläche kratzen. Wir haben gezeigt wie es möglich ist die EU wieder auf ein stabiles Fahrwasser zu bekommen. Deshalb brauchen wir einen Politikwechsel, und zwar einen radikalen! Hin zu einer solidarischen Währungsunion mit einer starken Sozialdemokratie!

[1] <http://www.ftd.de/politik/europa/:dauerkrise-wie-belgien-zerbroeselt/50213541.html>

[2] Statistiken:
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=teina220>

[3] <http://www.nachdenkseiten.de/?p=8022>

[4] Quelle: OECD - <http://www.oecd-ilibrary.org/sites/factbook-2010-en/03/01/05/index.html?contentType=/ns/StatisticalPublication,/ns/Chapter&itemId=/content/chapter/factbook-2010-24-en&containerItemId=/content/serial/18147364&accessItemIds=&mimeType=text/html>

[5] IMK Report Nr. 53, August 2010

[6] Vgl. Bofinger, Flassbeck oder Horn (Institut für Makroökonomik und Konjunkturforschung)

[7] WKO: Wirtschaftskammer Österreichs.

[8] Vgl. auch <http://www.nachdenkseiten.de/?p=11748>

Antragsbereich W/Antrag 5

Jusos

Tonnagesteuer abschaffen

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Wir fordern die Abschaffung der Tonnagesteuer. Die Höhe der Besteuerung von Handelsschiffen soll zukünftig nicht länger pauschal abhängig von der Nettoraumzahl des Schiffes sondern lediglich herkömmlich durch Betriebsvermögensvergleich ermittelt werden.

10

Auch in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union muss die Abschaffung der Tonnagesteuer angestrebt werden um eine Steuerharmonisierung zu erzielen und Wettbewerbsnachteile zu beseitigen.

Die SPD hat sich für die Umsetzung dieser Forderungen einzusetzen.

Antragsbereich W/Antrag 6

Jusos

Keine Zahlung von Bischofsgehältern durch den Staat

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Die Finanzkrise kostet Deutschland enorm viel Geld. So viel Geld, dass die Regierung über Steuererhöhungen, Stellenabbau im Öffentlichen Dienst und Abbau von Sozialleistungen nachdenkt. Nur bei einem Posten denkt niemand an Einsparungen: bei der Kirche.

10

Im Jahr 2009 überwiesen die deutschen Ländern zusammen mehr als 442 Mio € an die katholische und evangelische Kirche. Mit diesem Geld werden die Gehälter zahlreicher Kirchenmitarbeiter, wie z.B. Bischöfe, bezahlt. Diese Zahlungen sind als Entschädigung für die über 200 Jahre zurückliegende Säkularisierung, also die Verstaatlichung von Kircheneigentum, gedacht.

15

Forderung: Die Zahlungen an die Kirche sollen gemäß Art. 140 GG i.V.m. Art. 138 Abs. 1 WRV eingestellt werden.

- 20 1) Die Relevanz der damaligen Abmachung ist inzwischen nicht mehr gegeben, da seit dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 mehr als 200 Jahre vergangen sind. Laut dem Kirchenrechtler Prof. Horst Herrmann war es eigentlich nicht gedacht, dass diese Zahlungen dermaßen lange fortgeführt würden. Dadurch sollten vor allem die finanziellen Verluste der damaligen Bischöfe ausgeglichen werden.
- 25 2) Die Ausübung der sozialen und gemeinnützigen Aufgaben, die die Kirchen wahrnehmen, sind von diesen Zahlungen nicht abhängig oder betroffen. Der Staat bezahlt n e b e n h e r noch extra den Löwenanteil der Kosten, die Dienste wie die Caritas verursachen. Laut Spiegel-Online liegt der Anteil des Staates bei 98%.
- 30 3) Unserem Staat geht das Geld aus. Deutschland hat durch die Finanzkrise und die daraus resultierenden Rettungsschirme enorme Kosten zu bewältigen. Bevor man über Kürzungen bei Hartz 4, Einsparungen bei der Bildung oder eine Steuererhöhung nachdenkt, sollte man lieber hier Geld einsparen. Jeder in der Gesellschaft wird
- 35 Einbußen hinnehmen müssen, da darf auch der Klerus nicht darüber erhaben sein. Schließlich sitzen wir alle in einem Boot und das Geld könnte wahrlich besser verwendet werden.
- 40 4) Das Argument, der Staat habe den Kirchen ja etwas gestohlen, zählt nicht. Denn erstens wäre der Schaden inzwischen längst gedeckt, zweitens ist allgemein bekannt dass der Kirchenbesitz größtenteils auch nicht lauter erworben wurde und drittens ist der Staat kein Eigentümer als solcher sondern eine Gemeinschaft der Bürger, denen dieser Kirchenbesitz ja meist davor abgepresst wurde. Mit der Auflösung der Monarchie 1919 verloren die Zahlungen ihre Berechtigung.
- 45 5) Wir haben eine grundrechtlich verankerte Trennung von Kirche und Staat. Auch deshalb kann es nicht angehen dass der deutsche Staat die Gehälter bestimmter Kirchen zahlt.
- 50 6) Selbst im Grundgesetz ist festgelegt, dass diese Zahlungen einmal eingestellt werden können: Art. 140 GG i.V.m. Art 138 Abs. 1 WRV. Deshalb wird es jetzt höchste Zeit.

Zurücksetzen der Kleinbetriebsklausel

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Wir fordern eine Zurücksetzung der Kleinbetriebsklausel des § 23 Abs. 1, Sätze 2 bis 4 KSchG auf einen Arbeitnehmer/eine Arbeitnehmerin und somit eine Abkehr von den seit dem 31.12.2003 geltenden 10 ArbeitnehmerInnen.

10

Die Kleinbetriebsklausel gemäß § 23 Abs. 1 KSchG legt die Grenze fest, wie viele ArbeitnehmerInnen in einem Betrieb beschäftigt werden müssen, damit das Kündigungsschutzgesetz Anwendung finden kann. Bis zum 31.12.2003 war der Schwellenwert bei fünf ArbeitnehmerInnen. Seit diesem Datum gilt für Neueinstellungen der Schwellenwert von 10 ArbeitnehmerInnen.

15

Dies birgt 3 wesentliche Probleme:

20

1. Betriebe, die seit dem 31.12.2003 die Schwelle der fünf ArbeitnehmerInnen überschritten haben, fallen nach der heute geltenden Regel nicht unter den Anwendungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes. Das heißt, diese ArbeitnehmerInnen stehen ohne den essentiellen Schutz des KSchG da, obwohl sie nach der alten Regelung nun hätten geschützt sein sollen. Es ist unter sozialen Aspekten kaum zu verstehen, warum ArbeitnehmerInnen bis zu einem derart hohen Schwellenwert nahezu schutzlos einer Kündigung gegenüberstehen sollen. Es ist kaum hinnehmbar, dass bis zu dem Schwellenwert von 10 ArbeitnehmerInnen diese einem derart hohen Risiko der Kündigung ausgesetzt sind und damit auch ihre Existenzgrundlage jederzeit gefährdet ist. Dies ist mit einer vorausschauenden Lebensplanung kaum zu vereinbaren.

25

30

2. Dies bedeutet auch, dass in einem Betrieb, der den alten Schwellenwert bereits überschritten hatte, aber den neuen noch nicht überschreitet, die „Alt-ArbeitnehmerInnen“, die ihre Beschäftigung vor dem 31.12.2003 aufgenommen haben, noch unter den Schutz des KSchG fallen, während die neuen ArbeitnehmerInnen, die ihre Beschäftigung nach dem 31.12.2003 aufgenommen haben, dagegen nicht geschützt sind. Dies erscheint ungerecht, insbesondere unter dem Aspekt, dass es von Zufälligkeiten abhängen mag, ob man seine Arbeit nun in dem einen oder anderen Monat aufgenommen hat. Auch wird es den neuen MitarbeiterInnen gegenüber schwer vermittelbar sein, dass die „Alt-ArbeitnehmerInnen“ den Schutz des KSchG genießen, während sie selbst so gut wie keinen Schutz vor Kündigung haben.

35

40

3. Gegenüber den „Alt-ArbeitnehmerInnen“ ergibt sich das Problem, dass diese nur geschützt sind, solange der „virtuelle Altbetrieb“ noch besteht. Sinkt also der ArbeitnehmerInnen-Bestand, der zum Zeitpunkt des 31.12.2003 vorlag, auf fünf oder weniger ArbeitnehmerInnen ab, verlieren die übrig gebliebenen „Alt-ArbeitnehmerInnen“ damit auch ihren Kündigungsschutz. Ersatzeinstellungen für ausscheidende „Alt-ArbeitnehmerInnen“ bleiben also gänzlich unberücksichtigt, so dass durch Kündigung und Rente tatsächlich auch die meisten Alt-ArbeitnehmerInnen

45

50 mittlerweile ihren Kündigungsschutz verloren haben dürften. Es erscheint jedoch
höchst ungerecht, dass diese ArbeitnehmerInnen ihren Kündigungsschutz verlieren
sollen, obwohl sie weiterhin in dem gleichen Betrieb tätig sind, in dem sie ursprünglich
Kündigungsschutz genossen haben.
Dies sind allein die Probleme, die sich durch die Umstellung des alten auf den neuen
Schwellenwert ergeben.
Darüber hinaus muss jedoch auch gesagt werden, dass schon allein ein derart hoher
Schwellenwert aus sozialen Gründen nicht wünschenswert erscheint. EinE
55 ArbeitnehmerIn zeichnet sich typischerweise dadurch aus, dass seine/ihre
Existenzgrundlage von dem Behalten oder Nicht-Behalten seines Arbeitsplatzes
abhängt. Der Arbeitnehmer/Die Arbeitnehmerin ist in außergewöhnlichem Maße
sozial schutzwürdig, um zu gewährleisten, dass er/sie seine/ihre Lebensgrundlage
sichern kann. Ein derart hoher Schwellenwert kann diesem sozialen Schutz nicht
60 gerecht werden, denn hierdurch werden zahllose ArbeitnehmerInnen nahezu schutzlos
gestellt.
Die ArbeitnehmerInnen, die in einem Betrieb von nur 10 ArbeitnehmerInnen und
weniger arbeiten, dürfen nicht generell aus dem Schutzbereich des KSchG
ausgenommen werden. Auch wäre diese Regelung für den/die ArbeitgeberIn durchaus
65 hinnehmbar und verhältnismäßig. Da diese bei dringenden betrieblichen
Erfordernissen, wenn also zum Beispiel die Existenz des Betriebes als solches gefährdet
erscheint, durchaus ihren ArbeitnehmerInnen kündigen können. Insofern
berücksichtigt das KSchG durchaus auch die Interessen der ArbeitgeberInnen, wenn
diese aus personenbedingten Gründen oder aus betrieblichen Erfordernissen ihren
70 ArbeitnehmerInnen kündigen wollen.
Letztlich ist es unsere Pflicht, wenn wir weiterhin als Sozialstaat gelten wollen, den
Schutz des Arbeitsplatzes zu gewährleisten und dem amerikanischen Prinzip von „hire
and fire“ eine deutliche Absage zu erteilen.

Antragsbereich W/Antrag 8

AGS

Fremdkapital

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Wir treten für die Beibehaltung des Verbotes von Fremdkapital bei den freien Berufen
ein. Das Verbot verhindert, dass sich berufsfremde Investoren in die Betriebe von
Ärzten, Anwälten, Steuerberatern, Architekten, Wirtschaftsprüfern und weiteren freien
Berufen einkaufen. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der
10 Dienstleistungsrichtlinie der europäischen Union gibt es von verschiedenen Seiten
versuche, das Fremdkapitalverbot zu verwässern oder gar ganz abzuschaffen.
Hiergegen wenden wir uns und fordern die sozialdemokratischen Fraktionen in Bund
und Europa auf, sich gegen eine Aufweichung einzusetzen.

Bildung

Antragsbereich Ini/ Antrag 4

Landesverband Bayern

Für eine Beteiligung der BayernSPD am Volksbegehren G8/G9

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Die BayernSPD beteiligt sich aktiv am Volksbegehren für die Wiedereinführung des neunstufigen Gymnasiums, das von den Freien Wählern angestoßen wurde.

Antragsbereich B/ Antrag 1

Ortsverein M-Briennerviertel (Unterbezirk München-Stadt)

Kein Lobbyismus an Schulen

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, eine Initiative zu starten, die Betätigung von

10

Lobbyisten in bayerischen Schulen verhindert. Dazu gehört auch die Untersagung von Verwendung von Unterrichtsmaterial, dass private Unternehmen und Lobbyverbände zur Beeinflussung der Öffentlichen Meinung an Schulen meist kostenlos zur Verfügung stellen.

Antragsbereich B/ Antrag 2

Jusos

Bundeswehr an Schulen

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Die möglichst baldige Auflösung der Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Schule, bezüglich der Schulbesuche durch Jugendoffiziere, soll in das Wahlprogramm der SPD übernommen werden.

10

Schulen müssen immer ein ziviler Raum sein. Genau das sind sie jedoch nicht mehr,

wenn speziell ausgebildete Jugendoffiziere an Schulen unterwegs sind. Sicherlich sind Debatten zu sicherheitspolitischen Themen notwendig, auch an Schulen, diese müssen dann jedoch auch als Debatte geführt werden. Das bedeutet dass auch VertreterInnen pazifistischer Initiativen eingeladen werden müssen. Bis eine derartige Lösung gefunden worden ist, ist die Kooperationsvereinbarung aufzukündigen. Die Behauptung, Jugendoffiziere würden nur bilden und nicht rekrutieren, lehnen wir ab, da allein die Präsenz und der inhaltliche Fokus der ReferentInnen eine Form der Militarisierung ist.

Antragsbereich B/ Antrag 3

Jusos

Mobilität für junge Menschen in Ausbildung ermöglichen!

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Bayerische Landesgesetze für dauerhafte Finanzierung der Ausbildungs- und Semestertickets schaffen

▪

10

Vorwort

Für junge Menschen, gerade wenn sie noch in Ausbildung sind, ist bezahlbare Mobilität entscheidend für gesellschaftliche Teilhabe. Mobilität und ihre Kosten können auch die Entscheidung beeinflussen, ob aus finanziellen Gründen überhaupt eine weiterführende Ausbildung angetreten werden kann. Das Grundrecht auf Bildung ist also genauso eng mit den Mobilitätskosten verbunden wie etwa mit Wohnkosten oder Ausbildungsgebühren.

20

Dem ÖPNV ist genauso wie etwa die Wasser- oder Stromversorgung Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Aus sozialen, aber auch ökonomischen und ökologischen Gründen kommt ihm eine besondere Verantwortung zu. Allerdings wissen wir auch, dass ÖPNV sich kaum selbst finanzieren kann, insbesondere wenn er gut ausgebaut und ein attraktives Verkehrsangebot zu günstigen Preisen zur Verfügung stellen soll. Der allzu oft propagierte Wettbewerb der sog. freien Märkte führt beim ÖPNV nur zu qualitativen und quantitativen Verschlechterungen, ganz zu schweigen von den Arbeitsbedingungen in diesem ehemaligen Bereich des öffentlichen Dienstes.

30

Im Spannungsfeld zwischen notwendigem ÖPNV- und Schienenverkehrsausbau auf dem breiten Land sowie bezahlbaren und attraktiven Ticketpreisen sind besondere Vorsorgemaßnahmen durch den Freistaat Bayern zu schaffen und die Politik der vergangenen Jahre in diesem Bereich zu ändern. Vor dem Hintergrund, dass das PBefG (Personenbeförderungsgesetz des Bundes) eine Möglichkeit für Bundesländer eröffnet ein eigenes Landesrecht für den Bereich der Ausbildungswegstrecken und deren Finanzierung zu schaffen, stellt dieser Schritt einen wichtigen Baustein dar.

35

Die Länder sind gesetzlich für die Bezuschussung der Ausbildungstarife zuständig. Aber

40 gerade der Freistaat Bayern hat sich hier seit Jahren immer stärker aus der Verantwortung gestohlen! Bayern muss hier endlich zu seiner politischen Verantwortung stehen und darf die Schuld nicht länger auf den Bund und die Kosten auf die Kommunen abschieben.

45 Obwohl der Wille von Kommunen und örtlichen politischen Ebenen vorhanden ist, Verbesserungen zu ermöglichen (wie derzeit das Beispiel Semesterticket in München zeigt), unterstützt die bayerische Staatsregierung weder finanziell noch juristisch neu entworfene Ticketangebote.

Daher müssen folgende Forderungen in einem Landesgesetz zur Förderung von Ausbildungs- und Semestertickets umgesetzt werden:

50 1. Alle SchülerInnen bis zur 13. Klasse sowie in Berufs- und Fachschulen müssen ihre Fahrtkosten über den Landeshaushalt komplett erstattet bekommen (Schulwegkostenfreiheit ausweiten).

55 2. Für Auszubildende, die ein zusätzliches Ticket für ihre Arbeitsstätte benötigen, muss ein Weg der Bezuschussung gefunden werden - zumindest wenn diese nicht über sehr hohe Ausbildungsvergütungen verfügen.

60 3. ÖPNV Kosten dürfen für Menschen in Ausbildung/Studium nicht über einen sozialverträglichen Wert steigen, den es zu definieren gilt.

65 4. Die Ticketangebote müssen, zeitlich unbegrenzt, den gesamten Weg vom Wohn- zum Ausbildungs-/Studienort abdecken.

70 5. Der Freistaat muss Zuschüsse (derzeit auf Grundlage des § 45a PBefG) für örtliche Ausbildungsticketangebote wieder deutlich erhöhen um größere Rabattierungen zu ermöglichen.

75 6. Eine Grundförderung (derzeit Erstattungen nach § 45a PBefG) je Person und Ticket muss von Seiten des Freistaats auch dann statt finden, wenn es lokal darüber hinaus reichende Vergünstigungen gibt (z.B. durch Subventionierung in Landkreisen und Kommunen). Ein sicherer und verlässlicher Rechtsrahmen zur Erstattung der Zuschüsse an die Verkehrsunternehmen, die auch im Wettbewerb untereinander stehen, muss geschaffen werden, um örtliche Verhandlungen zu ermöglichen.

80 7. Ein Semesterticket ist an allen Hochschulen in Bayern einzuführen.

8. Mit der Wiedereinführung von Verfassten Studierendenschaften muss auch eine Verhandlungsgrundlage der StudentInnen für Semestertickets einhergehen

85 9. Da ausbildungsbedingte Pendlerströme teilweise auch über die Grenzen von Tarifverbänden hinaus bestehen, muss die BEG (Bayerische Eisenbahngesellschaft) beauftragt werden, entsprechende Zugstrecken mit in existierende Ticketangebote

aufzunehmen.

Schlusswort

90

Der Freistaat Bayern und die Landesregierung müssen endlich wieder anerkennen, dass sie für die Finanzierung von Ausbildungstarifen zuständig sind und dich ihrer Verantwortung stellen! Bildung ist Ländersache! (Auch wenn das vielleicht schon der grundlegende Fehler ist.) Daher fordern wir vom Freistaat Bayern eine grundlegende

95

ÖPNV Offensive sowie rechtliche und finanzielle Verbesserung bei Ausbildungs- und Semesterticketmodellen!

Antragsbereich B/ Antrag 4

Jusos

Vollständige Finanzierung der Schulwegbeförderung

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Eine Familie muss für einen Schüler, welcher die 11. beziehungsweise 12. Jahrgangsstufe besucht, einen jährlichen Betrag von 370 Euro an Beförderungskosten für das Busticket aufbringen. Da dieser Betrag sich hinderlich für die Bildung von finanziell schlechter gestellten SchülerInnen auswirkt, fordern die Jusos Rottal-Inn die Änderung des Schulwegkostenfreiheitsgesetzes, welches bisher besagt: „Die notwendige Beförderung der Schülerinnen und Schüler auf dem Schulweg ist bei öffentlichen und staatlich anerkannten privaten Realschulen, Gymnasien, Berufsfachschulen (ohne Berufsfachschulen in Teilzeitform), zweistufigen Wirtschaftsschulen und drei- bzw. vierstufigen Wirtschaftsschulen bis einschließlich Jahrgangsstufe 10 sowie bei

10

15

Vollzeitunterricht an Berufsschulen Aufgabe der kreisfreien Gemeinde oder des Landkreises des gewöhnlichen Aufenthalts der Schülerin oder des Schülers (Aufgabenträger). 2 Satz 1 gilt auch bei öffentlichen und staatlich anerkannten privaten Realschulen, Gymnasien, Berufsschulen, Berufsfachschulen (ohne Berufsfachschulen in Teilzeitform), Wirtschaftsschulen, Fachoberschulen und Berufsoberschulen ohne

20

Begrenzung auf bestimmte Jahrgangsstufen für Schülerinnen und Schüler, die wegen einer dauernden Behinderung auf eine Beförderung angewiesen sind.“

25

Dieser Artikel wird folgendermaßen geändert: „Die notwendige Beförderung der Schülerinnen und Schüler auf dem Schulweg ist bei öffentlichen und staatlich anerkannten privaten Realschulen, Gymnasien, Berufsfachschulen (ohne Berufsfachschulen in Teilzeitform), zweistufigen Wirtschaftsschulen und drei- bzw. vierstufigen Wirtschaftsschulen sowie bei Vollzeitunterricht an Berufsschulen Aufgabe der kreisfreien Gemeinde oder des Landkreises des gewöhnlichen Aufenthalts der Schülerin oder des Schülers (Aufgabenträger).“ Die Beförderung soll folglich bis

30

Abschluss der Schullaufbahn von den kreisfreien Gemeinden oder des Landkreises getragen werden und nicht nur bis Abschluss der 10. Jahrgangsstufe befristet sein. Artikel 3 (2) wird gänzlich gestrichen, da dieser mit Inkrafttreten der Änderung von Artikel 1 nichtig wird. Zudem wird Artikel 4 (2)³ gestrichen und Artikel 4 (2)⁴, welcher bisher besagt: „Die Staatsministerien der Finanzen und des Innern werden ermächtigt,

35 im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus die näheren
Voraussetzungen für die pauschalen Zuweisungen und die Abgeltung der Belastungen
durch Art. 3 Abs. 2 durch Rechtsverordnung zu regeln“, in „Die Staatsministerien der
Finanzen und des Innern werden ermächtigt, im Einvernehmen mit dem
40 Staatsministerium für Unterricht und Kultus die näheren Voraussetzungen für die
pauschalen Zuweisungen zu regeln“ geändert.

Antragsbereich B/ Antrag 5

Jusos

Schulsozialarbeit und Offene Jugendarbeit: Kooperation statt Konkurrenz

(Überwiesen an)

5 Landesvorstand

Wir fordern, dass bei neu errichteten und bestehenden (Ganztags-)Schulen mit eigener
Schulsozialarbeit (durch eigenes Personal) auch die vor Ort existierenden Strukturen der
offenen Kinder- und Jugendarbeit berücksichtigt sowie mit einbezogen werden. Die
10 Schulsozialarbeit soll nicht „am grünen Tisch“ und losgelöst von bereits existierenden
und funktionierenden Strukturen eingerichtet oder fortgeführt werden, sondern soll mit
der Offenen Jugendarbeit sinnvoll kooperieren. Die Fraktion der SPD im Bayerischen
Landtag wird dazu aufgefordert, die Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen zur
Förderung der Kooperation bestehender und neuer Strukturen der Schulsozialarbeit und
15 Jugendarbeit zu fördern und in ihren eigenen Entwicklungen (beispielsweise der
Gemeinschaftsschule) zu verankern.

Im Zuge der Einrichtung von Ganztagsangeboten an Mittelschulen, Gymnasien und
künftig wohl auch an Gemeinschaftsschulen wird oftmals überhaupt nicht darauf
20 eingegangen, dass es in Kommunen möglicherweise bereits Strukturen der
Jugendarbeit gibt. Die Befürchtung, dass neu geschaffene Stellen und Konzepte sowie
der Ganztagsbetrieb an sich zum Ausbleiben der Kinder und Jugendlichen in den
Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit führen könnten, macht auch unter
PädagogInnen die Runde. Bisher gibt es nur vereinzelt Konzepte, wie man eine sinnvolle
25 Zusammenarbeit und Ergänzung von bestehenden Strukturen und zweifelsfrei nötigen
neuen Einrichtungen der Schulsozialarbeit bewerkstelligen könnte.

(nach: *Thimm, Karlheinz: Jugendarbeit_im_Ganztag_der_Schule, S. 13 f.*)

30

Antragsbereich B/ Antrag 6

Reformierung der zweigleisigen beruflichen Ausbildung

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Ausgangslage - Warum muss der Mensch arbeiten?

10

Der Mensch ist, ganz besonders in der heutigen Zeit, auf Arbeit angewiesen. Er ist auf Arbeit angewiesen um für sich oder gar seine Familie zu sorgen, seinen gerechten Beitrag zur Solidargemeinschaft zu leisten und sein Wissen bzw. seine Fähigkeiten an andere weiterzugeben. Arbeit, egal welcher Art, ist oft der Dreh- und Angelpunkt unseres Lebens in einer globalisierten Welt. Und Grundlage für eine solche Arbeit ist eine gute, fundierte und fair entlohnte Ausbildung. Leider ist diese hierzulande oft immer noch Mangelware. Auszubildende werden als schlecht bezahlte Aushilfskräfte angesehen oder verrichten mitunter ausbildungsfremde Tätigkeiten. Oft zieht diese mangelhafte Behandlung während der betrieblichen Ausbildung eine enorme Demotivierung nach sich, die auch nach der Ausbildung im eigentlichen Berufsleben immer noch anhält.

15

20

Die Reformierung der zweigleisigen Betrieblichen Ausbildung

25

In Deutschland findet eine solche betriebliche, nicht akademische Ausbildung, zweigleisig statt. Neben der betrieblichen Ausbildung muss der / die Auszubildende auch eine Ausbildung in einer Berufsschule bzw. Berufsakademie absolvieren. Leider ist hier in letzterer oftmals nur eine sehr durchwachsene Verzahnung zwischen Lehranstalt und Ausbildungsbetrieb gegeben und Auszubildende werden zu sehr auf die Abschlussprüfung der jeweiligen Handels- oder Handwerkskammer fixiert und die berufliche Praxis bleibt auf der Strecke.

30

35

In diesem Zusammenhang ist es nicht unser Ziel die Einrichtung der „Berufsschule“ an sich abzuschaffen. Eine duale, zweigleisige Ausbildung in Form von Ausbildung im Betrieb und Ausbildung in einer Bildungseinrichtung muss erhalten bleiben, jedoch sprechen sich die Jusos Würzburg für eine engere Verzahnung zwischen dieser Bildungseinrichtung und dem Ausbildungsbetrieb aus. Durch ein Mehr an Mitarbeit und Teilhabe der ausbildenden Betriebe bei der theoretischen Ausbildung durch beispielsweise Workshops, Seminare oder überbetrieblichen Austausch bei der praktischen Berufsausbildung können den Auszubildenden auch Fähigkeiten im Bezug auf ihre Ausbildung näher gebracht werden, auf die der ausbildende Betrieb intern eventuell weniger wert legt. Ferner wird dadurch auch dem oft bemängelten fehlenden Praxisbezug bei der theoretischen Berufsausbildung, der durch die reine Fixierung auf den Ausbildungsplan der jeweiligen Handels- oder Handwerkskammer hervorgerufen wird, mit Hilfe dieser Mittel entgegengetreten und die theoretische Berufsausbildung attraktiver gestaltet.

40

45

Diese angesprochene Mitarbeit bzw. Teilhabe der ausbildenden Betriebe soll aber nur als Ergänzung oder Bereicherung der theoretischen Ausbildung angesehen werden. Eine gänzliche „Privatisierung“ der theoretischen Berufsausbildung durch deren völlige

Übernahme durch die ausbildenden Betriebe lehnen wir hingegen ab.

50 **Wie schon in den Jahren zuvor fordern wir:**

55 Allerdings ersetzt eine noch so gute zweigleisige Ausbildung nicht eine fundierte, qualitativ hochwertige Ausbildung. Diese ist jedoch sehr kostenintensiv. Jene Unternehmen die Aufgrund der hohen Kosten nicht zur Ausbildung der nächsten Generation beitragen, müssen dies finanziell durch eine Ausbildungsplatzabgabe zu spüren bekommen. Wir halten daher immer noch die Forderung der letzten Jahre nach einer solidarischen Ausbildungsplatzumlage aufrecht, mit denen auch kleineren, finanzschwachen Unternehmen oder Personen die Möglichkeit gegeben wird, sein Wissen an die nächste Generation weiterzugeben.

60

Auch wenn Arbeit wie eingangs erwähnt einen wichtigen Punkt darstellt, widersprechen wir der lapidar – konservativen These „Sozial ist was Arbeit schafft“. Wir wollen Arbeit nicht um jeden, sondern für einen gerechten Preis! Wir fordern weiterhin neben einem generellen branchenübergreifenden Mindestlohn für 65 ArbeitnehmerInnen auch eine Lohnuntergrenze für Menschen in Ausbildung, denn auch diese haben das Recht für ihre Arbeit fair entlohnt zu werden.

Antragsbereich B/ Antrag 7

Jusos

Wiedereinführung des „AStA“ an bayerischen Hochschulen

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Wir fordern die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft. Diese soll durch den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) vertreten werden, dem ein allgemeinpolitisches Mandat zusteht. Der AStA soll darüber hinaus – die Genehmigung durch das Studierendenparlament vorausgesetzt – ein eigenes Haushaltsrecht 10 erhalten. Die verfasste Studierendenschaft soll sich über einen Beitrag der Studierenden und einen öffentlichen Zuschuss durch den Freistaat Bayern finanzieren.

Der AStA ist der „Allgemeine Studierendenausschuss“, der von einem Studierendenparlament gewählt wird. In 14 von 16 Bundesländern gibt es den AStA, der den Studierenden ein wichtiges Mittel der Mitsprache bietet. In Bayern wurde 1973 die „verfasste Studierendenschaft“ abgeschafft. Eine tatsächlich produktive und einflussreiche politische Arbeit von Seiten der Studierendenschaft an ihrer Hochschule ist dadurch unmöglich. 15

20 Der AStA gibt den Studierenden ein größeres Mitspracherecht innerhalb der Hochschulpolitik und außerhalb der Universität, da dem AStA auch ein allgemeinpolitisches bzw. hochschulpolitisches (je nach Bundesland) Mandat zusteht. Ein AStA ist somit eine Teilkörperschaft des öffentlichen Rechts und daher auch auf politischer Ebene ein Teil der Universität. Dadurch ist ihm die Möglichkeit der

25 Satzungs- und Beitragshoheit gegeben, er kann eigenständig handeln, beispielsweise Verträge schließen oder Arbeitgeber sein. Ein Umstand, der in Bayern nicht der Fall ist.

Ein weiterer Vorteil eines solchen AStAs besteht darin, dass ein Teil der Semesterbeiträge automatisch an den AStA geht. Der desaströsen finanziellen Situation der Studierendenvertretungen in Bayern kann damit Abhilfe geschaffen werden und z.B. Rechts- und Sozialberatung, Wohnungs- und Arbeitsvermittlung oder die politische Bildung der Studierenden finanziert werden.

Die Wiedereinführung von „Asten“ an bayerischen Hochschulen stellt einen wichtigen Schritt zur politischen und finanziellen Stärkung der Studierendenschaft in Bayern dar.

Antragsbereich B/ Antrag 8

Unterbezirk München-Stadt

Weiterbildung

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Wir brauchen in Bayern einen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub wie in anderen Bundesländern.

10

Ferner ist darauf hinzuwirken, dass Fortbildungen wie Meister, Techniker und MBA nicht mehr durch den/die AbsolventIn zu bezahlen sind, sondern die Kosten durch einen Fonds gedeckt werden, in den die jeweiligen Firmen der Branche entsprechend ihrer Beschäftigtenzahl verpflichtend einzahlen müssen. Dadurch werden die Firmen zur Fortbildung ihrer MitarbeiterInnen animiert, da die Kosten durch die Allgemeinheit der jeweiligen Branche aufgebracht werden.

15

Das Teilzeit- und Befristungsgesetz ist um die Möglichkeit von Teilzeit (3- oder 4 Tage/Woche) bei einem Studium bzw. einer externen staatlich anerkannten Fort-/Weiterbildung zu erweitern.

Gleichstellung

Antragsbereich G/Antrag 1

AsF

Die SPD besteht zur Hälfte aus Frauen

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Die SPD muss Frauen als Mitglieder gewinnen, bis mindestens die Hälfte aller Mitglieder weiblich ist.

10

Dazu werden, vom Bundesvorstand angeregt und unterstützt, folgende Aktionen auf allen Ebenen umgesetzt:

- In der SPD wird ein Klima hergestellt, in dem Redebeiträge von Frauen ernst genommen werden.

15

- Die SPD führt eine breit angelegte Frauenwerbekampagne durch.

- Das öffentliche Erscheinungsbild muss die Quotierung widerspiegeln.

20

- Bonussystem für die Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder.

- Es gibt Angebote zur Beteiligung von Mädchen, z.B. Ferienprogramme, Mädchenspezifische Themen.

25

- Kinderbetreuung bei Parteiveranstaltungen wird selbstverständlich immer angeboten.

- Ebenso wird die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger selbstverständlich immer angeboten.

30

- Frauen werden in ihrem politischen Engagement aktiv unterstützt vom verantwortlichen Vorstand und von den MandatsträgerInnen, sowie durch die Frauen in der Partei.

35

- Die Redeliste auf Parteitag und -veranstaltungen ist quotiert und transparent zu gestalten.

- Sanktionen, wenn gegen die Quotierungsbestimmungen der Satzung verstoßen wird, z.B. Streichung von Delegiertenmandaten oder Kürzung von Beitragszuweisungen

Antragsbereich G/Antrag 2

AsF

Aufstellungsverfahren

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Die ASF-Landeskonferenz fordert den SPD-Landesvorstand auf, im Sinne des sozialdemokratischen Wertes der Gleichberechtigung in Bezug auf Wahlaufstellungen wie folgt zu verfahren:

10

Die Unterbezirke bzw. Wahlkreise sind dafür zu sensibilisieren, dass bei Wahlen zum

Bundestag

Landtag

Bezirkstag

15

(Ober-)BürgermeisterIn

im jeweiligen Wahlkreis nicht nur KandidatInnen eines Geschlechts aufgestellt werden dürfen.

20

Als Zeitraum soll die Legislaturperiode bei Kommunalwahlen herangezogen werden.

Die Sensibilisierung hat rechtzeitig vor den Aufstellungen zu Wahlen zu erfolgen. Wenn Aufstellungen im genannten Zeitraum lediglich zu Gunsten eines Geschlechts ergehen, soll der SPD-Landesvorstand vor weiteren Nominierungskonferenzen, den betroffenen UB-Vorstand auf den Missstand hinweisen.

25

Antragsbereich G/Antrag 3

AsF

Frauen und Mädchen mit Behinderungen vor Missbrauch schützen

(Angenommen)

weiter an

5

BPT

10

Bundestagsfraktion setzt sich für eine breit angelegte Kampagne des zuständigen Ministeriums für die Rechte von Frauen mit Behinderungen, insbesondere für Aufklärung und Hilfe bei sexuellem Missbrauch ein. Ferner muss für Frauen und Mädchen mit Behinderung Wahlfreiheit bestehen, ob sie von weiblichen oder männlichen Pflegenden betreut werden wollen.

Antragsbereich G/Antrag 4

AsF

Elternassistenz für Eltern mit Behinderungen

(Angenommen)

weiter an

5

BPT

Die Bundestagsfraktion setzt sich für eine Elternassistenz für Eltern mit Behinderungen ein.

Innen- und Rechtspolitik

Antragsbereich R/Antrag 1

Jusos

20 Jahre Asylkompromiss - 20 Jahre Abschaffung des Asylrechts

(Angenommen)

an Kommission zu Asylpolitik

5

und Parteikonvent

10

Unter dem Beifall der AnwohnerInnen und ohne Eingreifen der Polizei brannten 1991 und '92 Asylbewerberunterkünfte in Hünxe und Rostock-Lichtenhagen. Es folgten rechtsradikale Mord- und Gewaltanschläge auf MigrantInnen in Hoyerswerda, Solingen, und Mölln. 74% der Deutschen teilten damals Forderungen nach Einschränkungen des Asylrechts und die Hetzparole des „vollen Bootes“ war weit über die Stammtische hinaus zu hören. Um die angeblich bestehende „Überforderung“ der Menschen aufgrund des Zusammenlebens mit AsylbewerberInnen in Deutschland zu beenden, forderten CDU/CSU und FDP eine Einschränkung des Asylrechts. Die Rolle der Täter und der Opfer wurde so auf absurde Weise verdreht. Nach einigem, teils sehr engagierten Widerstand gegen die geplanten Asylrechtseinschränkungen knickte die SPD aufgrund massiver öffentlicher Kampagnen ein. Die Zustimmung der SPD bescherte daraufhin am 26. Mai 1993 im Bundestag die verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit um das Grundrecht auf Asyl in Deutschland faktisch abzuschaffen. Diesen sogenannten „Asylkompromiss“ bezeichnete die Flüchtlingsorganisation ProAsyl deshalb zu Recht als „Sieg der Straße und Niederlage des Rechtsstaats“. Auch 20 Jahre später formieren sich vielerorts Bürgerinitiativen zur Verhinderung von Asylbewerberunterkünften. Gewalttätige Übergriffe und die systematische Diskriminierung von Asylsuchenden sind an der Tagesordnung. Asylsuchende werden auch 2013 seitens der konservativen Parteien noch unter Generalverdacht gestellt und müssen hierzulande unter teils menschenunwürdigen Bedingungen leben. Massive

15

20

25

30 Hetze wird dabei insbesondere gegen Sinti, Roma und andere ethnische Minderheiten aus Südosteuropa betrieben. Diese Zustände sind für uns Jusos unhaltbar und müssen endlich beseitigt werden.

35 Als rechtliche Grundlage jeglicher Verbesserungen fordern wir deshalb zunächst die längst überfällige Wiedereinführung des vorbehaltlosen Grundrechts auf Asyl, welches nicht durch einfaches Bundesgesetz einschränkbar ist und die gleichzeitige Streichung des Art. 16a Absätze II bis V Grundgesetz.

Reißt die Festung Europa ein!

40 Deutschland hat auf nationaler und europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass die Einreise über einen angeblich „sicheren Drittstaat“ nicht mehr zum Ausschluss des Asylrechts führt. Ebenso bekräftigen wir unsere Forderung nach der Abschaffung der Flughafenschnellverfahren, in denen Asylanträge ohne hinreichende materielle Prüfung innerhalb weniger Stunden abgelehnt werden können. Die Neueinführung einer möglichen Abschiebehaft sogar während des Asylverfahrens, wie sie für die EU-Mitgliedstaaten im Entwurf der aktuellen europäischen Dublin-III-Verordnung (auch für Minderjährige) vorgesehen ist, lehnen wir strikt ab. Deutschland darf derartige Vorgehensweisen nicht zum Bestandteil seiner ohnehin schon restriktiven Asylpolitik machen. Die Erneuerung der Dublin-II Verordnung und der europäischen Aufnahmerichtlinie hat Deutschland die Chance eröffnet, eine Kehrtwende in der Asylpolitik zu vollziehen. Diese Chance wurde leider vergeben. Das ursprünglich geäußerte Ziel der Schaffung von „einheitlichen Bedingungen“ für Asylsuchende innerhalb der EU wurde weit verfehlt, da es den Staaten aufgrund von mehreren Ausnahmetatbeständen und unbestimmten Rechtsbegriffen weiterhin ermöglicht wird, das Grundrecht auf Asyl de facto auszuschalten.

55 „Wir erwarten nicht den Himmel – wir fliehen nur vor der Hölle“

60 Kein Mensch flüchtet freiwillig aus seiner Heimat. Asylsuchende sind politischer, religiöser und jedweder anderer Art von Verfolgung und Gewalt ausgesetzt. In der Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben frei von Angst kommen sie nach Deutschland, nur um sich weiteren Drangsalierungen durch das Ausländer- und Asylrecht ausgesetzt zu sehen. Hungerstreiks und Demonstrationen gegen die unwürdige Behandlung von AsylbewerberInnen gehören in Deutschland zur traurigen, fast alltäglichen Realität. Die systematische Diskriminierung von Asylsuchenden beschämt uns zutiefst und wird von uns nicht akzeptiert.

70 In Deutschland gab es in den letzten Jahren europaweit nach Frankreich die zweitmeisten Asylanträge. Pro 1000 Einwohner kommen jährlich statistisch jedoch nur 0,7 Asylsuchende nach Deutschland, womit wir uns auf Platz 14 innerhalb der EU (unter Einbeziehung der Schweiz, Norwegen und Liechtenstein) befinden. Zudem hat sich die Anzahl der anerkannten Flüchtlinge und AsylbewerberInnen in Deutschland in der Zeit von 1997 bis 2011 vor allem durch Abschiebungen und Rückkehr in die Herkunftsländer, aber auch durch „amtlich bestätigte Integration“ von über 1.000.000 auf 400.000 reduziert. Angesichts dieser Tendenz ist es umso bedauerlicher, dass Deutschland vermehrt Abschiebungen durchführt (2011: ca. 8000) und Menschen, die hierzulande geboren und aufgewachsen sind, völlig grundlos ihrem sozialen Umfeld entreißt. Die dabei angewandten überfallartigen Praktiken sind rechtsstaatlich nicht hinnehmbar

und daher umgehend einzustellen. Wir fordern darüber hinaus einen sofortigen Abschiebestopp.

80

Die Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes sind verfassungswidrig, weswegen dieses Gesetz umgehend abgeschafft werden muss. Ebenso ist der zynische Art. 7 Abs. V S. 3 der bayerischen Durchführungsverordnung Asyl, nach welchem die Unterbringung der Asylsuchenden ihre Rückkehr ins Herkunftsland fördern soll, ersatzlos zu streichen. In Bekräftigung dieser Forderungen und unserer bisherigen Beschlusslagen zum Asylrecht stehen wir weiterhin für:

85

- die Abschaffung der Residenzpflicht für AsylbewerberInnen

90

- die Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte zugunsten eines Rechts auf freie Wohnungswahl und die Bereitstellung von genug öffentlich gefördertem Wohnraum

- Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderung und Kranke sollen raus aus den Erstaufnahmeeinrichtungen

95

- die Abschaffung des Sachleistungs- und Gutscheinsprinzips

- eine flächendeckende Gesundheitsversorgung für AsylbewerberInnen im System der gesetzlichen Krankenversicherung

100

- die psychologische Betreuung für traumatisierte AsylbewerberInnen unter besonderer Berücksichtigung der Opfer von sexueller Gewalt

- das Angebot flächendeckender staatlicher Sprachkurse

105

- eine maximale Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmestellen von 6 Wochen

- die Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylsuchende und eine automatische Arbeitserlaubnis mit Verlassen der Erstaufnahmestelle

110

- den Anspruch auf eine Gleichwertigkeitsprüfung für im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen

- einen Anspruch auf Teilnahme an staatlich organisierten Deutschkursen

115

- einen Anspruch auf reguläre berufliche Weiterbildungsmaßnahmen

- die Abschaffung der Gentests zu Abstammungsnachweiszwecken von Familienangehörigen der Asylsuchenden

120

- Aufhebung der Unterscheidung von allgemeinen Gefahren und individuellen Bedrohungen bei Asylverfahren. Auch die Flucht von Kriegs- und Konfliktschauplätzen, von Hungernöten oder ökologischen Katastrophen stellt einen Grund dar

125

- Schaffung einer Europäischen Asylbehörde und die Benennung eines*r Kommissar*in der Europäischen Kommission für Migration.

Menschenwürdiges Asylrecht

(Überwiesen als Material an)

SPD im EP

5

BTF

Hintergrund:

10 Mit der Einrichtung der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an
den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX) im Jahr
2004 hat die Etablierung eines gemeinsamen europäischen Grenzregimes begonnen,
das die nationalstaatliche Organisation der Grenzsicherung ergänzt oder in Teilen
ersetzt. Die Agentur koordiniert und organisiert seither – ohne demokratische
15 Legitimierung und Kontrolle – Einsätze nationaler Sicherheitskräfte an den EU-
Außengrenzen, um Flüchtlinge vom Grenzübertritt (im Mittelmeerraum oder an den
Landgrenzen in Ost- und Südosteuropa) abzuhalten oder sie in gefängnisähnlichen
Lagern zu internieren, bis ihre Asylantragsverfahren abgeschlossen sind. Letztere
enden in der Regel mit der Abschiebung.

20

Die Praktiken der Grenzsicherung bewegen sich häufig in einer rechtlichen Grauzone.
Flüchtlinge werden auf offener See zur Umkehr gezwungen oder schon an der
nordafrikanischen Küste in Lager gesperrt. Dabei scheute die EU in der Vergangenheit
auch vor der Zusammenarbeit mit der Diktatur in Libyen nicht zurück. Viele Flüchtlinge
25 nehmen aus Angst vor Aufgriffen durch die Grenzpatrouillen gefährliche Routen, viele
sterben auf See oder bereits auf dem Weg durch gefährliches Gelände. FRONTEX und
die Polizeikräfte der EU-Staaten, welche an den Grenzen eingesetzt werden, nehmen
dies billigend in Kauf und sprechen angesichts des Zurückgehens der Übertrittversuche
von Erfolgen. Haben es Flüchtlinge geschafft, entweder über das Mittelmeer oder über
30 die Landgrenzen auf europäisches Territorium zu gelangen, werden sie in Lager (z.B.
auf Lesbos und Lampedusa, in Ceuta oder Melilla) gesperrt, in denen meist
menschenunwürdige Zustände herrschen: schlechte Mahlzeiten und Hygiene,
ungenügende Schlafmöglichkeiten, keine Privatsphäre.

35 In der Öffentlichkeit wecken FRONTEX sowie v.a. konservative PolitikerInnen und
Medien den Eindruck, es handele sich bei den Fluchtversuchen um ein
Massenphänomen. Davon kann keine Rede sein. Zudem werden die individuellen
Gründe der Flucht (Armut oder Verfolgung) kaum zur Sprache gebracht. Lieber wird
von den kriminellen Machenschaften von Schlepperbanden geredet, als seien diese
40 verantwortlich für die Flüchtlingsproblematik.

Die Gründe für die brutale Zurückweisung von Flüchtenden sowie die Ablehnung von
Asylanträgen werden öffentlich nicht diskutiert. Die wirtschaftliche Ausbeutung der
armen Länder, deren ineffektive wirtschaftliche und politische Unterstützung werden

45 ignoriert. Angesichts des Reichtums der EU-Staaten und des Aufwands, der zur Grenzsicherung betrieben wird, kann es sich letztlich bei dieser Politik nur um eine rassistische und von Kapitalinteressen geleitete handeln.

50 Flüchtlinge sind besonders in Südeuropa willkommene Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Indem diesen keine Anerkennung und keine Rechte gewährt werden, können Lebensmittelpreise auch in Deutschland niedrig gehalten und Profitraten maximiert werden. Europa profitiert von der Ausbeutung der Flüchtlinge.

Schlussfolgerungen als Antrag:

55 Die SPD soll sich im Europäischen Parlament und im Bundestag verstärkt dafür einsetzen, die Rechte von flüchtigen Menschen zu stärken sowie für ein menschenwürdiges Asylrecht zu streiten, das neben politischer Verfolgung auch ökonomische Ausbeutung(z.B. Menschenhandel und insbesondere Kinderarbeit nach
60 ILO-Konvention) im Blick hat und Schutz bietet. Damit einhergehend muss die Verhinderung der Flucht nach Europa durch FRONTEX und nationale Grenzschutzkräfte
5 (wie Bundespolizei, Carabinieri, Guardia Civil u.a.) beendet und jeder/m Flüchtling die Möglichkeit zur Asylantragstellung gegeben werden.

Antragsbereich R/ Antrag 4

Bezirksverband Unterfranken

Menschenwürdiger Umgang mit Flüchtlingen in den bay. Gemeinschaftsunterkünften

(Erledigt) durch Programm

(Überwiesen als Material an) LTF

5

Änderungen und Ergänzungen zum Ursprungstext der Antragsteller Jusos UB Wü-Stadt/Jusos Ufr. siehe unterstrichener Text

10 Die Situation in den bayrischen Gemeinschaftsunterkünften ist alarmierend. Menschenunwürdige Zustände werden bewusst erzeugt und toleriert, um eine Integration in die Gesellschaft bereits von der Erstaufnahme an zu verhindern. Mangelnde Selbstbestimmung, Isolation und ungewisse Aufenthaltsdauer bestimmen den Alltag von 10.149 Flüchtlingen in 126 bayrischen GUs (laut bayrischem
15 Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung. Stand vom 29.02.2012). Dieser Umgang mit Menschen bedarf dringend einer Änderung. Da sich die Zuständigkeitsbereiche oft überschneiden, sollte die Verantwortlichkeit gewisser Instanzen generell geklärt und von da ab eine Verweisung unmöglich gemacht werden.

20 Langfristig fordern wir, dass das Asylbewerberleistungsgesetzes an die Grundsicherung angeglichen wird. Damit verbunden die Abschaffung des Sachleistungsprinzips, die Abschaffung der Gemeinschaftsunterkünfte (GU), sowie die Abschaffung der Residenzpflicht und die Abschaffung des grundsätzlichen Arbeitsverbots.

25 Kurzfristig fordern wir:

Die kostenlose Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln für AsylbewerberInnen. Eine derartige Nutzung bleibt Flüchtlingen, die auf ein monatliches Budget von 40,90 Euro angewiesen sind, meist verwehrt. Hierfür bieten sich bereits bewährte Systeme, wie das „Semesterticket“ an, mit dem nicht nur Verkehrsmittel, sondern auch kulturelle Veranstaltungen besucht werden können.

Es darf keine Gebühr für die Stellung eines Antrages auf Verlassen des Bezirkes erhoben werden.

35 Auf Sachleistungen, wie vorbestimmte und immer gleiche „Essenspakete“ und Hygieneartikel, sollte generell verzichtet und stattdessen ein Bargeldsystem eingeführt werden.

40 Außerdem muss sowohl medizinische als auch psychologische Versorgung gewährleistet sein.

Die Zusammenarbeit und Unterstützung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter seitens der Behörden soll intensiviert werden, vor allem beim Aufbau eines „Patensystems“.

45 Die GUs müssen ab sofort so ausgestaltet sein, dass eine menschenwürdige Unterbringung möglich ist, Rückzug in die Privatsphäre ist ein Menschenrecht. Wir fordern, dass die Unterbringung in Einzelzimmern erfolgt.

50 Eine Ausweispflicht für Besucher beim Betreten der GUs muss abgeschafft werden. Die GUs dürfen ausschließlich in Gebieten mit angemessener Infrastruktur angesiedelt werden, sodass Behördengänge nicht zu einem unbezahl- und unüberwindbaren Hindernis werden.

Ein verbindlicher Sprachunterricht muss bei Aufnahme in eine GU gewährleistet werden.

60 Die maximale Aufenthaltsdauer in GUs darf drei Monate betragen. Danach müssen die Flüchtlinge in dezentralen, staatlichen Unterkünften untergebracht werden und ein Auszugsrecht in private Wohnungen besitzen.

65 Die Flüchtlinge müssen beim Auszug aus einer GU eine Arbeitserlaubnis erhalten und dies unabhängig vom Anerkennungsstatus.

70 Das bereits erwähnte Monatsbudget von 40,90 Euro muss auf eine Mindestsumme von 100 Euro angehoben werden, um den Flüchtlingen den Zugang zu grundlegenden Aktivitäten und Aktionen zu ermöglichen und ihnen somit die Integration in die Gesellschaft zu erleichtern.

Das so genannte Coburger Modell soll bei zukünftiger Asylpolitik als Vorbild dienen.

Zeit für einen klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen

(Überwiesen als Material an)

LTF

5

BTF

Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen

10 Auch wenn fast eineinhalb Jahre nach der Selbstenttarnung des
„Nationalsozialistischen Untergrunds“ noch viele Fragen offen sind, zeichnen die
bisher bekanntgewordenen Fakten ein verheerendes Bild der Arbeit der deutschen
Sicherheitsbehörden, insbesondere der Verfassungsschutzbehörden. Die Arbeit der
Untersuchungsausschüsse und -kommissionen, Medienberichte und die Recherchen
15 antifaschistischer Initiativen zeigen klar, dass es sich hierbei nicht um eine
unglückliche Verkettung von Zufällen/individuellem Versagen Einzelner handelt,
sondern dass die Probleme tiefer, in der Struktur und der ideologischen
Grundausrichtung der Sicherheitsbehörden liegen.

20 Auch wenn die schonungslose Aufarbeitung zum „Staatsversagen“ (Angela Merkel)
noch nicht abgeschlossen sind, ist ein Punkt doch schon klar: Ein „weiter so“ darf es
nicht geben und eine Belohnung der Sicherheitsbehörden mit zusätzlichen
Befugnissen und Zuständigkeiten wäre eine grundlegend falsche Antwort.

25 Hier muss zuerst eine umfassende und kritische Analyse und Aufarbeitung erfolgen,
um nüchtern bewerten zu können, mit welchen Bedrohungslagen für unsere
Gesellschaft in Zukunft zu rechnen ist und welche Behörden oder Institutionen mit
welchen Methoden dafür einen guten Schutz bieten könnten.

30 Die Verfassungsschutzämter jedenfalls haben eindeutig ihre Unfähigkeit bewiesen,
den hohen und auch selbstgestellten Ansprüchen als „Frühwarnsystem“ gerecht zu
werden und sollten daher grundlegend zur Disposition gestellt werden. Bei der
öffentlichen Aufarbeitung des „NSU-Komplexes“ haben sich die
Verfassungsschutzbehörden und oft auch die sie kontrollierenden Innenministerien
35 bislang wenig kooperativ verhalten. Die Untersuchungsausschüsse und die Justiz sind
mit Aktenvernichtungen, Verweigerung von (umfassenden) Aussagegenehmigungen,
systematischen Erinnerungslücken, Schwärzung selbst geheim eingestufte Akten und
der insgesamt mangelnden Bereitstellung von Informationen konfrontiert. Unter
Verweis auf das „Staatswohl“ behindern sie die Aufklärung durch die Parlamente und
40 legen so ein „autoritäres, vordemokratisches Staatsverständnis“ (Hajo Funke) an den
Tag. Wenn die Verfassungsschutzbehörden ihren Selbsterhaltungstrieb über die von
der Öffentlichkeit und den Parlamenten eingeforderte schonungslose Aufarbeitung
stellen, werden sie zu einer Gefährdung für unsere Demokratie, dann haben sie ihre
Existenzberechtigung endgültig verspielt.

45

Die historische Legende

Schon der Begriff „Verfassungsschutz“ ist irreführend, handelt es sich doch um eine euphemistische Bezeichnung für insgesamt 17 Inlandsgeheimdienste (16 Landes- und eine Bundesbehörde), die sich als „Frühwarnsystem“ einer „wehrhaften Demokratie“ verstehen. Sie wurden mit Zustimmung der Alliierten mit einer klaren antikommunistischen Ausrichtung gegründet und boten auch vielen durch ihr Wirken in der NS-Zeit Vorbelasteten ein neues Betätigungsfeld. Detaillierte Aussagen über den Einfluss „ehemaliger“ Nazis sind allerdings bis heute kaum möglich, da sich die Geheimdienste einer unabhängigen wissenschaftlichen Aufarbeitung ihrer Frühgeschichte weitgehend verwehren. Nicht nur aus heutiger Sicht mutet es absurd an, dass als „Lehre aus Weimar“ Institutionen zum Schutz der Demokratie geschaffen wurden, die maßgeblich von Funktionären der nationalsozialistischen Diktatur mitgeprägt wurden. Weniger verwundert es allerdings, dass diese Geheimdienste ein Geschichtsbild propagierten, das von der Totalitarismustheorie geprägt wurde: Die Weimarer Republik sei letztlich von ihren Gegnern links wie rechts, KPD wie NSDAP, gleichermaßen zu Fall gebracht worden. Die Kooperation breiter nationalkonservativer Kreise mit den Nazis, die letztlich erst deren Machtübernahme ermöglicht hatte, wurde zugunsten des antikommunistischen Konsenses des beginnenden Kalten Krieges, der vielen aus der alten Elite einen Neuanfang ermöglichte, verdrängt. So konnten dann auch wieder alte Nazis beruhigt gegen „kommunistische Umtriebe“ vorgehen.

Obwohl relativ wenig über die Arbeit der Verfassungsschutzämter in den letzten 60 Jahren bekannt ist, sorgten sie doch für eine Vielzahl an Skandalen, die von zahlreichen Stasi-Überläufern, der Bespitzelung kritischer JournalistInnen und PolitikerInnen, AtomkraftgegnerInnen über einen Sprengstoffanschlag auf das Gefängnis in Celle („Aktion Feuerzauber“/Celler Loch) bis hin zur Verstrickung V-Leuten in schwere Straftaten reichte. Das Versagen dieser Behörden bei den Morden des NSU ist also nur der Höhepunkt einer langen Reihe von fragwürdigen Aktionen. Erst aufgrund des katastrophalen Ausmaßes dieser Mordserie findet nun endlich ein breiterer öffentlicher Diskurs über die Notwendigkeit und Unantastbarkeit der Geheimdienste statt, wie er von vielen BürgerrechtlerInnen schon lange eingefordert wurde.

80 Charakter eines Geheimdienstes

Neben der Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen, die nach eigenen Angaben den Großteil ihrer Arbeit ausmacht, steht diesen Inlandsgeheimdiensten ein breites Spektrum an nachrichtendienstlichen Instrumenten (z.B. Abhör- und Überwachungsmaßnahmen, V-Leute, etc.) zur Verfügung. Zudem sind Informationen über ihre personelle Ausstattung, ihre finanziellen Ressourcen, ihre Strukturen und die Richtlinien, die ihre Arbeit prägen, der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

Diese geheimen Methoden und Strukturen der Verfassungsschutzbehörden machen ihre demokratische Kontrolle praktisch unmöglich, da in der Praxis selbst den ParlamentarierInnen in den geheim tagenden Kontrollgremien Auskünfte und Akteneinsicht weitestgehend verwehrt bleiben. Eine Bewertung der Arbeit dieser Behörden ist daher praktisch nicht möglich und somit kann auch der Glaubensgrundsatz ihrer Notwendigkeit nicht angegriffen werden.

95

Die mangelnde Transparenz, die mangelhaften Kontrollmöglichkeiten und die stetige Wiederholung des Glaubenssatzes ihrer Notwendigkeit ermöglichte es diesen Behörden ein Eigenleben zu entwickeln, das oft sogar zu einer Konkurrenz mit anderen Sicherheitsbehörden führte. Daher wäre es auch nicht ausreichend, lediglich einzelne Beamte oder die Führungsriege auszutauschen, während die grundlegenden Strukturen unangetastet blieben. Auch für die Annahme, dass unter Aufsicht eines sozialdemokratisch geführten Innenministeriums die Situation grundlegend anders darstellen würde, sind keine Belege zu finden. Ebenso wenig überzeugend sind Überlegungen der SPD-Bundestagsfraktion zu einem Umzug der Geheimdienste nach Berlin, einem „Mentalitätswechsel“ mit besserer Öffentlichkeitsarbeit und die Verpflichtung zu einem verbesserten Informationsaustausch. Diese Schlussfolgerungen zeigen drastisch, dass die bisherige Analysetiefe nicht ausreichend ist. Diese minimalen Reformen wären lediglich Augenwischerei zur Beruhigung der Öffentlichkeit.

110

„V-Leute“

In den Untersuchungsausschüssen und den Medien, kommen immer wieder BeamtInnen der Inlandsgeheimdienste und konservative PolitikerInnen zu Wort, die behaupten dass ein Verzicht auf V-Leute nicht möglich ist. Wirkliche Argumente für V-Leute bzw. Belege für den Wert ihrer Arbeit bleiben diese „Sicherheits-“politikerInnen und „VerfassungsschützerInnen“ schuldig, denn es handelt sich auch hierbei um einen Glaubensgrundsatz, der weder belegbar noch angreifbar ist .

120

Die Hintergründe der zahlreichen bislang im Umfeld des NSU bekannt gewordenen V-Leute, die das „Trio“ und seine UnterstützerInnen quasi umzingelten, legen den Verdacht nahe, dass die Bezahlung aktiver Nazis als V-Leute in der rechten Szene dem Kampf gegen die extreme Rechte mehr schadet, als sie ihm nützt. Für Informationen zweifelhafter Qualität wurde erhielten V-Leute Finanzmittel, Ausrüstung und Informationen, die es ihnen ermöglichten die rechte Netzwerke und Organisationen mit staatlichen Mitteln auf- und auszubauen. In einigen Fällen besteht der begründete Verdacht, dass die V-Leute sogar vor Strafverfolgung geschützt wurden. Dies legt die Vermutung nahe, dass die V-Leute das Prinzip wohl teilweise besser durchschaut haben als so einige BeamtInnen in den Geheimdiensten.

130

Der Einsatz von V-Leuten ist also grundsätzlich in Frage zu stellen und ebenso ist zu überprüfen, ob die Notwendigkeit und Erfolgsaussicht dieser Methode in anderen Sicherheitsbereichen nicht ebenfalls anzuzweifeln ist. Während der Einsatz von Abhörmaßnahmen eine richterliche Genehmigung erfordert ist, ist dies beim Einsatz von V-Leuten nicht der Fall. Grundsätzlich wäre eine umfassende unabhängige wissenschaftliche Evaluation der Instrumente der verdeckten Ermittlung dringend erforderlich.

135

Extremismustheorie/Diffamierung und Diskreditierung

140

Die sogenannte „Extremismustheorie“ ist das dogmatische Leitbild der Inlandsgeheimdienste. Sie wird über dem Verfassungsschutz nahestehende WissenschaftlerInnen und die eigene Öffentlichkeitsarbeit offensiv nach „außen“ getragen. Mit dieser Unterstützung hielt diese wissenschaftlich äußerst umstrittene Theorie Einzug in gesellschaftliche Debatten. Sie prägt die Arbeit des polizeilichen

145

Staatsschutzes, der seine fachlichen Kenntnisse primär von den Inlandsgeheimdiensten bezieht, bestimmt die Förderrichtlinien staatlicher und staatlich-geförderter Programme gegen „Extremismus“ und findet Verbreitung in der politischen Bildung und sogar in Schulen. Innerhalb der staatlichen Behörden findet
150 bisher kein kritischer Diskurs über diese Theorie statt, obwohl bis heute keine juristische Definition von „Extremismus“ vorliegt. Lediglich einige engagierte WissenschaftlerInnen und Teile der Zivilgesellschaft versuchen mittlerweile vermehrt die Extremismustheorie zu kritisieren und alternative theoretische Ansätze anzubieten. Gegen die staatliche Dominanz ist hier allerdings schwer anzukommen.
155 Ein neueres Element des Kampfes um Deutungshoheit ist die sogenannte „Extremismus-Klausel“, oder auch euphemistisch „Demokratieerklärung“, die staatliche Förderung letztlich davon abhängig macht, ob die geförderten Organisationen/Institutionen die Extremismustheorie teilen. Zustimmung wird mit Förderung belohnt, Ablehnung führt zum Entzug von finanzieller Förderung und somit
160 oftmals zum Ende des Projekts. Die Debatte um die Extremismus-Klausel führte allerdings erstmals seit langem wieder zu einer breit geführten gesellschaftlichen Debatte um die Extremismustheorie.

Der Kampf um Deutungshoheit wird so weit geführt, dass zivilgesellschaftliche und antifaschistische Initiativen als „linksextrem“ diffamiert werden und sich als
165 Konsequenz im Verfassungsschutzbericht wieder finden. Der Inlandsgeheimdienst besitzt hierbei eine große Macht und nutzt sie auch entsprechend, um seine eigene Position zu verteidigen. Nimmt man diesen Kampf gegen eine derartige „hoheitliche Verurteilung“ (Jürgen Seifert) auf sich, so steht man vor einer langwierigen und aufwändigen juristischen Auseinandersetzung. Dies zeigte sich in den letzten Jahren
170 z.B. im Fall von a.i.d.a., der VVN/BdA, dem Publizisten Rolf Gössner, den JungdemokratInnen oder sogar der Partei Die Linke.

Dabei muss gerade den zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Initiativen
175 zugestanden werden, dass sie trotz erheblich geringerer Ressourcen oftmals bessere Informationen und analytische Tiefe bei der Betrachtung neonazistischer Entwicklungen haben, als der Inlandsgeheimdienst. Sie tragen auch oft erheblich mehr zur Verteidigung demokratischer Grundwerte bei als die Sicherheitsbehörden, mit erheblich weniger Ressourcen und ohne den Rückgriff auf V-Leute oder
180 nachrichtendienstliche Mittel. Dadurch wird die Deutungshoheit der Sicherheitsbehörden direkt angegriffen und somit kommt es zu den beschriebenen Verteidigungs- und Diffamierungskampagnen, die oft den politischen „Segen“ der jeweiligen Innenministerien haben.

185 Geheimdienste auf Expansionskurs

Gerade nach dem Ende des Kalten Krieges wurden die Zuständigkeiten insbesondere des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz erheblich ausgeweitet und es kam zu einer Umverteilung von Personal innerhalb der Behörden. Die eigene
190 Existenzberechtigung wurde aber trotz des Wegfalls des „klassischen Feindbildes“ ebenso wenig in Frage gestellt, wie die angewandten Methoden und ob eine neue Offenheit möglich wäre. Trotz der zeitweisen Umverteilung der Personalstärke in den Verfassungsschutzämtern vom Arbeitsbereich „Linksextremismus“ hin zu „Rechtsextremismus“, hat sich an der ideologischen Ausrichtung nie etwas geändert.
195 Dies zeigte sich auch in der Zusammenlegung der Abteilungen für „Links“- und

„Rechtsextremismus“ durch den damaligen Innenminister Schäuble zu einer gemeinsamen „Extremismus-Abteilung“. Selbst in SPD-regierten Bundesländern kommt es aber leider nicht zu einer Infragestellung der Extremismustheorie, nur die Umsetzung in der Praxis weicht dort in Nuancen ab.

200

Bei der Umverteilung des Personals vom Beobachtungsgegenstand „Linksextremismus“ hin zu „Rechtsextremismus“ hielt man zum einen an der ideologischen Ausrichtung, der Extremismustheorie, fest. Folglich kam es, sichtbar in den Verfassungsschutzberichten, zu einem „Aufrechnen“ der Gefahrenpotentiale und Straftaten, sogar die Seitenzahl wurde – gewollt oder zufällig – möglichst gleich gehalten. Zum anderen wurde das Personal lediglich umgeschichtet. Wer als vorher für die Erfassung „linksextremistischer“ Entwicklungen zuständig war, sollte dies nun im Bereich „Rechtsextremismus“ tun. Im Sinne der Extremismustheorie ist das nur naheliegend und konsequent, schließlich geht man in der praktischen Umsetzung dieser Theorie von einer Gleichartigkeit dieser Phänomene aus. Ob dies allerdings in der Praxis wirklich hilfreich war ist kritisch zu hinterfragen. Vielleicht erklärt das aber immer den Verweis auf eine nicht vorhandene „Braune Armee Fraktion“, die sich in Struktur und Auftreten (z.B. Bekennerschreiben) klar an der RAF orientierte. Andere Arten des Terrorismus waren diesen MitarbeiterInnen wohl gar nicht vorstellbar und somit wurden auch Konzepte wie Blood&Honour, Combat 18 und der „führerlose Widerstand“ nie umfänglich verstanden und analysiert. Dieser blinde Fleck in der Gefahrenanalyse ist Teil der Erklärung für das Versagen der Dienste bei der Aufklärung der neonazistische Mordserie des NSU.

205

210

215

220

Auch andere Beobachtungsbereiche wurden generiert, um die eigene Arbeit neu zu legitimieren. Besonders frappant ist dies bei der Beobachtung der Organisierten Kriminalität, ein Bereich, der vorher allein der Kriminalpolizei zugeordnet war, oder bei der Beobachtung von Scientology und der Abwehr von Wirtschaftsspionage. Das stetige Suchen nach neuen Feindbildern drückt sich in der Bewertung des sogenannten „Ausländerextremismus“ aus. Hierbei handelt es sich ebenso wie beim Feld des „Islamismus“ um einen nur sehr schwach definierten Beobachtungsbereich, der aber zu einer erheblichen Ausweitung der Aktivitäten der Dienste geführt hat. Es ist zweifelhaft, ob der Inlandsgeheimdienst hier einen objektiven Blick hat, allerdings kam es zu einer erheblichen Ausweitung der Überwachungselemente und –methoden in Folge der Terroranschläge in New York, Madrid und London. Es liegt Verdacht nahe, dass hier einfach lange bereitliegende „Wunschkataloge“ der Geheimdienste unkritisch umgesetzt wurden.

225

230

235

Der bayerische Inlandsgeheimdienst war und ist hierbei Vorreiter und Vorbild für die aktuellen Debatten zur Neuausrichtung der Geheimdienste, denn er hat einige dieser sogenannten Reformen bereits hinter sich. Seine Öffentlichkeitsarbeit wird durch die sogenannte Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) in Schulen und zivilgesellschaftliche Bündnisse getragen. Der Inlandsgeheimdienst übernimmt hier Bildungsaufgaben und versucht Einfluss auf die Zivilgesellschaft zu nehmen, obwohl er hierfür keinen gesetzlichen Auftrag besitzt.

240

Trennungsgebot

Auch wenn es immer wieder gerade von konservativer Seite und aus „Sicherheitskreisen“ gerne behauptet wird, besteht keine verfassungsrechtliche

245

Verpflichtung zum Unterhalt von Geheimdiensten zum Schutz der Verfassung. Das Grundgesetz spricht dem Bund lediglich die Zuständigkeit für den grundlegenden Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu, legt aber nicht die konkrete Form fest, in der dies zu erfolgen hat. Die rechtliche Grundlage für die Einrichtung und Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie der 16 Landesämter bildet das Bundesverfassungsschutzgesetz, das mit einer entsprechenden Mehrheit durch den Gesetzgeber geändert werden könnte.

In ihrem „Polizeibrief“ legten die West-Alliierten 1949 grundlegende Regeln für die Sicherarchitektur der Bundesrepublik fest. Darin wurde der Bundesregierung zwar die Einrichtung eines Inlandsnachrichtendienstes gestattet, jedoch zugleich untersagt, diesen mit polizeilichen Befugnissen auszustatten, um die Entstehung einer neuen Gestapo/eines neuen Reichssicherheitshauptamtes zu verhindern. Von VerteidigerInnen des Verfassungsschutzes wird dieses „Trennungsgebot“ gerne angeführt, wenn die Existenzberechtigung der Geheimdienste angezweifelt wird. Dann wird vor der Gefahr der Entstehung einer „neuen Gestapo“ gewarnt, die mit der Abschaffung der Geheimdienste zwangsläufig verbunden wäre. In der Praxis ist allerdings festzustellen, dass das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten schon lange unterlaufen wird. Nicht zuletzt seit 2001 wurde die Unterwanderung des Trennungsgebotes durch „gemeinsame Abwehrzentren“ und „Verbunddateien“ auf nationaler wie europäischer Ebene regelrecht institutionalisiert.

Polizeilicher Staatsschutz und andere Polizeistellen verfügen seit Jahrzehnte über umfassende Befugnisse zu verdeckten Ermittlungen und Abhörmaßnahmen. Ein Wegfall der Inlandsgeheimdienste würde an diesem Sachverhalt erst einmal nichts ändern, aber auch nicht das Trennungsgebot zu Fall bringen. Die Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes muss klar auf die Bereiche Strafverfolgung und Gefahrenabwehr beschränkt sein. Natürlich ist es auch hier sinnvoll, eine genaue Kontrolle einzufordern und eine gesellschaftliche Debatte über die Notwendigkeit und demokratische und rechtstaatliche Kontrolle solcher Befugnisse zu führen.

Auch „die anderen“ haben versagt – Zeit für eine grundlegende Debatte

Gerade im Fall des NSU muss festgestellt werden, dass nicht nur der Verfassungsschutz, sondern auch der Militärische Abschirmdienst (MAD), der die Aufgaben des Verfassungsschutzes für den Bereich der Bundeswehr erfüllen soll, der polizeiliche Staatsschutz sowie die Staatsanwaltschaften versagt haben. Auch hier ist eine grundlegende Debatte über Aufgaben, Befugnisse, Zusammenarbeit erforderlich. An einer grundsätzlichen Debatte über die deutsche Sicherheitsarchitektur, auch im europäischen und internationalen Rahmen führt also eigentlich kein Weg vorbei. Dennoch ist bereits eines jetzt klar: Einem intransparenten und demokratisch nicht kontrollierbaren Geheimdienst darf der Schutz unserer Verfassung nicht länger anvertraut werden. Die Inlandsgeheimdienste und ihre politische Führung legen hier keinerlei Problembewusstsein an den Tag. Im Gegenzug für bestenfalls kosmetische Reformen wollen sie mit weitergehenden Zuständigkeiten, erweiterten Zugriffsmöglichkeiten auf Informationen und mehr Kompetenzen belohnt werden. Es ist Zeit für eine klare Zäsur – die Inlandsgeheimdienste müssen abgeschafft werden.

Chance in der Katastrophe – Aufwertung der Zivilgesellschaft

295

Obwohl es jetzt noch nicht möglich ist ein abschließendes Fazit über das Versagen und die Neuordnung der Sicherheitsarchitektur zu ziehen, obwohl sich dies derzeit zahlreiche PolitikerInnen und Beamte der betroffenen Behörden anmaßen, ist es doch von hoher Bedeutung einen entscheidenden Punkt herauszustellen. Obschon die
300 Zukunft der Sicherheitsbehörden ungewiss ist und zu befürchten ist, dass sich aufgrund der aktuellen Möglichkeiten die Spirale von Überwachung, Repression und Ausweitung der Kompetenzen für nicht-kontrollierbare Institutionen fortsetzt, bleibt festzuhalten, dass die zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Initiativen und Vereine im Bereich der Beobachtung der neonazistischen Szene kompetenter sind als
305 die Behörden, die diese Kompetenz für sich beanspruchen. Die Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden Ideologie der Neonazis und allgemein mit antidemokratischen und antipluralistischen Einstellungen kann durch die Zivilgesellschaft viel besser geleistet werden als durch geheime Beobachtung und Repression.

310 Repression ist das Ende einer Eskalationskette von zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und nicht deren Anfang. Der eigentliche Schutz der Demokratie geschieht also nicht in geheimen und nicht-kontrollierbaren Kellern, sondern jeden Tag auf der Straße, an den Stammtischen und in der Auseinandersetzung mit
315 Alltagsrassismus und Faschismus. Die demokratische Praxis der aktiven Bürgerinnen und Bürger schützt den Kern der Demokratie und sollte daher besonders gefördert und auch wertgeschätzt werden. Aus der oftmals verwendeten Floskel „Zivilgesellschaft stärken“ sollte nun aus der Notwendigkeit heraus eine Tugend gemacht werden. Die Zivilgesellschaft und auch die Wissenschaft sollte stärker in den Schutz der
320 Demokratie eingezogen werden, beispielsweise in Form eines „Demokratie-Instituts“. Dies wäre die passende Antwort einer modernen und freiheitlichen Demokratie und nicht der Rückgriff auf mehr geheime und undemokratische Methoden. Auch an dieser Stelle ist die Rolle der derzeitigen Geheimdienste mindestens kontraproduktiv, wenn nicht sogar schädlich.

325 **Forderungen**

1. Der Verfassungsschutz muss in seiner jetzigen Form abgeschafft werden. Dies bedeutet die Abwicklung der Inlandsgeheimdienste in Bund und Ländern.
330

2. Die Inlandsgeheimdienste stehen in einer Bringschuld: Sie müssen den Untersuchungsausschüssen und der Justiz umfassenden Zugang zu ihren Akten und Mitarbeitern einräumen, um eine Aufklärung des Staatsversagens im Fall NSU zuzulassen.
335

3. Die Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes muss auf den Bereich der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr beschränkt bleiben. Bei den jeweils zuständigen Parlamenten sollen unabhängige „Staatsschutzbeauftragte“ eingerichtet werden, die unabhängig von den internen Kontrollen der Polizei und Innenverwaltung die Arbeit des Staatsschutzes überwachen und Beschwerden von BürgerInnen untersuchen.
340

4. Eine von den Sicherheitsbehörden unabhängige und international besetzte Kommission soll von Bund und Ländern zusammen einberufen werden, um die Erfordernisse an eine moderne und demokratische Sicherheitsarchitektur zu diskutieren. An der Arbeit der Kommission sollen auch VertreterInnen
345

zivilgesellschaftlicher Organisationen, aus der Wissenschaft, DatenschützerInnen und BürgerrechtlerInnen einbezogen werden. In diesem Rahmen muss auch eine grundlegende Evaluation des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel durch deutsche Sicherheitsbehörden erfolgen.

5. Die Sicherheitsbehörden müssen sich aus dem Bereich politische Bildung und der wissenschaftlichen Forschung zurückziehen.

6. Zur wissenschaftlichen Untersuchung autoritärer Einstellungen und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft sowie der Entwicklung der extremen Rechten soll ein unabhängiges „Demokratie-Institut“ eingerichtet werden. Dieses Institut soll einen Beirat erhalten, in dem antifaschistische und zivilgesellschaftliche Bündnisse und Organisationen vertreten sind.

7. Zur Sicherstellung einer langfristigen und projektungebundenen Förderung und Beratung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen die extreme Rechte soll die Einrichtung einer unabhängigen Stiftung erfolgen.

8. Die historischen Wurzeln der Landesämter und des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie ihre Tätigkeit in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik müssen endlich aufgearbeitet werden. Dies hat durch eine unabhängige wissenschaftliche Kommission zu erfolgen, die umfassenden Zugang zu den Akten erhält, die im Anschluss an die zuständigen staatlichen Archive zu überführen sind.

Antragsbereich R/ Antrag 11

Jusos

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf-Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus in Deutschland

(Angenommen)

Die Taten der Zwickauer Terrorzelle erschüttern Deutschland

5

Am 04. November 2011 werden in Eisenach zwei 34 und 38 Jahre alte Männer leblos in einem fast völlig ausgebrannten Wohnmobil aufgefunden. Beide weisen einen Kopfschuss auf. In Zwickau setzt eine 36-Jährige ihre Wohnung in Brand. Was zunächst nach dem Plot für einen neuen Fernsehthriller klingt, war der Beginn einer Reihe schockierender Erkenntnisse – und vielleicht auch eines der größten Skandale in der Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden. Schnell wurde bekannt, dass es sich bei den drei Personen um Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe gehandelt hat. Die drei bildeten den Kern des Terrornetzwerkes „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“. Das Terrortrio hat seit 2000 eine blutige Spur durch Deutschland gezogen, kaltblütig Menschen ermordet, und mindestens 14 Banküberfälle verübt.

10

15

So soll das Trio im September 2000 den Blumenverkäufer Enver S. (38) in Nürnberg erschossen haben. Im Juni wurde der in einer Änderungsschneiderei arbeitende Abdurrahim Ö. (48) umgebracht – ebenfalls in Nürnberg. Im gleichen Monat wurde in

20

25 einem Hamburger Markt der 30-jährige Süleyman T. (30) erschossen. Im August 2001 starb Habil K. (38) in einem Münchner Gemüseladen. Nach drei Jahren vermeintlicher Ruhe wurde in Rostock erneut ein Opfer erschossen, der 24-jährige Yunu T. Im Juni 2005 wurde mit Ismail Y. (50) bereits der dritte Mensch in Nürnberg umgebracht. Wenige Tage später fiel in München Theodor B. den Morden zum Opfer. Auch der Mord an der Heilbronner Polizistin Michéle K. im April 2007 wird dem Trio zur Last gelegt.

30 Die schockierende Bilanz: Zehn Menschen wurden umgebracht. Neun davon verfügten über einen Migrationshintergrund. Bei acht Opfern war dies ein türkisches, bei einem ein griechisches. Eines der Mordopfer war Inhaber eines Dönerladens.

Mit diesen Erkenntnissen hat sich im öffentlichen Bewusstsein einiges verändert:

35 So wurde erstens deutlich, dass es sich bei den sog. „Döner-Morden“ nicht um milieugebundene Gewalttaten handelt, die möglicherweise im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität stehen, sondern um rassistisch motivierte Morde. Genau dieser Eindruck wurde jedoch, insbesondere auch von den Medien, mit dem Begriff der „Döner-Morde“ erweckt. Damit wurde nicht nur die Dramatik dieser Gewalttaten
40 geschönt und die Opfer im Grunde genommen selbst zu Beschuldigten degradiert, sondern auch das Bild des kriminellen Mitbürgers mit Migrationshintergrund bestätigt. Auch der Name der Sonderkommission der Polizei, welche mit der Aufklärung der drei in Nürnberg begangenen Morde befasst war, lässt diesen Eindruck gezielt entstehen. Sie heißt – auch heute nach dem Bekanntwerden der wahren
45 Motivation hinter den Gewalttaten – immer noch „SoKo Bosphorus“.

Die zweite Erkenntnis, die man aus der Mordserie ziehen muss, ist die Tatsache, dass es in Deutschland organisierte Formen rechtsextremistischer Gewalt gibt. Damit wurde eine neue Qualität im Bereich des Extremismus erreicht – zumindest, wenn
50 man den Aussagen der politisch Verantwortlichen Glauben schenkt.

Noch im Juli 2011, nach den Anschlägen des norwegischen Rechtsextremisten Anders Behring Breivik, der zunächst eine Bombe in der Hauptstadt Oslo zündete und dabei sieben Menschen tötete, bevor er ein Zeltlager der norwegischen Jungsozialisten auf
55 der Insel Utoya stürmte und kaltblütig 69 Jugendliche ermordete, versicherte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich es gebe keinerlei Anzeichen für rechtsextremistischen Terror in Deutschland. Dies musste Friedrich kein halbes Jahr später jedoch revidieren. Am 13. November 2011 gab der Minister eine neue Einschätzung bekannt: „Es sieht so aus (...), als ob wir es tatsächlich mit einer neuen
60 Form des rechtsextremistischen Terrorismus zu tun haben“, hieß es nun fast schon kleinlaut. Auch Kanzlerin Merkel zeigte sich angesichts der Mordserie der Zwickauer Zelle zunächst überrascht und reagierte sehr zurückhaltend. Auf dem CDU-Bundesparteitag in Leipzig sagte sie, dass die Vorgänge Strukturen erkennen ließen, „die wir uns so nicht vorgestellt haben. Deshalb heißt es, immer wieder wachsam sein,
65 gegen jede Form von Extremismus. In diesem Fall wahrscheinlich auf Extremismus von der rechten Seite.“

Scheinbar haben Friedrich und Merkel vergessen, dass das Phänomen rechtsextremistisch motivierten Terrorismus in Deutschland nicht neu ist. Die
70 Mordserie der Zwickauer Terrorzelle ist nicht das erste Ereignis dieser Art in der

bundesdeutschen Geschichte.

Rechtsterroristische Gewalttaten in der Bundesrepublik

75 Am 26. September 1980 wurden bei einem rechtsextremistisch motivierten
Bombenanschlag auf dem Münchner Oktoberfest 13 Menschen getötet und mehr als
zweihundert weitere Personen zum Teil schwer verletzt. Der aus Donaueschingen
stammende Täter, Gundolf Köhler, der bei dem Anschlag selbst ums Leben kam, wurde
80 von den Behörden als rechtsextremer Einzeltäter eingestuft – und dass obwohl die
Staatsanwaltschaft Verbindungen zwischen Köhler und der „Wehrsportgruppe
Hoffmann“, einem Zusammenschluss von Neonazis, feststellen konnte. Bereits ein
Jahr zuvor, im Mai 1979, wurden im sog. „Bückerburger Prozess“ erstmals
Rechtsextremisten der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ und der
85 „Wehrsportgruppe Hoffmann“ wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung
zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Ihnen wurden unter anderem mehrere
Raubüberfälle, Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass und diverse
Gewalttaten zur Last gelegt. Das Bundesinnenministerium verbot daraufhin im Januar
1980 die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, im November 1983 die „Aktionsfront
Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten“ und im Januar 1982 die
90 „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands / Partei der Arbeit (VSBD/PdA)“. Letztere
sorgte für Schlagzeilen als Frank Schubert, Mitglied der VSBD, am Heiligabend 1980 in
Koblenz und Böttstein zwei Menschen erschoss, zwei Polizeibeamten verletzte und
sich schließlich selbst tötete. Am 20. Oktober 1981 kam es in München im Vorfeld eines
geplanten Banküberfalls zu einer Schießerei zwischen Mitgliedern der VSBD und der
95 Polizei, in deren Verlauf zwei Neonazis erschossen wurden.

Am 24. Juni 1982 tötete der Neonazi Helmut Oxner in Nürnberg bei einem Amoklauf
drei Menschen und verletzte drei weitere.

100 Im Januar 1984 steckte die „Gruppe Ludwig“ eine Münchner Bar in Brand. Einige
Monate später erlag die 20-jährige Bedienung Corinna Tatarotti ihren schweren
Verbrennungen. Insgesamt sollen zwischen 1977 und 1984 mehr als zehn Anschläge in
Deutschland und Norditalien auf das Konto der terroristischen „Gruppe Ludwig“
gehen. Die Bekennerschreiben der Gruppe ließen dabei auf einen
105 rechtsextremistischen und religiös-fundamentalistischen Hintergrund schließen.

Am 16. Dezember 1988 verübte ein 19-jähriger Anhänger der „Nationalistischen Front“
einen Brandanschlag auf ein überwiegend von Türken bewohntes Haus in
Schwandorf. Dabei kamen vier Menschen ums Leben. Das Motiv des Täters war
110 Ausländerhass.

2003 konnte ein Anschlag auf die Münchner Synagoge verhindert werden. Für den Tag
der Grundsteinlegung am 09. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht,
planten Mitglieder der „Schutzgruppe“ der „Kameradschaft Süd“ um den 35-jährigen
115 Martin Wiese einen Sprengstoffanschlag. Im Zusammenhang mit den
Anschlagsplänen wurden insgesamt acht Männer und Frauen zu mehrjährigen
Haftstrafen verurteilt. Im Jahr 2005 wurde die „Schutzgruppe“ als terroristische
Vereinigung verboten. Ebenso die „Hilfsorganisation für nationale politische
Gefangene und deren Angehörige“, die seit dem Ende der 70er Jahre rechtsextreme
120

Terroristen unterstützte, welche inhaftiert worden waren.

Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt

125 Trotz der genannten Ereignisse ist die Existenz von Rechtsterrorismus in Deutschland
nie dauerhaft bzw. in seiner vollen Tragweite und Gefährlichkeit in das Bewusstsein
der politisch Verantwortlichen, aber auch der Gesellschaft, gelangt. Gewalttaten
wurden und werden häufig als Taten Einzelner abgetan bzw. es wird erst gar kein
rechtsextremistischer Hintergrund erkannt. Anders ist es auch nicht zu erklären, dass
130 eine erschreckend hohe Differenz zwischen den offiziellen Opferzahlen
rechtsextremer Gewalt und den Rechercheergebnissen verschiedener Institutionen
und Medien herrscht. Die Bundesregierung benennt auf Basis der Polizeilichen
Kriminalstatistik im Zeitraum von der deutschen Wiedervereinigung bis 2009
insgesamt 47 Todesopfer rechtsextremer Gewalt, wohin gegen eine (inoffizielle) Liste
135 der Amadeu-Antonio-Stiftung für die Zeitspanne von 1990 bis 2011 182 Opfer benennt.
Auch die Zahlen, welche der „Berliner Tagesspiegel“ und die „Frankfurter Rundschau“
im Jahr 2000 in einem Bericht über Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland
vorlegten, wiesen eine deutliche Diskrepanz zu den offiziellen Todeszahlen auf.

140 Waffenfunde in der rechtsextremen Szene

Mindestens genauso schockierend wie die Vielzahl von Opfern rechter Gewalt sind die
Waffenfunde, welche Jahr für Jahr bei Durchsuchungen und Razzien in der
rechtsextremen Szene sichergestellt werden. So teilt die Bundesregierung in ihrer
145 Antwort vom 06. April 2009 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Ds.
16/12329) mit, dass in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt 667 Waffenfunde aus dem
„Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität – rechts“ gemeldet worden
sind, darunter vier Faustfeuerwaffen, eine Langwaffe, zwei Kriegswaffen und 69
Spreng- und Brandvorrichtungen. Dass es sich dabei nicht (nur) um Sammlerstücke
150 handeln dürfte, zeigt die Tatsache, dass das Bundeskriminalamt 2007/2008 insgesamt
56 Brandanschläge und einen Sprengstoffanschlag durch mutmaßliche
Rechtsextremisten registriert hat. „Ziele dieser Anschläge waren unter anderem
Asylbewerberheime, Gaststätten/Imbisse von ausländischen Mitbürgern, Wohnungen
und Treffpunkte politischer Gegner“, so die Bundesregierung weiter. Zudem stellte die
155 Bundesregierung in ihrer Antwort fest, dass „für einen Teil der rechtsextremistischen
Szene [...] „paramilitärische Wehrsportübungen“ von Belang [sind].“ Dennoch kommt
die Regierung zu dem Ergebnis: „Ungeachtet einer grundsätzlich gegebenen Affinität
zu Waffen ist ein Trend zur Bewaffnung innerhalb der rechtsextremistischen Szene
nicht erkennbar.“

160 Auch hier stellt sich die Frage, ob diese Einschätzung nicht in gefährlicher, ja geradezu
fahrlässiger Weise, an der Realität vorbei ging, ob die Regierung nicht aus politischem
Kalkül heraus, die Augen vor der – zugegebenermaßen – unbequemen Wahrheit
verschloss. So teilte die Bundesregierung auf eine erneute Anfrage der Fraktion DIE
165 LINKE mit, dass die Zahl der sichergestellten Waffen in den Jahren 2009 und 2010 auf
über achthundert angestiegen ist. Vor allem die Anzahl der Schusswaffen hat sich
dabei deutlich erhöht. So beschlagnahmten die Behörden in den beiden Jahren
insgesamt 16 Langwaffen, 15 Faustfeuerwaffen und acht Waffen, die unter das
Kriegswaffenkontrollgesetz fallen, darunter auch Maschinengewehre und
170 Handgranaten. Auch bei der Zwickauer Terrorzelle wurden zahlreiche Waffen

sichergestellt. So fand die Polizei bei Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos eine der gestohlenen Dienstwaffen aus dem Heilbronner Polizistenmord. In der ausgebrannten Wohnung, welche Beate Zschäpe gemeinsam mit Mundlos und Böhnhardt bewohnte, stellte die Polizei zudem neun weitere Faustfeuerwaffen, eine Maschinenpistole und ein Gewehr sicher.

Was wussten die Behörden?

Nach und nach werden neue Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Zwickauer Terrorzelle bekannt. Inzwischen hat die Bundesanwaltschaft fünf mutmaßliche Unterstützer im Umfeld des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ festnehmen lassen – zuletzt in Düsseldorf den 31-jährigen Carsten S. Ihm wird zur Last gelegt, dass er Beihilfe zu sechs vollendeten und einem versuchten Mord geleistet habe, indem er der Terrorzelle eine Schusswaffe und Munition verschafft und über Mittelsmänner dem NSU zugeführt haben soll.

Mit jeder neuen Erkenntnis über das Netzwerk der rechtsextremen Terroristen, welche enge Kontakte zu Organisationen wie dem „Thüringer Heimatschutz“, der „Fränkischen Aktionsfront“, der „Weißen Bruderschaft Erzgebirge“ oder der „Brigade Ost“ unterhielten, gewinnen neue Fragen zunehmend an Brisanz: Was wusste der Verfassungsschutz? Hätte man die Morde des NSU verhindern können? Wie konnte es zu den bekanntgewordenen Ermittlungspannen kommen?

Am 21. November 2011 räumte Heinz Fromm, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) in einer Sondersitzung des Innenausschusses eine schwere Niederlage der Sicherheitsbehörden ein. Der Vorsitzende des Ausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU), erklärte, dass er „eine solche Fülle von Fehleinschätzungen und unterbliebenen Handlungen noch nicht erlebt“ habe. Sechs Tage später führte Fromm die Fehleinschätzungen seines Amtes detaillierter aus. Vor dem Jugendkongress des Zentralrates der Juden in Deutschland erklärte er: „Wir haben die jetzt bekannt gewordenen Täter nicht wirklich verstanden. Wir haben die Dimension ihres Hasses ebenso unterschätzt wie ihren Willen zur Tat. Die Ermordung von Menschen aus dem einzigen Grund, weil sie als „fremdländisch“ empfunden werden, passt in die Gedankenwelt der rassistischen Täter. Das wussten wir. Und wir konnten uns das als Bombenanschlag oder als Brandstiftung vorstellen, aber nicht als eine kaltblütige Exekution. Dabei hätte man es durchaus besser wissen können: Schließlich kennen wir die historischen Vorbilder dieser Leute“.

Das Zwickauer Terrortrio war bereits in den 90-er Jahren polizeibekannt. So sollen die drei Rechtsextremisten im Dezember 1996 mehrere Briefbombenattrappen mit Begleitschreiben an die Polizeidirektion Jena, die Stadtverwaltung Jena und die „Thüringer Landeszeitung“ versandt haben. In den Schreiben wurden der thüringische Innenminister und Ignatz Bubis, der damalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden, bedroht. Am 26. Januar 1998 wurde bei Durchsuchungen bei Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe „diverse pyrotechnische Gegenstände“, „diverse chemische Substanzen“ sowie „Rohrstücke und vorbereitete Rohrbomben“ sichergestellt. Darüber hinaus auch Kabel, Farben, Knetmasse – und zwei Kilogramm TNT. Ein Strafverfahren im Zusammenhang mit dem Versand der Briefbombenattrappen wurde jedoch nach §170 (2) StPO eingestellt. In den Ermittlungsunterlagen gegen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe wegen des Verdachts von Straftaten nach §126 StGB

(Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten), §311 StGB a.F. (Vorbereitung eines Explosivverbrechens) und §86a StGB (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) kamen die Behörden zu folgendem Ergebnis (nachzulesen in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Ds. 17/8292): Bei den besagten Straftaten handele es sich „um mehrere Einzelverfahren mit einem Täter-/Verdächtigenkreis mit wechselnder Teilnehmerzahl und wechselnder Täterbeteiligung“. Die drei Tatverdächtigen wurden der „Kameradschaft Jena“ innerhalb des „Thüringer Heimatschutzes (THS)“ zugeordnet, welcher jedoch „ein Geflecht mehrerer kaum strukturierter Kameradschaften“ sei. Daraus zogen die Ermittlungsbehörden folgende Schlüsse: „Nach Auffassung der zuständigen Staatsanwaltschaft handelt sich bei den Hauptverdächtigen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe um Einzeltäter, die die Straftaten weder für, noch im Namen der beiden Gruppierungen (Anmerkung: „Thüringer Heimatschutz“ und „Anti-Antifa-Ostthüringen“) oder einer eigens gegründeten Gruppierung begangen haben. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz konnte zum damaligen Zeitpunkt keine organisierte terroristische Struktur erkennen. So hieß es in einer Einschätzung zur Hausdurchsuchung vom 26.01.1998: „Obwohl ein Teil der Angehörigen des THS bereits durch Gewalttaten aufgefallen ist, liegen keine Hinweise vor, nach denen diese Gruppierung systematisch Gewalttaten plant oder vorbereitet. Es ist daher – vorbehaltlich der weiteren Ermittlungen – davon auszugehen, dass die drei Tatverdächtigen unabhängig vom THS agierten.“ Auch das BfV ging also (wieder einmal) von Einzeltätern aus, eine Einschätzung, welche sich als grundlegend falsch herausstellen sollte. Im gleichen Jahr tauchte das Trio unter, zwei Jahre später brachte es sein erstes Opfer um.

Ungeachtet der Fehleinschätzungen der Behörden und weiterer Pannen stellt sich die Frage, wie es sein konnte, dass die drei Rechtsterroristen über zehn Jahre untertauchen und weiter morden konnten. Und das, obwohl sie sich in einer Szene bewegten, welche von V-Leuten der Verfassungsschutzbehörden durchsetzt ist, welche für ihre Tätigkeit in den vergangenen Jahren Millionenbeträge erhielten. Hier muss zwangsläufig der Eindruck entstehen, dass das System der V-Leute versagt hat bzw. der Staat im schlimmsten Falle die Aktivitäten der rechtsextremen Szene sogar noch alimentiert hat.

255 Reaktion der Verantwortlichen

Mit dem Bekanntwerden der Mordserie des NSU reagierten politisch Verantwortliche und Medien nach dem altbekannten Schema: Plötzlich waren Rechtsextremismus und rechte Gewalt in aller Munde. Das Thema sicherte den Medien hohe Einschaltquoten bzw. Auflagenzahlen und die Politik überschlug sich, angesichts der Medienresonanz und der internationalen Beachtung, mit dem Versprechen der lückenlosen Aufklärung. Gleichzeitig zeigte sich ein inzwischen manifestierter Beißreflex: Wie immer, wenn Gewalttaten mit rechtsextremen Hintergrund publik werden, wird umgehend ein Verbot der NPD gefordert. Inwieweit die Partei tatsächlich mit den Morden in Verbindung gebracht werden kann, ist in diesem Moment eher nebensächlich. Es entstand zwischenzeitlich der Eindruck, dass mit der forcierten Diskussion um ein erneutes NPD-Verbotsverfahren der Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gezielt auf ein anderes Thema geleitet werden sollte, um der unbequemen Frage nach der Verantwortung bzw. den Versäumnissen einzelner Behörden, und hier insbesondere des Verfassungsschutzes, aus dem Weg zu gehen, zumindest aber Zeit zu gewinnen,

um den Vorgang untersuchen zu können.

275 So hat die Amtsleitung des BfV am 14. November 2011 eine „Lageorientierte
Sonderorganisation“ ins Leben gerufen, welche sich der fachlichen Aufarbeitung der
Vorgänge widmen soll. Darüber hinaus wurde im Dezember 2011 das „Gemeinsame
Abwehrzentrum Rechtsextremismus“ (GAR) als Plattform für die Zusammenarbeit
280 verschiedener Sicherheitsbehörden mit der BfV-Komponente „Nachrichtendienstliche
Informations- und Analysestelle Rechtsextremismus“ (NIAS-R) eingerichtet. Das BfV
und das Bundeskriminalamt haben zusätzlich eine „Koordinierte Internetauswertung
Rechtsextremismus“ (KIAR) installiert.

Die Bundesregierung hat zudem auf geplante Mittelkürzungen im Bereich des
zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus verzichtet.

285 Auf politischer Ebene hat am 26. Januar 2012 ein Parlamentarischer
Untersuchungsausschuss unter Vorsitz von Sebastian Edathy die Arbeit
aufgenommen. Der Ausschuss soll klären, welches Unterstützernetzwerk das
Terrortrio hatte, ob Hinweise auf internationale Verbindungen des NSU vorlagen,
welche Rolle die V-Leute für die Sicherheitsbehörden spielten, wie die Terrorzelle an
290 Waffen gelangen konnte und ob bei den Behörden ggf. vorhandenes Beweismaterial
vernichtet worden ist, wie die Medien immer wieder berichten.

Forderungen

295 Angesichts der gravierenden Ermittlungsspannen und Versäumnisse der
Sicherheitsbehörden begrüßen wir die Einrichtung des Untersuchungsausschusses
und fordern eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle im Zusammenhang mit der
Mordserie des NSU. Darüber hinaus soll in einer weiteren Bund-Länder-Kommission
aufgeklärt werden, welche Informationen auf Länderebene gewonnen wurden, wie sie
300 bewertet worden sind und welche Daten zwischen den einzelnen Landesbehörden
und den Bundesbehörden ausgetauscht wurden.

Wir fordern eine Abschaltung der aktiven V-Leute und eine Überprüfung des Personals
in den Behörden. Die Vorgänge um die Zwickauer Terrorzelle haben deutliche Mängel
305 des Einsatzes von V-Leuten gezeigt und stellen diese Praxis der
Informationsgewinnung per se in Frage. Darüber hinaus fordern wir eine Überprüfung
aller Beschäftigten in den Verfassungsschutzbehörden bzgl. einer
rechtsextremistischen Einstellung.

Die eklatante Fehleinschätzung der Gewaltbereitschaft rechtsextremer Aktivisten und
die Fehler bei der Ermittlungsarbeit machen eine grundlegende Neubeurteilung auch
vergangener Gewalttaten notwendig. Aus diesem Grund fordern wir die erneute
Überprüfung der Ermittlungsverfahren in den von der Amadeu-Antonio-Stiftung
benannten Fällen.

Um künftig eine objektivere Bewertung rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten
vornehmen zu können, sind detailliertere bundeseinheitliche Vorgaben für die
Kategorisierung erforderlich.

Wir fordern eine strengere Kontrolle von polizeilich bekannten Rechtsextremisten, ins-

besondere hinsichtlich des Waffenbesitzes.

Wir fordern die Extremismus- beziehungsweise Demokratieklausele auf der Stelle abzuschaffen. Gesellschaftliches Engagement darf nicht durch einen konservativ ideologischen Extremismusbegriff geschwächt werden. Wir fordern ein klares Bekenntnis zum Antifaschismus.

Wir fordern institutionelle statt projektbezogene Förderung der zivilgesellschaftlichen Bündnisse, um politisches Kalkül bei der Vergabe von Mitteln an antifaschistische, demokratische Initiativen zu vermeiden.

Antragsbereich R/ Antrag 14

Jusos

Kein Ende von Stasi-Aufarbeitung

(Angenommen)

weiter an

5

BPT

10

Anfang März 2011 trat nach Joachim Gauck (1990-2000) und Marianne Birthler (2000-2011) mit Roland Jahn der dritte vom Bundestag gewählte Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen seinen Dienst an.

In seiner Antrittsrede stellte Roland Jahn klar, dass die Aufarbeitung der Stasi-Verbrechen und die staatliche Spionage der DDR noch lange nicht vorbei sei.

Bis mindestens 2019 ist vorgesehen, diese Behörde beizubehalten. Danach sollen die Akten in das Bundesarchiv übernommen werden und sind dann erstmal nicht mehr einsehbar.

15

Die Stasi-Akten sollen auch über das Jahr 2019 hinaus den Betroffenen sowie der Wissenschaft zugänglich bleiben. Eine geeignete Aufbewahrung ist dahingehend zu prüfen.

Verkehr und Infrastruktur

Antragsbereich V/Antrag 3

Bezirksverband Unterfranken

Bitte wenden! Für eine moderne Verkehrsinfrastruktur

(Erledigt)

durch Programm

5

(Überwiesen als Material an)

LTF

10

BTF

SGK

15

Verkehr ist notwendig.

Verkehr muss sicher sein.

20

Verkehr muss nachhaltig sein.

Verkehr soll Spaß machen.

Grundsätzlich gilt dabei:

25

1. Massenverkehr ist dem Individualverkehr vorzuziehen.

2. Der beste Verkehr ist der Vermiedene.

30

3. Alle VerkehrsteilnehmerInnen sind untereinander im Straßenverkehr gleichgestellt.

Verkehrsmittel sind: Flugzeug, Schiff, Bahn, Lastkraftwagen, gängige Mittel der Fortbewegung im ÖPNV (Bus, Straßenbahn, Zug), Personenkraftwagen, FahrradnutzerIn und FußgängerIn und andere.

35

Zum besseren Verständnis ist der Antrag in zwei Hauptteile gegliedert, nämlich einen ökologischen und einen partizipierenden bzw. sozialen, in denen die verschiedensten Ausprägungen der Verkehrsinfrastruktur in Kapiteln behandelt wird. Abschließend wird näher auf die Region Unterfranken eingegangen werden.

40

Moderne Verkehrsinfrastruktur = Umweltverträgliche Verkehrsinfrastruktur

Nachhaltiger Verkehr

45 Nachhaltiger Verkehr muss die Komponenten Ökonomie, Ökologie und Soziale
Sicherheit sinnvoll verknüpfen. So bietet die Fixierung auf motorisierten
Individualverkehr für den Nutzer durch den hohen Ausbaugrad und Vernetzung im
Allgemeinen einen hohen Komfort, zeitliche und räumliche Flexibilität sowie hohe
50 Geschwindigkeit. Allerdings hat gerade dieser Verkehr auf die Umwelt einen sehr
negativen Einfluss, wozu nicht nur Schadstoffausstoß oder Bodenversiegelungen durch
weiteren Ausbau von Straßenverkehrsnetzen gehören, sondern auch massiver
Ressourcenverbrauch beispielsweise in der Produktion von Fahrzeugen und dem
Unterhalt der Netze, aber auch bei der Lärmbelastung.

55 An einen nachhaltigen Verkehr muss der Anspruch gestellt werden, die ökologische
Belastung möglichst so zu minimieren, dass die Kapazitäten der Natur nicht
überschritten werden. Dies gilt insbesondere für den Austausch und die
Erneuerungsprozesse der natürlichen Umwelt.

60 Der Ressourcenverbrauch sollte minimiert werden, wobei dies nicht nur für den Bereich
der schrumpfenden Erdölvorkommen als Hauptrohstoff für die Treibstoffe gilt, sondern
auch im Bereich der Produktion der Fahrzeuge und finanziellen Einsätzen zum
Unterhalt der Verkehrsnetze. Es kann nicht sein, dass zwar Geld für Neubauten, aber
praktisch nichts mehr für den Unterhalt des bestehenden Netze vorhanden ist.

65 Von besonderer Wichtigkeit muss eine uneingeschränkte Teilhabe auch von in ihrer
Mobilität eingeschränkten und älteren Menschen am gesellschaftlichen Leben sein;
dies muss ein nachhaltiger Verkehr gewährleisten und darf auch finanziell
benachteiligte Menschen nicht ausgrenzen.

70 Elektromobilität

Es klingt so toll: Man setzt sich morgens ins Auto, fährt zur Arbeit, und steckt abends
einfach den Stecker in die Steckdose, damit am nächsten Morgen wieder gefahren
75 werden kann. Kein banger Blick mehr auf die Anzeige der Tankstelle. Und auch
technisch ist Elektromobilität längst marktreif.

Doch viele KundInnen schrecken aufgrund der geringen Reichweite einer "Tankfüllung"
zurück, denn diese liegt nur selten über 100 km. Bezieht man allerdings die
80 durchschnittliche Strecke, die einE deutscher AutofahrerIn am Tag zurücklegt, in
seine/ihre Überlegung mit ein, so reichen 100 km vollkommen. Der teuerste (und auch
schwerste) Teil eines Elektroautomobils ist nach wie vor der Akku.

Hier ist es vonnöten, dass die Politik mehr Engagement zeigt: Elektroautos müssen
85 gefördert werden, da umweltfreundlicher und nachhaltiger ein Auto nicht bewegt
werden kann. Voraussetzung dafür ist, dass der Strom aus erneuerbaren Energien
stammt. Daher fordern wir eine Subventionierung des Erwerbs von Elektroautos.

Alternative Kraftstoffe und Antriebe

90 Nicht nur Elektromobilität stellt eine alternative Antriebsform dar. Neben dieser gibt es
noch viele weitere Möglichkeiten, sich mittels alternativer Kraftstoffe und Antrieben zu

bewegen, die allesamt noch nicht voll entwickelt und damit auch im Sinn der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes zu verbessern sind:

95

- Biodiesel und E10 sind allgemein bekannt, jedoch sind dies Kraftstoffe der 1. und 2. Generation und stehen im Konflikt mit der Nahrungsmittelproduktion.

100

- Die Technologie BTL, welche jegliche Art von Biomasse zu hochwertigem Treibstoff verwandeln kann, ist marktreif, jedoch fehlen noch Großanlagen.

105

- Die Brennstoffzelle scheitert an der mangelnden Verfügbarkeit von Wasserstoff, welcher nur mit Hilfe von Elektrolyse gewonnen werden kann; einem energieintensivem Verfahren, welches ohne die Nutzung von erneuerbaren Energien nicht mit der Nachhaltigkeit vereinbar ist.

110

Bei der Entwicklung und Einführung von alternativen Kraftstoffen muss auf die gesamte CO₂- Bilanz und insbesondere auf Vermeidung von Nutzungskonflikten geachtet werden, da Nachhaltigkeit und Umweltschutz wichtige Dinge sind, die, um die Welt nachkommenden Generationen in einem lebenswerten Zustand zu hinterlassen, unverzichtbar bleiben.

115

Dabei ist es wichtig, dass vielversprechende Ansätze der Privatwirtschaft nicht überlassen werden dürfen.

120

Auch scheitert die Umsetzung derzeit an der Information und Partizipation der Bevölkerung. Sie muss mehr Informationen über die alternativen Antriebe bekommen, sowie die Möglichkeit zu haben, sowohl an der Entwicklung der neuen Technologien als auch bei der Information darüber, auch teilhaben dürfen.

125

Bahn

130

Der Verkehrsträger Straße ist an seine Grenzen gelangt. Im 21. Jahrhundert muss auch verkehrs- und infrastrukturpolitisch eine radikale Wendung vollzogen werden. Der Flächenfraß mit Autobahnen durch Naturschutzgebiete oder Ortsumgehungen um jedes noch so kleine Dorf muss ausgebremst werden. Auch die Endlichkeit fossiler Energien und das Ausbleiben von attraktiven Alternativen in Bezug auf

135

Personenkraftwagen zwingt uns zum Umdenken in Sachen Mobilität. Wir wollen den Wechsel voranbringen in unserer politischen Arbeit und in der gesellschaftlichen Diskussion, und zwar mit dem Verkehrsträger Schiene.

140

Da aber der Verkehrsträger Schiene in seiner Flächentauglichkeit in den letzten Jahrzehnten enorm vernachlässigt wurde – zugunsten von Autobahnen und einzelnen Prestigeobjekten – bedarf es einer ganzen Menge Reformen, um fit für die Zukunft zu werden.

Das Schienennetz in Deutschland ist auf den wichtigsten Routen an den Grenzen der

- Belastbarkeit angelangt. Doch statt Strecken auszubauen oder zu modernisieren, wird das Geld zur Zeit lieber für einen unterirdischen
- 145 Bahnhof in Baden-Württemberg und eine U-Bahn durch den Thüringer Wald verpulvert. Wenn die Europäische
- 150 Kommission von „Transeuropäischen Netzen“ (TEN), wie z.B. Paris – Budapest – spricht, dann geht es dabei nicht darum, dass irgendwann mal Hochgeschwindigkeitszüge auf dieser Relation verkehren, sondern in erster Linie um den Güterverkehr.
- 155 Die Schieneninfrastruktur muss an den Bedürfnissen des Güterverkehrs ausgerichtet werden. Verbesserungen im Personenverkehr ergeben sich dann wie von selbst. Folgende Projekte haben für uns absoluten Vorrang:
- die Y-Trasse Hamburg/Bremen – Hannover, als Hinterlandanbindung der dortigen Seehäfen
- 160 • Neubaustrecke (NBS) Frankfurt – Mannheim, zur Entlastung der Bestandsstrecke
- Ausbau der Rheintalbahn als wichtigste Verbindungsstrecke zwischen
- 165 Nordsee und Mittelmeer
- Ausbau der Strecke Nürnberg – Marktredwitz – Cheb
 - Zulaufstrecke zum Brennerbasistunnel
- 170 Zudem fordern wir einen sofortigen Abbaustopp für alle Bahnstrecken in Deutschland. Alle noch existierenden, aber nicht mehr oder nur noch im Güterverkehr befahrenen Strecken sollen einer Machbarkeitsanalyse, wie und ob der Personenverkehr wieder aufgenommen werden kann, unterzogen werden.
- 175 Bahnhöfe und -haltepunkte sollen zu Mobilitätsdrehscheiben werden. Deshalb sollen alle Stationen bis 2030 vollständig barrierefrei und zu zentralen Umsteigepunkten zwischen ÖPNV und SPNV ausgebaut werden.
- 180 Der in Deutschland mittlerweile nahezu vollständig vorhandene Stundentakt hat dazu geführt, dass mittlerweile auch relativ abseits gelegene Stationen eine gute Anbindung haben. Jedoch findet gerade auf Nebenstrecken am späten Abend nur noch selten Zugverkehr statt. Das Konzept eines Linienbedarfsverkehrs scheint uns hier eine gute Lösung zu sein, damit man auch von einem kleinen Dorf aus abends mit Hilfe des ÖPNV ins Theater o. Ä. fahren kann.
- 185

Schiffsverkehr

- 190 Im Hinblick auf den innerdeutschen Gütertransport muss die Binnenschifffahrt gestärkt werden. Mit einem Schiff können Güter nicht nur kostengünstiger, sondern auch mit einem geringeren Treibstoffverbrauch pro Gewichtseinheit transportiert

werden. Ein Binnenschiff kann eine Vielzahl an Lastkraftwagen bzw. deren Verkehrswege ersetzen und ist dadurch ökologisch und ökonomisch Sinnvoller.

195

Allerdings muss der Antrieb deutlich umweltfreundlicher gestaltet werden. Eine Umstellung auf umweltfreundliche Antriebe könnte auf Grund der Größe der Motoren leichter vonstatten gehen als bei anderen Verkehrsmitteln. Möglich wäre hier ein Wasserstoffantrieb.

200

In Zusammenspiel mit der Eisenbahn können hier neue Ansätze für einen nachhaltigeren Güterverkehr gefunden werden.

205

Wir fordern eine Stärkung der Binnenschifffahrt und eine Förderung des Umstiegs auf umweltfreundliche Antriebstechniken von Schiffen im allgemeinen.

Fahrrad

210

Die Fahrradindustrie in Europa ist im Boom. Mit dem Rad unterwegs zu sein ist modern, effektiv und ökologisch zugleich. Der Absatz im Radsegment ist expansiv angestiegen, inzwischen ist für jede Altersklasse das passende Modell vorhanden. E-Bikes und andere Radtypen werden immer interessanter.

215

Mehr FahrradfahrerInnen schonen die Umwelt, bringen aber gleichzeitig neue Herausforderungen mit sich. Gerade Unterfranken, als tourismusstarke Region, muss somit auf den Wandel der Zeit reagieren und sich den neuen Aufgaben stellen. Radtourismus ist ein großer wirtschaftlicher Faktor, der in der Zukunft weiter zunehmen wird. Ein ökologischer Ausbau der Radwege ist hierfür unumgänglich.

220

Dazu muss nicht jeder Weg geteert werden, gut gesicherte und geschotterte Wege sind kostengünstiger und

225

umweltfreundlicher. Diese Wege müssen in Radkarten auffindbar sein und gut ausgeschildert werden. Die Schilder müssen gut erkennbar und auch für ausländische Gäste verständlich sein. Die Region kann von einer guten Vermarktung des Radtourismus stark profitieren und sollte daher auch genügend Mittel und Gelder für den Ausbau bereitstellen. Außerdem ist neben dem Ausbau des Radwegenetzes auch die Instandhaltung und Pflege aller bisherigen Radwege im gesamten Jahr notwendig.

230

Auch im Bereich der Radsicherheit muss eine Reaktion auf den aktuellen Markt erfolgen. E-Bikes sind mit bis zu 50 km/h eine neue Herausforderung, auf die dringend reagiert werden muss. Eine Helmpflicht für RadfahrerInnen von Elektrovehikeln ab 25 km/h ist hierfür absolut sinnvoll, da bereits MofafahrerInnen mit 25 km/h ebenfalls, laut Straßenverkehrsordnung, einer Helmpflicht obliegen und genauso wie RadfahrerInnen VerkehrsteilnehmerInnen sind. Außerdem muss für alle RadfahrerInnen die Verkehrsführung auf Radwegen, Straßen und in Kombinationen von Beidem (Radweg durch Parkplätze, unübersichtliche Kreuzungen, etc.) klar erkenntlich sein. Gegebenenfalls müssen an unübersichtlichen Straßenstellen Verkehrsschilder und auch Spiegel zur Sicherheit aller VerkehrsteilnehmerInnen eingesetzt werden, um Unfälle und damit Verletzte zu verhindern.

240

Park & Ride Parkplätze

245 Zunehmend leiden Städte, als Beispiel muss Würzburg genannt werden, unter der Belastung einer verfehlten Verkehrspolitik mit starker und einseitiger Ausrichtung auf den motorisierten Individualverkehr (MIV). Einige Städte orientieren sich dabei immer noch am eindeutig gescheiterten und nicht mehr zeitgemäßen Stadtentwicklungskonzept der autogerechten Stadt. Dies muss sich ändern.

250

Um eine Verbesserung der Lebensqualität in Städten zu erreichen, ist eine stärkere Verzahnung von ÖPNV und MIV dringend notwendig. Alle nicht unbedingt notwendigen Fahrten in die Innenstädte sollten zu diesem Zweck auch durch den ÖPNV gewährleistet werden. Um die Städte aber nicht vom Umland abzuschneiden, müssen die Städte weiterhin mit dem Auto erreichbar sein. Durch Schaffung von bedarfsdeckenden Park&Ride (P&R) - Parkplätzen und eine zeit- und ortsnahe Anbindung an den innerstädtischen ÖPNV muss eine gute Verbindung zwischen Innenstadt und Umland geschaffen werden, ohne dass Innenstädte durch einen überhandnehmenden Personalkraftwagenverkehrs massiv geschädigt werden. Dies hat auch eine finanzielle Komponente.

260

Durch ein in die Außenbereiche einer Stadt gelagerten Parkplätze können in den Innenstädten, wo ständig Platz fehlt, die Parkplätze deutlich reduziert werden bzw. entfallen und der dort teurere Boden anderen Nutzungen mit höherer Wertschöpfung zugeführt werden.

265

Wir fordern deshalb eine deutliche Ausweitung von P&R - Parkplätzen, sowie eine Verbesserung der ÖPNV - Anbindung solcher Plätze mit der Innenstadt. Als weitere Maßnahme muss der Parkraum in der Innenstadt so finanziell unattraktiv gestaltet werden, dass ein Parken in der Innenstadt aus finanzieller

270

Sicht nicht mehr einen möglichen Zeitgewinn aufwiegt. Als erste Maßnahme, um das Parken an der Oberfläche und den damit verbundenen Parkplatzsuchverkehr zu minimieren, muss das oberirdische Parken deutlich höhere Preise aufweisen als das Parken in Parkhäusern und Tiefgaragen. Bei ausreichenden P&R - Parkplätzen am Stadtrand können dann Parkhäuser und Tiefgaragen der innerstädtischen Wohnbevölkerung vorbehalten bleiben, indem nur noch diese das Parkrecht in den bestehenden Objekten erhält. Die Auslastung der Personalkraftwagen können mit P&R-Parkplätzen in Verbindung mit Fahrgemeinschaften deutlich verbessert werden. Eine Person pro Automobil bei der Fahrt zur Arbeit muss eine absolute Ausnahme werden.

275

280

Aus diesem Grund fordern wir die Ausweisung der P&R - Möglichkeiten im Außenbereichen von Städten. Mindestens 80% aller NichtanwohnerInnenstellplätze einer Stadt müssen als P&R - Parkplätze ausgewiesen sein.

285

Zusätzlich fordern wir Jusos einen Ausbau und, soweit noch nicht vorhanden, eine Einführung von Carsharing-Angeboten. Gerade für größere Einkäufe ist das Fahrrad oft unpraktikabel. Wir sehen Carsharing daher als geeignetes Mittel den Bürgern den Verzicht auf einen eigenen PKW zu ermöglichen.

290

Als geeignetes Beispiel von der Integration von P&R - Parkplätzen in einer Stadt wäre das oberfränkische Bamberg zu nennen. In dieser gibt es zwei P&R - Parkplätze in

entgegengesetzter Richtung am Stadtrand gelagert, in der man sehr günstig parken und auch im 10-Minuten-Takt mit dem ÖPNV in das Zentrum der Stadt Bamberg gelangt. Die dortigen Stadtwerke bieten ein Monats- bzw. Jahresabonnement zu verbilligten Preisen für die Nutzung der P&R - Möglichkeiten. Besonders erwähnenswert bei diesem Modell ist das kostenfreie Parken für Studierende der Universität Bamberg nach Registrierung ihres KFZ-Kennzeichens.

300 Gigaliner

Seit sechs Jahren werden sogenannte Gigaliner kontrovers diskutiert. Mit Gigalinern sind dabei überlange Lastkraftwagen gemeint, die die derzeitigen Maße von 18,75m Länge und 40t Gewicht überschreiten. Der neue Grenzwert soll jedoch laut HerstellerInnen und Großspeditionen bei 25,25m Länge und 60t Gewicht liegen.

Diese Änderung bedeutet für SpediteurInnen die Einsparung von Fahrten, Personal und Treibstoff. Für den Straßenverkehr stellen Gigaliner jedoch insbesondere auf Landstraßen eine Verkehrsbehinderung dar, da etliche Bundesstraßen durchaus durch enge Dörfer führen und so schon für herkömmliche Lastkraftwagen ein Hindernis darstellen. Zudem würden durch die sinkenden Kosten weiter Verkehr von der Schiene zurück auf die Straße verlagert werden. Dieser Punkt ist auch ausschlaggebend, dass wir uns strikt gegen Gigaliner stellen, da für uns das Verkehrsmittel Schiene das optimale Gütertransportmittel ist und bleibt.

315

Lärmschutz

Zur Erhöhung der Akzeptanz von bestimmten Verkehrsmitteln gehört auch ein Konzept zur Reduzierung von Lärm, der nachweislich die Gesundheit beeinträchtigt. Dies gilt insbesondere auch für den Eisenbahnbetrieb. Erforderlich sind hier neben indirekten Lärmschutzmaßnahmen, wie Schallschutzwände oder finanzieller Unterstützung von Lärmdämmungsmaßnahmen an Gebäuden, auch direkte Maßnahmen zur Lärmreduzierung. Dazu zählen insbesondere Rollgeräusche und Lärm verursacht durch die Aerodynamik im Hochgeschwindigkeitsverkehr durch die elektrischen Abnehmer, die die reinen Antriebsgeräusche übertönen. Die Technik

325

diese Lärmquellen zu reduzieren ist bereits vorhanden, jedoch finanziell sehr aufwendig, um flächendeckend eingeführt zu werden.

Auf Grund der gesundheitlichen Fürsorgepflicht gegenüber seinen BürgerInnen und den Besitzverhältnissen der Deutschen Bahn muss die öffentliche Hand diese Lärmschutzmaßnahmen noch stärker fördern. Die direkte Reduzierung des Verkehrslärms muss dabei eine deutlich höhere Priorität besitzen als Maßnahmen zum indirekten Lärmschutz wie zum Beispiel Lärmschutzwände. Diese können durch ihre sehr beträchtlichen Höhen negativ auf das Stadtbild wirken und sind im Vergleich zu direkten Maßnahmen nicht nur aufwendiger, sondern in der Regel auch deutlich kostenintensiver.

335

Dies gilt in ähnlichen Maße auch für den Lärmschutz beim MIV. Allerdings muss hier das Hauptaugenmerk auf der Verringerung des Verkehrs liegen, insbesondere wenn die Bahn und der Personenkraftwagen beim Verhältnis von Lärmerzeugung und

340

transportierten Personen bzw. Gütern verglichen werden.

345 Neben diesen Verkehrsmitteln ist insbesondere das Flugzeug in jüngere Zeit hinsichtlich der Lärmbelastung in die Schlagzeilen geraten. Hauptsächlich beim Starten und Landen ist dieses Verkehrsmittel eine massive Lärmbelästigung, vor allen auch nachts. Hier ist es ebenfalls Aufgabe der öffentlichen Hand eine Lösung für alle Beteiligten zu finden.

350

Feinstaub und Öko-Zonen

Im Jahre 2008 wurden in Berlin bundesweit Testbereiche für Öko-Zonen eingeführt, die sowohl die Feinstaubrate als auch den CO₂ Ausstoß senken sollen. Der Ansatz, die Feinstaubrate und den CO₂ Ausstoß zu senken, ist sehr lobenswert, denn schon heute macht der steigende Feinstaub vielen Städten bei ungünstigen Wetterlagen zu schaffen.

Jedoch sind viele Mängel anzuzeigen: Um die Öko-Zonen zu verwirklichen, wurde damals die sogenannte Umweltplakette eingeführt, die in drei Farbstufen gegliedert ist: grün steht dabei für zugelassene Fahrzeuge, gelb und rot für grenzwertige Fahrzeuge, die den Feinstaub und den CO₂ Ausstoß verschlimmern würde. Verwarnt und letztendlich "aussortiert" sollten Autos, die noch gelbe und rote Plaketten trugen, mittels Bußgeldbescheinigungen. Dies ist jedoch sehr oft nicht geschehen und es blieb bei vielen bei Ermahnung und Tadel, obwohl die Umsetzung einer solchen Regelung eine strikte Durchführung erfordert. Daraus lässt sich folgern, dass laut unabhängigen Quellen (www.umwelt-plakette.de) trotz der Einführung dieser Öko-Zonen und Plaketten kaum an CO₂ und Feinstaub eingespart. Aus diesem Grund fordern wir eine klare und strikte Durchsetzung dieser Regelung von Öko-Zonen, um den Feinstaub und den CO₂ Ausstoß zu senken.

370

Moderne Verkehrsinfrastruktur =

Verkehrsinfrastruktur der Partizipation und Gleichstellung

375

Änderung des Modalsplits

Als Modal Split wird die Verteilung des Transportaufkommens auf einzelne Verkehrsmittel bzw. die Wahl der Verkehrsmittel zum Personentransport bezeichnet. 2008 wurden 43 % aller Verkehrswege als MiV-FahrerInnen und weitere 15 % als MiV-MitfahrerInnen abgewickelt. Auf den ÖPNV entfielen mit 9% aller Wege genausoviel wie auf das Fahrrad. 24 % aller Verkehrswege wurden mit dem meist vergessenen

Verkehrsmittel, den Füßen, zurückgelegt (Verkehr in Zahlen 2008). Ziel muss es sein, den Anteil des MiV zurückzudrängen und dabei ökologisch und ökonomisch sinnvollere Verkehrsmittel zu stärken. Besonders in Städten sollten möglichst viele Wege nicht mit dem Auto zurückgelegt werden. Um dies zu ermöglichen müssen einerseits der ÖPNV gestärkt werden, andererseits auch bei der Stadtentwicklung und Stadtplanung die Erreichbarkeit von Einrichtungen mit dem Rad und zu Fuss berücksichtigt und verbessert werden.

390

Verkehrssicherheit

395 Zur Gleichstellung aller Menschen gehört auch die Gewährleistung von Verkehrssicherheit für alle Menschen bei der Fortbewegung in unserer Gesellschaft. Doch noch viel zu oft wird aus unterschiedlichen Gründen das eigene Leben aufs Spiel gesetzt, sei es aktiv oder passiv.

400 Obgleich es in den vergangenen Jahren in Bayern immer wieder zu schweren Unfällen (teilweise auch mit Todesfällen) kam, die auf ein allgemein riskantes Verhalten der Verantwortlichen zurückzuführen sind, weil frühe Anzeichen von Risiko nicht beachtet wurden, ist die Verkehrssicherheit in vielen Bereichen der Infrastruktur nach wie vor nicht gegeben.

405 Uns ist es wichtig, dass keine unnötigen Risiken, die auf Kosten eines Menschenlebens gehen könnten, eingegangen werden, und setzt sich daher für die Überprüfung, Einhaltung und ggf. Verbesserung bereits gegebener Sicherheitsstandards.

410 Dazu müssen und sollen die entsprechenden finanziellen Mitteln in ausreichender Höhe bereitgestellt werden.

Konkret fordern wir folgendes:

415 • Die Anpassung von Fahrrouten des ÖPNV an extreme Wetterbedingungen und Jahreszeiten: Auch wenn es wünschenswert wäre, dass jede Haltestelle zu allen Jahreszeiten angefahren werden kann, entspricht dies nicht der Realität. Tatsache ist, dass es zum Beispiel im Winter zu glatten Straßen kommt, und ein tatsächliches Risiko beim Befahren darstellen können. Solche Extremsituationen gilt es zu Überprüfen und einen Alternativplan ggf. zu erstellen, bevor diese Situation eintritt und möglicherweise Menschenleben riskiert werden.

420 • Ausreichend Sitzplätze in allem Formen des ÖPNV: in gewissen Stoßzeiten, sei es in der Adventszeit, aber auch beispielsweise im Schulverkehr, ist in vielen Möglichkeiten des ÖPNV eine Überfüllung festzustellen, die sehr wohl auch die Sicherheit der Befördernden gefährdet. Eine Anpassung in Ressourcen muss also, wenn bekannt ist, dass es "eng" werden könnte, vorgenommen werden!

430 • Sichere Haltestellen: Zu oft mussten in den vergangen Jahren Menschen ihr Leben lassen, die an Haltestellen auf ihre Verkehrsbeförderung warteten. Grund dafür sind unter Anderem auch immer die Haltestellen selbst, die unzureichend verkehrstechnisch gesichert worden waren. Das spiegelt sich vor allem in zu schmalen Haltestellen, wo ein eventuelles Ausweichen im Extremfall nicht möglich ist, und niedrigen Bordsteinkanten, die eine extreme Konfrontation mit einer Haltestelle bzw. den dort wartenden Personen durch Kraftfahrtfortbewegungsmitteln erst möglich machen, wider. Diese Missstände gilt es zu beheben, um die Nutzung von Bussen und anderen Möglichkeiten des ÖPNV nicht zum Risiko zu machen!

440 • Mehr Parkplätze für LastkraftwagenführerInnen und deren Fahrzeuge zur Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeit: Nach wie vor gibt es zu wenig Parkplätze für LastkraftwagenführerInnen in ihrer Arbeitszeit.

Die Folge davon ist, dass diese quasi dazu gezwungen werden, beispielsweise innerhalb
Ortschaften an riskanten Stellen oder auch direkt an Einfahrten von Parkplätzen zu
445 parken. Die Verkehrssicherheit beim Überholen oder Ausweichen vermindert sich
dadurch drastisch. Eine Aufhebung der Ruhezeit ist aber ebenso bezüglich der
Verkehrssicherheit mehr als nur bedenklich. Der einzige Ausweg ist daher der Ausbau
vom Angebot der Parkmöglichkeiten für jenes Klientel.

450 ÖPNV vs. Nachtleben - Angleichung des ÖPNV an das Nachtleben

Es trifft insbesondere junge BürgerInnen, die in ländlichen Gebieten wohnen. Es soll in
die Disco gehen, doch der letzte Bus nach Hause fährt um 22 Uhr. Umsteigen auf das
455 Auto ist aufgrund des Alters bzw. des beabsichtigten Alkoholkonsums nicht möglich,
und das Taxi ist zu teuer. Nachtbusse wurden von der NVG aus ökonomischen Gründen
abgelehnt oder wieder eingestellt.

Um die Partizipation und Gleichstellung aller BürgerInnen zu fördern und zu
garantieren, muss ein an das Nachtleben angeglichenes ÖPNV-Angebot entstehen,
460 welches allen BürgerInnen - und dort schließen wir auch die älteren, schon etwas
immobileren BürgerInnen mit ein - den Zugang zur nächstgelegenen Stadt
gewährleistet. Aufgrund unserer Forderung nach einem dichter angelegtem ÖPNV-
Angebot schlagen wir vor, den Fahrplan auf ein durchgehendes Angebot von einem
Transfer zwischen Stadt und Land umzustellen.

465 Möglich in diesem Zusammenhang wären Rufbusse oder das sogenannte Servicetaxi.
Ein Rufbus steht ganz regulär im Fahrplan, fährt jedoch nur die Haltestellen ab, an
denen sich vorher NutzerInnen angemeldet haben. Dies spart den NutzerInnen Fahrzeit
und der NVG Geld.

470 Ein Servicetaxi ist ein ganz normales Taxi, welches jedoch für BesitzerInnen einer
Zeitfahrkarte um den Preis einer einfachen Busfahrt billiger ist. Diese Ansätze werden
bereits von einzelnen NVG aufgegriffen und haben sich etabliert. Wir fordern diese
Ansätze flächendeckend.

475 Barrierefreiheit

In der SPD wird in jüngerer Zeit über eine inklusive Gesellschaft gesprochen. Jedoch
sind auch noch heute viele Menschen aufgrund Einschränkungen nicht in der Lage, sich
480 frei im Verkehr bewegen zu können. Dies liegt zu einem gewissen Teil auch an nicht
behindertengerechten Verkehrsanlagen. Wie ist es möglich, dass der Würzburger
Hauptbahnhof als ICE-Haltepunkt nicht im Geringsten barrierefrei gestaltet ist? Wie
gelangt z.B. ein RollstuhlfahrerIn vom Bahnsteig in die Empfangshalle? Das Gleiche
gilt für Personen mit Kinderwagen, und das obgleich laut dem bayerischen
485 Behindertengleichstellungsgesetz Art. 10 Absatz 2
(http://by.juris.de/by/BehGleichG_BY_Art10.htm), welches aus dem Jahre 2003
stammt, diese Mängel hätten beseitigt werden müssen.

490 Wenn wir auch nur ansatzweise eine integrierte oder inklusive Gesellschaft haben
wollen, muss dieses Gesetz umgesetzt werden. Wir fordern eine schnellstmögliche
Schaffung von Barrierefreiheit an sämtlichen öffentlichen Wege, Plätze und Straßen
sowie öffentlich zugängliche Verkehrsanlagen und Beförderungsmittel im Freistaat

Bayern zu schaffen. Schaffen wir den Zustand der Ausgrenzung ab!

495 Privatisierung von Autobahnen/der Bahn

500 Der Verkehr ist die verbindende Funktion der Daseinsgrundfunktionen. Diese muss für die gesamte Bevölkerung ohne Rücksicht auf finanzielle oder körperliche Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Ohne Zweifel ist die Organisation des Verkehrs eine ordinäre Aufgabe des Staates. Das gilt in hervorgehobenen Maße für die Verkehrsnetze. Auch ohne Rücksicht auf die soziale Aufgabe des Verkehrs verbietet sich aus den bereits getätigten Steuerausgaben für Straßen und Schienen hier eine Privatisierung. Private Unternehmen agieren gezwungenermaßen nach finanziellen Gesichtspunkte, welche wie am Beispiel der Privatisierung der Bahn in GB, bei der auch das Netz privatisiert wurde, zu einer deutlichen Verschlechterung der Verkehrsbedingungen führen. In GB ging dabei der private Netzbetreiber nach einer Serie von Unfällen aufgrund von mangelhaften Instandsetzungsmaßnahmen und daraufhin eingeforderten Erneuerungsmaßnahmen pleite. Das Nachfolgeunternehmen ist nicht gewinnorientiert und wird von öffentlicher Hand finanziert. Auch die Vergabe des Eurotunnels an private Unternehmen ist gescheitert, denn der private Betreiber ging praktisch pleite. Der derzeitige Betreiber, die Eurostargroup, ist praktisch zu 100 % in Staatshand.

Wie bereits die Zeitschrift "Die Zeit" vor einigen Jahren berichtete, sind insbesondere Autobahnabschnitte, die sich in privater Hand befinden eindeutig Unfallschwerpunkte (<http://www.zeit.de/2010/29/DOS-Autobahn>). Private Hand bedeutet hier, dass die Mautentnahmen bei den entsprechenden Firmen bleiben und diese Autobahnsanierungen übernehmen. In diesem Zusammenhang muss eine allgemeine Maut auf deutschen Straßen auch beleuchtet werden. Eine Privatisierung wäre dann noch lukrativer, ein Ausweichen auf andere Verkehrsmittel dementsprechend für die PrivatbetreiberInnen wenig lukrativ.

An diesen Beispielen ist erkennbar, dass die Infrastruktur bei Bahn und Straße in Staatshand bleiben muss. Wir fordern, dass der Betrieb von Autobahnen und Eisenbahn zwingend in Staatshand bleiben muss.

Antragsbereich V/Antrag 4

Jusos

Abschaffung der 1.Klasse /des Mehrklassensystems im Nahverkehr

(Angenommen)

Weiter an LTF

5

Sollten die Plätze der zweiten Klasse soweit belegt sein, dass eine angenehme Reise in der zweiten Klasse stark erschwert ist hat die Bahn die Plätze in der ersten Klasse für alle freizugeben. Sollten solche Fälle verstärkt auftreten, so hat die Bahn geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wie z.B. das Anhängen weiterer Wagons oder die Erhöhung der Taktzahl der jeweiligen Verbindung.

Partei

Antragsbereich Ini/ Antrag 2

Landesverband Bayern

Sozialistische Internationale verändern, nicht verlassen!

(Angenommen)

Die Arbeiterbewegung war stets eine internationale Bewegung. Nicht erst durch die Finanzkrise wissen wir, wie wichtig eine starke internationale Kooperation von sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist. Unser Ziel ist und bleibt die Überwindung des Kapitalismus. Das kann uns nur international gelingen. Leider ist die Sozialistische Internationale (SI) derzeit keine hörbare Stimme für unsere politischen Ziele in der Welt mehr. Außerdem wurden für zu lange Zeit Mitgliedsparteien geduldet, die in keinsten Weise unseren demokratischen Wertvorstellungen entsprochen haben. Mehrere Versuche, die SI zu reformieren und wieder zu einer schlagkräftigen Dachorganisation zu machen, deren Mitgliedsorganisationen sich ohne Ausnahme zu demokratischen Wertvorstellungen bekennen, sind leider ohne Erfolg geblieben.

Dennoch ist die SPD weiterhin Mitglied der SI, was wir Jusos ausdrücklich begrüßen. Auch wenn unsere Ziele derzeit dort kein Gehör finden und wir von der mangelnden medialen Schlagkräftigkeit sehr enttäuscht sind, muss es dennoch unsere Aufgabe sein, in der SI als unserem gemeinsamen sozialistischen und sozialdemokratischen Dach Mitglied zu bleiben und für einen Wandel zu kämpfen.

Ein Weg dorthin kann die Progressive Alliance sein, deren Gründung am 22. Mai - dem Vortag der 150-Jahr-Feier der SPD - stattfindet. In der Progressive Alliance können diejenigen fortschrittlichen Kräfte die Debatten führen, die derzeit in der SI nicht möglich sind. In dieser besteht gleichzeitig die Chance, neue, progressive Bündnispartner einzubinden. Und aus dieser heraus besteht die Chance, wieder neue, inhaltliche Impulse in die SI zu tragen. Dafür ist es aber zentral, dass sich auch die Progressive Alliance auf unsere gemeinsamen sozialistischen und sozialdemokratischen Grundwerte beruft. Ein neues Netzwerk darf nicht zu einer Profillosigkeit in der internationalen Zusammenarbeit der SPD führen. Deshalb muss die SPD Vollmitglied der SI bleiben. Die Progressive Alliance muss ein Bündnis der Reform der SI sein, kein Ersatz für diese. Ebenso muss sichergestellt sein, dass an der Progressive Alliance all diejenigen teilnehmen und teilhaben können, die sich aktiv auf einer solchen inhaltlichen Grundlage mit uns gemeinsam für eine moderne und fortschrittliche Sozialdemokratie und eine reformierte, schlagkräftige Sozialistische Internationale einsetzen wollen.

In diesem Sinne werden wir Jusos das weitere Engagement der SPD kritisch begleiten und über unser Engagement in der IUSY weiterhin an einem schlagkräftigen internationalen Dachverband mitarbeiten. Dabei fordern wir von der SPD, ihr internationales Engagement nicht zu verringern, sondern zu verstärken. Insbesondere heutzutage, in einer vernetzten Welt, ist internationale Solidarität einer der zentralen Schlüssel zu einer gerechteren, freien und sozialistischen Welt!

Antragsbereich P/ Antrag 1

Jusos

SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen

(Angenommen)

5 weiter an

BPT

10 Wir fordern, dass SPD-Mitgliederbegehren nicht mehr nur auf dem Papier (Unterschriftenlisten) unterstützt werden können, sondern dass eine Abstimmung auch online möglich ist. Durch eine Identifizierung mit der SPD-Mitgliedsnummer kann gewährleistet werden, dass jedes Mitglied nur einmal abstimmt.

Antragsbereich P/ Antrag 2

AfA

60plus

Arbeitsgemeinschaften in den Parteivorstand

(Angenommen)

weiter an

5

BPT

10 Die Arbeitsgemeinschaften AsF, AfA, Jusos und 60 plus sind die Leistungsträger bei den Wahlkämpfen und sonstigen arbeitsintensiven Veranstaltungen. Entsprechend des SPD-Organisationsstatuts sind die Arbeitsgemeinschaften aber im Parteivorstand nicht mit Sitz und Stimme vertreten. Aus diesem Grund soll das Organisationsstatut derart geändert werden, dass sie zukünftig im Bundesvorstand mit Sitz und Stimme vertreten sind.

15 Dies kann wie folgt geschehen:

§ 23 Abs. 1 Buchstabe f) ist dahingehend zu ändern, dass die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes insgesamt nicht mehr als 31 betragen darf.

20 Anzufügen in Abs. 1 ist der Buchstabe g) mit folgendem Text:

je eine Vertretung der Arbeitsgemeinschaften AsF, AfA, Jusos und 60 plus. Sie können nur auf Vorschlag der jeweiligen Arbeitsgemeinschaft gewählt werden.

Antragsbereich P/ Antrag 3

AsF

Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen arbeitsfähig halten

(Angenommen)

weiter an

5

BPT

10 Der PV wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass es auf keiner Gliederungsebene zu einer personellen oder finanziellen Schlechterstellung der Arbeitsgemeinschaften (AsF, JUSOS, 60plus, AfA) durch die Parteireform kommt.

Antragsbereich P/ Antrag 4

AsF

Resolution (Arbeitsgemeinschaften)

(Angenommen)

weiter an

5

BPT

10 Anlässlich der beschlossenen Änderungen der Grundsätzen und Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften, stellen wir fest:

10

15 „Die Arbeitsgemeinschaften sind Teile der SPD. Sie sind Bindeglied zu den gesellschaftlichen Gruppen, die sich in den politischen Bereichen engagieren, für die die Arbeitsgemeinschaften in der SPD zuständig sind. Die Arbeitsgemeinschaften bieten die Möglichkeit, die unterschiedlichsten Schichten und Gruppen der Gesellschaft anzusprechen, sie verfügen über Kompetenz und Kontakte in diese Bereiche. Das muss konstruktiv für die Arbeit der SPD genutzt werden.“

20 Als Scharnier zu gesellschaftlichen Gruppen stehen die Arbeitsgemeinschaften in der SPD nicht nur in anstehenden Wahlkampfzeiten auf Landes- und Bundesebene in der ersten Reihe. Durch die erfolgreiche Netzwerkarbeit bei Frauen und auf gleichstellungspolitischer Ebene, im Jugendbereich, auf der ArbeitnehmerInnenseite, bei den Selbständigen, den Älteren, den MigrantInnen, JuristInnen, im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, bei Selbst Aktiv und bei Lesben und Schwulen
25 tragen wir mit unserer politischen Arbeit einen wesentlichen Anteil an der gesellschaftlichen Verankerung der SPD als Volkspartei und zur Bindung dieser

Zielgruppen an die SPD.

Dies wurde bisher auch von der Parteispitze so gesehen und bestätigt.

30

Der vorgelegte Richtlinienentwurf spiegelt jedoch nicht die innerparteiliche und außerparteiliche Rolle der Arbeitsgemeinschaften wider.

35

Im Falle einer Verabschiedung des Entwurfs in der vorgelegten Fassung sind weitgehende negative Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Gesamtpartei in der Öffentlichkeit zu erwarten.

Konkret befürchten wir folgendes:

40

1. Die starke Verkleinerung der Vorstände hat gravierende Auswirkungen auf die Erfüllung der Aufgaben der jeweiligen Arbeitsgemeinschaften. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Vernetzung und Präsenz in anderen Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene, die Vernetzung in die Regionen sowie die inhaltliche politische Arbeit. Darüber hinaus werden die Kampagnenfähigkeit sowie die politische Außenwirkung massiv beeinträchtigt.

45

2. Die ehrenamtliche Tätigkeit von Berufstätigen teilweise mit familiären Verpflichtungen in den Gremien auf Bundesebene wird kaum mehr möglich sein, da das aufzuwendende Zeitbudget nur noch in Verbindung mit einem Hauptamt oder Mandat und ohne weitere familiäre Verpflichtungen bewältigt werden kann.

50

3. Viele Regionen können so in der politischen Vorstandsarbeit nicht mehr angemessen vertreten sein. Das hat massive Auswirkungen auf die bundesweite innerparteiliche Vernetzung und den politischen Austausch zwischen den Regionen. Dies trifft auch auf die vorgeschlagene Verringerung der Delegiertenzahlen für die Bundeskonferenzen zu. Die beabsichtigte Verkürzung der Dauer der Bundeskonferenzen führt nicht zu mehr, sondern zu weniger Beteiligungsmöglichkeiten auf Bundesebene.

55

4. Die vorgeschlagenen Änderungen haben

60

massive Auswirkungen auf unsere Arbeit in den jeweiligen Landesverbänden und Bezirken durch mangelnde Anbindung an die Bundesebene, mangelnde politische Kommunikation und Einschränkungen in der Kampagnenfähigkeit.

65

Die Arbeitsgemeinschaften haben bisher sowohl die politischen Forderungen ihrer Zielgruppen mit beeinflusst und in die SPD eingebracht ebenso wie sie für Forderungen und Inhalte der SPD bei ihren Zielgruppen geworben haben. Diese Zielgruppenarbeit ist mit dem neuen Richtlinienentwurf nicht mehr möglich.

70

Für uns sind solche Einschnitte bei der Zielgruppenarbeit der SPD das grundfalsche politische Signal auf allen Ebenen und nicht akzeptabel. Gerade im Vorfeld zu den anstehenden Landtagswahlen und insbesondere zur Bundestagswahl 2013 darf eine Volkspartei ein solches Signal nicht aussenden. Dies würde nur missverstanden als Missachtung und mangelnde Wertschätzung politischer Zielgruppenarbeit.

75

In der Vergangenheit hat sich die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen im

- offenen Dialog mit der Parteiführung stets konstruktiv und kompromissbereit bei notwendigen innerparteilichen Veränderungen und der Diskussion um Einsparungen verhalten.
- 80
- Ein solcher Dialog mit uns fand im Vorfeld der Vorlage dieses Richtlinienentwurfs nicht statt. Allein die Tatsache, dass die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften - und auch nur diese - nicht einmal 24 Stunden vor dem anberaumten Gespräch mit der Generalsekretärin erst den Richtlinien-Entwurf zugeleitet bekamen, widerspricht einer
- 85
- offenen, demokratischen Diskussionskultur innerhalb unserer Partei.
- Neben dem inakzeptablen Inhalt des Entwurfs ist für uns auch das gewählte Verfahren nicht annehmbar.
- 90
- Im Interesse der Gesamtpartei fordern wir die Parteispitze und die Landesverbände und Bezirke auf, den Arbeitsgemeinschaften die Wertschätzung nicht zu entziehen und die politische Handlungs- und Kampagnenfähigkeit zu erhalten und von der geplanten Änderung Abstand zu nehmen.

Antragsbereich P/ Antrag 5

Bezirksverband Unterfranken

Gesicht zeigen für die SPD auch im Wahlkampf!

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

In letzter Zeit konnte man vermehrt beobachten, dass SPD-KandidatInnen für öffentliche Ämter auf ihren Wahlplakaten und Wahlpublikationen auf einen sichtbaren Hinweis auf die SPD verzichten haben. Da stellt sich die Frage, ob sich die KandidatInnen für ihre Parteizugehörigkeit schämen oder sie die Verwendung des SPD-Logos als wahlkampfschädlich empfinden.

10

Wer sich für die SPD aufstellen lässt, sollte auch zeigen, dass sie/ er für die SPD antritt. Daher soll öffentlich auf allen Wahlplakaten und Wahlpublikationen der von der SPD aufgestellten KandidatInnen gut sichtbar das SPD-Logo zu sehen sein. Dabei darf es keine Ausnahmen geben. Wer jedoch weiterhin darauf verzichten möchte, ist automatisch von einer Kandidatur für die SPD und den Wahlkampfgeldern der SPD ausgeschlossen

15

Antragsbereich P/ Antrag 6

Bezirksverband Unterfranken

Keine Bündnisse mit demokratischen Parteien vor der Wahl ausschließen!

(Überwiesen an)

den Landesvorstand

5

den Bundesvorstand

10 Wir fordern, dass sich die SPD im Vorfeld einer Wahl mit den Inhalten beschäftigt und den Wahlkampf so führt, dass im Anschluss möglichst viele sozialdemokratische Inhalte umgesetzt werden können. Es dürfen vor dem Eintritt in Koalitionsverhandlungen keine Bündnisse ausgeschlossen werden.

Antragsbereich P/ Antrag 7

Jusos

Unvereinbarkeit mit den Grauen Wölfen

(Angenommen)

weiter an

5

BPT

Die SPD wird aufgefordert, die Mitgliedschaft bei den Grauen Wölfen in ihrer Unvereinbarkeitsklausel mit aufzunehmen.

Antragsbereich P/ Antrag 8

Jusos

Kleiner Landesparteitag!

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Die Jusos Bayern fordern die SPD Bayern dazu auf, einen kleinen Landesparteitag zum Thema „Jugend: Personal und Themen in der SPD“ zu veranstalten.

Antragsbereich P/ Antrag 9

Jusos

Reduzierung des innerparteilichen Papierverbrauchs und Modifizierung des Antragsverfahrens

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Forderungen:

Allgemein

10 Für alle Drucksachen ist Umwelt-Papier zu verwenden, Ausnahmen sind nur bei expliziten Werbemitteln zu erwägen. Ferner ist generell doppelseitig zu drucken und im Zweifel sollte, auch bei Werbeprojekten, auf drucken verzichtet werden, wenn wirtschaftliche Alternativen, etwa im digitalen Bereich, vorhanden sind.

15 **Konferenzen**

Ab sofort sollen alle Antragsbücher doppelseitig gedruckt werden.

Es sollen mehrere Änderungsanträge auf ein Blatt gedruckt werden.

Sonstiges

Antragsbereich Y/ Antrag 2

Jusos

Kein Einsatz militärischer Drohnen

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

10 Die BayernSPD lehnt den Einsatz militärischer Drohnen ab. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion deshalb auf, im Deutschen Bundestag gegen entsprechende Anschaffungspläne der Bundeswehr zu stimmen. Die Beteiligung Deutschlands an der Weiterentwicklung der militärischer Drohnentechnik einzustellen. Ferner fordern wir, die Beteiligung der Bundeswehr oder deutscher Geheimdienste an Zielfindung und Einsatz von Drohnen durch andere Staaten zu verbieten.

Jusos

Selbstdarstellung der Bundeswehr

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Aktuelle Lage (in Bayern):

10

Die Bundeswehr bedient sich zur Selbstdarstellung verschiedener Mittel mit jeweils anderer Zielsetzung, wobei die Zielsetzungen natürlich teilweise ineinander übergehen. Als wesentliche Ziele lassen sich ausmachen:

1. Beeinflussung der öffentlichen Meinung über die Bundeswehr

2. Nachwuchsgewinnung

15

3. Etablierung von Sicherheitspolitik im Sinne der Bundeswehr

Die wichtigsten Instrumente hierfür sind:

20

1. Die Jugendoffiziere der Bundeswehr. In Bayern gibt es zurzeit 12 Jugendoffiziere der Bundeswehr, welche alle entweder im Rang eines Hauptmanns oder eines Kapitänleutnants stehen. Die Jugendoffiziere sind vor allem für zwei Ziele zuständig, sie beeinflussen die öffentliche Meinung im Sinne der Bundeswehr und sie etablieren eine Sicherheitspolitik im Sinne der Bundeswehr. Zwar wirken sie auch innerhalb der Bundeswehr bei Truppenbesuchen und Schulungen der Truppe, vor allem arbeiten sie aber nach Außen und zwar hauptsächlich an Schulen und bei der Weiterbildung von Lehrern. Ermöglicht wird ihnen dies durch eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem bayerischen Kultusministerium und dem Wehrbereichskommando IV (Süddeutschland). Der erste Teil ihrer Aufgabe ist die Mitgestaltung des Unterrichts im Rahmen von Tagesbesuchen unter Darstellung ausgewählter Themen jeweils im Rahmen eines 90minütigen Vortrages. Themen sind z.B.: Legitimität unserer Streitkräfte, Sicherheitspolitische Herausforderungen im 21. Jahrhundert, Deutschlands Einbindung in seine Bündnisse, Alltag und Dienstgestaltung in der Bundeswehr. Mittlerweile werden auch ganze P und W Seminare (vergleichbar mit den früheren Leistungskursen) für die gymnasiale Oberstufe unter ständiger Einbindung der Bundeswehr angeboten. Der Schwerpunkt liegt hierbei wiederum auf der Sicherheitspolitik. Die Werbung für den Dienst in der Bundeswehr ist hierbei durch die Kooperationsvereinbarung untersagt, wobei selbst für den Fall, dass ein Jugendoffizier besten Willen hat sich daran zu halten, eine Beeinflussung unterschwelliger Natur sehr wahrscheinlich erscheint.

25

30

35

40

Der andere wesentliche Teil der Arbeit der Jugendoffiziere liegt in der Lehrer Aus- und Fortbildung. Diese Arbeit wird durch Seminarfahrten und Lehrerfortbildungen geleistet. Themen sind hier zum Beispiel: Sicherheitspolitische Relevanz der Marine, Europa und Menschenrechte, Cyberwar - Eine neue Herausforderung für den Schutz kritischer Infrastruktur. Die Zielgruppen sind breit gefächert, sie reichen von offenen

45

50 Veranstaltungen über Veranstaltungen zur Referendarsausbildung (Lehramt) bis hin
zu Veranstaltungen explizit für Schulleiter. Der Schwerpunkt liegt offensichtlich
wieder auf der Sicherheitspolitik, was schon durch die bundeswehreigene
Formulierung „Jugendoffiziere -Partner für Sicherheitspolitik“ klar wird. Bei allen
Angeboten ist die Bundeswehr bemüht möglichst einfache Kontaktaufnahmen
sicherzustellen und den Lehrern möglichst viel Arbeit abzunehmen, so dass diese
Angebote für die Zielgruppe Lehrer natürlich unter Gesichtspunkten des
Arbeitsaufwandes sehr attraktiv sind.

55

Fazit: Die Jugendoffiziere der Bundeswehr dienen dazu ein positives Bild der
Streitkräfte zu zeichnen und die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Bundeswehr
zu verbreiten. Hierzu nutzen sie vor allem die Schulen, wobei Zielgruppen Schüler und
Lehrer (damit mittelbar natürlich auch wieder Schüler) gleichermaßen sind.

60

2. Das zweite Instrument der Bundeswehr zur Selbstdarstellung sind die sog.
Karrieretrucks und Waffenschauen. Hierbei liegt die Zielsetzung ganz klar auf der
Nachwuchsrekrutierung und auf die Herstellung eines positiven Bildes der
Bundeswehr, wobei das Betreiben von Sicherheitspolitik nahezu keine Rolle spielt. Der
Fokus liegt stets auf dem Aufzeigen von Karrieremöglichkeiten bei der Bundeswehr in
der militärischen oder zivilen Laufbahn. Diese Präsentationen finden meistens im
Rahmen von bundeswehreigenen Veranstaltungen statt, es gibt sie aber auch am
Rande von Volksfesten, Job-Messen und sonstigen Messen. Hierzu werden Mittel
genutzt, welche die Bundeswehr als guten Arbeitgeber zeigen (Rentenansprüche,
Krankenversicherung, Berufsförderungsdienst) und solche die spannende und für die
Zielgruppe (Jugendlich und Heranwachsende) ansprechende Aspekte des Dienstes bei
der Bundeswehr aufzeigen (sog. dynamische Waffenschauen, Vorführungen von
Sondereinheiten, Fallschirmsprungs simulatoren, Formaldienste durch
Ehrenformationen, Bigband des Bundeswehr und Militärorchester). Oftmals
präsentieren sich wohltätige Organisationen (Tschernobylhilfe, Lachen helfen e.V.) am
Rande der Veranstaltungen. Die Bundeswehr präsentiert sich bewusst jugendlich
durch Zurschaustellung von gerade für männliche Jugendliche anziehendes
Kriegsgerät verknüpft mit Pop-Musik bzw. für Jugendliche ansprechende Versionen
von Militärmusik in Jazz-Variationen. Die Möglichkeit von Auslandseinsätzen wird
wahrheitsgemäß abhängig von der angestrebten Dienststellung und Verwendung
angesprochen, ob sie jedoch den Raum einnimmt welcher angesichts der enormen
Risiken für deutsche Soldaten und des an sich schon problematischen Einsatzes
einnimmt, muss kritisch hinterfragt werden, wobei man der Bundeswehr zu Gute
halten muss, dass es wohl nicht ihre Aufgabe ist bei der Nachwuchsgewinnung das
kritische Zustandekommen von politischen Entscheidungen zu thematisieren.

85

Fazit: Die Bundeswehr betreibt aggressiv Nachwuchswerbung im öffentlichen Raum,
es wird ein positives Bild der Bundeswehr und des Dienstes dort aufgebaut, welches
zumindest als idealisiert bezeichnet werden kann.

90

Bewertung der Lage:

Differenziert nach den Zielen:

95

1. Sicherheitspolitik von Seiten der Bundeswehr

Es ist völlig systemwidrig, dass eine staatliche Institution selbst die Politik betreibt, aus der sie ihre Handlungsanweisungen abzuleiten hat. Natürlich betreiben Ministerien Politik und werben für ihre Politik, doch ist dabei das Handeln der Ministerien stets der
100 aktuellen Regierung zuzurechnen und somit auch parteilich verortbar. Auch ist es normales und ständiges Vorgehen, dass Interessenverbände von in staatlichen Institutionen Beschäftigten (Gewerkschaft der Polizei, Bund deutscher Kriminalbeamter, Bundeswehrverband) an der politischen Willensbildung teilnehmen und dabei ihre Interessen vertreten. Jedoch wird normalerweise niemals eine
105 staatliche Institution selbst durch ihre Angestellten tätig, um die Politik zu gestalten, aus der sie ihre Handlungsweise abzuleiten hat. Dies ist bei der Bundeswehr in besonderer Weise problematisch, da die Jugendoffiziere in ein strenges System von Befehl und Gehorsam eingebunden sind und selbst in keinster Weise politische Beamte sind. Auch nehmen die Jugendoffiziere der Bundeswehr in der öffentlichen
110 Meinung eine völlig andere Stellung ein als Pressesprecher oder ähnliche Positionen. Der Grundsatz, dass staatliche Institutionen nicht selbst die Politik machen nach der sie sich zu richten haben, hat auch gute Gründe, denn staatliche Organisationen sind Machtinstrument des Staates und nehmen die Staatsgewalt wahr um sie im Sinne der Politik einzusetzen. Hierbei hat sich die Politik stets nach der demokratischen
115 Willensbildung von Parteien, Interessengemeinschaften usw. zu richten und nicht am Interesse der Institution selbst. Eine solche Konstruktion würde die Institution zum Selbstzweck erheben und stückweise der demokratischen Kontrolle entziehen. Das Betreiben von Sicherheitspolitik durch die Bundeswehr selbst ist also völlig verfehlt.

120 2. Beeinflussung der öffentlichen Meinung

Die Versuche der Bundeswehr eine positive öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu bilden unterscheiden sich dagegen nicht wesentlich von der Öffentlichkeitsarbeit anderer staatlicher Institutionen. Allerdings ist eine Armee als kriegerisches Mittel
125 immer kritisch zu betrachten, weswegen sich die Frage stellt, ob der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr insoweit Schranken auferlegt werden sollten, als dass vorgeschrieben wird die Öffentlichkeitsarbeit in einen geschichtlichen und gesellschaftlichen Kontext einzubetten.

130 3. Nachwuchsgewinnung

Soldat in der Bundeswehr zu sein heißt sein Leben möglicherweise für die Bundesrepublik Deutschland zu opfern. Tod und schwerste Verwundung sind heute - und waren immer - ein realistisches Risiko für jeden Soldaten in der deutschen Armee.
135 Außerdem bedeutet Soldat sein auch die stete Möglichkeit einen anderen Menschen auf einen Befehl hin töten zu müssen. Auch bedeutet der Dienst in der Bundeswehr ein schwere Einschränkung persönlicher Freiheiten und ganz allgemein einen harten und fordernden Beruf, ferner den Zwang auf eine politische Entscheidung hin massiv in die Freiheit eines Landes eingreifen zu müssen. Werbung für eine solche Stellung im
140 Rahmen von Waffenschauen, Karrieretrucks und Orchestern und ganz allgemein einem für Jugendliche ansprechenden Kontext von Coolness wird der Sache in keinem Fall gerecht. Zwar erfüllt die Bundeswehr eine wichtige staatliche Aufgabe indem sie Wehrhaftigkeit und die Erfüllung der deutschen Bündnispflichten gewährleistet und nach Einführung der Freiwilligenarmee benötigt sie dazu auch die Möglichkeit der
145 Nachwuchswerbung, aber sie sollte dies in einer Art und Weise tun, welche der

äußerst schwierigen Stellung als Soldat der Bundeswehr gerecht wird.

Wir fordern daher:

150

Die Bundeswehr wird gesetzlich verpflichtet die Nachwuchswerbung und die Öffentlichkeitsarbeit stets in einem Kontext zu betreiben, welcher die speziellen Probleme der Armee als kriegerisches Instrument und der Arbeit in dieser beleuchtet.

155

Veranstaltungen der Bundeswehr zu Selbstdarstellung dürfen nur noch unter der Auflage stattfinden, dass ort- und zeitgleich Informationsangebote zur Geschichte deutscher Armeen, dem Verhältnis deutscher Armeen zur Demokratie, zu von deutschen Armeen verübten Kriegsverbrechen, zu den Toten und Schwerstverletzten der Bundeswehr in aktuellen Auslandseinsätzen, zum Dienstatltag und zum Verzicht auf persönliche Freiheiten in der Bundeswehr von nicht der Bundeswehr angehörigen Personen angeboten werden. Zugleich darf sich die Bundeswehr in keiner Weise mehr an der Unterrichtsgestaltung zu beteiligen.

160

Werbung der Bundeswehr über die Medien wird folgendermaßen beschränkt: Der Bundeswehr ist verboten in bzw. mit Bezug auf Druckerzeugnisse bzw. Rundfunk- und Fernseh- und Filmformate zu werben, deren Zielgruppe unter 18jährige in nicht

165

nur ganz unerheblichem Maße erfasst. Der Bundeswehr ist verboten an Orten zu werben, welche überwiegend von unter 18jährigen besucht werden.

Auftritte der Bundeswehr im Internet dürfen nicht auf unter 18jährige abzielen. Sie müssen daher textbasiert und –dominiert sein. Bilder dürfen nur insoweit vorkommen, als dass ohne sie die Vermittlung einer Information wesentlich erschwert wäre. Insbesondere hat die Bundeswehr bei der Gestaltung ihrer Webseiten Posen und Auftritte aus der Jugendkultur zu vermeiden. Die Bundeswehr darf ihre Selbstdarstellung nicht mit Gewinnspielen verknüpfen.

Diese Regelungen sollen als Bundesgesetz beschlossen werden und als Dienstanweisung des Verteidigungsministers an alle Soldaten und zivilen Bedienstete der Bundeswehr ergehen

Antragsbereich Y/ Antrag 4

Jusos

Öffentlich-Rechtliche Audio-, Video-, und Multimedialinhalte zeitlich unbegrenzt im Internet zur Verfügung stellen

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Die von den öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten produzierten Inhalte (Fernsehsendungen und Radiobeiträge) sollen zukünftig wieder zeitlich unbegrenzt und ohne Einschränkungen im Internet abrufbar sein.

Antragsbereich Y/ Antrag 5

Jusos

Bessere Kennung von „Scripted Reality“

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Scripted Reality Filme besser gekennzeichnet werden müssen und eine eindeutige gesetzliche Regelung gefunden wird. Hierfür soll die SPD Bundestagsfraktion sowie der SPD Parteivorstand Vorschläge erarbeiten (z.B. eine ständige Hinweiseinblendung während der Sendung analog zu Dauerwerbesendungen oder deutliche Hinweise an Anfang und Ende des Formats, insbesondere auch in audiovisueller Form) und für die erarbeiteten Lösungen eintreten.

Antragsbereich Y/ Antrag 6

Jusos

Power-Off für Stand-by Geräte - Öko-Design Anforderungen verschärfen!

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Wir fordern die Fraktion der SPE im Europäischen Parlament auf, die EU-Richtlinie 2009/125/EG („Ökodesign-Richtlinie“) dahingehend zu verschärfen, dass jedes elektrische und elektronische Haushalts- und Bürogerät zukünftig einen Ausschaltknopf besitzen muss, mit dem das Gerät komplett vom Stromnetz getrennt werden kann – der Aus-Zustand darf lediglich über die Schalterstellung erkennbar sein. Dies bezieht sich auch auf Ladegeräte, es sei denn sie verfügen über ein Null-Watt Relais.

Geräte, die keinen Standby-Modus haben und bei Nichtbenutzung keinen Strom verbrauchen, sind von dieser Regelung nicht erfasst.

Antragsbereich Y/ Antrag 7

Jusos

Für ein Verbot erdölbasierter und biologisch nicht abbaubarer Plastiktüten und -beutel

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Wir fordern ein gesetzliches Verbot erdölbasierter und biologisch nicht abbaubarer

Plastiktüten und -beutel.

Antragsbereich Y/ Antrag 8

Unterbezirk München-Stadt

Abschaffung der Zeitumstellung

(Überwiesen an)

Landesvorstand

5

Die SPD-Fraktionen im Bundestag und im Europäischen Parlament werden aufgefordert, Initiative zur Abschaffung der Zeitumstellung zu ergreifen.

II. Weitere Anträge

1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge:

S3;A2;A3;A4;R3;Ini3;R4;R5;R6;R7;R8;R10;R12;R13;V1;V2;V3;V5;Y1;

2. Abgelehnt wurden die Anträge:

3. Nichtbefassung wurde beschlossen für die Anträge:

4. Zurückgezogen wurden die Anträge: